Archiv der Gossner Mission
im Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Berlin

Signatur **Gossner_G 1_1579**

Aktenzeichen ohne

Titel

"Südafrika aktuell", Informationsschrift

Band

Laufzeit 1986 - 1990

Enthält

Unterlagen Gossner-Mission in der DDR, Arbeitskreis Solidaritätsdienste/Südliches Afrika, Informationsschrift "Südafrika aktuell" Nr. 1-25, 1986-1990, zwei Sonderhefte von 1989 (Massenschriftgut); Bezieherliste von "Südafrika aktuell"

Digitalisiert/Verfilmt 2009 von Mikro-Univers GmbH

Gossner Mission

Interessentenliste

Gossner Mission

Gossner-Mission i.d.DDR
-Südliches Afrika-
Rodelbergweg 6
Berlin
1195

→ F. Schaller

FSU Jena - Sektion Theologie
U. Pommerening
Prof.-Ibrahim-Straße 24 · Tel. 92 22 136
Jena
6900

1. k-g

Jena, den 9.7.1990

Schalom !

Recht herzlichen Dank für die letzten Nachrichten aus Ihrem Hause und vielen Dank auch für die lange und freundliche Unterstützung mit Ihren Materialien. Lange waren sie wichtige Informationsquelle.

Eine eigene Stimme in unserem Lande ist aber auch weiterhin wichtig, wenn auch vieles dann angeglichen und übernommen werden kann. Erfreulich also dann auch die Zusage, daß, wenn auch sicher sporadisch, mit weiteren Veröffentlichungen zu rechnen ist. Behalten Sie uns da bitte auf Ihrer Bezieherliste.

Noch einmal Dank.

Und dazu die besten Wünsche für die Zukunft. Gottes Segen und sichtbare Erfolge für die kommende Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Ulrich Pommerening

U. Pommerening

Gossner Mission

Interessenten an Material "Südliches Afrika" per 20.6.90

am 20.6.90 versandt:
- letzte Sendung von "südafrika aktuell" 23-25
- Ausschnitt aus der 1. Pressekonf. m. Nelson Mandela
- Inf. z. Anti-Rassismus-Programm des ÖRK - Bund, Nr. 18
- Anschreiben Gossner v. Juni 1990

Adler, Elisabeth; Schulze-Boysen-Str. 67/ 0403, Berlin 1130

ANC-Vertretung in der DDR; Angerweg 2, Berlin 1106

Becker, Jürgen; Greifswalder Str. 223, Berlin 1055

Becker, Friedgard; ÖMZ; Georgenkirchstr. 70, Berlin 1017

Behl, Dr. Karin; Dr.-Wilhelm-Külz-Str. 34, Stralsund 2300

Belunek, Brigitte, Augsburger Str. 90, Dresden 8021

Berein, Michael, Schönhauser Allee 103, Berlin 1071

Beyrer, Michael, ~~Gehsener Str. 15, Berlin 1170~~ Bleistr. 11, 0-2300 Stralsund

Blankenburg, Gabriele, Bizetstr. 126, Berlin 1120

Burghardt, Doris; Wallstr. 23, Ballenstedt 4303

Burckhardt, Inge, Semmelweisstr. 6, Halle 4021

Costa, Friederike, Johannisberg 10/259-2
Jena-Neulobeda 6902

Elstner, Gabriele, E.-Thälmann-Str. 65a, Potsdam 1590

Eschenburg, Almut, Dunckerstr. 7 Qg., Berlin 1058

Fichtmüller, Eckhard, Schillerstr. 16, PF 113/50
Fürstenwalde 1240

Fischer, Friederike, Schkeuditzer Str. 28, Leipzig 7022

Gossner Mission

Kienow, Birgit; Fährhofstr. 19, O-2300 Stralsund

Flade, Annette, Lutherstr. 1, Babelsberg 1590 Mitarbeiterin

Gülzow, Martina, Eichwalder Ausbau 7, Gosen 1251 15537

Haas, Norbert, Neustädter Str. 6, Magdeburg 3040

Haupt, Martin, Röntgenstr. 45, Hangelsberg 1244

Holtz, Andreas, Pl. d. Freundschaft 15, Peitz 7520

Kruppke, Oskar, Dorfstr. 12, PF 180-01, Berlin 1144

Gen.-Sup. Dr. Krusche, Günter, Nöldnerstr. 43, Berlin 1134

Liedtke, Joachim, Güterbahnhofstr. 5a, Lübbenau 7543

Menthel, Siegfried, Alt-Schmöckwitz 3, Berlin 1186

Michel, Ulf, Maystr. 34, Dresden 8021

Miehe, Hannerose, Kl.-Störtebeker-Ufer 21, Stralsund 2300

Müller, Dr. Ulrich; Waldstr. 112, PF 84-14, Berlin 1186

Nastoll, Hanne, W.-Pieck-Str. 17, Ilmenau 6325

~~Pabst, Adelheid, Fritz-Kirsch-Zeile 17, Berlin 1160~~

Pommerening, U., FSU Jena, Sekt. Theol.,
Prof.-Ibrahim-Str. 24, Jena 6900

Reuther, Gerhard, ~~K.-Vereinsstr. 12, Halle 4020~~

Richter, Irma, ~~Geschw.-Scholl-Str. 46, Neu Zittau 1251~~

Richter, Katharina, Ebertystr. 48, Berlin 1034

Richter, Thomas, ~~Schönhauser Allee 186a,~~ Sredzkistr. 19; Berlin ~~1054~~ 1058

Rieger, Birgit, Schliemannstr. 3, Berlin 1058

Ruderisch, Steffi, Alb.-Barthel-Str. 12b, Schwedt 1330

Schiewe, Helmut, Comeniusstr. 3, Hernnhut, 8709

Seeliger, Kristin, ~~Annenstr. 1, Cottbus 7500~~ Kotikowpl. 5 bei Kähler; O-1034 Berlin

Seraje, Bert, ~~Johanneum, Tucholskystr. 7, Berlin 1040~~

Severin, Michael, Langewiesener Str. 11, PF 81-41,
Ilemnau 6300

Sparfeld, Marianne, Landwaisenhausstr. 2, Leipzig 7033

? Christina Many, PSF 27; 98693 Ilmenau

? Pf. Michael Rafalski, Hauptstr. 23; 04838 Mörtitz

Gossner Mission

~~Stalp, Petra, Paul-Robeson-Str. 24, Berlin 1071~~

Surell, Ingolf, Marie-Curie-Allee 6, Berlin 1136

Rüchel, Grit, ~~Mönchstr. 48, Stralsund 2300~~ Barnim-Str. 8, O-2500 Rostock

Schmitt, Kathrin, ~~PSF 13~~, Berlin ~~1080~~ 1040, Ackerstr. 11 70 115

Fam Tschentscher, Dahmsdorfer Str. 1-4, Reichenwalde 1241

Vater, Christina, Kirchberg 1, Viernau 6058

Wujanz, Iris, ~~Marienburger Str. 6~~ Ackerstr. 11, Berlin ~~1055~~ 1040

Zachhuber, W. (Frau), Am Dom 1, Magdeburg 3010

"3.-Welt-Zentrum", Winsstr. 53, Berlin 1055

mehrmals: 20x

S.1 16
S.2 26
9
ges. 51

Gossner Mission

Veröffentlichungen

Sonderblatt / Sept. 1990 :

- Beni Schneider Bibel; Warum diese Gewalt?
- Edmund Kern, Frankf./Main; Wende in Südafrika (aus Orientierung (Zürich)

Lieferungen "SÜDAFRIKA AKTUELL"

Heft	1	8./9.1. 1987
"	2	11.3.87
"	3	28.5.87
"	4	8.6.87
"	5	3.12.87
"	6	
"	7	16.3.88
"	8	
"	9	
"	10	
"	11	4.1.89
"	12	
"	13	15.1.89
"	14	
"	15	
"	16	2.6.89
Sonderheft:Mandela Fußballclub)		
Heft	17	30.8.89
"	18	
Namibia vor den Wahlen		
Heft	19 + 3 S. „Namibia aktuell" (im Anhang)	14.12.89
Heft	20	11.1.90
Heft	21 + Nachfrage, ob im Abo	19.3.90
u	22	
Heft	23 + Sonderbl. ü Mandelas Entlassung	14.6.90
Heft	24	
u	25	

Gossner Mission

Konzepte + Abzüge

Gossner Mission

Gossner-Mission in der DDR

- Südliches Afrika -

1195 Berlin, im Juni 1990
Rodelbergweg 6
Tel. 632 80 77

Liebe Freunde, liebe Freundinnen!

Mit diesen Nummern von "Südafrika aktuell" erhalten Sie zum letzten Male von uns übersetzte und vervielfältigte Nachrichten aus Südafrika. Zudem schicken wir Ihnen die vom Bund der Evangel. Kirchen herausgegebenen "Informationen zum Anti-Rassismus-Programm" Nr. 18.

Seit 1986 haben Mitarbeiterinnen des "Solidaritätsdienstes Südliches Afrika" unter großem zeitlichen Einsatz und mit viel Elan Presseveröffentlichungen übersetzt, um unserem Informationsdefizit zu begegnen. Oft waren wir unzufrieden, weil die Nachrichten aus Südafrika beim Erscheinen von "Südafrika aktuell" schon mehrere Monate alt, manchmal gar überholt waren. Diese Unzufriedenheit hat sich in den letzten Monaten verstärkt, weil die Entwicklung in Südafrika schnell und oft überraschend verlief.
Wir würden versuchen, aktueller zu sein, wenn wir weiter von der Notwendigkeit, ein solches Informationsmaterial herzustellen, überzeugt wären. Aber: Auf unsere letzte Anfrage haben lediglich 25 BezieherInnen mit der Bitte um weitere Zusendung reagiert. Das Informationsbedürfnis der meisten Leser kann offensichtlich anderweitig befriedigt werden bzw. hat eine andere Richtung genommen.

Wir werden diese Art unserer Südafrika-Arbeit also nicht fortsetzen, zumal der Zugang zu diversen Veröffentlichungen über Südafrika und Namibia in deutscher Sprache möglich ist.
Das Büro des ANC in der BRD, Postfach 190140, 5300 Bonn 1, gibt monatlich ein Informationsbulletin heraus, das gegen einen Spendenbeitrag zu beziehen ist.
Das Namibia Communication Centre, P.O.Box 286, London, WC1X OEL, U.K., publiziert einen deutschsprachigen Namibia Report, der zum Subscriptionspreis von £25.00 Pfund versandt wird.

Wenn Sie möchten, übernehmen wir gern die Vermittlung Ihrer Bestellung, anderenfalls wenden Sie sich bitte direkt an die genannten Adressen.

Wir werden in Zukunft auch weiterhin uns wichtig erscheinende theologische und politische Artikel und Referate veröffebtlichen und Ihnen gern zuschicken.

Mit freundlichen Grüßen!

gez. Friederike Schulze

F.d.R. Weinert

Gossner Mission

Gossner-Mission in der DDR
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 1831 = Namibia
1832 = Morogoro

1195 Berlin, im Mai 1990
Rodelbergweg 6
Tel. 632 80 77

S U D A F R I K A A K T U E L L 25

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC herausgegebenen "News briefing" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalkongresses oder die unsere.

Die Unruhen in Natal

Der Justizminister, Mr. Adriaan Vlok, kündigte gestern verstärkte Polizeiaktionen in Natal an, um zu versuchen, die Gewalt in der Provinz zu zügeln ... Mr. Vlok appellierte an alle Beteiligten, ihre Anhänger in dem Konflikt unter Kontrolle zu bringen ...
Der stellvertretende Häuptling des Nxamalala-Stammes, Mr. Amon Dladla, rief gestern seine Leute auf, die Kämpfe einzustellen und die Gemeinde wieder aufzubauen. Die Polizei sagte, in dem Gebiet ist es ruhig, aber gespannt. Der öffentliche Transport funktioniert wieder und etra Polizisten sind in der Gegend stationiert worden ...

(Citizen, 15.2.90)

Die offizielle Anzahl der Toten in der Provinz Natal in diesem Jahr beträgt bis jetzt 240, aber die Beobachtungngsvereinigung der Demokratischen Partei in Durban, spricht von über 400. Bewohner anderer Townships sagen, daß ihre Häuser nur noch dank der Soldaten stehen.
Seit der Freilassung Nelson Mandelas verstärkten sich die Kämpfe, bewaffnete Banden, offenbar Anhänger der traditionalistischen Zulu-Organisation Inkatha und ihres Führers Mangosuthu Buthelezi, greifen Township-Bewohner an, die dem ANC und seiner Verbündeten, der UDF, nahestehen. Beide Seiten sind aber nicht klar voneinander abzugrenzen und die Situation entwickelt sich zu einem chaotischen Kriegszustand, in dem beide Seiten gut bewaffnet sind und jeweils das Territorium des anderen überfallen ...
Einige Beobachter glauben, das jüngste Anwachsen der Kämpfe ist ein Versuch des Häuptlings Buthelezi zu beweisen, daß er eine starke Gefolgschaft hat und seine Stimme in den Gesprächen über die Zukunft Südafrikas gehört werden muß.

(Independent/UK, 16.2.90)

Todesschwadron-Polizist freigelassen

Mr. Ferdi Barnard, der frühere Polizist, der unter Paragraph 29 des Gesetzes zur Inneren Sicherheit in Verbindung mit der Untersuchung zum Tode von ... Dr. David Webster gefangengehalten wurde, ist freigelassen worden. Dies wurde gestern von Polizeikommissar General Johan van der Merwe in einer Erklärung bestätigt. General van der Merwe sagte, daß es zur Zeit nicht genügend Verdachtsmomente gibt, um irgendeine Klage gegen Mr. Barnard vorzubringen ...

Gossner Mission

Von jenen, die bisher in Verbindung mit den angeblichen Aktivitäten einer Geheimabteilung der Südafrikanischen Streitkräfte, die unter dem Namen burgerlike Samewerkings Buro (Civilian Co-operation Bureau) arbeitete, gefangen gehalten wurden, ist zur Zeit in Südafrika nur noch ein Mann in Haft. Das ist Mr. Abraham "Slang" van Zyl, ein ehemaliger Leutnant ... Ein anderer ehemaliger Polizist, der bekannte Rugby-Spieler Mr. Calla Botha, wurde vor kurzem auf einen ähnlichen Antrag hin entlassen ...

(Citizen, 15.2.90)

Häftlinge im Hungerstreik

Etwa 300 auf der Todesliste stehende Gefangene, 80 von ihnen sind Politische, begannen im Zentral-Gefängnis von Pretoria mit einem Hungerstreik, um gegen die "ärmlichen Gefängnisverhältnisse" zu protestieren. Das wurde von einem Sprecher für das Gefangenen-Hilfszentrum (Detainees' Aid Centre - = DAC) ... bekanntgegeben. Die Häftlinge begannen am Sonntag den Hungerstreik und wollen ihn so lange fortsetzen, bis ihre Forderungen nach besseren Haftbedingungen erfüllt sind ...
Laut DAC-Sprecher haben die 298 Gefangenen in Pretoria ihre Forderungen für die Gefängnisleitung aufgelistet. Diese enthalten das Recht
- auf genügend Kleidung, auf Ausbildung und größeren Zugang zu Literatur
- auf Zugang zu den eigenen Kindern und Herabsetzung der Altersgrenze bei Besuchsgenehmigungen. Zur Zeit sind nur Kindern ab 17 Jahren Besuche erlaubt.

Außerdem fordern die Häftlinge, daß Familienbesuche ohne vorherigen Antrag möglich sind ...

(Star, 17.2.90)

UMKHONTO WE SIZWE (MK)-Kader im Gefängnis von Johannesburg errangen gestern einen Sieg über den Südafrikanischen Gefängnisdienst, als die Gefängnisleitung zustimmte, sie nicht in Zellen mit gewöhnlichen Kriminellen zu legen. Mit einem Hungerstreik hatten die 23 Kader dagegen protestiert, als Kriminelle eingestuft und zu solchen in die Zellen verlegt zu werden ...

(NeWNation, 23.2.90)

Politische Prozesse

Lulamile Xate verurteilt

Der Chef der Umkhonto we Sizwe, des bewaffneten Flügels des ANC, in Natal erhielt diese Woche im Durbaner regionalen Gerichtshof ein überraschend mildes Urteil. Der Medizinstudent Lulamile Xate wurde für die militärische Ausbildung außerhalb des Landes, den Besitz von Waffen und Munition und wegen versuchten Mordes nach der Explosion einer Bombe an der Grasvenor-Mädchen-Hochschule Durban für schuldig erklärt. Er wurde zu insgesamt 5 Jahren Haft verurteilt, wobei die Zeit, die er schon im Gefängnis sitzt, mitzählt. Magister HS van der Walt sagte, Xate sei eindeutig ein Intellektueller und ein Führer. Alle Vergehen Xate's seien politisch motiviert und er nehme an, in "diesen Tagen", im neuen Klima der Versöhnung, seien sie nicht begangen worden.
Im Gesetz könne er keine Rechtfertigung für Xate's Aktionen finden, aber die "Frustrationen und gerechtfertigten Beschwerden der schwarzen Menschen" berücksichtigend glaube er, Xate könne beweisen, daß er "sehr zornig" war. Xate bezeichnete sich selbst als Mann des Friedens: "Ich habe

/3

Gossner Mission

wirklich nicht den Wunsch, meine Landsleute zu bekämpfen. Aber wenn ich, um meine Freiheit zu erlangen, auf allen friedlichen Straßen gescheitert bin, dann, und nur dann, fühle ich mich berechtigt, mit allen für mich verfügbaren Mitteln zu kämpfen."

(Weekly Mail, 2.3.90)

Ex-Gefangene vereinigen sich

Ein früherer Gefangener auf Robben Island, Mr. Benson Fihla aus Port Elizabeth, wurde zum ersten nationalen Präsidenten der Vereinigung ehemaliger politischer Gefangener gewählt. Fihla sagte, die Vereinigung wurde gegründet, weil Gefangene der östlichen Kap-Region sich gegenüber einer Delegation des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC) beschwert hatten, daß sie vernachlässigt werden.
Einige Gefangene hatten Schwierigkeiten bei der Wiederanpassung ans normale Familienleben, nachdem sie aus dem Gefängnis entlassen worden sind ...
Obwohl vom ANC gegründet, steht die Vereinigung allen ehemaligen politischen Gefangenen offen. Laut Oliver Tambo kümmert sich die Vereinigung auch um die Genossen auf der Todesliste und im Exil. ...

(South, 8.3.90)

Landesweite Unruhe

Proteste im Freistaat

Erzürnte Einwohner einer Township nahe Kroonstad begannen einen Miet- und Verbraucherboykott, nachdem 2 Jungen getötet und 8 verletzt wurden, als die Polizei das Feuer auf Tausende Menschen ... eröffnete ...
Die Einwohner hatten geplant, zu den Stadträten von Maokeng und Kroonstad zu marschieren, um dort eine Eingabe zu überreichen, in der sie sich über Korruption, hohe Mieten und maßlose Elektrizitätsrechnungen beschwerten und die Wiedereinstellung von 7oo Arbeitern der Stadtverwaltung forderten, die im vergangenen Jahr entlassen worden waren. Viele sagten, sie sähen "grüne Bohnen" (städtische Polizei), die sich bei einem Haus nahe des Constantia-Einkaufszentrums versammelten, wo der Marsch beginnen sollte ...
Die Menschen ... waren etwa 30 m entfernt. Dann schossen sie - wie gewöhnlich. Die Menschen rannten weg, ein Kind fiel um, ein weiteres ...
Die zwei Ermordeten waren Paul Rabanye, 10, und George Mabide, 18.
Acht Leute wurden verletzt und einer, Abraham Chabagu, 23, befindet sich in ernstem Zustand im Bôitumelo-Krankenhaus. Er hat Schußwunden im Brustraum und in der Seite und Schwierigkeiten beim Atmen.
Er sprach vom Krankenhausbett aus ... mit Weekly Mai: "Wir starteten den Marsch. Wir hatten nichts getan, als sie beschlossen zu schießen.
Ich rannte und dann fühlte ich einen Schmerz und fiel. Einige Kameraden brachten mich ins Krankenhaus ..." Nach dem Gewalteinbruch wuchs die Menge auf 40.000 und forderte zu marschieren. Patrick "Terror"-Lekota, UDF-Führer, kam und sprach zu der Menge. Scharfe Verhandlungen ergaben sich zwischen Mitgliedern des Demokratischen Krisenkomitees Maokeng und Polizeibeamten. Die Eingaben wurden an der Grenze zwischen Township und Kroonstad überreicht. ...

(Weekly Mail, 2.3.90)

/4

Gossner Mission

Jährliche Generalversammlung der UDF in der östlichen Kap-Region

Nationalisierung sollte die wichtigste Linie der sozialökonomischen Politik eines Post-Apartheid-Südafrika sein, das beschloß die jährliche Generalversammlung (Annual General Meeting = AGM) in der östlichen Kap-Region, die am vergangenen Wochenende in Port Elizabeth stattfand. Diese AGM war die erste seit März 1985 und wurde von 96 Delegierten, die 48 Organisationen repräsentierten, und von über 100 Beobachtern besucht. Die Versammlung beschloß auch:

- alle Anstrengungen zur Schaffung eines einzigen, nicht-rassistischen Bildungssystems zu unterstützen
- den Kampf in den ländlichen Gebieten durch moralische und materialle Unterstützung der dortigen Gemeinden zu itensivieren und
- ein Forum der Hilfsorganisationen zu bilden.

... So hatten 3 Regionen der UDF ihre AGM's in Vorbereitung des Jahreskongresses der gesamten UDF im April ...

(New Nation, 2.3.90)

Kirchen und Apartheid (Neue Herausforderungen)

Die neuen politischen Entwicklungen stellen die Kirchen vor neue Herausforderungen. Das ist der Tenor einer Schrift des Instituts für Kontextuelle Theologie (ICT) unter dem Titel: "Die Freilassung Nelson Mandelas: Die Zeichen der Zeit Erkennen".
"Jahre über lag der Schwerpunkt der Kirche auf dem Predigen gegen die Sünde der Apartheid, nun muß sie gegen die Sünde der Habgier, gegen die abgöttische Anbetung des Geldes predigen", heißt es in dem Text. "Wie nie zuvor müssen Christen sich als wahre Diener des Volkes erweisen", so weiter, denn dies sei ihre konkrete, praktische Art, sich als Diener Gottes zu erweisen.
Die ICT-Schrift befaßt sich auch mit der Frage einer annehmbaren neuen Wirtschaftsordnung. Diese Frage - sprich: die der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Südafrika - sei durch die Privatisierungspläne der Regierung sowie durch die Reaktionen vieler Weißer auf Mandelas Äußerungen zur Nationalisierung nunmehr besonders dringlich. Dazu heißt es:
"Wir sehen die Gefahr einer Zukunft voraus, in welcher die Reichen, gleich welcher Rasse, x) und die Armen ärmer werden." Was fordere Gott in einer derartigen Situation? Das ICT argumentiert, daß es nicht im Sinne der Gefolgschaft Jesu sei, wenn die Kirche "den Armen gute Botschaften" predige und von der Armut ein romantisches Bild erhalte. "Wir müssen gemeinsam nach einem Wirtschaftssystem suchen, das - egal, was sein Name ist - uns instand setzt, weit mehr Reichtum zu schaffen und diesen gleichmäßig unter die gesamte Bevölkerung zu verteilen."
Wirtschaftliche Gerechtigkeit, so das ICT, könne in Südafrika nur geschaffen werden, wenn "die Reichen sowie diejenigen, die Reichtum anstreben, eine grundlegende Bekehrung erfahren. Sie müssen sich abwenden von ihrer ... Sünde der Vergötzung: der Anbetung des Geldes, und sie bereuen. Tun sie dies nicht aus freien Stücken, so müssen möglicherweise Strkturen geschaffen werden, um zu gewährleisten, daß ihre Habgier nicht andere um das Lebensnotwendige bringt."

(ANC-Information-Bulletin Nr. 4 1990)
S. 19

/5

x) reicher

Gossner Mission

- -

- - - Namibia aktuell - - - Namibia aktuell - - - Namibia aktuell - - -

- -

Unabhängigkeitsfeiern zur Geburt des neuen Staates

Schätzungsweise 1.500 offizielle Gäste als Vertreter von 158 Regierungen, darunter viele Staatsoberhäupter, werden anwesend sein, wenn am Donnerstag, dem 20. März um Mitternacht die neue blau-rot-grün-goldene Flagge Namibias gehißt und der gewählte Präsident Sam Nujoma von UN-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar vereidigt wird.

Repräsentanten von Befreiungsbewegungen, unter ihnen Nelson Mandela und Yasser Arafat, werden ebenso erwartet wie weitere 4.000 hochrangige Gäste sowie mehr als 1.000 Journalisten.

Eine am 1. März von Sam Nujoma initiierte öffentliche Spendenkampagne zur Finanzierung der Unabhängigkeitsfeierlichkeiten hat neben kleineren Schenkungen einzelner Namibier fünfstellige Summen von einheimischen Unternehmen erbracht. Die größte Spende in Höhe von 5 Millionen Rand kam von der südafrikanischen Regierung.

Anschlag auf SWAPO-Kirchenführer

Ein bekannter Heckenschütze feuerte am Abend des 27. Februar vier- bis fünfmal auf das Haus Pfarrer Zephania Kameetas im Windhoeker Vorort Khomasdaal - nun schon der dritte Überfall auf aktive SWAPO-Mitarbeiter in weniger als zwei Wochen!
Pfr. Kameeta, seit langem ein Gegner der Herrschaft Südafrikas, ist Dekan der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Namibia und seit letztem November gewählter Abgeordneter der SWAPO in der Verfassungsgebenden Versammlung.
Die anderen Überfälle richteten sich gegen einen SWAPO-Geschäftsmann, Moses Gariseb, in dessen Haus in Katutura und gegen den SWAPO-Sportveranstalter Bobby Sissing, der gerade mit seinen drei Kindern in der Nähe seines Hauses in Khomasdaal mit dem Auto unterwegs war.

SAM NUJOMA fordert Aufhebung der Sanktionen gegen WALVIS BAY

Der gewählte Staatspräsident Sam Nujoma hat in einem Schreiben an den UN-Generalsekretär vom 9. März die Aufhebung aller internationalen Sanktionen gegen Namibia ab dem Tag der Unabhängigkeit, dem 21. März, gefordert, ebenso wie die gegen Walvis Bay, jene immer noch von Südafrika besetzte Enklave.
Wie er ausführte, ist Walvis Bay, mag auch dessen "Reintegrierung" in Namibia gemäß der Weltsicherheitsrats-Resolution 432 von 1978 noch ausstehen, des Landes einziger "zuverlässiger Einfuhrhafen" für veredelte Erdölprodukte und andere überseeische Güter".
In letzter Zeit ist in Namibia viel darüber spekuliert worden, ob nicht Südafrikas Staatspräsident F.W. de Klerk anläßlich seiner Unabhängigkeitsansprache am 20. März in Windhoek alle Ansprüche auf Walvis Bay zurücknehmen könnte.

Gossner Mission

Wirtschaft und Gesellschaft

Finanzielle Vorhaben der neuen Regierung angekündigt

Der Finanzminister des Schattenkabinets, Dr. Otto Herrigel, berichtete vor einer Versammlung von Wirtschaftlern am 9. Februar in Windhoek, Namibia werde eine eigene Zentralbank, Devisen- und Zollkontrolle einzurichten haben, wenn es sein eigenes Volksvermögen kontrollieren wolle. Er begrüßte die Unterstützung, die der Internationale Währungsfonds und andere diesem Vorhaben gewähren.
Bis dies allerdings erreicht sei, werde Namibia Mitglied der Zollunion des Südlichen Afrika und des Gemeinsamen (Rand-)Währungsgebietes bleiben müssen. Dies werde vermutlich noch wenigstens für zwei Jahre zu gelten haben, trotz der Dominanz Pretorias in diesen Institutionen.
Wie Dr. Herrigel betonte, war "Namibias Unabhängigkeit effektiv das beste Geschäft, das Südafrika je gemacht hat".
Die Devisengewinne aus dem namibischen seien ebenso wie die ausländischen Finanzspritzen durch neue Darlehen, Subventionen und die 400 Millionen Rand Ausgaben der UNTAG in der Hauptsache der Notenbank Südafrikas zugeflossen. Zugleich verurteilte Dr. Herrigel "die Plünderung" des Pensionsfonds des öffentlichen Dienstes. Seine kürzlich vorgenommene Privatisierung habe dazu geführt, daß mindestens 700 Millionen Rand außer Landes gebracht wurden. Glücklicherweise sei dies die einzige größere Kapitalflucht.

Das Rezept

Des Finanzministers Rezept zur Heranziehung neuen Kapitals in Form sowohl inländischer Überschüsse als auch ausländischer Investitionen ist die Schaffung attraktiver politischer Rahmenbedingungen für die Kräfte des Marktes und nicht das bloße Vertrauen auf administrative Restriktionen. Um dies zu erreichen sei es notwendig, betonte er, so schnell wie möglich die heimischen Finanzinstitute zu reformieren und den Haushalt auszugleichen.
Für das erste Haushaltsjahr nach der Unabhängigkeit sagte Dr. Herrigel ein Defizit von 500 Millionen Rand voraus, größer also als die vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen veranschlagten 225 Millionen. Dies sei darauf zurückzuführen, daß Pretoria seine Haushaltstransfers nach Namibia 1983-87 von 12-15% des Bruttoinlandproduktes (BIP) auf 3% reduziert, die Ausgaben Windhoeks für die ethnischen Verwaltungen jedoch von 40% des BIP in den Jahren 1980-81 auf 60% für 1986-87 hochgetrieben habe.

Darlehen

Dr. Herrigel sprach die Hoffnung aus, daß ausländische Hilfen und Darlehen die Regierung anfangsweise über Wasser halten und ihr die Durchführung größerer Reformen ermöglichen, eine langfristige Lösung könne das jedoch nicht sein. Sobald wie möglich werde die Regierung die ausgabenträchtigen ethnischen Verwaltungen beschneiden sowie ihren Anteil an den Zolleinnahmen aus der Zollunion des Südlichen Afrika vergrößern.

Namibias Entwicklung hänge längerfristig gesehen allerdings stärker von "einer Rationalisierung der bestehenden Finanzinstitute" ab., besonders der halbstaatlichen First National Development Corporation (Erste Nationale Entwicklungs-Gesellschaft - FNDC). Falls die FNDC, die sich "aus dem alten Apartheidsystem heraus entwickelt" habe, durch eine Development Bank of Namibia (Namibische Entwicklungsbank) ersetzt werde, dann könne landwirtschaftliche, technische und Managementkenntnisse

Gossner Mission

vermittelnde Unterstützung aus dem Ausland in effizienter Weise durch sie kanalisiert werden.

Kapital

Zugunsten von Joint Ventures sprach sich Dr. Herrigel auch für ein neues Verhältnis zwischen privaten Baugesellschaften und der National Building Investment Corporation (Nationale Bauinvestitionesgesellschaft) zum Zwecke der Entwicklung des Wohnungsbaus für niedrige Einkommensschichten sowie für die Schaffung einer Nationalen Fischereigesellschaft aus.

Windhoek, 20. März 1990:

UNABHÄNGIGKEITS-BOTSCHAFT BISCHOF KLEOPAS DUMENIS

Herzliche Grüße, liebe Freunde!

Es ist passend und richtig, daß wir alle zusammen aus diesem großen Anlaß eines Wandels in der Geschichte unseres geliebten Landes Namibia frohlocken.

So wie Ihr mit uns während der Leidensjahre geweint habt, ist es nun richtig, daß Ihr mit uns frohlockt und gemeinsam Gott lobt für das, was er getan hat.

Ich bin glücklich darüber, daß Ihr, auch wenn Ihr in dieser freudenreichen Zeit nicht hier bei uns in Namibia sein könnt, unser in Euren Gebeten und Eurer Freude gedenkt.

Denn unser Geschrei des Leidens, des Todes und der Vernichtung sind verwandelt worden in Freudengeschrei zum Lobe unseres Gottes um des willen, was er für unser Volk getan hat.

Wir frohlocken und wir loben Gott alle gemeinsam. Habt alle vielen Dank für das, was Ihr getan habt. Und vergeßt uns nicht, wenn wir nun daran gehen, aus der Asche der Apartheid eine neue Nation zu bauen! Mit Gottes Hilfe werden wir seinen Willen für unser Volk erfüllen, alle zusammen!

Gelobt sei Gott!

Unterzeichnet: Kleopas Dumeni, Bischof
Evangelisch-Lutherische Kirche in Namibia.

(Namibia Report / Namibia Communications Centre - Jahrg. 1, Nr. 2)

Gossner Mission

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 1831 = Namibia
1832 = Morogoro

1195 Berlin, im Mai 1990
Rodelbergweg 6
Tel. 632 80 77

S O D A F R I K A A K T U E L L 2 4

"ES GIBT KEINEN GRUND ZU BEFORCHTUNGEN FOR DIE WEISSEN"

Nelson Mandelas erstes Interview nach der Freilassung.

F: Was überrascht Sie am meisten an den Veränderungen, die Sie sahen?

A: Das Aussehen hat sich sehr geändert, obwohl einem die Armut immer noch ins Auge fällt. Aberbezogen auf das Land insgesamt bin ich überrascht von dem Ausmaß, in dem eine beträchtliche Anzahl Weißer nunmehr anerkennen, daß eine Lösung für dieses Land in Gesprächen mit dem ANC liegt, sowie in ihrer Bereitschaft, ein nichtrassisches Südafrika zu akzeptieren. . .

F: Fühlen Sie eine schwere Last der Verantwortung?

A: Ich habe keinerlei (derartige) Furcht. Wie ich gesagt habe, bin ich ein loyales und diszipliniertes Mitglied des ANC. Es ist meine Pflicht, ihm zu berichten und ich werde mich bei jedem Versuch einer Problemlösung auf seinen Apparat stützen. Ich werde nicht als Individuum handeln. Ich werde als Mitglied eines Teams handeln ...

F: Wann wurde die Regierung Ihnen gegenüber konzilianter?

A: Tatsächlich entwickelte sich die Haltung der Regierung so schon in den 60er Jahren ... Führende wichtige Persönlichkeiten, aus dem In- ind Ausland, erhielten Besuchserlaubnisse. Die Haltung der Regierung war widersprüchlich. Trotz der harten Behandlung war sie zu Gesprächen mit mir bereit. In den letzten drei Jahren habe ich eine Gesprächsinitiative mit der Regierung gestartet, über die Fragen der Freilassung der Gefangenen und eines Treffens zwischen dem ANC und der Regierung.

F: Stimmen Sie mit de Klerk überein, daß Sie beide Ihre Leute zu einer Aussöhnung bringen müssen?

A: Was die Frage der Schaffung eines Verhandlungen fördernden Klimas betrifft, so stimmen wir überein.

F: Sind Sie optimistisch, daß die Fragen der politischen Gefangenen und der Beendigung des Ausnahmezustandes relativ rasch gelöst werden können?

A: Ich persönlich glaube, ja. Ich denke, daß (de Klerk) keinerlei Grund hat, sich diesen beiden Forderungen zu widersetzen. . .

F: Geht der ANC in Verhandlungen mit einer im Vergleich zu der der Regierung schwachen Position?

A: Nein. Wir sind in einer mächtigen Position, denn die Regierung hat jetzt akzeptiert, daß es in diesem Land keine friedliche Lösung ohne Beteiligung des ANC geben kann. Daß sie ihre Politik in dieser Frage geändert haben., ist ein Sieg für den ANC.

F: Aber die Regierung verfügt immer noch über den Sicherheitsapparat.

Gossner Mission

A: Das hat sie immer. Aber wir hatten Erfolg, indem wir sie dazu brachten anzuerkennen, daß wir eine Rolle zu spielen haben.

F: Wann sollten Sanktionen aufgehoben werden?

A: Wenn eine Einigung erzielt ist.

F: Sie sagten, die Hauptfrage bei Verhandlungen sei es, die Forderung der Schwarzen nach einem Wahlrecht auf der Basis 'one man, one vote' zu vereinbaren mit Befürchtungen der Weißen, was das für sie bedeuten mag. Ist das möglich?

A: Es ist genügend guter Wille vorhanden, beides miteinander zu vereinbaren. Der ANC ist ganz gewiß bereit, sich den Befürchtungen der Weißen zu widmen.

F: Sind Sie zu Kompromissen hinsichtlich des 'one man, one vote' bereit?

A: Ich spreche von Kompromissen im allgemeinen. Kompromiß heißt, mit dem Standpunkt der anderen Seite übereinzukommen. Wir sind dazu bereit:

F: Ist das Ihre persönliche Ansicht?

A: Es ist die Position des ANC, daß ein Kompromiß nötig ist, wenn man verhandeln will. Wenn man keinen Kompromiß anstrebt, verhandelt man erst nicht.

F: Ist Präsident de Klerks Furcht vor einem Gegenschlag von rechts gerechtfertigt?

A: Dazu hat er keinen Grund. Er fürchtet ihn, weil er sich auf die Afrikaner in diesem Land konzentriert, beziehungsweise allein auf die Weißen. Er nimmt den Vorteil der politischen Unterstützung nicht wahr, die er bekommen könnte, wenn er die Politik eines nichtrassischen Afrika übernähme. Sie wäre überwältigend. Er hat jetzt schon über drei Viertel der Weißen dieses Landes hinter sich. Wenn er sich also davon freimachen könnte, nur an die Afrikaaner zu denken, und sich allgemein den Weißen widmete, dann hätte er schon 75 Prozent der Stimmen weißer Wähler sicher. Wenn er aber die Perspektive seiner Initiative ausweiten würde, erhielte er die überwätigende Unterstützung der Schwarzen.

F: Sind die Befürchtungen Weißer vor einer Beherrschung durch Schwarze berechtigt?

A: Ganz und gar nicht. Wir haben unsere Politik in der Freiheitscharta umrissen. Diese Politik sollte jedermann zufriedenstellen, daß wir nicht beabsichtigen, irgendjemand zu beherrschen.

F: Wie ernst nehmen Sie Meldungen über Morddrohungen gegen Sie?

A: Es gibt keinerlei Drohungen von der radikalen Linken (wie in vielen Presseberichten behauptet; d. Red.). Die einzigen Drohungen kamen von der Rechten.

F: Wann werden die Schwarzen in diesem Land frei sein?

A: Ich bin kein Prophet. Ich kann es nicht sagen.

(Aus: TIME, 26. Februar 1990)

/3

Gossner Mission

DAS WAHRE HINDERNIS IST NICHT DER BEWAFFNETE KAMPF"

Thabo Mbeki zur Beilegung der bewaffneten Auseinandersetzungen

"In einer Ansprache vor dem Parlament Südafrikas hat Präsident F.W. de Klerk Maßnahmen verkündet, die geeignet sind, ein für Verhandlungen über die Beendigung der Apartheid förderliches Klima zu schaffen ... Ungeachtet der Anmerkungen de Klerks, der bewaffnete Kampf in Südafrika sei nicht länger gerechtfertigt, hat die Frage der Einstellung von Gewalttaten durch alle Parteien nichts an Bedeutung eingebüßt.
Erst vor kurzem hat Mr. de Klerk in einem Referat vor 500 höheren Polizeioffizieren die Aufmerksamkeit eines 'Harmagedon' in Südafrika gelenkt, das zum Tod von fünf Millionen Menschen führen könnte.
Diese realistische Sichtweise geht von der Erkenntnis aus, daß die Apartheid eine physische Konfrontation zwischen Unterdrücker und Unterdrückten hervorgebracht hat, die nur durch die Beseitigung dieses Systems beendet werden kann.
Der ANC war sich der Möglichkeit eines 'Harmageddon' seit langem vollauf bewußt und hat fortwährend eine Verhandlungslösung für die Probleme gefordert, denen sich Südafrika gegenübersieht. Aufeinanderfolgend haben weiße Minderheitsregime diese Forderung ignoriert. Es bleibt abzuwarten, ob Mr. de Klerk sich anders verhalten wird, zumal er verstanden zu haben scheint, daß der Einsatz von Gewalt durch sein Regime nie irgendetwas lösen wird.
In Übereinstimmung mit seinen bisherigen Positionen schlägt der ANC als ersten, zwischen der südafrikanischen Befreiungsbewegung und dem Apartheitregime zu verhandelnden Punkt eine beidseitig bindende, einstweilige Einstellung der bewaffneten Feindseligkeiten vor.
Um unsere Ernsthaftigkeit zu demonstrieren, hat sich unser oberstes Führungsorgan am 21. Januar getroffen und 'die Bevorzugung einer mit politischen Mitteln erreichten Beilegung durch den ANC bekräftigt'. An dieser Konferenz haben auch Walter Sisulu und andere Führer teilgenommen, die neulich nach 25 Jahren Inhaftierung freigekommen waren.
Mr. de Klerks Anerkenntnis, daß die Apartheid unausweichlich zu einer gewaltsamen Konfrontation geführt hat, sollte es ihm leicht machen zu verstehen, daß der ANC die Waffen nie einseitig niederlegen wird. Und da die Apartheid die Wurzel der Gewalt bildet, kann eine Einstellung der Feindseligkeiten erst dann in eine Beendigung der Feindseligkeiten überführt werden, wenn die Apartheid beendet ist. Aus diesem Grunde hat der ANC vorgeschlagen, daß der bewaffnete Konflikt erst dann als beendet angesehen werden soll, wenn eine neue Verfassung verabschiedet worden ist.

In Simbabwe sah ein Unabhängigkeitsprozeß unter britischer Aufsicht vor, daß ein Waffenstillstand sowie die Beendigung der Feindseligkeiten im Gefolge der Annahme der Unabhängigkeitsverfassung in Kraft treten würden. Entsprechend dauerte der bewaffnete Konflikt während des Verhandlungsprozesses an.
In Namibia fiel die Beendigung der Feindseligkeiten zusammen mit der Erfüllung der Resolution 435 des UN-Sicherheitsrates, welche die Schritte hin zur Unabhängigkeit festlegte.
Zugrunde liegt diesen, auf die Beendigung weißer Minderheitsherrschaften abzielenden Erfahrungen die Bestätigung des Prinzips, daß die Unterdrückten eine Verpflichtung, zumindest sich selbst gegenüber, haben, den Kampf - falls nötig, auch mit der Waffe - fortzuführen, bis sie die Freiheit erreicht haben. Auch der ANC und das Volk Südafrikas haben diese Verpflichtung.
Um jedoch Leben zu schonen, schlägt der ANC eine beidseitige Einstellung des bewaffneten Konflikts vor, und zwar noch bevor Verhandlungen über eine neue Verfassung beginnen. Das ist von Bedeutung, um jede tatsächliche oder vermeintliche Einschüchterung auszuschalten und die größtmögliche Ausdrucksfreiheit für das Volk zu gewährleisten ...

4

Gossner Mission

Alle vernünftigen Südafrikaner empfinden die Atmosphäre des Mißtrauens, die ein zwangsläufiges Produkt unserer Geschichte ist: Davon ausgehend, muß klar festgestellt werden, daß kein Südafrikaner derzeit sicher sein kann, daß einmal aufgenommene Verhandlungen Erfolg haben werden. Daher die Notwendigkeit von zwei Stufen: einer Einstellung sowie, später, einer Beendigung der Feindseligkeiten. Ober-dies würde die Drohung einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten von sich aus das Erreichen einer politischen Lösung unterstützen.
Das Hindernis für eine Verhandlungslösung ist nicht die Weigerung des ANC, von Gewalt abzulassen. Es ist die Nichtbereitschaft des Pretoria-Regimes, die Apartheid aufzugeben und die Waffen in den Händen der 500 Polizeioffiziere zum Schweigen zu bringen, vor denen Mr. de Klerk von einem Harmageddon sprach."

(Aus: International Herald Tribune, 6. Februar 1990)

2. Gewerkschaften

Die Bilanz des Eisenbahnstreiks

Nach rund 12 Wochen wurde Ende Januar der Streik im Eisenbahnbereich, den die Gewerkschaft SARHWU gegen das staatliche Unternehmen SATS geführt hatte, mit einem Abkommen beigelegt:
"Es war das erste Mal, daß der Staat (als Eigentümer der SATS) und eine Organisation der Demokratischen Massenbewegung (die COSATU-Gewerkschaft SARHWU) an einem weitgespannten Verhandlungsprozeß teilnahmen und zu einem beide Seiten zufriedenstellenden Obereinkommen gelangten", erklärte der als Schlichter fungierende Charle Nupen. Der Streik bezog sowohl die Hauptakteure der Auseinandersetzung in Südafrika ein, als auch die zentralen Themen dieses politischen Kampfes:
- Das Kabinett erörterte den Arbeitskampf auf seiner ersten Sitzung dieses Jahre, die der Frage von Verhandlungen auf nationaler Ebene gewidmet war, und beschloß, den Konflikt beizulegen.
- Die Polizei, zumindest jedoch Teile, war wesentlich beteiligt, Gewalt zu schüren, die allein bei einem Zusammenstoß in Germiston sieben Gewerkschaftsmitgliedern das Leben kostete.
- Erdrückendes Beweismaterial liegt vor, daß sog. Vigilanten, aufgeputscht durch weiße Vorarbeiter und Polizei, und rekrutiert aus Streikbrechern, blutige Auseinandersetzungen mit den Streikenden suchten.
- Während des gesamten Streiks agitierte die rechtsextremistische Konservative Partei lautstark gegen jede Verhandlungen mit der SARHWU und heizte so rechte Ressentiments auf, die in Gewaltbereitschaft mündeten.
- Aus den Reihen der Demokratischen Massenbewegung andererseits wurden Delegationen zum SATS-Management entsandt, um dieses zur Wiederaufnahme von Verhandlungen mit der SARHWU zu bewegen.
- Die COSATU-Führung wirkte zugleich auf die SARHWU ein, sich mit der SATS-Leitung auf einen Kompromiß zu einigen.
- Schließlich spielte auch die liberale Demokratische Partei eine Rolle, indem sie das Management zur Kompromißbereitschaft umzustimmen bemüht war.

'Die Einigung trägt alle Züge des radikalen Wandels, der sich zur Zeit in Südafrika vollzieht', kommentierte Martin Sebakwane, der Generalsekretär der SARHWU. 'Wir erleben das Ende uralter Vorurteile, Glaubenssätze und Einstellungen in der weißen Gesellschaft und den obersten Regierungskreisen und dies eröffnet neue Möglichkeiten.'

Für das SATS-Management sagte dessen Arbeitsdirektor Jan Bredenkamp u.a., daß vor allem die Einschaltung der MDM die Sicht dafür geöffnet habe, wie stark die schwarze Bevölkerung ('community') an der

Gossner Mission

Streikentwicklung Anteil genommen habe. 'Wir haben Kontakt zu ihr hergestellt und können nun relativ frei mit ihr telefonieren und um ihre Hilfe bitten.'

(Weekly Mail, 2.2.90)

Privatisierung

Von den Problemen der Privatisierung sind die Tarifauseinandersetzungen im Verkehrs- und Postbereich beeinflußt. Ober 20.000 Mitglieder der COSATU-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst protestierten bei einer Demonstration gegen die staatlichen Pläne, die beiden Bereiche zu privatisieren, wodurch sich erhebliche Verschlechterungen der gewerkschaftlichen Positionen ergeben würden.
Am 1. April soll das staatliche Verkehrs- und Transportmonopol SATS aufgegliedert und privatisiert werden. Unter dem Dach einer dann TRANSNET genannten Holding (deren alleiniger Aktieninhaber vorerst weiter der Staat bleiben soll) würden dann als selbständige Bereiche die Eisenbahnen, Häfen, das Speditionswesen, die Luftlinie (SAA) sowie das Pipelinenetz operieren.
Die Gewerkschaft SARHWU (South African Railways and Harbour Workers Union) sieht mehrere Gefahren. Bereits bis jetzt hat SATS nahezu 100.000 Arbeitskräfte entlassen, um die Privatisierung lukrativ zu machen. Gegenüber 1982 arbeiten nur noch 180.000 Beschäftigte im SATS-Bereich, gegenüber damals 279.000. Mit Abfindungen (drei Monatslöhne und die Rentenbezüge) will das Unternehmen weitere Arbeitskräfte zur freiwilligen Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses bewegen.
Wahrscheinlich ist von der Privatisierung auch das Schicksal der zum Abschluß des zwölfwöchigen Eisenbahnerstreiks getroffenen Vereinbarung über die Tarifverhandlungen abhängig. Im Januar hatte man sich darauf geeinigt, diese Tarifrunde nach dem 1. April zu starten (vgl. IB 2/90, S. 28). Fraglich erscheint nun, ob das "neue" Unternehmen TRANSNET sich daran halten wird. Mehr noch: Die Aufgliederung in Einzelunternehmen birgt die Gefahr, daß diese separat verhandeln und abschließen wollen; gewerkschaftliche Errungenschaften wie zentrale Abschlüsse für einen Gesamtbereich wären damit bedroht, denn die einzelnen ehemaligen SATS-Bereiche sind unterschiedlich profitabel. Gewinne machten SAA, Pipeline und Häfen (Letztere im Vorjahr 543 Mio. Rand), Verluste dagegen Transportbereich und Eisenbahnen (Personenbeförderung und Stückgutverkehr). Das bedeute, so die SARHWU, bei getrennten Verhandlungen, daß die Verlustbetriebe niedrigere Abschlüsse durchsetzen dürften als die anderen und daß zudem eher mit weiteren Entlassungen zu rechnen sei. (Inf.-Bull. 3, S. 19)

Charta der Arbeiterforderungen

Beschlossen worden war es auf dem 3. Nationalkongreß des Gewerkschaftsverbandes COSATU im Juli des Vorjahres. Inzwischen hat die COSATU-Führung eine Arbeitsgruppe gebildet, die in den beginnenden Verhandlungen über eine Lösung des Apartheidproblems die Forderungen der abhängig Beschäftigten registrieren und zu einer "Arbeitercharta" (Worker's Charter) zusammenfassen soll.
Der Kongreß hatte beschlossen, daß eine solche Charta "ein Instrument des Kampfes gegen Unterdrückung und Ausbeutung" sein solle sowie der Verdeutlichung der "Grundrechte der Arbeiter und der arbeitenden Massen insgesamt" dienen solle, "die von der Verfassung einer Regierung des Volkes garantiert werden".
Mit der Arbeit an der Charta verfolgt der COSATU 4 Zielsetzungen:
- Erstellung der Charta selber auf der Basis der Forderungen der Arbeiterschaft;

Gossner Mission

- Stärkung der Einheit der Arbeiterklasse durch Vereinigung der Arbeiter verschiedener Gewerkschaften, Organisierung der Unorganisierten und Förderung der Einheit von schwarzen und weißen, ländlichen und städtischen Arbeitskräften,
- Anhebung des politischen Bewußtseins der Arbeiter;
- Förderung politischer Diskussionen auf allen Ebenen innerhalb des COSATU-Verbandes.

(Inf.-Bull. 3, S. 21)

3. Widerstand und Befreiungskampf

Das Homeland-System zerbricht

Massendemonstrationen und der Sturz einer weiteren Homeland-Diktatur sind die auffälligsten Erscheinungen einer mittlerweile fast alle zehn Homelands erfassenden Welle des Widerstandes gegen dieses System. Die Forderung. Rückgliederung nach Südafrika.
In der T r a n s k e i hat der Befehlshaber der Militärregierung schon im Februar nicht nur den ANC wieder als Organisation zugelassen, sondern die Beseitigung des gesamten Homelandsystems gefordert. General Bantu Holomisa, der auch schon an wichtigen Versammlungen der demokratischen Massenbewegung teilnahm, erklärte:
"Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Menschen der Transkei sich immer mit dem Befreiungskampf in Südafrika identifiziert haben"...
"Keins unserer Unabhängigkeitssymbole besitzt irgendeine größere Bedeutung; der Transkei-Paß ist ein Dokument ohne Relevanz; die Staatsbürgerschaft der Transkei ist zu einem Symbol geworden für Vorenthaltung, Beraubung und andere Benachteiligungen."
(Info-Bull. 3, S. 23)

4. Studenten

Studentenorganisationen auf dem Weg zur Einheit

Die beiden bedeutendsten Verbände der Studierenden in Südafrika, SANSCO und NUSAS, befinden sich auf dem Weg zu Vereinigungen, wie beide Organisationen dies auf ihren letztjährigen Kongressen beschlossen hatten.
Mit einem solchen Schritt würde das nichtrassische Organisationsprinzip der demokratischen Massenbewegung (wieder)hergestellt. SANSCO (vormals AZASO), 1979 gegründet, organisiert die schwarzen Studenten, NUSAS, gegründet 1924, die weißen. Bis 1969 hatte die NUSAS (National Union of South African Students) auch schwarze Mitglieder, die jedoch damals wegen der Dominanz der (eher liberalkonservativ orientierten) weißen Kommilitonen austraten.

(Info-Bull. 3, S. 26)

-Informations-Bulletin -
(ANC-Büro Bonn
PF 1901 40
5300 Bonn)

Gossner Mission

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 1831 = Namibia
1832 = Morogoro

1180 Berlin, im März 1990
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58

SODAFRIKA AKTUELL 23

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC herausgegebenen "News briefing" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalkongresses oder die unsere.

1. Gewerkschaften

Interview mit Mufamadi von der COSATU

Die letzten zehn Jahre haben die weitreichendsten Fortschritte in der Geschichte des Gewerkschaftskampfes in Südafrika gebracht. Die schwarzen Arbeiter haben für das Recht auf Gründung rechtmäßig anerkannter Gewerkschaften gekämpft und es erreicht. Nach dem Erkämpfen dieses Rechts gingen sie daran, den größten Gewerkschaftsverband in Südafrika zu gründen, der einige der mächtigsten Industriegewerkschaften umfaßt. New Nation sprach über diese Entwicklungen mit dem stellvertretenden Generalsekretär der COSATU, Sydney Mufamadi.

Frage: Worin besteht Ihrer Meinung nach die bedeutendste Errungenschaft der Gewerkschaftsbewegung in den vergangenen zehn Jahren?
Die Einheit auf großer Breite war wahrscheinlich das Wichtigste. Insbesondere 1981 wurde die Frage der Einheit, und zwar nicht nur gegen das Regime, an die erste Stelle der Tagesordnung der Gewerkschaften in unserem Land gesetzt. Danach fanden eine Reihe von Gesprächen zur Einheit zwischen den progressiven Gewerkschaften statt, die mit einem Treffen in Langa in Kapstadt im August 1981 begannen. Seitdem hat die organisierte Arbeiterschaft nicht mehr damit aufgehört.
Schließlich wurde nach vierjährigen, zum Teil scharfen Auseinandersetzungen der Kongreß der Südafrikanischen Gewerkschaften (COSATU) gegründet. Im Interesse einer breiten Einheit löste sich der Bund der Südafrikanischen Gewerkschaften (FOSATU) in verschiedene unabhängige Gewerkschaften auf, die dann die COSATU gründeten. In Fällen, in denen die Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften bestand, wie mit der NACTU und unabhängigen Gewerkschaften bei der Kampagne gegen die Neufassung des Gesetzes über die Beziehungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wurde sie auch praktiziert.
Das gerade zu Ende gehende Jahrzehnt hat ein einheitliches Handeln an allen Fronten gebracht, auch mit anderen Organisationen der demokratischen Bewegung. Und das ist eine wichtige Errungenschaft - die Kräfte zusammenzufassen, die nicht unbedingt in allem einer Meinung sind, aber die Notwendigkeit zur Bekämpfung der Unterdrückung und Ausbeutung anerkennen.

Frage: Was nun die COSATU anbetrifft, was sind die Ihrer Meinung nach wichtigsten Fortschritte in den letzten vier Jahren?
Ausgangspunkt ist wiederum die Frage der Einheit. Es ist uns gelungen, in allen wichtigen Bereichen der Wirtschaft nationale Industriegewerk-

Gossner Mission

schaften nach dem Prinzip "eine Gewerkschaft, ein Industriezweig" zu gründen.
Das hat sich tatsächlich insofern ausgezahlt, als sich abzeichnet, daß die Streikkapazität der Arbeiter - hierbei verstehe ich Streiken nicht im engeren Sinne der Arbeitsniederlegung, sondern als Notwendigkeit, für ihre Rechte zu kämpfen - gestärkt wurde. Die Arbeiter waren nicht nur in der Lage, landesweite Streiks in einem Industriezweig zu organisieren, sondern sie konnten auch Solidaritätsaktionen starten, die COSATU-Mitglieder in anderen Industriezweigen einschlossen. Das ist es im Prinzip, worum es bei der Klassensolidarität der Arbeiter geht.

Frage: Die endgültige organisatorische Einheit scheint immer noch weit entfernt zu sein - woran liegt das?
Wir suchen auch weiterhin nach gemeinsamen Zielen zwischen den in der COSATU organisierten Arbeitern und den anderweitig organisierten Arbeitern. Wir können uns nicht damit zufriedengeben, daß wir ja die COSATU haben und uns die anderen Arbeiter gleichgültig sind. Wir sind jedoch nicht der Meinung, daß sich alle der COSATU anschließen müßten. Wir sind in diesem Punkt recht aufgeschlossen. Wir wollen die Einheit diskutieren und uns über die Formen einigen, die die Einheit annehmen muß. Wir sind jedoch nach wie vor überzeugt, daß es nichts Stärkeres in unserem Land gibt, als einen einheitlichen Bund. Deshalb bleibt die Umwandlung des einheitlichen Handelns in organisatorische Einheit unser Endziel.

Frage: In den letzten vier Jahren ist die COSATU zum Mittelpunkt des politischen Kampfes geworden. Worin besteht die Bedeutung bezüglich der Führung der Arbeiterschaft im Kampf? Die COSATU ist ein Gewerkschaftsbund und damit das Organ der organisierten Arbeiterklasse. Es muß noch hinzugefügt werden, daß die COSATU nicht auf das politische Kampffeld gedrängt wurde, sondern dorthin gehört, und zwar deshalb, weil sie die Arbeiter organisiert, deren Ziele innerhalb des Apartheidsystems nicht verwirklicht werden können, denn das Apartheidsystem wurde installiert, um den Unternehmern Superprofite einzubringen.
Die Kämpfe gegen dieses Apartheidsystem wurden mit blankem Terror von Verhaftung ohne Verhandlung bis zum Verbot von Organisationen niedergeschlagen. Diese Situation existiert noch immer. Daraus ergibt sich die Frage nach der Rolle der organisierten Arbeiterschaft in dem weiter gefaßten Kampf um Demokratie in Südafrika. Es sind jedoch noch viel tiefergehende Fragen zu beantworten. Bei keiner Umgestaltung in der Welt konnte die Rolle der Arbeiterklasse im Befreiungskampf umgangen werden.

Die Ausbeutung kann nur beseitigt werden, wenn ein gesellschaftliches Organ vorhanden ist, in dem die Arbeiterklasse und ihre Bündnispartner das Steuer in der Hand haben, aber die Arbeiterklasse wird natürlich nicht in diese Steuerrolle gedrängt. In einer Situation, in der die Vorbereitungen dazu getroffen werden, eine Gesellschaft zu erzielen, die frei von Ausbeutung ist, muß die Arbeiterklasse durch ihr Handeln beweisen, daß sie in der Lage ist, ein Programm für eine Gesellschaft, die frei von Ausbeutung ist, aufzustellen.

(New Nation vom 21.12.89)

Streikstatistik

Laut Review on Labour Relations (Bericht über Arbeitgeber- Arbeitnehmerbeziehungen) in Südafrika gab es in diesem Jahr einen allgemeinen Anstieg in der Häufigkeit, dem Umfang und der Gewaltsamkeit der Streikaktionen, insgesamt gingen infolge von Streiks 3.097.220 Arbeitstage verloren. Dazu gingen weitere 57.830 Arbeitstage durch Aussperrungen und 3 Millionen durch politische Bummelstreiks verloren, die meisten davon in der Kampagne gegen das Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Gesetz, die mit einemdreitägigen Bummelstreik während der Wahlen im September ihren Höhepunkt erreichte.

/3

Gossner Mission

Der Bericht sagt aus, daß große Auseinandersetzung auf landesweiter Ebene, wie die zwischen den Südafrikanischen Brauereien und der Nahrungsmittelarbeitergewerkschaft, zwischen dem Südafrikanischen Transportdienst und der Südafrikanischen Eisenbahner- und Hafenarbeitergewerkschaft sowie einige unterbrochene Formen gewerkschaftlicher Aktionen in diesem Jahr fortgesetzt wurden. Dem Bericht zufolge waren Zeiträume eines schnellen Anwachsens der Gewerkschaften und das politische Klima der Veränderungen und der Unsicherheit die beiden Faktoren, die das Auftreten von Streikaktionen in diesem Jahr beeinflußt haben. Die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder wird auf ca. 2,5 Millionen geschätzt, dabei kommen auf COSATU eine Million Mitglieder.
Die Dauer der Streikaktionen in diesem Jahr war von einem relativ hohen Prozentsatz an Streiks gekennzeichnet, die mehr als 10 Tage dauerten, in denen 15,2 % der Arbeitstage verlorengingen, wohingegen 40,5 % in eintägigen Streiks verlorengingen. Die taktische Anwendung von Aussperrungen wurde fortgesetzt, obwohl die Unternehmer bei der Anwendung dieser Form von Gegenaktion etwas mehr abwägen. Insgesamt wurden 76,9 % der Streiks durch Lohnforderungen ausgelöst, bei 5 % ging es um Zuwendungen und Kürzungen, bei 3 % um Entlassungen, bei 2,3 % um Beschwerden und Disziplin und bei 12,3 % um andere Anlässe.
Laut Bericht hat sich die Oberlegtheit und die Reife seitens der Gewerkschaften und der Unternehmensleitungen in diesem Jahr erhöht. Als Schlußfolgerung heißt es in dem Bericht, daß die Streiks wahrscheinlich auch auch weiterhin ein allgemein erkennbares Merkmal der Südafrikanischen Wirtschaft bleiben werden. Die organisierte Arbeiterschaft sei eine der wichtigsten Kräfte bei allen künftigen Verhandlungen betreffseiner neuen politischen Ordnung im Land.

(Star vom 28.12.89)

Der Eisenbahnerstreik

Die Kosten des längsten Streiks in der Geschichte der Südafrikanischen Eisenbahn waren erheblich, die Beilegung wurde jedoch als ein Sieg für alle Arbeiter des Südafrikanischen Transportdienstes (SATS) begrüßt. Der Streik, der im vergangenen Jahr im Oktober begann, war durch Angriffe, Massenentlassungen, Brandanschläge, Tod und Zerstörung von Eigentum gekennzeichnet. 37 Menschen, darunter auch Kinder, wurden in streikbezogenen Zwischenfällen getötet und hunderte Mitglieder der Südafrikanischen Eisenbahner- und Hafenarbeitergewerkschaft (SARWHU) und Streikbrecher wurden verletzt.

Eine ernste Auseinandersetzung zwischen Streikbrechern und Streikenden fand am 9. Januar dieses Jahres auf dem Bahnhof Germiston statt. Acht Personen wurden getötet und viele schwer verletzt, als der Zug, in dem sie sich befanden, von Streikbrechern aus dem Hinterhalt angegriffen wurde. Vor der Einigung am Freitag wurden 22.900 Arbeiter entlassen. SATS erlitt Verluste in Höhe von 40 Millionen Rand durch zerstörte oder beschädigte Grundmittel.
Der Streik endete damit, daß SATS der Anerkennung der SARWHU zustimmte und die Arbeiter bedingungslos wiedereinstellte. Diejenigen jedoch, die gewaltsamer Ausschreitungen beschuldigt werden, sollen disziplinarisch zur Verantwortung gezogen werden. SATS hat außerdem zugestimmt, über die Löhne zu verhandeln und über die Dienstbedingungen in Gebieten, wo SARWHU unter dem Arbeitgeben-Arbeitnehmer-Gesetz registriert wird. Die SARWHU hat sich im südlichen Natal für Registrierung beworben und will sich in nächster Zeit auch in anderen Gebieten eintragen lassen. Es wurde auch darüber Einigung erzielt, daß alle entlassenen Arbeiter mit derselben Einstufung, demselben Arbeitsplatz und mit demselben Lohn wiedereingestellt werden, wie es ihnen vor dem Streik zustand, wenn

Gossner Mission

sie vor dem 6. Februar an die Arbeit zurückkehren.
Die Arbeiter werden ihre Jahresendprämien für 1989 erhalten und wieder in das SATS-Rentensystem aufgenommen. Sie büßen jedoch ihre Leistungen für den Streikzeitraum ein.

(City Press vom 28.1.90)

2. Apartheid - Alltag

Bulldozer in Bophelong

Auf Anordnung des Streikrates von Vanderbijl-Park zerstörten gestern städtische Beamte eine Anzahl von Hütten und Gebäuden einer Sqatter-Siedlung außerhalb der Bophelong-Township. Die Operation wurde von Mitgliedern der Polizei und der Sicherheitskräfte beobachtet.
Es wird geschätzt, daß ungefähr 300 Siedler obdachlos wurden, nachdem etwa 78 Gebäude dem Erdboden gleichgemacht worden sind ...
Ein zorniger Mr. Tfela Mofoteng, Vorsitzender des Einwohnerkomitees von Bophelong, beschrieb die Zerstörung der Hütten als "eine sehr grausame Tat". Er fügte hinzu, daß es Verhandlungen hätte geben können, bis eine alternative Unterkunft für die Siedler gefunden wäre ...

(Star, 23.1.90)

3. Verhaftungen

Mehr Todesfälle im Gefängnis

Die diese Woche erfolgte Anmeldung einer gerichtlichen Untersuchungskommission wegen des Todes von Sizwe Sithole im Gefängnis ist die erste ihrer Art. Es gab 3 Todesfälle in den letzten 10 Tagen, aber nur im Fall Sithole erfolgte eine so schnelle Reaktion.
Am Mittwoch, wenige Stunden nach Sitholes Tod, wurde die Untersuchung von Staatspräsident de Klerk angekündigt.Laut Polizeiangaben fand man Sithole an einem Wasserrohr hängend in seiner Zelle in John Forster Square am Dienstagabend, 5 Tage nach seiner Festnahme. ...
Sithole wurde am 26. Januar gemeinsam mit 4 anderen in Verbindung mit 12 Morden im Gebiet von Soweto festgenommen. Fünf der Toten in Soweto waren Polizisten. ...

(Weekly Mai, 2.2.90)

Rassistische Greuel

Nach südafrikanischem Gesetz ist Louis van Schoor, ein weißer Sicherheitsbeamter, der seit Mai 1986 mindestens 34 schwarze Menschen erschossen hat, kein Krimineller. "Berechtigter Totschlag" lautete das Urteil in jeder der bisher geführten 26 gerichtlichen Untersuchungen. Die jüngste Untersuchung im August 1989 fand heraus, daß Mr. van Schoor im Rahmen des Gesetzes gehandelt hatte, als er einen Verdächtigen, Liefie Peters, 13, in den Rücken schoß. ...

(Independent/UK, 4.1.90)

4. Landesweiter Widerstand

Protestmärsche / Duncan Village

Etwa 12.000 Einwohner von Duncan Village marschierten gestern bei drükkender Hitze ins Stadtzentrum /in East London), um gegen die vom Stadtrat angedrohte Vertreibung von ungefähr 5.000 Hüttenbewohnern zu protestieren. ... Die Einwohner gingen unter den farbenfreudigen Bauern

Gossner Mission

einiger beteiligter Organisationen wie COSATU, UDF, Duncan Village-Einwohnervereinigung (Duncan Village Resident,s Association = DVRA), Jugendkongreß von Duncan Village, ANC und Frauenkongreß [illegible] von Mitgliedern der Kirche sowie Vertretern der DVRA sowie des Jugendkongresses verlief der Marsch mitten unter starker Polizei-Präsenz friedlich. ...
Eine Liste mit Beschwerden, die lokale und nationale Forderungen enthielt, wurde an Mr. Badenhorst und Mr. Nel (beide Nationale Partei) übergeben, die sie an die Regierung weiterleiten wollen und auf die bis 11.1. geantwortet werden soll. In ihrem Schreiben an die Regierung berichteten die Einwohner, daß es mehrere Versammlungen zur Diskussion ihrer Probleme gab. "Alle Versuche, diese Fragen mit dem Stadtrat zu dis-kutieren, waren erfolglos. Darum beschlossen wir, uns mit diesen Fragen als Notangelegenheit an Sie zu wenden." Auf der Liste der lokalen Probleme steht u.a.:
- die legale Position von Hausbesitzern in Duncan Village
- Dienstleistungen und Mieten
- Anerkennung der DVRA durch die Machtorgane als Vertreterin der Menschen von Duncan Village.

Die Einwohner forderten auch eine "einheitliche, nicht-rassistische, sich selbstverwaltende Stadt", das Ende der Privatisierung von Land und öffentlichen Einrichtungen, den Stop der Zerstörung von Hütten und den Stop aller Formen der gewaltsamen Vertreibung. ...

(Daily Dispatch, 5.1.90)

Protest-Kampagne soll verstärkt werden

Die Demokratische Massenbewegung (MDM) verkündete ihre Absicht, die Verweigerungskampagne zu verstärken,um ein Programm von Märschen und Protesten miteinzubeziehen. Frau Cheryl Carolus, Öffentlichkeits-sekretärin der UDF, erklärte im Namen der MDM:"unsere Organisationen haben sich getroffen und beschlossen, die Verweigerungskampagne zu intensivieren. Seit wir überzeugt sind, daß eine unrepräsentative Clique nicht gewillt und nicht in der Lage ist, überhaupt eine Veränderung herbeizuführen, glauben wir, daß die Menschen von Südafrika wie die Menschen von Osteuropa eine wirklich demokratische Ordnung errichten wollen."

(BBC MIR /Sapa, 25.1.90

Verweigerungskampagne in der östlichen Kap-Region

Diese Woche griff die Polizei plötzlich ein kleines Dorf in der östlichen Kap-Region nahe Stutterheim an und verhaftete fast die gesamte männliche jugendliche Bevölkerung, fotografierte sie und nahm Fingerabdrücke von ihnen. Der Überfall kurz vor dem Morgengrauen folgte dem wachsenden Widerstand in den township-Gemeinden der östlichen Kap-Region und geschah 2 Monate nach einem Boykott der weißen Geschäfte in Stutterheim durch die Einwohner von Kubusi-Dorf.
Nach Angaben der Einwohner kam die Polizei in Autos, begleitet von einem Polizeihubschrauber, kurz nach ein Uhr morgens ins Dorf. Dann verteilte die Polizei Flugblätter, worauf sie den Leuten einen guten Morgen wünschten und sich für die vorausgegangenen Fehler der Polizei entschuldigten. Dann begannen sie, alle jungen Männer des Dorfes zusammenzutreiben und brachten sie zu einem von Stacheldraht umzäunten Notlager. Von dort wurden sie 3 km weiter, nach Stutterheim, gebracht, wo man sie fotografierte und ihre Fingerabdrücke nahm.
Die Einwohner behaupten, daß mindestens 400 Menschen weggebracht wurden, während die Polizei von über 200 Verhafteten sprach. Die Verhafteten wurden 9 Stunden später entlassen und zurück ins Dorf gefahren.

/6

Gossner Mission

Pan-Afrikanischer Widerstand

Der Präsident des Pan-Afrikanischen Kongresses (PAC) von Azania, Mr. Zephania Mothopeng, hat die Reformmaßnahmen von Präsident de Klerk mit dem Argument zurückgewiesen, daß statt dessen die totale Abschaffung der Apartheid durch den bewaffneten Kampf, gekoppelt mit Sanktionen, nötig ist. ...

Mr. Mothopeng sagte, daß seine Organisation nicht an Reformen, sondern an der totalen Zerstörung der Apartheidordnung interessiert ist. Er sagte, in der Rede von Präsident De Klerk sei nichts, was die Euphorie unter den Menschen rechtfertigen würde. ...
Mr. De Klerk sei als das reaktionärste und konservativste Mitglied der Nationalen Partei bekannt.

(BBC MR - Radio Botswana, Gaborone, (29.1.90)

MDM-Sicht auf Verhandlungen

Weit davon entfernt, den Anti-Apartheidkampf zu beenden, führt F.W. de Klerk's Rede zur Intensivierung des Kampfes für ein nichtrassistisches demokratisches Südafrika. New Nation sprach mit dem stellvertretenden UDF-Generalsekretär Jay Naidoo über die Bedeutung der Rede und die Aufgaben, die vor der Demokratischen Massenbewegung (MDM) liegen. ...
"... Die Eckpfeiler der Apartheid stehen noch, nämlich das Gesetz zur inneren Sicherheit, Gesetz zur öffentlichen Sicherheit, das Landgesetz und der Ausnahmezustand. Jetzt, wo er (de Klerk - die Red.) die in der vergangenen Woche verkündeten Zugeständnisse angeordnet hat, kann er auch leicht wieder die brutalen Apartheidkontrollen einführen, gegen die wir so lange gekämpft haben", sagte Naidoo. "Es würde Selbstmord für den ANC bedeuten, seine Kader ins Land zurückzuschicken, solange diese Gesetze noch in Kraft sind", fügte Morobe hinzu. ...
"Es ist nicht genug, daß die Regierung sagt, über diese Fragen müsse diskutiert werden. Sie sind nicht Gegenstand von Verhandlungen. Die Verhandlung geht um die politische Macht." ....
Er (Naidoo - die Red.) forderte die Regierung auf, "definitiv etwas gegen den Mißbrauch der Polizei zu tun." ... Naidoo forderte auch die Bildung einer Übergangsregierung während der Verhandlungen. ...
"... Wir glauben, daß nur ein Prozeß, der unsere Volksmassen durch bevollmächtigte und verantwortliche Führer miteinbezieht, eine Gesellschaft aufbauen wird, die auf Frieden und Sicherheit basiert. Deshalb haben wir die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung gefordert, die durch nichtrassistische Stimmabgabe gewählt wird und als einzige souveräne Körperschaft in der Lage ist, eine friedliche, stabile Gesellschaft herbeizuführen."
Die nächsten Aufgaben der MDM bestehen laut Naidoo in einer stärkeren Organisation und intensiveren Mobilisierung der Massen. "Wenn wir zu Verhandlungen kommen, ist es für jene, die uns am Verhandlungstisch vertreten, wichtig, mobilisierte und organisierte Menschen hinter sich zu wissen, die es mit dem Staat aufnehmen können, der die Polizei und die Armee zu seiner Verfügung hat. Auf unserer Seite haben wir auch die bewaffnete Komponente unseres Kampfes und die internationale Kampagne zur Isolierung des Regimes. ..."

(New Nation, 9.2.90)

/7

Gossner Mission

5. Kirche

Institut für Kontextuelle Theologie (ICT) zu Gesprächen mit Präsident de Klerk

Die Einladung Präsident de Klerks an die Kirchenführer zu einer Diskussion über die Schaffung eines christlichen und gerechten neuen Südafrikas ist eine Herausforderung an die geteilten Kirchen des Landes. Dies ist die Meinung von Fr. Albert Nolan, einem Mitglied der Executive des ICT, in einem Interview..."Die Kirchen werden nicht mit einer Stimme sprechen", sagte er. "Deshalb wird die Regierung widersprüchliche christliche Stimmen hören, was es ihnen /den Machthabern) ermöglicht, die ernsthaft kritische und prophetische Stimme der Kirche zu überhören. Schon jetzt beobachten wir unter den Aktionen der CASA (Kirchenalliance von Südafrika) eine christliche Stimme, die die Politik und Strategie der Regierung legitimiert." ....
Man müsse klar sehen, daß die Regierung politische Manöver versucht, warnte er. "Die Einladung der Regierung an die Kirchen ist ganz klar ein politischer Schritt, und die Kirchen müssen dies verstehen. Was auch immer bei den Gesprächen geschieht, die einfache Tatsache, daß die Regierung die Kirchen dazu eingeladen hat, verleiht ihr in den Augen einiger Leute politische Glaubwürdigkeit.
Auch wenn die Regierung sich nicht nach den prophetischen Kirchen richtet, ist es für die Kirchen wichtig zu verstehen, daß sie in ein politisches Spiel um Glaubwürdigkeitund Legitimität hineingezogen werden", betonte er. ...

(New Nation, 19.1.90)

Die Haltung der Methodisten

Worte mit Taten zu untermauern, das war die Botschaft von Bischof Stanley Mogoba, dem vorsitzenden Bischof der Methodistischen Kirche des Südlichen Afrika, an Südafrikas Staatspräsidenten.
Mogoba rief de Klerk dazu auf, eine unverzügliche Amnestie ... zu gewähren. Dies würde die Freilassung aller politischen Gefangenen einschließen, die Rückkehr der Flüchtlinge und die Aufhebung des Verbotes des ANC, PAC und anderer Organisationen des schwarzen Bewußtseins ...
"Eine langsame, fast zögernde Veränderung kann nur prähistorische Konservative und andere Extremisten zu dem Versuch ermutigen, sich ihren Weg auf die Höhe der Geschichte zu erzwingen.
Mr. de Klerk, im Namen Gottes, befolgen sie den biblischen Ruf: 'Laß mein Volk ziehen!' ..."

(Sowetan, 15.1.90)

Die Südafrikanische Kommunistische Partei und die Kirchen

Die breite Unterstützung, derer sich die Südafrikanische Kommunistische Partei (SACP) unter den unterdrückten Massen erfreut, könnte den Weg zur Zusammenarbeit und schließlich zur Aktionseinheit mit dem religiösen Sektor ebnen. Dies ist die Ansicht von Charles Villa-Vicencio, Professor für Religion und Gesellschaft an der Universität in Kapstadt. In seiner Arbeit mit dem Titel "Die Flagge der Arbeiter" gab er einen Überblick über den Beitrag der SACP am Kampf für Gerechtigkeit in den letzten 60 Jahren, besonders am Kampf gegen die Ausbeutung der Arbeiter. Er würdigte auch die prophetische Rolle der Kirchen im Kampf für Gerechtigkeit und Frieden in Südafrika.
Villa-Vicencia glaubt, daß, wenn jetzt keine Einheit erreicht werde, die Unterschiede und Spaltungen unter den Marginalisierten sich nach der politischen Übergangsphase festsetzen könnten. Nach seiner Meinung,

Gossner Mission

könnte der Kirche der Vorwurf gemacht werden, sie verursache Uneinigkeit unter den Unterdrückten, indem sie sich von der SACP distanziere, die, wie andere Anti-Apartheid-Organisationen, unter den Unterdrückten Unterstützung findet. ...
Er appellierte an das Bewußtsein der Gemeinschaft der Christen, indem er sagte: "Die Bibel bezeichnet diejenigen, die um der Schwachen und Verachteten willen leiden, als Märtyrer Gottes. Diejenigen, die für eine gerechte und menschenwürdige Gesellschaft kämpfen,sind die Kinder Gottes. Die Zeit ist reif dafür, daß die Kirche die Märtyrer, Kinder und Auserwählte Gottes, die ihre Identität in der SACP oder anderen nichtreligiösen Gruppen finden, anerkennt. Deshalb müssen die Christen sich daran erinnern, daß das Evangelium mehr mit den sozialen Bezügen des biblischen Glaubens zu tun hat als mit der anachronistischen Kultur und den theologischen Anstößigkeiten, die ernsthafte und nachdenkliche Menschen aus der Kirche treiben.

(New Nation, 26.1.90)

Gossner Mission

Ermordung LUBOWSKIS in Zusammenhang mit Terror von rechts

Ein leitender südafrikanischer Polizeibeamter, Brigadegeneral Floris Mostert, hat am 23. Januar vor dem Obersten Gerichtshof in Pretoria ausgesagt, der zur Zeit inhaftierte Ex-Polizist Ferdi Barnard sollte nicht gegen Kaution entlassen werden, da er im Besitz wertvoller Informationen über eine "Geheimorganisation" sei, die "sich dafür eingesetzt hat, Gewalt-, Einschüchterungs- und Terrorkampagnen in linksgerichteten, radikalen Kreisen durchzuführen, und die für Morde, Obergriffe und Brandstiftung verantwortlich war". Wie Brigadier Mostert erklärte, war diese Organisation auch für die Ermordung des führenden SWAPO-Mitarbeiters Anton Lubowski am 12. September vergangenen Jahres verantwortlich, ebenso wie für den Mord im Mai 1989 an dem Dozenten der Wits-Universität Dr. David Webster.
Der des Mordes an Anton Lubowski angeklagte Ire Donald Acheson hat den Tatvorwurf bei seinem vierten Erscheinen vor Gericht am 10. Januar in Windhoek zurückgewiesen. Eine Haftverschonung gegen Kaution wurde ihm nicht bewilligt, am 25. Januar wird er erneut dem Gericht vorgeführt werden.

Ex-Häftlinge stehen Schlange nach Asyl in Westdeutschland

Mehr als zwanzig ehemals von der SWAPO während des Krieges Inhaftierte sind nach dem Wahlsieg der SWAPO nach Pretoria geflohen, um Asyl in Westdeutschland zu beantragen. Die Botschaft der BRD teilte ihnen allerdings mit, daß 1989 nur 5% der 121.000 Asylanträge bewilligt wurden, hauptsächlich wegen des Zustroms von 700.000 Deutschen aus der DDR und -Deutschstämmigen aus Osteuropa. Die Ex-Häftlinge befürchten eine Hexenjagd, Ängste, die die SWAPO-Führung als "unbegründet" bezeichnet.

Defizit 89/90 geringer, doch Kolonial-Verschuldung bleibt

Die neuesten Zahlen des letzten Kolonial-Haushalts Südafrikas für Namibia sagen ein weit niedrigeres Defizit als das im vergangenen Juli vorhergesagte voraus. Die am 14. Dezember veröffentlichen Haushaltsanpassungen lassen jedoch erkennen, daß ein Teil der Kolonial-Verschuldung jetzt von Banken in Namibia umgeleitet wird.
Südafrikas Generaladministrator (Adm. General/AG), Louis Pienaar, zufolge dürfte das Defizit für das am 31. März 1990 endende Haushaltsjahr von 211,3 Millionen Rand auf 30,4 Mill. R. - ja womöglich noch weiter - zurückgeben.

Wirtschaft. . .

Der Außenminister des SWAPO-Schattenkabinetts, Theo-Ben Gurirab, erklärte am 7. Januar, ausländische Investitionen würden unter einer SWAPO-Regierung "sicher" sein. Er appellierte an ausländische Investoren, "mit uns zusammenzuarbeiten" und die SWAPO-Regierung nach ihren tatsächlichen Leistungen zu beurteilen.
In einem Interview mit der Zeitung "The Namibian" führte der Handels- und Industrieminister in SWAPO's Schattenkabinett, Ben Amathila, aus, die SWAPO habe nicht die Absicht, den Bergbau oder andere Privatunternehmen zu verstaatlichen, werde allerdings eine Vereinbarung über Reinvestitionen größerer Gewinnanteile in Namibia herbeizuführen suchen. Amathila unterstrich die Notwendigkeit eines ländlichen Wiederansiedlungs-Programms in der Art Simbabwes sowie die Festsetzung eines wirtschaftlichen Ausschlußgebietes von 200 Meilen vor Namibias Küste. Das letztere würde in der Fischindustrie Arbeitsplätze schaffen und erhebliche zusätzliche Staatseinkünfte bringen, die Durchführbarkeit wird jedoch wohl von der Bereitschaft Pretorias abhängen, seinen Anspruch auf

/10

Gossner Mission

Walvis Bay aufzugeben. Neben anderen bisher vom Krieg nachteilig beeinflußten Wirtschaftszweigen dürfte der Tourismus jetzt zu florieren beginnen.

Windhoek, 9. Februar 1990:

Namibias Verfassung einstimmig beschlossen - Mandela zum Unabhängigkeitstag eingeladen

Mit großer Freude hat Namibias Verfassungsgebende Versammlung heute morgen einstimmig die Verfassung beschlossen und damit den Weg freigemacht für die auf den 21. März festgesetzte Erlangung der Unabhängigkeit.

Die Mehrheitspartei SWAPO benötigte die Billigung der kleineren Oppositionsparteien, um die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit zu erreichen. SWAPO's Präsident Sam Nujoma lobte die Minderheitsparteien wegen ihres "während der letzten drei Verhandlungsmonate bewiesenen patriotischen Verantwortungsbewußtseins".

Nujoma sprach von "einem riesigen Schritt voran" und unterstrich, daß "alle Grundpfeiler einer demokratischen politischen Kultur in dieser Verfassung verankert worden sind". Er verwies auf die "sehr umfassenden Grundrechtsgarantien" und auf den Artikel über Maßnahmen zur Beseitigung von Diskriminierung und deren Folgen, "womit die sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten der Vergangenheit wiedergutgemacht werden sollen".

Mishake Muyongo von der DTA begrüßte die Verfassung als "Produkt gemeinsamer Anstrengungen" und betonte, sie reflektiere die Sehnsucht aller Namibier. Eine kleine Oppositionsgruppe, die UDF, erinnerte allerdings daran, daß die Frage der ehemaligen SWAPO-Häftlinge immer noch einer Lösung harre.

Unterdessen hat der Premierminister des SWAPO-Schattenkabinetts Hage Geingob bekanntgegeben, er habe Nelson Mandela eingeladen, an den Unabhängigkeitsfeiern der Republik Namibia am 21. März teilzunehmen. Ebenso sollen bei dieser Gelegenheit Dutzende von Staatsoberhäuptern anwesend sein, unter ihnen auch F.W. de Klerk. Nujoma hat Windhoek als Austragungsort für Verhandlungen zwischen dem ANC und der südafrikanischen Regierung angeboten.

/Namibia Communications Centre)

Gossner Mission

Gossner-Mission in der DDR
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 1831 = Namibia
1832 = Morogoro

1195 Berlin, im April 1990
Rodelbergweg 6
Tel. 632 80 77

Ausschnitt aus der ersten Pressekonferenz, die Nelson Mandela nach seiner Entlassung am 12.2.90 gab

Aus: Financial Times vom 13.2.90

- Als Präsident de Klerk Ihre Entlassung ankündigte, sagte er, daß er nach zwei Begegnungen mit Ihnen zu dem Schluß gekommen sei, daß Sie für Frieden eintreten. Gestern abend sprachen Sie sich für eine Verstärkung des bewaffneten Kampfes aus. Würden Sie sich bitte dazu äußern?

Zwischen diesen beiden Aussagen besteht kein Widerspruch. Ich trete für Frieden im Land ein, ich sehe das jedoch als Bestandteil der Entscheidungen und Kampagnen, die vom ANC getroffen bzw. gestartet wurden. Dabei gibt es überhaupt keine Widersprüche. Nicht eine einzige politische Organisation innerhalb und außerhalb des Parlaments in diesem Land kann sich in ihrem vollkommenen Eintreten für Frieden mit dem ANC messen ... Der bewaffnete Kampf ist lediglich eine Verteidigung, und zwar eine Verteidigung gegen die Gewalt der Apartheid, wir treten aber dennoch für Frieden ein. Sofern uns die Regierung dazu Gelegenheit gibt, wenn sie die Lage normalisiert, sind wir bereit, einen positiven Beitrag zur friedlichen Beilegung der Probleme im Land zu leisten.

- Der erneute Schlachtruf der Regierung scheint ein Schutz der Minderheitenrechte und eine neu ausgehandelte Verfassung zu sein. Entdecken Sie hierbei Gruppenrechte, und sehen Sie hier Möglichkeiten der Schlichtung zwischen dem ANC und der Regierung?

- Der ANC ist sehr bemüht, die Frage der Berührung der Weißen durch die Forderung nach 'ein Mann - eine Stimme' anzusprechen. Sie bestehen auf strukturellen Garantien, d.h. die Weißen, um sicherzugehen, daß die Realisierung dieser Forderung nicht dazu führt, daß die Weißen von Schwarzen beherrscht werden. Wir haben Verständnis für diese Gefühle und der ANC ist bemüht, das Problem anzusprechen und eine Lösung zu finden, die sowohl den Schwarzen als auch den Weißen im Land gerecht wird.

- Die Regierung hat angedeutet, daß Sie sich als Vermittler angeboten haben. Stimmen Sie diesem Begriff zu?

Nun, in gewissem Sinne habe ich als Vermittler fungiert, weil ich glaube, daß der erste Schritt zur Lösung unserer Probleme in einem Treffen zwischen dem ANC und der Regierung besteht. Deshalb habe ich diese Rolle gespielt, jetzt jedoch, da ich entlassen bin, ist es Sache des ANC zu bestimmen, welche Rolle ich zu spielen habe.

- Welche Pläne haben Sie zur Förderung der Einheit der Schwarzen hinsichtlich des PAC und ... der Inkatha-Bewegung?

Eine solch enorme Aufgabe kann nicht von einer Einzelperson in Angriff genommen werden. Es ist die Pflicht der politischen Organisationen, insbesondere des ANC, festzulegen, auf welche Weise wir die Kraft der Einheit zwischen den Organisationen der Schwarzen erhöhen und dann Instruktionen geben können.

/2

Gossner Mission

- Was ist Ihre Meinung zu Sanktionen? Beabsichtigen Sie, die Einladung von Frau Thatcher anzunehmen?

Alles, was wir durch Sanktionen erreichen wollen, ist noch dasselbe. Daran hat sich nichts geändert. Sie müssen bedenken, daß in diesem Land die Forderung nach einer nichtrassischen Gesellschaft besteht. Davon sind wir noch sehr weit entfernt, und es ist zu früh, von uns zu erwarten, daß wir zur Aufhebung der Sanktionen aufrufen...
Eine Einladung eines Britischen Premierministers ist etwas sehr Bedeutendes, das können wir nicht ohne weiteres abtun. In dieser Frage werde ich jedoch vom ANC beraten.

- Sie haben uns aus Ihrem Leben im Gefängnis erzählt ...

In diesen 27 Jahren habe ich viel verloren. Meine Frau war allem möglichen Druck ausgesetzt, und es ist kein schönes Gefühl für einen Mann zu sehen, wie sich seine Familie ohne Sicherheit und ohne das Familienoberhaupt im Hause abmüht, aber trotz der schweren Zeiten im Gefängnis hatten wir auch Gelegenheit, über Programme nachzudenken ... und im Gefängnis gab es Menschen, die in dem Sinne gut sind, daß sie unseren Standpunkt verstehen und alles tun, einen so glücklich wie möglich zu machen. Das hat allem die Bitterkeit genommen, die man dabei empfinden könnte.

- Könnten Sie uns auf der Grundlage Ihrer bisherigen Gespräche sagen, wie nahe Sie sich einem Treffen mit der Regierung, zwischen dem ANC und der Regierung, glauben?

Nun, ich bin mir zieml ich sicher, daß der Tag nicht mehr fern ist. Was ich bis jetzt einschätzen konnte, ist, daß Herr De Klerk eine integre Person ist, und wie ich bereits gestern sagte, scheint er sich der Gefahren bewußt zu sein, der eine in der Öffentlichkeit stehende Persönlichkeit ausgesetzt ist, wenn sie etwas unternimmt, dem sie nicht gerecht wird, und ich glaube, daß das ein vielversprechendes Zeichen ist.
In den Diskussionen mit ihm war er sehr flexibel. Als eine Organisation geht es uns jedoch nicht so sehr um die persönlichen Tugenden eines Einzelnen. Unsere Politik und Strategien werden von der harten Realität der Tatsachenbestimmt, daraus ergibt sich unsere Haltung. Ich bin jedoch zuversichtlich, daß Herr De Klerk selbst die Lage sobald wie möglich normalisieren will, wenn er es schafft, die National Party auf die neue Linie, die er eingeschlagen hat, einzustellen.

- In Natal war man tief davon berührt, daß Gatsha sein sehr persönliches Verhältnis zu Ihnen unterstrich ... Welchen offentlichen Standpunkt beziehen Sie nun zu Gatsha Buthelezi?

Das sollte kein Grund zur Besorgnis sein. Ich habe Meinungsverschiedenheiten mit Dr. Buthelezi, und zwar erstens in der Frage der Gewalt, zweitens in der Frage der Einstellung zu Regierungsstrukturen und drittens in der Frage von Sanktionen. Das sind fundamentale Unterschiede, dennoch ist er eine Person mit großer Anhängerschaft. Sie mag nicht so groß sein und so viele Ressourcen beherrschen wie wir, aber er hat seine Anhänger, und es scheint mir richtig zu versuchen, die Probleme zu lösen, worum er sich friedlich bemüht, und ich habe ihm geschrieben, weil ich glaube, daß es nicht richtig ist, daß sich die Afrikaner, die Schwarzen, gegenseitig umbringen, und daß wir versuchen müssen, eine Lösung zu finden.

Gossner Mission

- Sie haben mehrmals Ihr Verständnis gegenüber den Interessen der weißen Bevölkerung geäußert. Haben Sie Ihre Meinung zur Umverteilung des Reichtums auf irgendeine Weise geändert?

Nein, meine Meinung stimmt mit der des ANC überein. Die Frage der Verstaatlichung der Bergwerke und ähnlicher Bereiche der Gesellschaft ist die grundlegende Politik des ANC, und ich glaube, daß der ANC mit dieser Haltung ganz richtig liegt und wir sie unterstützen sollten.

- Herr Mandela, Sie haben viel von den Sicherheiten gesprochen, die Sie den Weißen geben möchten. Heißt das, daß Sie bereit wären, beim System 'ein Mann - eine Stimme' einen Kompromiß einzugehen, beispielsweise getrennte Wählerlisten oder Ähnliches?

Nein, ich habe gesagt, daß ich diesmal nicht zu den Details sprechen werde. Das ist jedoch eine Angelegenheit, die vom ANC als äußerst wichtig betrachtet wird. Wenn wir die eigentliche Struktur dieser Garantien entscheiden, könnte das zu der Zeit erfolgen, wenn wir diese Frage behandeln.

- - - -

Gossner Mission

5.3.90

Liebe(r) Bezieher(in) von "Südafrika aktuell"!

Von Zeit zu Zeit muß sich jeder Herausgeber von Informationsmaterial fragen, ob noch Interesse bei den Empfängern besteht.
Wir meinen, daß diese Zeit für "Südafrika aktuell" gekommen ist.
In unserem Land hat sich so viel verändert; manche(r) wird kaum noch Zeit haben, das etwas spröde Material zu lesen, andere finden vielleicht ihren eigenen Zugang zu sie interessierenden Informationsquellen.
Deshalb bitten wir Sie sehr freundlich, uns auf dem angefügten Abschnitt mitzuteilen, ob Sie "Südafrika aktuell" weiterhin beziehen möchten.
Für uns bedeutet es eine wichtige Arbeitsmotivation, wenn wir wissen, daß das Material gewünscht wird und eine Arbeitserleichterung, wenn wir nur die gewünschten Exemplare verschicken.

Wenn Sie nicht reagieren, gehen wir davon aus, daß wir Sie aus der Liste der Bezieher streichen dürfen.

Vielen Dank!

gez. Friederike Schulze

Ich möchte "Südafrika aktuell" weiterhin / nicht mehr beziehen.

Name, Anschrift:

Gossner Mission

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 1831 = Namibia
1832 = Morogoro

1180 Berlin, im Februar 1990
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58

S Ü D A F R I K A A K T U E L L 2 2

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC herausgegebenen "News briefing" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalkongresses oder die unsere.

1. Widerstand und Befreiung

Konferenz für eine demokratische Zukunft - Johannesburg, 9. Dezember 1989

Rund 2500 Delegierte werden zur Konferenz für eine demokratische Zukunft, die am 9. Dezember in Johannesburgstattfindet, erwartet.
Die Konferenz wird von allen Seiten als eines der wichtigsten politischen Ereignisse in Südafrika betrachtet. Beobachter gehen davon aus, daß eine Vereinheitlichung der Standpunkte der verschiedenen Oppositionsgruppen, wie sie von den InitiatorInnen der Konferenz vorgeschlagen wurde, den Druck auf die Regierung erheblich verstärken würde und sogar noch größeres Gewicht als die Deklaration von Harare der OAU und der Nicht-Paktgebundenen Bewegung haben würde.
Als "Vereinigende Perspektiven" werden sieben Punkte vorgestellt:
- Ein Mensch - eine Stimme in einem vereinigten, demokratischen Land
- Aufhebung des Ausnahmezustandes
- Bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen
- Aufhebung des Banns gegen politische Organisationen
- Koalitionsfreiheit und freie Meinungsäußerung
- Pressefreiheit
- Existenzsicherndes Einkommen für alle

Die Konferenz soll für alle, die diese sieben Punkte unterstützen, offen sein. Interessierte Organisationen wenden sich an das Organisationskomitee, welches aus einer Vielzahl unterschiedlicher Organisationen und OrganisationsvertreterInnen besteht - und dies entscheidet dann, ob die Organisation die pro Gruppe vorgesehenen zwei Delegiertenplätze erhält. Nationale Organisationen erhalten verständlicherweise ein größeres Kontingent. Es wurden Vorkehrungen getroffen, um eine ausgewogene Repräsentanz von Gewerkschaften, religiösen Organisationen, ländlichen Gruppen und den verschiedenen Regionen sicherzustellen.

Dem Organisationskomitee gehören 12 VertreterInnen der folgenden Organisationen an: Vereinigte Demokratische Front (UDF), Azanische Volksorganisation (AZAPO), Nationalrat der Gewerkschaften (NACTU), Kongreß der südafrikanischen Gewerkschaften (COSATU) sowie Kirchenführer.

Murphy Morobe, amtierender Öffentlichkeitsverantwortlicher der UDF und Sprecher der Demokratischen Massenbewegung: "Die Demokratische Massenbewegung hat regionale und nationale Projektgruppen zur Vorbereitung der Konferenz gebildet." Die Konferenz werde von den Gruppierungen, die zur Demokratischen Massenbewegung gehören, als erstrangige Aufgabe betrachtet.

(ANC-Informationsbulletin 12/89)

Gossner Mission

Dekade der Massenverweigerung

Die riesige Konferenz für eine demokratische Zukunft ... entschied an diesem Wochenende, die 90-er Jahre zur Dekade der Verweigerung gegenüber der Regierung zu machen. Aber es gelang ihr nicht, vollständige Einigkeit zu erreichen - besonders in der wesentlichen Frage der Verhandlungen. Während die viel umfassendere Demokratische Massenbewegung die Harare-Deklaration des ANC befürwortete, tat die kleinere Bewegung des schwarzen Bewußtseins (Black Consciousness Movement = BCM) dies nicht.
Den Plänen der Konferenz für Massenaktionen stimmte die BCM ebenfalls nicht zu. ...
Die Konferenz rief außerdem alle Weißen auf, "definitiv mit allen Apartheidkräften zu brechen und Partei für die Mehrheit und damit für die Beendigung der Apartheid zu ergreifen", und z.B. "als ein Ausdruck der Solidarität mit den kämpfenden Massen" aus den Städten in die Townships zu gehen. Sie beschloß auch eine Kampagne zur Schaffung sich selbst verwaltender Städte aus benachbarten schwarzen und weißen Städten wie Johannesburg und Soweto, und forderte die Weißen auf, sich an solchen Kampagnen zu beteiligen. ...

(Star, 11.12.)

#

Boykott in Brits

Die Aktion gegen weiße Geschäfte in Brits wird von ortsansässigen und benachbarten Schwarzen fortgeführt. Sie begann am Donnerstag vergangener Woche, als die Regierenden sich weigerten, den Einwohnern von Oukasie eine friedliche Demonstration zu erlauben.
Nach den Aussagen des Sprechers des Arbeitskomitees von Brits, Mr. Solomon Wona, hat die Taxivereinigung von Brits ihre Unterstützung zugesichert und beschloß, keine Person zu befördern, die in der Stadt gekaufte Waren bei sich trägt. "Das Komitee tut sein Bestes, Gewalt während der Aktion zu verhindern, weil wir wollen, daß sie friedlich bleibt", sagte Mr. Wona. Er klagte über die Belästigung von Boykott-Unterstützern durch die Polizei: Er sagte, daß 6 Einwohner von der Polizei angegriffen wurden, weil sie Boykott-Flugblätter verteilt hatten. ... Die Einwohner fordern ... daß alle nur für Weiße bestimmten Vergünstigungen für alle Rassen eröffnet werden; daß die Regierenden den Gerichtsbericht über die Ermordung von Ms. Joyce Modimoeny und Mr. Marshall Buys veröffentlichen; daß die Sicherheitskräfte die Unterstützung der Vigilanten in der Umgebung beenden und unverzüglich aus den Townships abgezogen werden. -

(Star, 15.12.89)

"Hergestellt von Arbeitern für Arbeiter" steht es kleingedruckt auf dem Aufnäher der Gewerkschaftsbekleidung. Dieses Motto könnte auch dafür stehen, was als der neueste wachsende Industriezweig in Südafrika im Entstehen begriffen ist - die Industrie für thematische Andenken, Artikel, Dienste und Ausrüstungen für den gewerkschaftlichen Kampf.

Seit einiger Zeit haben wir das Volks-Computerbüro für all jene, die nicht mit den Kapitalisten Geschäfte machen wollen. Wir haben Volksparks und Volksdichter, Volksversorgungsbetriebe und -nachrichtendienste ... Aber die "Hüttenindustrie" des Widerstands hat sich zu einem Ausmaß entwickelt, das fast die Konturen von Großproduktion annimmt.

Die ANC-Kundgebung im Oktober in Soccer City bei Johannesburg war aus mehreren Gründen bemerkenswert, besonders aber wegen der großen Auswahl an thematischen Kunstgegenständen, die dort gezeigt und verkauft wurden. Es gab zwei verschiedene Sorten eines T-Shirts zu kaufen, dessen Aufdruck die Freude über die Freilassung von ANC-Führern verkündet.

/3

Gossner Mission

Es gab eine große Auswahl von COSATU-T-Shirts und solchen von dazugehörigen Gewerkschaften. Es wurden "Free Mandela"-T-Shirts und T-Shirts zum Feiern der Freiheitscharta, Regenschirme und Mützen in den COSATU-Farben, Fahnen der Südafrikanischen Kommunistischen Partei und des ANC, Aufkleber, Plakate, ja sogar der Text der Rede Nelson Mandelas im Rivonia-Prozeß verkauft.

Das war jedoch kein Einzelfall. Ein alternativer T-Shirt-Hersteller und -Verkäufer allein produziert über 15.000 T-Shirts monatlich. Die Medienabteilung der COSATU setzte weit über 15.000 Rand um am Tag der Kundgebung beim Verkauf von T-Shirts mit dem Aufdruck "Der ANC lebt - der ANC führt", sowie große Mengen an Plakaten, Fahnen, Schirmen und Mützen. Das ist jedoch nur ein Bruchteil der Gesamtproduktion des Leitungsbüros der COSATU und von dazugehörigen Gewerkschaften in einem Jahr.

Zu jedem Kongreß oder größeren Kundgebungen, die vom Gewerkschaftsbund organisiert werden, wird ein Kleidungsstück zum jeweiligen Anlaß hergestellt und an die Delegierten verteilt. Oftmals bestellen Einzelgewerkschaften T-Shirts, um die Teilnahme ihrer Gruppe an der Veranstaltung hervorzuheben ... Für einen landesweiten Gewerkschaftskongreß könnten alles in allem 15 verschiedene T-Shirt-Designs hergestellt werden.#

Die Industrie für Artikel des gewerkschaftlichen Kampfes kann in Bezug auf Umfang und Umsatz als Großindustrie zählen. Sie hat jedoch nur wenig oder nichts mit der durchschnittlichen Industrie gemeinsam. Die COSATU verkauft an ihre Mitglieder z.B. nur zum Selbstkostenpreis. Die Aufdrucke sollen die Ziele des Bundes und der Gewerkschaften, aus denen er besteht, propagieren.

"Es ist eine außerordentlich wichtige Funktion unserer Medienabteilung", sagte ein Medienbeauftragter der COSATU. "Auffallende COSATU-Bekleidung und andere Artikel befriedigen ein Befürfnis, das die Arbeiter spürten - das Bedürfnis, sich mit ihrer Organisation zu identifizieren. Diese Kleidung zu tragen drückt ein Zugehörigkeitsgefühl aus. Gleichzeitig kommt damit die große Stärke ihrer Entschlossenheit und ihres Widerstandes gegen die Unterdrückung zum Ausdruck. Diese Dinge dienen auch als Warnung für den Staat."

Die COSATU-Medien entwerfen diese revolutionären Artikel nur und organisieren die Verteilung. Hergestellt und bedruckt werden sie weitestgehend von den Arbeitergenossenschaften im ganzen Land. Die Arbeitergenossenschaft SARMCOL ist eine solche Organisation. Sie entstand aus den Reihen der streikenden Arbeiter von SARMCOL BTA vor einigen Jahren, die Genossenschaft beschäftigt etwa 50 Arbeiter voll und druckt mehrere tausend Artikel im Monat. Eine ähnliche Genossenschaft entstand im Phalaborwa als ein Projekt der Nationalen Bergarbeitergewerkschaft (NUM).

Die Zenzeleni-Genossenschaft aus Durban, die unter der Schirmherrschaft der Südafrikanischen Textilarbeitergewerkschaft arbeitet, ist nur insofern untypisch für die diese Artikel herstellenden Gruppen, als dort eine Geschäftsführung beschäftigt ist, die den Arbeitern als Direktorenschaft rechenschaftspflichtig ist.

Typisch daran ist, daß dort Arbeiter beschäftigt werden, die aus der Textilindustrie von Natal kommen, ... da die wachsende Mechanisierung die Arbeiter überflüssig machte. Der Verkaufsdirektor von Zenzeleni-T-Shirts hob die Produktion auf 15.000 T-Shirts monatlich an und plant, diese Zahl noch zu verdoppeln. "Das Schöne daran ist, daß diese Gruppen einen Mikrokosmos eines demokratischen Südafrika schaffen und zum Funktionieren bringen", sagte der Medienbeauftragte der COSATU. Im Hinblick auf die Zukunft sagte der Medienbeauftragte lächelnd: "Wir haben die Produktion des Aufdrucks "Willkommen zu Hause, Nelson!" aufgenommen."

(Weekly Mail, 21.12.89)

Gossner Mission

2. Auseinandersetzungen in Natal

Auseinandersetzungen in Natal dauern an

Kernpunkte der scharfen Auseinandersetzungen in Natal waren in den letzten Wochen Inanda, kwaMashu, kwaMakutha, Umbumbulu und Ngcolosi. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen verlagern sich dabei zunehmend von den Städten in den ländlichen Bereich hinein.
BeobachterInnen der Kämpfe gehen davon aus, daß die Machtfrage im städtischen Bereich weitgehend entschieden ist und sich deshalb die Auseinandersetzungen verlagern. Die Fälle von Verstümmelungen von Opfern nehmen zu.
Zunehmend an Gewicht gewinnt in den Auseinandersetzungen der Kongreß traditioneller Führer Südafrikas (CONTRALESA). Auch dies hängt mit der Verlagerung der Kämpfe in den ländlichen Bereich zusammen. In einer Erklärung des Zulu-Königs Goodwill Zwelithini wird CONTRALESA vorgeworfen, "eine spalterische Kraft" zu sein, die versuche, "spalterische Parteipolitik in die traditionellen Herrschaftsstrukturen, in denen Konsens lebenswichtig für Stabilität und Fortschritt" seien, hineinzutragen. Personen, die beabsichtigen, an einer CONTRALESA-Veranstaltung mit Walter Sisulu Anfang Dezember in Pietermaritzburg teilzunehmen, wi[illegible] von INKATHA-Anhängern in Lindelani angedroht, man werde sich "mit ihnen beschäftigen".

"ANC Sieben" sollen in Natal vermitteln

Nach dem Abbruch der Friedensgespräche (s. ANC-Bull. 11/89) wachsen die Hoffnungen, die entlassenen ANC-Führer könnten einen Beitrag zur Beendigung der Gewalt in Natal leisten. Auf einem von 70.000 Menschen besuchten Kongreß des Zulu-Königs Zwelithini am 26. November in Durban hatte dieser seine Einladung an Sisulu und andere erneuert. Sisulu sieht solche Gespräche als "sehr bedeutend" an und weist auf die Notwendigkeit sich mit Anderen zu beraten, hin. Auch Nelson Mandela hat sich in die Gespräche eingeschaltet. In der ersten Dezember-Woche hatte er im Gefängnis mehrere Gespräche mit VertreterInnen der demokratischen Bewegung in Natal über den Abbruch der Friedensgespräche und Möglichkeiten, sie wieder zu starten, geführt.

(ANC-Informationen 12/89)

3. Verhaftungen und Urteile

Politische Prozesse und Verhaftungen

In den vergangenen 12 Monaten gab es eine beispiellos große Anzahl von Freilassungen politischer Gefangener und Gefangener des Ausnahmezustandes - aber auch ein Anwachsen neuer politischer Gerichtsprozesse.
Zu Beginn des Jahres waren über 1000 Aktivisten auf Grund des Ausnahmezustandes im Gefängnis. Mit der Freilassung der 4 Alexandra-Führer diese Woche sind jetzt nur noch 3 Leute im Gefängnis ... Diese geringe Anzahl ist ein Erfolg des Hungerstreiks, der dieses Jahr das System der Verhaftungen ohne Anklage herausforderte ...
Die durch den Hungerstreik erlangte Freiheit war in vielen Fällen unvollständig. Hunderten wurden starke Restriktionen auferlegt, die sie an politischen Aktivitäten hinderten und sie im Grunde unter Hausarrest hielten. Laut HRC wurden seit Erklärung des Ausnahmezustandes 1986 insgesamt 658 Ex-Gefangene mit Restriktionen belegt. ...
Anders ist die Situation unter den verurteilten politischen Gefangenen. Obwohl sich die Gefängnisse in diesem Jahr öfter als jemals zuvor öffneten, ... sind Hunderte andere im Gefängnis geblieben. ...

(Weekly Mail, 21.12.89)

/5

Gossner Mission

Hinrichtungen

59 Hinrichtungen wurden 1989 in Südafrika vollstreckt, wurden in Pretoria und mindestens vier im Rooiground Zentralgefängnis in Mmbabatho, Bophutatswana, ausgeführt. Die Zahlen für Ciskei liegen nicht vor, in der Transkei gibt es derzeit ein Moratorium für Hinrichtungen. Nach den Zahlen des Südafrikanischen Gefängnisdienstes befinden sich 289 Menschen im Todestrakt in Pretoria.

Zum Thema Hinrichtungen veröffentlichte die Menschenrechtskommission die folgenden Zahlen:

- Während der vergangenen 10 Jahren haben 16 Länder die Todesstrafe abgeschafft.
- Seit 1958 wurden acht weitere Straftatbestände zu den ursprünglich drei Kapitalverbrechen zugefügt, auf die die Todesstrafe Anwendung findet.
- Zwischen 1978 und 1988 wurden in Südafrika 1.335 Menschen hingerichtet.
- Die höchste Zahl von Hinrichtungen seit 1910 wurden mit 164 im Jahr 1987 vollstreckt. 1987 übertraf Südafrika den Iran in der Zahl der Hinrichtungen und war das Land mit den meisten Todesurteilen auf der Welt. Im selben Jahr wurden in den USA - mit einer zehnfachen größeren Bevölkerungszahl wie Südafrika - 25 Hinrichtungen vollstreckt.
- Von 81 Schwarzen, die zwischen Juni 1982 und Juni 1983 wegen des Mordes an einem Weißen verurteilt wurden, wurden 38 hingerichtet. Von 52 Weißen, die im selben Zeitraum wegen Mordes an Weißen verurteilt wurden, wurde einer hingerichtet und von den 21 Weißen, die wegen Mordes an Schwarzen verurteilt wurden, keiner.

(ANC-Informationen 12/89)

4. Kirchen

Die Kirche kann nicht neutral sein

Die größte Aufgabe, vor der die Kirche in den 90er Jahren stehen wird, ist die Versöhnung der Christen, die die Politik der Apartheid vertreten, mit denen, die diese zur Häresie erklärt haben. Zwischen diesen beiden Gruppen von Christen gab es bisher einen großen Unterschied. Die ökumenische Bewegung hat bei der Ebnung des Weges zu friedlichen Protesten gegen die gegenwärtige Regierung eine große Rolle gespielt. ...
Aber sogar unter den Kirchen, die sich mit der MDM (Demokratische Massenbewegung) identifizieren, gibt es Meinungsverschiedenheiten darüber, wie aktiv die Kirche bei der Ausübung des Drucks auf die Regierung zur Beseitigung der Apartheid sein soll.
Die Kirche wird mit Sicherheit ein notwendiger Teilnehmer an jeglichen "Gesprächen über Gesprächen" sein. Die Rolle, die die Kirche in dem neuen Klima der Verhandlungen spielt, wird einen deutlichen Einfluß auf ihre Zukunft in einem Südafrika nach der Apartheid haben. ... Die Theologie, die Aktionen und der Dienst der Kirche belegen ihr deutliches Bekenntnis zu den Armen und Unterdrückten ... Es ist wahrscheinlich, daß die Kirche im Verhandlungsprozeß ihre Rolle als Beobachter und Vermittler erfüllen wird und damit Versöhnung und Einheit unter weiten Teilen der südafrikanischen Bevölkerung ermutigt. ... Andererseits kann sich die Kirche nicht von den Prinzipien trennen, für die sie mit der Demokratischen Massenbewegung einstand und kämpfte. Indem sie eine dritte Kraft wird, die Links und Rechts beobachtet, läuft die Kirche Gefahr, in der Mitte aufgerieben zu werden, keine Seite zu unterstützen. Staatstheologen behaupten, daß die Kirche eine unparteiische Kraft in der Gesellschaft sein müsse. Die "Kirche des Volkes" ist längst über diese Debatte hinausgegangen und hat erklärt, daß die Kirche gegenüber der Sünde und Häresie der Apartheid und der durch sie verursachten mensch-

Gossner Mission

lichen Zerstörung nicht neutral sein kann. Die Kirche muß zweifellos eine versöhnende Kraft in Südafrika sein... aber sie muß darauf achten, daß sie diese Rolle nicht auf Kosten der Prinzipien spielt, für die sie lange gekämpft hat. Der ANC-Führer Andrew Mlangeni sagte: "Jemand muß die Leute zusammenbringen. Am Ende müssen wir an einem Tisch sitzen und reden. Die Kirche kann dabei helfen, aber sie muß der Gerechtigkeit und Freiheit verpflichtet sein..."
Die "Kirche des Volkes" wird auch weiterhin mit gewaltlosen Aktionen das Apartheidsystem anprangern und positive Aktionen unter ihren Mitgliedern anregen müssen. Dr. Wolfram Kistner vom Ökumenischen Beratungsbüro und ehemaliger Direktor der Abteilung für Gerechtigkeit und Versöhnung des Südafrikanischen Kirchenrates wurde nach den Herausforderungen an die Kirchen in den 90er Jahren befragt. Er antwortete: "... wie man den Kampf für Befreiung und Gerechtigkeit befördern kann, wie man besonders den weißen Menschen helfen kann, eine Situation zu akzeptieren, in der sie keine Privilegien mehr haben werden, wie man die Wunden der Menschen heilen kann, die Opfer des Apartheidsystems wurden, wie man Modelle für menschliche Beziehungen in einem neuen Südafrika entwickeln kann, wie man traditionelle Feindbilder in den Kirchen und in der Gesellschaft widerlegen kann, wie man Bildung und christliche Prinzipien fördern kann, wie man Menschen verschiedener Herkunft dabei helfen kann, sich gegenseitig zu akzeptieren und in Frieden zusammenzuleben."

(South, 20.12.89)

Mkhatshwa attackiert Ausbeutung und internationale Wirtschaftsbeziehungen

In der erst in diesen Tagen veröffentlichten Rede des Generalsekretärs des Instituts für kontextuelle Theologie (ICT), Smangaliso Mkhatshwa, auf der Jahreskonferenz des Instituts, werden die Theologen aufgefordert, sich mit den theologischen und kirchlichen Aspekten der sozio-ökonomischen Krise auf dem afrikanischen Kontinent zu befassen. Er führte aus, daß sowohl die ökonomischen wie sozialen Systeme auf dem Rücken unbezahlter Arbeit von Millionen Menschen der südlichen Länder wie auch der bezahlten oder unbezahlten Arbeit der ArbeiterInnen in Europa und Amerika aufgebaut seien. Das derzeitige globale ökonomische System sei weder neutral noch wertfrei, sondern verzahnt mit Herrschaft und Abhängigkeit. "Außerdem haben wir Theologen es mit dem Bösen zu tun und stehen der Wirklichkeit der Sünde gegenüber, da dieses System von Menschen gemacht wird, die für ihr Handeln verantwortlich sind." Nach seiner Auffassung habe die Ungerechtigkeit, die dem derzeitigen ökonomischen System eigen ist, nicht nur soziale, politische und ökonomische Auswirkungen, sondern auch geistige Verzweigungen und wirke sich auch auf die Privilegierten aus. Mkhatswa unterstrich, "daß die Kirchen nicht nur solidarisch mit denen sein müssen, die sich der Ungerechtigkeit widersetzen. Sie sollten Kooperativen aufbauen, gemeinschaftseigene und kontrollierte Unternehmen, die lokale Bedürfnisse und Notwendigkeiten und vorhandene Ressourcen zusammenbringen und neue Ressourcen und Leistungen schaffen."

(ANC-Informationen 12/89)

Gossner Mission

- - - Namibia aktuell - - - Namibia aktuell - - - Namibia aktuell - - -

---

SWAPO-Präsident stellt Schattenkabinett vor

Windhoek, 21. Dezember 1989

Der Präsident der SWAPO, Sam Nujoma, gab heute die Bildung eines sechzehnköpfigen Schattenkabinetts bekannt, mit den jeweiligen Stellvertretern und Assistenten.
In seiner Bekanntmachung erklärte Nujoma, dieses Team werde in Kürze "damit beginnen, mit den derzeit die verschiedenen staatlichen Abteilungen und Einrichtungen leitenden Beamten Kontakte aufzunehmen und Meinungen auszutauschen".
Er sprach die Hoffnung aus, daß die jetzige Verwaltung und das Amt des Generaladministrators mit dem Schattenkabinett zusammenarbeiten.

Das Schattenkabinett wird wie folgt zusammengesetzt sein:

	Minister	Stellvertreter	Assistent
Staatsbeamte und Angestellte	Hage Geingob		Nangolo Mbumba
INNERES	Hifikepunye Pohamba	Nangolo Ithete	Ndali Kamati
AUSSERES	Theo-Ben Gurirab	Netumbo Ndaitwah	Andreas Guibeb
VERTEIDIGUNG	Peter Meshihange	Phillemon Malima	Frans Kapofi
FINANZEN	Otto Herrigel		Godfrey Gaoseb
ERZIEHUNG, KULTUR UND SPORT	Nahas Angula	Buddy Wentworth	Vitalis Ankama
INFORMATION UND MEDIEN	Hidipo Hamutenya	Daniel Tjongarero	Vezera Kandetu
GESUNDHEIT UND SOZIALES	Dr.Nicky Iyambo		Dr.Solomon Amadhila
ARBEIT, ÖFFENTLICHE DIENSTE UND ARBEITSMARKT-ENTWICKLUNG	Hendrik Witbooi	Hadino Hishongwa	Tuli Hiveluah
BERGBAU UND ENERGIE	Andimba Toivo ya Toivo	Helmut Angula	Dr.Leake Hangala
JUSTIZ	Ngarikutuke Tjiriange	Reinhold Rukoro	Dr.Albert Kawana
GEMEINDEVERWALTUNG UND WOHNUNGSWESEN	Dr. Libertino Amathila	Jerry Ekandjo	Nghidimondjila Shoombe
LANDWIRTSCHAFT, WASSER UND LÄNDL.ENTWICKLUNG	noch nicht ernannt	verantwortl:	Calle Schlettwein Vilho Hipondoka

/8

Gossner Mission

	Minister	Stellvertreter	Assistent
HANDEL UND INDUSTRIE	Ben Amathila	Reggie Diergaardt	Tsudao Gurirab
WILD, NATURSCHUTZ UND TOURISMUS	noch nicht ernannt	Pendukeni Ithana	Hanno Rumpf
ÖFFENTLICHE BAUVORHABEN, TRANSPORT UND VERKEHR	Richard Kapelwa	Klaus Dierks	Dr. Peingeondjabi Shipoh
LANDBESITZ, WIEDERANSIEDLUNG UND REHABILITATION	Marco Hausuki	Dr.Marcus Shivute	Ulitala Hivelwah

Weitere Ernennungen:

STAATLICHE PLANKOMMISSION - Generaldirektor Dr. Zedekia Ngavirue

STAATSMINISTER FÜR SICHERHEIT - Peter Tsheehama

GENERALSTAATSANWALT - Hartmut Ruppel

LANDESRECHNUNGSPRÜFER - Gerard Hanekom

(Namibia Communications Centre)

Gossner Mission

Windhoek, 13. Dezember 1989

Südafrika verstärkt militärische Präsenz in Walvis Bay,

berichten kirchliche Beobachter

Die Südafrikanischen Verteidigungs-Streitkräfte "betreiben eine bemerkenswerte qualitative und quantitative Verstärkung" ihrer Einheiten in Walvis Bay, wie der zum Rat der Kirchen in Namibia gehörende Kirchliche Informations- und Beobachtungsdienst (CIMS) berichtet.

In der CIMS-Meldung wird festgestellt, daß "diese ausgedehnten und kostspieligen Operationen darauf hindeuten, daß Südafrika nicht die Absicht hat, in naher Zukunft in Verhandlungen über die Rückgabe des Hafens einzutreten". Walvis Bay, der einzige Hochseehafen, über den Namibia verfügen könnte, wird von Pretoria als südafrikanisches Territorium beansprucht, entgegen dem Entscheid der Vereinten Nationen, daß es sich um einen integralen Bestandteil Namibias handelt.

Wie CIMS-Beobachter berichten, sind im südafrikanischen Militärstützpunkt Rooikop, 10 km südlich der Stadt Walvis Bay, "umfangreiche Bauarbeiten" imgange. "Ein weites Gelände ist für den Bau von Kasernen für das neu angekommene 61. Panzerbataillon geräumt worden."

In Rooibank, 30 km südlich von Walvis Bay, wurde, dem CIMS-Bericht zufolge, in einem 25 Hektar großen eingezäunten Gelände von einer Swakopmunder Gesellschaft, Premier Construction, Subunternehmer einer südafrikanischen, an Top-Secret-Waffen-Verträgen mit den Südafrikanischen Streitkräften beteiligten Hi-Tech-Elektronik-Firma, eine neue Einrichtung erstellt.

"Es ist zu vermuten, daß dieser Stützpunkt nach Fertigstellung ein weitreichendes Radarsystem oder ein Raketen-Such-Zentrum beherbergen wird", unterstreicht CIMS.

Der CIMS fand ebenfalls die Existenz eines Ausbildungszentrums der Polizei in Rooibank heraus, in dem bisher weiße Koevoet-Kommandeure auf ihren Dienst in Nordnamibia vorbereitet wurden. "Wir haben nicht feststellen können, welcherart Aktivitäten jetzt in dem Lager stattfinden", fügt der Bericht hinzu.

Wie CIMS aus direkten Kontakten weiter erfahren hat, wird auch der Marinestützpunkt in Walvis Bay ausgebaut.

Laut CIMS ist es allerdings nahezu unmöglich, genaue Zahlenangaben über die Truppenstärke in der von Südafrika beanspruchten Enklave zu machen. Während UN-Militärbeobachter annehmen, es gebe nicht mehr als 1.800 Mann in Walvis Bay, werden von einheimischen Kontaktleuten weit höhere Zahlen angegeben: zwischen 3.000 und 5.000.
UNTAG-Kommandeure, die am 28. November zu einem Höflichkeitsbesuch im Rooikop-Stützpunkt eingeladen waren, konnten keine Ausbauarbeiten feststellen.

(Namibia Communications Centre)

Gossner Mission

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 1831 = Namibia
1832 = Morogoro

1186 Berlin, im Februar 1990
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58

S Ü D A F R I K A A K T U E L L 21

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC herausgegebenen "News Briefing" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalkongresses oder die unsere.

1. ANC-Aktivitäten

Mission nach Lusaka

Die sieben kürzlich entlassenen politischen Gefangenen planen, "so schnell wie möglich" zu Gesprächen mit den ANC-Führern nach Lusaka zu fahren, sagte Walter Sisulu gestern. ... Susulu reagierte mit Zurückhaltung auf Vorschläge einer Vereinigung von ANC und PAC. Er sagte, die Entscheidung läge bei den Exekutivorganen beider Bewegungen. Es könnte Probleme geben, aber der ANC habe sich immer für mehr Einheit ausgesprochen. Er wies darauf hin, daß es bei dem Treffen zwischen Nelson Mandela und dem PAC-Mann JAPHATA MASEMOLA nicht unbedingt um das Thema Einheit gegangen sei. Er sagte, das Treffen habe auf eine Anfrage von seiten MASEMOLAS stattgefunden.

(Sowetan, 14.11.89)

Mandelas Besucher

... Mr. Maponya, der Mr. Mandela während der 50er Jahre als Rechtsanwalt vertrat, ist einer von Dutzenden Besuchern verschiedener politischer Anschauungen, die Mr. Mandela in diesem Jahr empfing ...
"Nelson wollte mit mir hauptsächlich über ökonomische Angelegenheiten sprechen", sagte Mr. Maponya."Er fragte mich: Was tun wir als Geschäftsleute? Werden wir bereit sein für die Veränderung jetzt und die Herausforderungen des Big Business in der Zukunft? Er fragte mich, welchen Fortschritt wir in der ökonomischen Befähigung der Schwarzen erreicht haben."
Der springende Punkt war, daß er sein Land nicht genauso sehen will wie unsere Nachbarstaaten, welche die Freiheit errangen, aber ökonomisch bankrott gingen. Auf die Frage nach seiner Freilassung sagte Mr. Mandela zu Mr. Maponya, er erwarte diese im Juni oder Juli nächsten Jahres, aber er würde gern noch andere politische Gefangene vor ihm befreit sehen ...

(Independent/UK, 24.11.89)

/2

Gossner Mission

Ökologie-Politik des ANC

Der ANC gab diese Woche sein Interesse an den ökologischen Schlüsselfragen, denen Südafrika gegenübersteht, bekannt. ... "Es gibt innerhalb der Bewegung ein wachsendes Wissen um wichtige ökologische Fragen und die Notwendigkeit, jeder Zerstörung der Umwelt mit Nachdruck zu begegnen", sagte Max Sisulu, Chef der ANC-Abteilung für Ökonomie und Planung. "Der ANC befindet sich im Prozeß der Formulierung einer Umweltpolitik." Er sagte, der ANC halte es für unmöglich, unter der Apartheid eine vernünftige Umweltschutzpolitik zu betreiben, weil das System die Manipulation rassischer Gruppen sowie natürlicher Ressourcen beinhaltet.

... "Der ANC wird sich leiten lassen vom Prinzip der Suche nach passenden Methoden zur Einbeziehung des Umweltschutzes in die industrielle Entwicklung, so daß technische Neuerungen auch auf die Ursachen der Verschmutzung, auf Vorbeugung und Kontrolle gerichtet sind. ... Die Industrie sollte nach alternativen Energiequellen wie Sonnenenergie suchen, um die notwendige Verbrennung von Kohle und anderen fossilen Brennstoffen zu reduzieren... "

"Der ANC respektiert die Baseler Konvention über die Kontrolle grenzüberschreitender Giftmülltransporte, welche von 196 Staaten unterzeichnet wurde..."

"Der ANC glaubt, daß die Verwendung von Atomkraft zur Erzeugung elektrischen Stromes in Südafrika nicht notwendig ist, weil alternative Energiequellen in riesigen Kohlelagern (die mit korrekter Technologie genutzt werden können) und reichlich Sonnenenergie existieren. ..."

"Der ANC hat erklärt, daß die militärische Verwendung von Atomkraft zuoberst auf der Tagesordnung des Regimes steht ...
Südafrikas nukleare Forschung verletzt schmählich die erklärte Politik der afrikanischen Nationen ..., Afrika als atomfreie Zone zu respektieren.

Die ANC-Politik wird Gemeinden, die am Naturschutz beteiligt sind, besonders in ländlichen Gebieten, kontinuierliche staatliche Unterstützung gewähren ... Ein Verbot des Handelns mit Elfenbein und Nashornhörnern wird das Wildern nicht stoppen. Ein positiver Versuch, diese Tiere zu schützen, ist das Angebot öffentlicher Beteiligung am Management und vernünftiger Verwendung ihrer Produkte."

(Weekly Mail, 1.12.89)

Sisulus Aufruf zur Einigkeit

Fast 4500 Delegierte, Repräsentanten hunderter Organisationen aus allen Teilen Südafrikas, trafen sich gestern in Johannesburg, um den Appell des freigelassenen ANC-Führers Walter Sisulu zur Bildung einer breiten Koalition der Anti-Apartheidkräfte zu hören. Sisulu charakterisierte das Treffen als bedeutendstes seit dem Volkskongreß 1955, auf dem die Freiheitscharta ... angenommen wurde, und sagte, die "historische Aufgabe" dieser zweiten nationalen Versammlung sei die Planung einer gemeinsamen Strategie, wie aus dem Zurückziehen der Regierung von der harten Apartheidlinie Vorteile zu ziehen sind.
"Dabei müssen wir fest in unseren Prinzipien, aber flexibel in unseren Taktiken sein", sagte Sisulu ... Sisulu wies eindeutig De Klerks Vorschlag einer "großen Versammlung" zurück, in welcher Vertreter ver-

/3

Gossner Mission

treter verschiedener ethnischer und anderer Gruppen über Südafrikas Zukunft debattieren sollten."Diese Debatte muß in einer gewählten verfassungsgebenden Versammlung stattfinden", sagte er ...
In seiner Rede wandte sich Sisulu auch an die Mitglieder von Polizei und Militär, sich von der Unterdrückung abzukehren und in die Reihen der Befreiungsbewegung einzutreten ...

(Observer/UK, 10.12.89)

2. Gewerkschaften

Labour Relations Act

Das Kabinett hat grünes Licht für die Ergänzung des Labour Relations Act (Gesetz über die Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen) im nächsten Jahr gegeben, die Gespräche zwischen den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und den Arbeitgebern zur Diskussion der Änderungen an der Arbeitsgesetzgebung scheinen jedoch abgebrochen zu sein.
Personal-Generaldirektor Joel Furie informierte gestern über die Entscheidung der Regierung, daß die auf einem von der Nationalen Arbeitskräftekommission ausgearbeiteten Bericht beruhenden Gesetzesänderungen nächstes Jahr vorgenommen werden.
Von dem noch unveröffentlichten Bericht wird angenommen, daß die Klauseln geändert werden, die es den Arbeitgebern ermöglichen, Gewerkschaften für die durch illegale Streiks verursachten Schäden gerichtlich zu belangen, und die dem Zeitraum, in dem Konflikte zwischen Gewerkschaften und Unternehmensleitung vor Schiedsgerichten und Betriebsräten ausgetragen werden können, starke Begrenzungen auferlegen. ...
Wie aus gewerkschaftlichen Quellen hervorgeht, haben die Arbeitgeber der Abschaffung der Klausel zum gerichtlichen Vorgehen und den zeitlichen Beschränkungen für die Austragung von Konflikten zugestimmt. Urteile sollen von Arbeitsgerichten nicht geheimgehalten werden und Berufung gegen solche Urteile bei einem speziellen Arbeitsgericht eingelegt werden können.
Die letzte Gesprächsrunde kam jedoch an zwei wichtigen Punkten zum Stillstand. Die Gewerkschaften wollen, daß die Arbeitgeber ihr gesetzlich verbrieftes Recht auf die Erwirkung von Verhandlungsverbot gegen streikende Arbeiter aufgeben und fordern das Recht auf legale Beistandsstreiks und Konsumboykott. ...
Vergangene Woche haben COSATU und NACTU angekündigt, daß im kommenden Jahr eine Kampagne von Märschen, Fabrikbesetzungen und der Mißachtung von Verhandlungsverboten gestartet werden würde, um den Forderungen nach der Abschaffung des Gesetzes Nachdruck zu verleihen.

(Weekly Mail vom 15.12.89)

Streiks im Südafrikanischen Transportdienst (SATS)

Sicherheitsbeamte der Eisenbahn erschossen gestern Abend in Johannesburg einen streikenden Arbeiter nach einem ganzen Tag gewaltsamer Ausschreitungen, die damit begannen, daß Hunderte Reisende von einer Horde schwerbewaffneter Streikbrecher angegriffen wurde. 'Ohne Warnung wurde ein Schuß abgegeben, und dann fiel er tot zu Boden', sagte

Gossner Mission

ein Augenzeuge. ... Augenzeugen behaupteten ebenfalls, daß Sicherheitsbeamte einen Knüppel und Steine neben die Leiche gelegt hätten, um den Anschein zu erwecken, er hätte sie angegriffen. ...

(New Nation vom 8.12.89)

Alan Lubbe, stellvertretender SATS-Direktor für Public Relations sagte gestern, daß die nebenstaatliche Einrichtung darauf eingestellt ist, 'bis zur letzten Konsequenz zu gehen' und 160.000 streikende Arbeiter zu entlassen. Bisher wurden mehr als 7.000 Streikende entlassen und SATS schätzt, daß die Arbeiter insgesamt mit 12 Millionen Rand Lohneinbußen rechnen müssen. ...Sarwhu (Eisenbahner- und Hafenarbeiter-Gewerkschaft) zufolge wurden mehr als 1.000 Arbeiter aus den Eisenbahnerwohnheimen im Land ausgewiesen. Die Streikenden sagten, ihnen wurden nur 24 Stunden Frist zum Verlassen der Gebäude gegeben und die Polizei wurde gerufen, um sie 'hinauszujagen'. ...

(Weekly Mail vom8.12.89)

Kinderarbeit

Gegenwärtig laufen mindestens zwei Untersuchungen zu Kinderarbeit in Kapstädter Betrieben nach dem Tod des 14jährigen Mitchell Plain, einem Schüler, der als Streikaushilfe bei den Südafrikanischen Brauereien in Newlands beschäftigt war. ... Der Tod des Schülers war ein weiterer Hinweis auf die weitverbreitete Kinderarbeit am Westkap, wo Kinder als Haushaltshilfen, Gelegenheitsarbeiter, Landarbeiter, Straßenhändler und Verkäufer beschäftigt werden. ...
Kinderarbeit wird auch beim Hausbau in Lavender Hill benutzt. Topcor, ein von der Abteilung für Arbeitskräfte finanziertes Arbeitsbeschaffungsprogramm, beschäftigt den 15jährigen Lawrence Fakgato für 4 Rand pro Tag. ... 'Vorkommnisse wie diese sind nur die Spitze des Eisbergs', sagte ein Sprecher der Nahrungsmittelarbeitergewerkschaft (FAWU). ... FAWU-Organisator Johan Hamman zufolge wurden einige Kinder in der Saison beschäftigt, während andere bereits im Alter von 14 Jahren auf Farmen vollbeschäftigt werden, auch auf solchen, die großen Unternehmen gehören.

(South vom 30.11.89)

UDUSA und die Zeit nach der Apartheid

Vor mehr als einem Jahr wurde UDUSA gegründet, die Gewerkschaft der Vereinigungen demokratischer Universitätsangehöriger.
UDUSA sieht einen Aspekt seiner Aufgaben darin, die traditionelle Rolle, die Akademiker immer gespielt haben, in Frage zu stellen. "Wir müssen in der Gesellschaft und in der Universität Partei ergreifen", sagte Dr. NIC CLOETE, ein Mitglied des nationalen Vorstands von UDUSA und Vorsitzender der Gruppe an der Witwatersrand-Universität. "UDUSA sollte auch Einfluß auf sachbezogene Fragen im Bildungsbereich ausüben. In einer sich verändernden Gesellschaft besteht eine Notwendigkeit für die Umgestaltung der Universitäten."

Gossner Mission

Ein wichtiger Aspekt von UDUSA ist ihre landesweite Struktur, die sie in die Lage versetzt, die Bemühungen von Universitätsangehörigen in einer Vielzahl von Einrichtungen zu koordinieren. ... Mit einem aktuellen Mitgliederstand von 4.000 umfaßt UDUSA 17 Zweiggruppen. ...
Im Juni hielt sich eine UDUSA-Delegation unter der Führung des Vorsitzenden Professor Mala Singh zu einem Gedankenaustausch mit dem ANC in Lusaka auf.

(Star, 14.11.89)

NUMSA: Forderungen von Frauen

Über 300 weibliche Mitglieder der Nationalen Gewerkschaft der Metallarbeiter von Südafrika (NUMSA) in Transvaal trafen sich am Wochenende, um zu diskutieren, welche Forderungen von Frauen in den Verhandlungen der nächsten Jahre gestellt werden sollten. Es ist eines der ersten Treffen dieser Art innerhalb der COSATU.
Es gibt etwa 22.500 Frauen in der NUMSA und drei ihrer Forderungen sind:
- 3 Monate bezahlter Mutterschaftsurlaub für Frauen
- jährlich 10 Tage bezahlte Freistellung zur Kinderversorgung für Eltern
- Festlegung von Maßnahmen durch den Betriebsrat zur Klärung von Meinungsverschiedenheiten bei geschlechtsspezifischer Diskriminierung am Arbeitsplatz.

NUMSA errang 6 Monate Mutterschaftsurlaub für Mitglieder -- bei halbem Lohn für drei oder weniger Schwangerschaften, das aber nur, wenn die Frau zwei Jahre lang für denselben Arbeitgeber gearbeitet hat -- das wird die Gewerkschaft wahrscheinlich im nächsten Jahr ablehnen.
Der Betriebsrat hat ebenfalls eine Vorgehensweise für Dispute bei geschlechtsspezifischer Diskriminierung festgelegt. Jedoch lehnen die Bosse es ab, der Freistellung zur Kinderversorgung zuzustimmen; auch das wird wahrscheinlich nächstes Jahr wieder aufgenommen werden.

(New Nation, 10.11.89)

3. Landesweiter Widerstand

Todesschwadronen untersuchen

Die Demokratische Massenbewegung (MDM) hat zu einer Untersuchung aufgerufen, inwieweit Führungsmitglieder der Regierung, einschließlich Justizminister Mr. Louis de Grange, und sein Nachfolger, Mr. Adriaan Vlok, irgendeine Verbindung mit den angeblichen Polizei-Todesschwadronen haben. ...
Die Bewegung schloß sich dem immer stärker werdenden Ruf nach einer unabhängigen Untersuchungskommission an und schlug vor, führende internationale Juristen um ihre Teilnahme zu bitten. In einer Erklärung sagte MDM, daß die Identifizierung einzelner Personen, die an Aktivitäten der Todesschwadronen beteiligt waren, die Anwendung von Gewalt und Terror gegen Apartheidgegner nicht stoppen würde.

Umfassene und drastische Aktionen wären notwendig...(Star,28.11.89)

Gossner Mission

4. Terror des Regimes

Todesstrafe als politische Waffe

Die Todesstrafe wird als eine politische Waffe benutzt, um schwarze Menschen dem System zu unterwerfen, äußerte der Präsident des Nationalen Verbandes demokratischer Anwälte, PIUS LANGA. LANGA stellte ein Rechtssystem in Frage, das "kaltblütig vorsätzliches Töten" erlaubt, er sagte, Hinrichtungen seien nichts anderes als ein Ausdruck von Rachegelüsten.
In seiner Kritik an der Todesstrafe sagte LANGA, der ein führender Apartheidgegner ist: "Im Jahre 1987, als es einen Anstieg des politischen Dissidententums gab, hatten wir 181 Hinrichtungen einschließlich derer in den Homelands zu verzeichnen. Mit Blick auf die gegebene Bevölkerungszahl ist dies eine sehr hohe Zahl."
Zur Eröffnung der Kampagne zur Abschaffung der Todesstrafe sagte LANGA die Todesstrafe sei besonders unangemessen wegen der Teilung der Gesellschaft. "Wir haben Gesetze, die die Rassendiskriminierung sanktionieren. Das Vermächtnis rassistischer Vorurteile durchdringt jede Faser unserer Gesellschaft."

(Sowetan, 13.11.89)

Ermordungen nehmen landesweit zu

Laut Menschenrechtskommission (HRC) ist die Zahl der Morde, versuchten Morde, Todesdrohungen und der Fälle von politischem Vandalismus, die gegen Anti-Apartheid-Persönlichkeiten gerichtet waren, in den 6 Monaten seit der Ermordung von Dr. David Webster gestiegen. Zwischen Februar und August dieses Jahres wurden mindestens 10 Aktivisten ermordet, während zwischen April und Oktober dieses Jahres 23 versuchte Morde von der HRC verzeichnet wurden. ...

(Weekly Mail, 24.11.89)

HRC-Unterdrückungsdossier

Die südafrikanische Regierung hat ihre Unterdrückungsmaschinerie bis zum "Gipfel der Perfektion" verfeinert, sie geht so weit, neue Techniken zu entwickeln, die anderen Unterdrückungsregimen als Modell dienen. Dies sagte die Menschenrechtskommission (HRC) ...
Der Bericht sagt aus, daß Volumen und Spitzfindigkeit der Gewalt gegen Apartheidgegner in den letzten 5 Jahren Hinweisen auf die "weitverbreitete" Existenz und Aktivität gut organisierter Todesschwadronen, die Ausschaltung oder Einschüchterung politischer Aktivisten und die Spaltung und Lahmlegung von Organisationen zum Ziel haben.
Der Bericht bezeichnet die staatlichen Sicherheitsstrukturen als Basis der Todesschwadronen, denn sie sind finanziell und materiell gut ausgerüstet und scheinen Zugang zu beträchtlichen Informationen über Aktivisten zu haben. Die dargelegten Aktivitäten der Schwadronen reichen von Folter, einschließlich Todesdrohungen und Überfälle auf Häuser bis zu Ermordungen ...

(South, 7.12.89)

Gossner Mission

5. Schüler- und Studentenbewegung

Das Nationale Bildungskrisenkomitee (NECC) tauchte diese Woche auf, um eine geplante Nationale Bildungskonferenz anzukündigen, die erste seit NECC im vergangenen Jahr gebannt wurde. Das Thema der Konferenz wird "Stärkung und Fortschritt zur Volksbildung" heißen und sie wird an der Universität vom West-Cap stattfinden. ...
Andere Prooleme in schwarzen Schulen im ganzen Land waren in diesem Jahr Gangstertum und Drogenmibbrauch. NECC-Vorsitzender Vusi Khanyile sagte, das Gangstertum wurde überrollt vom "kompletten Zusammenbruch der Kommunikation an den Schulen", weil die Schulstrukturen wie Studentenräte unterdrückt und in die Illegalität zurückgedrängt wurden. Die Regierungsstrukturen haben auch versagt, was in der massenhaften Resignation von Elternkomitees deutlich wird, sagte Khanyile. Die Konferenz wird "gerichtet sein auf die Bildungskrise, eine Strategie formulieren und ein Aktionsprogramm entwickeln".

(Weekly Mail, 8.12.89)

Kampagne zur Öffnung der Schulen

Die Barnato Park Hochschule in Johannesburg erhielt mehr als 200 Bewerbungen seit der Ankündigung, daß die Schule für Jungen und Mädchen aller Rassen geöffnet wird. Die Schule, früher als Johannesburger Hochschule für Mädchen bekannt, stand vor der Schließung. Die Anstrengung besorgter Eltern führte zur Öffnung der Schule für Kinder aller Rassen. Die abnehmenden Zahlen an weißen Schulen führten zur Schließung von über 100 Schulen seit 1979. Die Anzahl weißer Immatrikulationen beträgt dieses Jahr insgesamt 36.000 verglichen mit 300.000 schwarzen Immatrikulationen. Die Hälfte der weißen Schulen ist leer, und schwarze Schulen sind überfüllt. ...

(City Press, 3.12.89)

Zentrum für kindliche Gefangene

Ein Zentrum für die Rehabilitation kindlicher Gefangener wird heute offiziell in Soweto eröffnet. Dies ist das erste Zentrum seiner Art im Land und Teil eines Gemeinschaftszentrums, das in Diepkloof von der Johannesburger Kinder-Wohlfahrts-Gesellschaft gegründet wurde.
Dr. Adele Thomas, Direktorin der Kinder-Wohlfahrt, sagte, die Gesellschaft hat sich bereits mit über 200 Kindern befaßt, die in den vergangenen 2 Jahren aus dem Gefängnis entlassen wurden, einige jünger als 9 Jahre alt. "Diese Kinder leiden unter dem, was bekannt ist als posttraumatische Streßkrankheit, welche sich ausdrückt durch starke Angst, Depression, Sorge und Konzentrationsmangel. Es besteht eine Notwendigkeit fortlaufender Rehabilitation dieser Kinder", sagte sie.
(Sowetan, 29.11.89)

6. Militär und Polizei

SADF-Personalbestand

Gemäß einer Veröffentlichung des Internationalen Instituts für strategische Studien in London besitzt Südafrika insgesamt 103.000 aktive Angehörige der bewaffneten Streitkräfte. Aus seinem Bericht für den Zeitraum 1989/90 geht hervor, daß Südafrika und Zimbabwe

Gossner Mission

angesichts eines über zwei Jahre hinweg zu beobachtenden allgemeinen Abwärtstrends in den Verteidigungsausgaben in der Region südlich der Sahara darstellen. 1988 waren Südafrikas Ausgaben um 9% gestiegen, der geplante Anstieg für 1989 liegt bei 8%.
Südafrika besitzt jetzt 27 Cheetah Jet-Kampfflugzeuge und Bodenangriffsraketen. Eine weitere Entwicklung, hält der Bericht fest, stellt der erfolgreiche Test einer Startrakete dar. "Man nimmt an, daß dies Teil eines "International Range Ballistic Missile" (Marschflugkörper von internationaler Reichweite) ist, der möglicherweise in Zusammenarbeit mit Israel entwickelt wurde.

(Weekly Mail, 17.11.89)

Polizei "verhaftet" Polizei

Ein früherer Polizeisergant wurde in Verbindung mit der Ermordung von David Webster und Anton Lubowski verhaftet und wird unter dem Gesetz zur inneren Sicherheit gefangen gehalten. ...

(New Nation, 1.12.89)

Der Militärische Nachrichtendienst der Südafrikanischen Streitkräfte wurde mit der Untersuchung der Ermordung von Dr. David Webster und des früheren SWAPO-Anwalts Mr. Anton Lubowski in Verbindung gebracht. In einer dramatischen Entwicklung hat Mr. Ferdie Barnard, verhaftet am 31. Oktober unter Abschnitt 29 des Gesetzes zur inneren Sicherheit, in Verbindung mit den Ermordungen, angeblich gestanden, unter Kommando des Militärischen Nachrichtendienstes zu stehen. ...

(Sowetan, 1.12.89)

7. Kirchen

Katholisches pastorales Arbeitspapier

Die Katholische Kirche hat eine Vision für ein zukünftiges Südafrika umrissen, in dem "Menschen einen höheren Wert besitzen als Dinge, in dem jede Gemeinde sich verpflichtet fühlt, für wahre Gerechtigkeit zu arbeiten, und in dem alle Menschen vereint sind ..
Der kühne Versuch einer Eliminierung der Rassendiskriminierung war zwölf Jahre in Vorbereitung. Man brachte eine Broschüre mit dem Titel "Pastorales Planungsarbeitspapier" in Umlauf und erbat Reaktionen darauf. Auch Laien wurden konsultiert. Die Antworten wurden zusammengetragen und analysiert und schließlich im Jahre 1987 der Plenarsitzung der Bischofskonferenz vorgelegt, die das Konzept eines pastoralen Planes "mit Begeisterung" annahm. ...
Bei einer Stellungnahme in seinem Haus in Kokstad sagte WILFRIED NAPIER, der Präsident der SACBC, er habe große Hoffnungen, was die letztendliche Verwirklichung des Planes angehe. Er vertrat die Ansicht, der Plan werde zu einer ernsthaften Gewissenserforschung führen und die Menschen dazu bringen, über ihr unmittelbares Blickfeld hinauszuschauen.. Er sagte: "Farbige und Schwarze werden sich dafür einsetzen. Was einige Weiße in Furcht versetzt, ist, daß es um sozial

Gossner Mission

Gerechtigkeit geht. Es wird ihnen ständig gesagt, etwas zu tun, um die Gesellschaft umzugestalten. Aber viele wollen nicht, daß ihnen von der Kanzel gesagt wird, wie die Menschen in den schwarzen Gebieten leben. Sie sagen, sie wollen moralische Predigten, nicht politische."

(Star, 10.11.89)

De Klerk und die Kirchen

In einer Weihnachtsbotschaft sagte de Klerk: "Die Kirche muß weiterhin im Rahmen ihrer Grenzen arbeiten und sich an der Schaffung eines christlichen und gerechten neuen Südafrika beteiligen. Die gegenwärtigen Umstände allerdings erfordern besondere Anstrengungen, um einen echten und dauerhaften Frieden in Südafrika zu erreichen. Aus diesem Grunde möchte ich eine offene Einladung an alle Kirchen aussprechen, eine Einladung, so bald wie möglich im Jahre 1990 an breitgefächerten und tiefgehenden Diskussionen mit der Regierung teilzunehmen. ... Nach Eintreffen der ersten Reaktionen werden weitere Einzelheiten bekanntgegeben ..."

(BBC Morning Report/RSA, 28.12.89)

Führende Anti-Apartheid-Vertreter der Kirchen haben gestern die Einladung von Präsident F.W. de Klerk zu Gesprächen über die politische Zukunft Südafrikas begrüßt..." Seit vielen Jahren wurde der Kirche gesagt, sie solle sich nicht in die Politik einmischen. Jetzt gibt der Staat zu, daß die Kirche in zukünftigen Dispositionen eine wichtige Rolle zu spielen hat", sagte Nico Smith von der Niederländischen Reformierten Kirche ...

(Morning Star/Großbritannien, 18.12.89)

8. Wirtschaft

Auslandsschulden

Trotz der jüngst verhandelten Übergangs-Schulden-Übereinkunft erwarten Südafrika in den 90er Jahren substantielle Schulden-Rückzahlungsverpflichtungen und fortlaufende Anstrengungen in bezug auf die Zahlungsbilanz. Die fälligen Rückzahlungen von Auslandsschulden erreichen im nächsten Jahr ihren Höhepunkt, wenn das Land laut offiziellen Angaben über 3 Bill. Dollar zu zahlen hat. Und die Rückzahlungen von Auslandsschulden von 1992 bis 1998 werden auf einem gleichmäßigen Niveau zwischen 1 und 1,5 Bill. Dollar liegen. ...

(Weekly Mail, 24.11.89)

Gossner Mission

Pretoria ermutigt zur Einwanderung von ostdeutschen Facharbeitern

Die Regierung ermutigt Facharbeiter aus Ostdeutschland zur Einwanderung nach Südafrika, welches Mangel an ausgebildeten Fachkräften aber einen Überschuß an ungelernten Arbeitern hat.
Das Innenministerium in Pretoria hat am Donnerstag in einer Erklärung bestätigt, daß die südafrikanischen Botschaften in Bonn, Bern, Wien und das Konsulat in München angewiesen wurden, Ostdeutsche mit geeigneter Qualifikation, die nach Südafrika einwandern wollen, zu überprüfen. ...
Die bevorzugten Berufsgruppen, die in der Erklärung aufgezählt sind, betreffen Ingenieure, Komputerspezialisten, Buchhalter, Ärzte, Geologen, Metallurgen und Mikrobiologen. ...
Diese Enthüllung hat einen empfindlichen Nerv der Anti-Apartheid-Bewegung getroffen, da es unter den Schwarzen eine hohe Arbeitslosenquote gibt. Unter dem Apartheid-System sind die besten Arbeitsplätze für Weiße reserviert, allerdings sind viele dieser Beschränkungen weggefallen, da die Arbeitgeber nicht genügend Facharbeiter finden konnten, um ihre Bedürfnisse zu erfüllen. ...

(The New York Times, 30.12.89)

Gossner Mission

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr.: 1831 = Namibia
1832 = Morogoro

1180 Berlin, im Januar 1990
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58

SÜDAFRIKA AKTUELL 20

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC heruasgegebenen "News briefing" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalkongresses oder die unsere.

1. ANC-Aktivitäten

Die Befreiung der 6 ANC-Führer wird nicht zur Entstehung eines formellen "internen Flügels" des ANC führen, aber sie hat für einen enormen Aufschwung der Bewegung gesorgt. Selbst wenn die Führer den Kampf vorsichtig fortsetzen, um die Befreiung N. Mandelas nicht aufs Spiel zu setzen, belebt ihre Freiheit - ohne Einschränkungen - den Widerstand aufs höchste...
... Die Führer betonten, daß alle Aktionen, die sie unternehmen, mit Zustimmung des ANC und der basis-internen Strukturen geschehen. In einer breit angelegten Serie von Interviews wiesen die Männer darauf hin, daß sie als erstes ihre Organisationen konsultieren werden, um sich umfangreich über die politischen Entwicklungen zu informieren. Sie sagten, daß sie die Regierung verdächtigten, eine Spaltung des ANC in "Zwei ANC's" herbeiführen zu wollen. W. Sisulu betonte: "Die Frage der Trennung des ANC existiert nicht. Innerhalb des Landes existieren Strukturen auf Grund der Untergrundarbeit."
Kathrada sagte: "Es gibt nur einen ANC. Sein Hauptquartier ist in Lusaka, und wir haben jeden Grund zu glauben, daß er auch innerhalb Südafrikas existiert. Unsere Führungsspitze ist absolut einig, und wir schulden dem einen ANC die Treue ..."

(Weekly Mail, 20.10.)

2. Gewerkschaften

Erziehungskonferenz der COSATU

Die zweite National Education Committee (Nedcom)-Konferenz der COSATU am letzten Wochenende erhielt durch die Ansprachen Walter Sisulu's und anderer ANC-Führer besondere Bedeutung. Der frühere Gewerkschafter und Rivonia-Gefangene Wilton Mkwayi betonte in seiner Rede die Notwendigkeit, die Gewerkschaften zu stärken, eine größere Kontrolle der Wirtschaft durch die Arbeiter und die Beteiligung an der neuen Regierung zu gewährleisten. ...
COSATU-Generalsekretär Jay Naidoo sagte zu Beginn der Konferenz, das Bildungsprogramm des Verbandes müsse sich auf unsere Hauptaufgabe ausrichten, den Kampf der Massen zu intensivieren, auf den Massen basierende Gebietsstrukturen und nicht-rassistische Organisationen unter den Jugendlichen, den Bürgern, Studenten, Frauen und Arbeitern zu

/2

Gossner Mission

schaffen. Unsere Debatten und Resolutionen müssen das Bewußtsein und die Führerschaft der Arbeiterklasse auf allen Ebenen unseres Kampfes vertiefen und die ideologische Vorherrschaft unserer Klasse festsetzen. Dies ist der einzige Weg zur Macht, sagte Naidoo auf der Konferenz.

In diesem Kontext beschloß die Konferenz, die Einrichtung einer Arbeiterakademie für Erzieher, Organisatoren und Verwalter zu prüfen. "Nedcom wird diese Möglichkeit untersuchen und auf die Erfahrungen anderer Länder zurückgreifen, z.B. auf die der Hochschule, die von dem französischen Gewerkschaftsbund CGT gegründet wurde", sagte Lehoko (Sekretär für nationale Erziehung) ...
In Übereinstimmung mit der COSATU-Kongreßresolution, nach der die Diskussionen um die ANC-Verfassungsrichtlinien voranzutreiben sind, beschloß die NEDCOM-Konferenz, dies zu einem integralen Teil ihres Bildungsprogrammes zu machen. ...
Lehoko sagte, daß in den letzten zwei Jahren seit der ersten Erziehungskonferenz die Dezentralisierung der Erziehung bedeutende Fortschritte gemacht hat und mehr Verantwortung durch die Mitglieder übernommen wurde. Das geht so weit, daß Mitglieder Ausbilder anstellen und selbst Erziehungsabteilungen einrichten, sagte er.

(New Nation, 27.10.89)

Arbeitermarsch

Der Kapstadt-Marsch, der mit Erlaubnis des Magistrats und Stadtrates stattfand, war einer von 17 landesweit von COSATU- und NACTU-Gewerkschaftsbewegungen organisierten Märschen. An der Spitze des Marschzuges wurde ein riesiges Transparent mit der Aufschrift: "Verschrottet das LRAA[x]! Vorwärts zum Sozialismus!" getragen ...

(Sunday Star, 15.10.89)

x) LRAA = Labour Relations Amandment Act (Gesetz zur Regelung der Arbeitsbeziehungen)

3. Landesweiter Widerstand

Boksburger Verweigerung

Boksburger Händler sehen einer zweiten "weißen Weihnacht" entgegen, während sich die farbigen und schwarzen Gemeinden auf einen intensivierten Verbraucherboykott über die Festtage vorbereiten. Geschäftsleute erwarten zum diesjährigen Weihnachtsfest Geschäftsverluste von etwa 80 %, weil sich die Einwohner von Reiger Park und Vosloorus Busse organisieren, die sie zum Einkaufen in andere Zentren bringen.
Einige kleine indische Händler, schon vernichtet durch den einjährigen Boykott, suchen andere Standorte für ihre Geschäfte ...
Zwölf Geschäfte sind in Boksburg geschlossen worden seit Beginn des Boykotts im Oktober vergangenen Jahres, seit die Konservative Partei die Kontrolle des Staatsrats übernahm. "Viele weitere werden im nächsten Jahr folgen", sagte der Besitzer eines Konfektionsladens ...

(Star, 30.10.89)

Tagebuch des Widerstandes

28. Oktober:
- 10.000 Menschen aus Fort Beaufort und angrenzenden Gebieten marschieren von Tinishe zum Stadtzentrum, um Forderungen nach freier poli-

/3

Gossner Mission

tischer Willensbildung durch Aufhebung des Ausnahmezustandes und Beendigung des Banns für Organisationen zu unterstützen.
- Mehr als 10.000 indische und farbige Bewohner von Pietermaritzburg marschieren durch die Stadt, um gegen die Erhöhung der Steuern zu protestieren.
- 400 Teilnehmer einer Protestdemonstration in Pretoria gegen die Homeland-Politik und das Wanderarbeitersystem werden von der Polizei verjagt.

29. Oktober:
- Ca. 85.000 Menschen aus dem ganzen Land nehmen unter den Fahnen des ANC und der KP von Südafrika an einer Kundgebung in Johannesburg teil, um die sieben ANC-Führer willkommen zu heißen, die aus dem Gefängnis entlassen wurden.

geplante Aktionen:

4. November:
- Schwarze Schüler in Johannesburg sollen sich in Schulen registrieren lassen, die für Weiße reserviert sind.
- Bewohner von Port Alfred demonstrieren gegen das LRAA, den Ausnahmezustand und Restriktionen.
- Bewohner von Cradock demonstrieren gegen das LRAA

(New Nation, 3.11.89)

10. November:
- 50.000 Bewohner marschieren durch die Stadt, um die Forderungen nach Schaffung eines freien politischen Klimas zu unterstützen, das zu Verhandlungen führen kann.

(New Nation, 10.11.89)

Ca. 25.000 Menschen nahmen gestern an einem Protestmarsch gegen Apartheid in Queenstown teil. Nach einem Gottesdienst in Mlungisi marschierte die singende Menge durch die Stadt. 200 Polizisten beobachteten den Marsch.

(Star, 4.11.89)

UDF-Wahlen

Am Sonntag wurde Albertina Sisulu während der jährlich einmal stattfindenden regionalen Versammlung der UDF-Transvaal erneut zur Präsidentin des UDF für Transvaal gewählt. ...
... In einer Stellungnahme sagte das UDF-Sekretariat für Öffentlichkeit, daß diese Wahl - die erste seit mehr als 4 Jahren - auf einer geheimen Versammlung unter Teilnahme von Repräsentanten aus 10 Gebietskomitees abgehalten wurde. Anwesend waren auch Mitglieder der UDF-Jugend, von Frauen-, Bürger- und Studentenorganisationen. ...

(Weekly Mail, 20.10.89)

Braklaagte und Leeuwfontein - Pension Boycott

Mehr als 11.000 Rentner in Braklaagte und Leeuwfontein weigern sich, die Auszahlung ihrer Renten von Bophuthatswana zu akzeptieren, weil sie sich immer noch als ein Teil Südafrikas verstehen. In Übereinstimmung mit den Homelandbehörden gehören Braklaagte und Leeuwfontein jetzt zum Homeland, so daß die Rentner von Bophuthatswana bezahlt werden müssen ...

/4

Gossner Mission

... Der Rentenboykott ist Teil des andauernden Widerstandes gegen die Entscheidung, daß das Homeland die Verwaltung der beiden Gemeinwesen übernimmt. ...
... "Es ist kein leichter Schritt für die alten Menschen, die Renten zu verweigern", sagte das Transvaal-Aktionskomitee (Trac) in einer Stellungnahme. "Er ist verbunden mit großen Belastungen und dem möglichen Hungertod. Die Bereitschaft so vieler Menschen, ihr einziges Einkommen zu boykottieren, beweist die Ernsthaftigkeit des Widerstandes und den Haß gegenüber den Gesetzen von Bophuthatswana. Der Rentenboykott ist wahrscheinlich die dramatischste Form der gemeinsamen Opposition beider Städte. Trac weist auch darauf hin, daß die Behörden Bophuthatswanas gehofft hatten, mit der Auszahlung der Renten die Bewohner des Homelands zu ködern, nachdem die Armee die Dörfer 6 Monate besetzt hielt. So sollte der Widerstand der Menschen gebrochen werden. ...

(New Nation, 20.10.89)

Stop-Eingemeindung-Kampagne

Landesweit haben sich dörfliche Gemeinden gegen ihre Eingemeindung in Bantustans vereint: "Wir erkennten, daß wir das gemeinsame Problem der verstärkten Entfernung und Eingemeindung haben, und daß es besser ist, sich zusammenzuschließen, anstatt in jeder Gemeinde einzeln zu handeln. Das Resultat ist die Stop-Eingemeindung-Kampagne", sagte das neugewählte Komitee ...
Zur Zeit sammeln die Gemeinden Unterschriften für eine Petition gegen ihre Eingemeindung in Homelands. Die Petition soll FW de Klerk bis Ende November vorgelegt werden ...

(New Nation, 20.10.89)

Aufgaben für die Zukunft - Interview mit Jay Naidoo

Nach diesem Sieg der Freilassung von 7 ANC-Führern besteht die Herausforderung jetzt im Aufnehmen des Kampfes für ein demokratisches, nichtrassistisches und einheitliches Südafrika.
New Nation: Was sind die gegenwärtigen Hauptaufgaben der MDM?
Jay Naidoo: Erstens ist es notwendig zu erklären, was die MDM ist, sonst kann es zu Verwirrungen kommen. Die MDM ist eine Bewegung, keine Organisation. Im Kern ist MDM eine strategische Allianz zwischen COSATU und UDF. Diese sind Massenorganisationen, die bestimmte Gruppen vertreten, z.B. Jugendliche, Arbeiter, Studenten, Frauen und andere Bürger.
Der Kern hat sich auf eine einheitliche ideologische Perspektive festgelegt, nämlich: zur Verpflichtung auf eine nicht-rassistische demokratische Praxis und zur Verantwortlichkeit gegenüber der Basis, den Vorrang der afrikanischen Führungsspitze und Führungsspitzen der Arbeiterklasse und die Anerkennung der Freiheits-Charta.
MDM erkennt den ANC als zentrale Kraft zur Lösung der Probleme des Landes an, und wir haben eine gemeinsame Position über Verhandlungen. Wir sind außerdem vereint im Programm für Massenaktionen, die auf Zerschmetterung der Apartheid und auf Erneuerung Südafrikas auf der Grundlage der Freiheits-Charta gerichtet sind, bzw. der Errichtung des Sozialismus dienen sollen.
Die grundsätzlichen Aufgaben der MDM in der Gegenwart sind der Neuaufbau und die Stärkung der einzelnen Gruppen an der Basis in ihren Organisationen (COSATU und UDF) und die stärkere Durchsetzung der Anliegen von MDM.

/5.

Gossner Mission

Der Kampf der Massen muß verstärkt werden, und wir müssen uns zu einem Werkzeug der Massen für den Weg in die Freiheit entwickeln.
Eine der wichtigsten Herausforderungen für MDM ist die völlige Demokratisierung unserer Strukturen. Wir müssen nach Mandaten und Verantwortlichkeiten arbeiten. Wir brauchen dringend Formen einer nationalen Bürgerorganisation, gebildet von Straßenkomitees, die für eine bestimmte Region verantwortlich sind und dann die nationalen Formationen bilden. In diesem Zusammenhang hat COSATU alle Strukturen - vom Betriebsrat bis zum Gemeinderat - aufgefordert, sich aktiver in die Entwicklung der demokratischen Organe der Massenbewegung einzubringen. ...

(New Nation, 20.10.89)

AWB-Drohungen

Die Afrikaaner Widerstandsbewegung (AWB) mobilisiert afrikaanische Frauen auf nationaler Ebene, Präsident de Klerk unter Druck zu setzen, um künftige Protestdemonstrationen zu verhindern. Der Führer der AWB, Mr. Terré Blanche, erklärte, die Regierung unterstütze den Kommunismus bewußt oder unbewußt.
"Die Regierung ist eindeutig Teil der kommunistisdhen Verschwörung geworden, die Südafrika übernehmen will." Er sagte weiter, die jüngsten Märsche seien "nicht weniger als eine von Kommunisten inspirierte Herausforderung der Weißen", und er rief die Regierung dazu auf, die anti-kommunistische Gesetzgebung zu verstärken.

4. Verhaftungen und Urteile

Die Upington 14 - Kaution zurückgewiesen

Ein Versuch, Evelina de Bruin, eine der Upington 14, aus der Todeszelle durch Kaution freizubekommen, schlug diese Woche fehl. Der Antrag wurde von Mr. Justice Jan Basson abgelehnt, demselben Richter, der im Mai dieses Jahres de Bruin,- ihren Ehemann - und 12 Weitere zum Tode aufgrund ihrer Rolle bei der Massentötung eines Polizisten 1985 verurteilt hatte.
Dieser ungewöhnliche Antrag kam zustande, weil de Bruin sich in einem zerstörerischen psychischen und physischen Zustand befindet. Ihre Verteidiger meinen, daß ihre Situation einzigartig und außergewöhnlich ist. Sie bewiesen vor Gericht, daß de Bruin, eine des Schreibens und Lesens unkundige Hausangestellte und Mutter von zehn Kindern, extrem depressiv ist, obwohl sie früher nicht unter psychischen Problemen litt. Sie schreit die meiste Zeit, hat seit der Ankunft im Pretoria-Zentralgefängnis außergewöhnlich viel Gewicht verloren und wird mit Medikamenten zum Appetitanregen gefüttert.

(Weekly Mail, 27.10.)

5. Schüler- und Studentenbewegung

Zwei Studenten starben und einer wurde verletzt, als die Polizei Gummigeschosse und Tränengas verwendete, um eine Gruppe protestierender Studenten in Indwe nahe Queenstown zu zerstreuen. Laut der Studentenvereinigung von Indwe begann das Ereignis am vergangenen Freitag an der örtlichen Lukhanyo-Hochschule, nachdem der Direktor die Studenten während der Mittagspause am Verlassen des Schulgeländes gehindert hatte.

/6

Gossner Mission

Die Studenten sagten, daß sie gerade zur örtlichen Polizeistation marschierten, um die Freilassung dreier Mitschüler zu fordern, als es zur Konfrontation mit der Polizei kam. Sie berichteten, daß ein Student, Mbulelo Beje, verletzt wurde, als eine Salve von Schüssen auf ein Geschäft abgefeuert wurde, das er gerade verließ. Die Studentenvereinigung sagte, Beje befinde sich jetzt unter Polizeibewachung im Krankenhaus.

(New Nation, 3.11.89)

Studenten und Erziehung

Ausbildung hat Priorität. Zwei ANC-Führer haben die Studenten für ihren Mut und ihren Geist gelobt und ihnen gesagt, daß sie ihrer Ausbildung Priorität geben sollten. Der frühere Leiter von Umkhonto we sizwe, Wilton Mkwayi, sagte den Studenten: "Jetzt ist Euer AK 47 Eure Ausbildung, Euer Schild ist Ausbildung. Wir wollen, daß Ihr ausgebildet seid." - Ahmed Kathrada sprach vor einer großen Menge Studenten an der Nirvana Hochschule in Lenasia. Er schärfte ihnen ein, ihr Studium nicht zu vernachlässigen. Vor seiner Haft vor 26 Jahren sei er ein großer Verfechter des Slogans "Befreiung vor Ausbildung" gewesen. Jedoch nach vielen Überlegungen auf Robben Island denke er, daß der Slogan falsch war und daß "Befreiung und Erziehung zusammengehören. "Ich sage nicht Ihr dürft nicht demonstrieren, aber nachdem Ihr demonstriert und Eure Solidarität gezeigt habt, geht wieder zurück in die Schule. Befreiung ohne Erziehung wird nicht zur Befreiung."

(South, 26.10.89)

6. Kirchen

Trotz der durch die Folterberichte aus den SWAPO-Gefangenenlagern eingetretenen Irritation zwischen der Befreiungsbewegung und dem Weltkirchenrat erhält die SWAPO 1989 mit umgerechnet etwa 310.000 DM den größten kirchlichen Spendenbeitrag in der 19-jährigen Geschichte des Anti-Rassismus-Programms. Die SWAPO erhielt durch den kirchlichen Sonderfonds seit 1970 nunmehr insgesamt über 4 Millionen DM. Wie bei anderen durch das Anti-Rassismus-Programm unterstützten Organisationen auch hat der Weltkirchenrat die Verwendung der Gelder nicht überprüft... Nach der SWAPO den zweithöchsten Betrag aus der "kirchlichen Ausschüttung" erhält der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) in Südafrika mit 200.000 DM. Über die Hälfte des 1989 auf 1,2 Millionen DM angewachsenen Sonderfonds geht an Widerstandsbewegungen im südlichen Afrika. Ihre Verwendung wird nach Angaben Castros auch in Zukunft bewußt nicht überprüft...

(epd, 26.9.)

Katholische Kirche stellte de Klerk Ultimatum

Die Katholische Bischofskonferenz des Südlichen Afrika hat die südafrikanische Regierung aufgefordert, das System der Apartheid im nächsten halben Jahr zu beseitigen. Südafrika müsse mit einer "Flut von internationalem Druck" rechnen, wenn die Grundpfeiler der Apartheid nicht in den sechs Monaten nach den Wahlen abgebaut würden, warnte der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Bischof Wilfried Napier, in der südafrikanischen Stadt Kokstad. Die Wahlergebnisse zeigten, daß viele weiße Wähler für Reformen gestimmt hätten: "Doch wird es in Südafrika eine bittere Zukunft geben, wenn die Rechte, Sehnsüchte und Forderungen der Schwarzen nicht schnell und einfallsreich erfüllt werden". Den wiedergewählten Staatspräsidenten Frederick Willem de Klerk forderte er auf, sofort und ohne Vorbedingungen Verhandlungen mit den

/7

Gossner Mission

Vertretern der Schwarzen aufzunehmen. "Die schwarze Mehrheit wurde erneut beleidigt, indem sie nicht wählen durfte", sagte der Bischof. ...

(epd, 11.9.)

Die Kirche - ein Ort des Kampfes

Innerhalb der Kirche muß alles aus soziologischer, politischer und wirtschaftlicher Sicht analysiert werden, sagte kürzlich der Theologiedozent der Universität von Natal/Pietermaritzburg, Fr. Michael Worsnip. Worsnip sprach über die Kirche im Kontext der von der demokratischen Massenbewegung betriebenen Kamapgne zum zivilen Ungehorsam. In seiner Vorlesung "Nicht Frieden, sondern das Schwert - Die Kirchen im Widerstand" äußerte Worsnip das provozierende Argument, die Kirche sei ein "Ort des Kampfes".
"Das bedeutet nicht, daß wir nicht auch eine theologische Perspektive haben, sondern vielmehr, daß diese Perspektive nur herausgearbeitet werden kann, nachdem eine gründliche und konsequente soziologische Analyse stattgefunden hat", meine Worsnip. Diese Methode sei in Südafrika angemessen, da die afrikanische Masse, geleitet von ihrer anerkannten Führung, in der vordersten Reihe des Kampfes stehe. Die Kirche bilde nicht [illegible] die vorderste Reihe des Kampfes und sollte auch nicht danach streben, sagte er. ... Viele der Widersprüche der Gesellschaft werden in der Kirche reproduziert. Das schließe die Widersprüche zwischen den Rassen, Klassen, Geschlechtern ein. Andere Widersprüche seien der Unterschied zwischen Erwachsenen und Jugendlichen, zwischen undemokratischen Strukturen,, das Fehlen eines Zusammenhanges zwischen Theologie und kontextueller Situation, eine Liturgie und ein Gottesdienst, die von einer kirchlichen Elite produziert und von einer Masse praktiziert werden. "Dies sind eindeutig Widersprüche, die deutlich machen, daß es der Kirche nicht gelingt, die Requisiten ihrer eigenen Verfassung zum Leben zu bringen."

(New Nation, 27.10.)

Tutu trifft Arafat

Erzbischof Desmond Tut, der Ägypten in seiner Eigenschaft als Präsident der Allafrikanischen Kirchenkonferenz besucht hat, diskutierte mit dem PLO-Führer Yasser Arafat die Ähnlichkeiten zwischen der Situation der Palästinenser und der schwarzen Südafrikaner ...

(New Nation, 27.10.)

7. Wirtschaft

Atomare Zusammenarbeit

Bush untersucht Israels Atomgeschäft -
Das Weiße Haus untersucht Berichte, nach denen Israel Südafrika hilft, eine atomare Langstreckenrakete zu bauen, um dafür angereichertes Uran für die eigenen Gefechtsköpfe zu bekommen. Mr. Marlin Fitzwater, Präsident Bush's Pressesprecher, erwähnte, Israel habe die Beschuldigung zurückgewiesen, sagte aber: "Wir sind bis jetzt zu noch keinem Schluß gekommen." Er fuhr fort: "Wenn es wahr ist, wäre es gegen unsere Politik, weil wir gegen eine Ausbreitung von Atomwaffen sind."

(Times / UK, 27.10.89)

AB

Gossner Mission

Pretorias Schulden umgeschuldet

Südafrika gab gestern die überraschende Umschuldung von 8 Mrd. US-Dollar Auslandsverpflichtungen bekannt und rief so den Ärger des Commenwealth-Gipfels in Malaysia hervor, wo heute Sanktionen gegen Südafrika diskutiert werden sollten.
Die Vereinbarung mit den Gläubigern ist ein Schlag für alle Anti-Apartheid-Aktivisten innerhalb und außerhalb des Landes, die um eine Verweigerung der Umschuldung gekämpft hatten ...

(Financel Times / UK, 19.10.)

Die Ankündigung, daß Südafrikas kurzfristige Auslandsschulden von mehr als 30 Banken umgeschuldet werden, hat zu einer strengen Verurteilung durch den ANC und zu einem Appell an das Commonwealth für verschärfte oekonomische Sanktionen geführt.
In einer Stellungnahme, die das Hauptquartier des ANC in Lusaka herausgegeben hat, hat der ANC den Zeitpunkt der Veröffentlichung als gezielten Versuch charakterisiert, mit dem die Commonwealth-Länder, die in Kuala Lumpur tagen, beeinflußt werden sollen, damit sie keine feste Position in der Frage internationaler Sanktionen beziehen.
Die Atempause, die Südafrika durch diese Umschuldung gegeben wird, versorgt Pretoria mit Mitteln zur verstärkten Unterdrückung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit. Die Umschuldung sei ein "Akt der Unmenschlichkeit", hieß es in der Erklärung.

(Financel Times (UK), 20.10.)

8. Verhandlungen

Verhandlungen in Aussicht

Die demokratische Massenbewegung untersucht, was Verhandlungen für den Kampf bedeuten und wie es kam, daß sie auf die Tagesordnung gesetzt wurden:

Der Kampf in Südafrika hat eindeutig eine neue Phase erreicht, in der Verhandlungen zu einer neuen Arena des Kampfes wurden. Die NP spricht ständig in ihrer Propaganda von Verhandlungen. Thatcher und Bush haben auf Verhandlungen hingewiesen und sich mit UDF und ANC-Führern getroffen.
Überdies haben die meisten großen Konflikte seit 1945 und alle Befreiungskämpfe in Afrika am Verhandlungstisch geendet. Daher ist es unumgänglich, daß Verhandlungen einen Teil unseres Kampfes bilden.
Die Imperialisten und das Regime haben Initiativen ergriffen, um den Verhandlungsprozeß für Südafrika zu bestimmen. Das bedeutet jedoch nicht, daß sie den Kampf des Volkes als rechtmäßig akzeptieren. Stattdessen hoffen sie, neuen Raum und die politische Initiative zurückzugewinnen, indem sie Verhandlungen beginnen, die die Anti-Apartheidkräfte in Südafrika als auch international verwirren, spalten und demobilisieren sollen. ...

Wir müssen die strategische Initiative auf dem Gebiet der Verhandlungen übernehmen. ... Einige Liberale meinen, Verhandlungen würden alle unsere Probleme lösen. Aber dem liegt die falsche Auffassung zugrunde, der Konflikt zwischen der NP und dem ANC beruhe nur auf Mißverständnissen. Die Regierung und der ANC repräsentieren Klassen, deren objektive Interessen im Widerstreit stehen: Der Konflikt zwischen dem

Gossner Mission

weißen und herrschenden Block und den Unterdrückten kann nicht durch Diskussion gelöst werden, es sei denn, die weiße Minderheitsherrschaft wird durch einen nationalen, demokratischen Staat ersetzt.

Der Trend zu Verhandlungen durch die NP resultierte aus einer massiven Krise innerhalb der NP. Die 1976 von der NP eingeleitete Reformpolitik war fehlgeschlagen. Bothas "Reformen" waren von dem von der UDF geführten Kampf der Massen vereitelt worden. Die Imperialisten erkennen jetzt, daß sie sich nicht länger auf die Fähigkeit des Regimes, ihre Interessen zu sichern, verlassen können. Auch sind sie unter dem Druck ihrer eigenen Leute geraten, die über ihre Unterstützung der Apartheid entsetzt sind.

(New Nation, 27.10.89)

Gossner Mission

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 1831 = Namibia
1832 = Morogoro

1180 Berlin, im November 1989
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58

S Ü D A F R I K A A K T U E L L 19

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC herausgegebenen "News briefing" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalkongresses oder die unsere.

1. ANC-Aktivitäten

Erklärung der freigelassenen Führer

"Wir sind glücklich, nach 26 Jahren Haft mit Euch, unseren Familien, unseren Freunden und Kameraden, überhaupt mit unserem Volk zusammen zu sein. Aber wir müssen auch sagen, daß es keine wirkliche Freude über unsere Freilassung geben kann, wenn wir an die Kameraden denken, die wir zurückgelassen haben, insbesondere unseren Kameraden Nelson Mandela, der länger als wir alle im Gefängnis gesessen hat. Wir, seine Kameraden, das Volk von Südafrika und die Menschen der ganzen Welt fordern seine Freilassung.
Wie auch immer, es ist in diesem Moment unsere Pflicht, all jenen unsere Dankbarkeit und unsere Verehrung auszusprechen, die über so viele Jahre hinweg tief besorgt um uns waren. Das war eine ungeheure große Inspiration für uns, und deshalb sind wir auch freigekommen. An dem Tag unserer Freilassung grüßen wir das Volk von Südafrika, das mutig und unter großen Opfern das Banner der Freiheit in unserem Land hochgehalten hat.
Desgleichen möchten wir unsere Bewunderung und Solidarität mit dem Volk von Namibia zur Sprache bringen, das an der Schwelle zur Freiheit steht. Besonders erwähnen müssen wir unsere Kamaraden in der SWAPO, die an der vordersten Front im Befreiungskampf gestanden haben. Unsere politische Zukunft wird bestimmt durch die Führung der Bewegung im Lande als auch im Ausland. Unsere Hingabe und Entschlossenheit ist durch die langen Jahre unserer Haft nicht geschwächt worden. Im Gegenteil: Wir wurden gestärkt durch die Entwicklungen in unserem Land und durch unser Vertrauen in die Zukunft Südafrikas."

(New Nation, 20.10.89)

Die Führer fordern Intensivierung des Kampfes

Die sieben freigelassenen ANC-Führer, die insgesamt mehr als 180 Jahre im Gefängnis gesessen haben, gaben letzte Nacht ihre erste Pressekonferenz, auf der sie ihre Loyalität dem ANC gegenüber unterstrichen. "Unsere politische Zukunft wird bestimmt durch die Führung der Bewegung im Lande als auch im Ausland" heißt es in einer gemeinsamen Presseerklärung, die von Walter Sisulu verlesen wurde. ... Die anderen sechs sind Ahmed Kathrada, Wilton Mkwayi, Elias Motsoaledi, Oscar Mpetha, Raymond Mhlaba, Andrew Mlangeni. Jafta Masemola, der achte Freigelassene, nahm an der Pressekonferenz als PAC-Mitglied nicht teil.

/2

Gossner Mission

... Die Pressekonferenz war ein offenkundiger Verstoß gegen die südafrikanische Gesetzgebung, es war eine politische Kundgebung des ANC. Die schwarz-grün-goldene Fahne hing hinter den Sprechern. Offensichtlich eine Anordnung von ganz oben: kein einziger Polizist war zu sehen.

(Independent /UK/, 16.10.89)

Der ANC wurde de facto am 15.10. vom Bann befreit, als 150.000 mit ANC-Fahnen im ganzen Land durch die Straßen zogen, um die Freilassung von Walter Sisulu und sieben weiteren politischen Gefangenen zu feiern. ... Die Demonstrationen, die in 17 Städten des Landes stattfanden, waren ursprünglich als Protest gegen ein neues Gesetz über Arbeitsverhältnisse geplant. Tatsächlich wurden sie zu ANC-Kundgebungen. Tausende Spruchbänder mit "Lang lebe der ANC!" wurden auf offener Straße entrollt zusammen mit Hunderten von ANC-Fahnen. ...

(Observer/UK/, 15.10.89)

Spekulationen über eine "Bewährungsfrist"
(Artikel von Allister Sparks)

Wie kann man sich nach einem Vierteljahrhundert in Familie, Gesellschaft und öffentlichem Leben re-integrieren? Für Walter Sisulu und die sieben anderen politischen Gefangenen Südafrikas muß die Erwartung der Freiheit nach einem halben Leben Gefangenschaft unvorstellbar aufregend sein, sicher aber auch ein wenig beängstigend, meint die Frau von Sisulu, Albertina, die vergangene Woche mit ihrem Mann im Pollsmoor-Gefängnis die persönlichen Konsequenzen der Freilassung besprach.
"Für uns als Familie wird die Umstellung nicht so groß sein. Wissen Sie, für uns war es eigentlich so, daß nur der Körper Walters nicht zu Hause war. Wir lebten mit ihm. Jede Familienangelegenheit wurde all die Jahre hindurch mit ihm diskutiert. Jedes neue Enkelkind (die Sisulu-Familie hat 20 Enkelkinder, die alle nach Walters Verhaftung zur Welt kamen) wurde zu ihm gebracht, wenn es einen Monat alt war. Als wir mit dem ersten Enkelkind Zwetethu 1974 zu ihm kamen, war es das erste Mal, daß jemand auf Robben Island ein Baby schreien hörte. So waren wir mit ihm über all die Jahre verbunden. Aber für ihn wird es ein großer Schock sein. Diese Männer werden freigelassen in eine fremde Welt, und sie werden Zeit brauchen, sich daran zu gewöhnen."
Mrs. Sisulu glaubt, daß die befreiten Gefangenen mindestens drei Wochen brauchen, um sich an die neue Situation und den Kulturschock der veränderten Welt nach so vielen Jahren der Isolierung und Reglementierung zu gewöhnen. Sie müssen sich vertraut machen mit dem Denken einer neuen Generation und neuen politischen Institutionen, bevor sie in der Öffentlichkeit in Erscheinung treten können. Gerade die schwarze Bevölkerung wird danach fiebern, sie zu sehen. ... "Ich weiß nicht, wie wir sie hier wegbekommen sollten, sagt Mrs. Sisulu; sie sind um das ganze Haus herum, schauen durch die Fenster, seitdem sie die Nachricht wissen. Einige campieren sogar vor unserem Haus. Wir werden an sie appellieren müssen, doch Verständnis aufzubringen."

Wir vollziehen hier einen Balance-Akt zwischen der Angst der Bevölkerung, den Interessen der befreiten Männer und ihren Familien, den Wünschen der Bevölkerung und den enormen Möglichkeiten, die dem ANC durch die Freilassung der Männer eröffnet sind. Die Regierung wollte immer Mandela freilassen, um daraus internationale Vergünstigungen zu ziehen, andererseits waren sie besorgt, ob sie in der Lage sind, die Konsequenzen zu beherrschen ... Vom schwarzen Standpunkt aus eröffnet die bedingungslose Freilassung der ANC-Führer vollkommen neue, bisher ungeträumte politische Möglichkeiten.

/3

Gossner Mission

Es wird de facto zur Aufhebung des Bannes des ANC führen, denn diese Führer werden durch das Land reisen, an Kundgebungen teilnehmen, die im Namen der bisher verbotenen Organisation stattfinden werden. So wird die gebannte Bewegung wieder funktionieren, ihre Stimme in ganz Südafrika zu hören sein, und Pretoria wird keine andere Wahl haben, als den Bann aufzuheben. Was momentan geschieht, stellt einen Kompromiß zwischen diesen Positionen dar. Er wurde erreicht in kuriosen Verhandlungen zwischen Mandela und einer Reihe Kabinettsmitglieder, einschließlich Ex-Präsident Botha, die Mandela in den vergangenen Monaten aufgesucht haben. Klar ist auch, daß Mandela die Übereinkünfte aus den taktischen Verhandlungen mit der Regierung den Führern der MDM bei einem Treffen Dienstag-nacht vergangener Woche übermittelte. In derselben Nacht verkündete De Klerk die Freilassung. Die Absprache sieht so aus, daß zuerst Sisulu und die anderen Führer freigelassen werden. Mandela bleibt noch für ein paar Monate im Gefängnis, um deren "verantwortliches" Verhalten zu garantieren. (...) Mandela entschied sich für diesen kleinen Preis um des politischen Nutzens willen.

(Observer/UK/, 15.10.89)

2. Gewerkschaften

Gesetz zur Regelung der Arbeitsbeziehungen

Als ein Richter des Obersten Gerichtshofes in diesem Jahr das Gesetz zur Regelung der Arbeit beziehungen als ein "verderbliches" Stück Gesetzgebung beschrieb, schien er noch nicht zu wissen, daß seine Worte prophetisch sind. "Die Bedeutung dieses Gesetzes ist unklar und seine Wirkung ist ungewiß", sagte Mr. Justice Curlewis. "Die Lösung eines jeden Problems, das vor das Arbeitsgericht kommt, wird völlig abhängig sein von der Interpretation des Präsidenten des Obersten Gerichtshofes."
Das Gesetz legt einen streng definierten Code unfairer Arbeitspraktiken fest. Diese mildern die Vorschriften, welchen Arbeitgeber folgen müssen, bevor sie Arbeiter entlassen; sie beseitigen Sicherheitsgarantien, die die Arbeiter errungen hatten ..., und sie mißachten das weltweite Prinzip, daß "der letzte rein, der erste raus" die beste Methode zum Aussuchen von Arbeitnehmern bei Personalabbau ist.
"Boykotts sind verboten - nicht einmal die harmloseste Art von kollektiver Aktion, der Kantinenboykott, entkommt dem Netz. Verboten sind auch ... Nachfolge-, Sympathie- und unterbrochene Streiks."
... Unter dem neuen Gesetz kann sich jetzt sogar eine Partei mit einem dringlichen Einspruch an das Arbeitsgericht wenden, wenn eine Gewerkschaft den geforderten Vorschriften zur Legalisierung eines Streiks gefolgt ist. Dieser Einspruch kann bewilligt werden ..., ohne daß die Gewerkschaft zur Vertretung ihres Falles anwesend sein muß, und das Arbeitsgericht ist dabei sehr freizügig.

(Weekly Mail, 25.8.89)

Arbeit - Protest der Arbeiter

Die landesweiten Proteste gegen die neuen Arbeitsgesetze und den Ausnahmezustand am vergangenen Wochenende setzten den Maßstab für die möglicherweise längste und am weitesten verbreiteten Stay-away-(Fernbleibe-)-Aktion in der jüngsten Arbeitergeschichte. Die Demonstrationen wurden am Vorabend des 2. Arbeitergipfels organisiert, der für den 26. und 27. August geplant ist. Auf dem Gipfel soll über die Aktionen gegen das Gesetz zur Regelung der Arbeitsbeziehungen

/4

Gossner Mission

(Labour Relations Amendment Act = LRAA) entschieden werden. Auf ihrem Marsch entrollten die Arbeiter Banner und schwenkten Protestplakate in offener Mißachtung der Ausnahme- und Sicherheitsbestimmungen. Sie gingen von den Gewerkschaftsbüros in verschiedenen Teilen Johannesburgs los und bewegten sich auf das Zentrum der Stadt zu. Viele kamen auch aus den umliegenden Städten, um am Marsch teilzunehmen. Der Protest wurde schnell beendet, als die Polizei kam und die Plakate tragende Arbeiter aufforderte, sich zu zerstreuen. Die Arbeiter jedoch fanden sich immer wieder in Gruppen zusammen. ...

(New Nation, 25.8.89)

3. Landesweiter Widerstand

Demokratische Massenbewegung

Ein neuer Name: Demokratische Massenbewegung (MDM) wurde in den letzten Wochen ins politische Lexikon Südafrikas eingetragen. Die MDM wurde niemals offiziell gestärkt; sie scheint weder einen Führer noch eine Anschrift als solche zu besitzen (eine afrikaanische Tageszeitung erklärte, es gibt keine solche Organisation - sie ist nicht im Telefonbuch verzeichnet). Im Grunde ist MDM jedoch, wie die meisten politischen Beobachter richtig annehmen, ein neuer, bis jetzt nicht registrierter Name für die Vereinigte Demokratische Front (UDF) - den Dachverband von etwa 600 Gemeinde-, Studenten-, Kirchen-, Berufs- und anderen Teilorganisationen, die unter dem Ausnahmezustand gebannt ist. Interessanterweise scheint COSATU (schon immer ein Teil der UDF) in der MDM einen größeren Einfluß zu haben - obwohl COSATU die "politische" Betätigung verboten ist.
Die eindeutigste Erklärung dessen, was die MDM ist, lieferte der amtierende UDF-Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit Murphy Morobe in einem Grußschreiben an die Konsultativ-Konferenz des Jüdischen Kongresses von Transvaal am vergangenen Sonntag: "Die MDM ist eine politische Bewegung, die die breite Masse von Unterdrückten aus allen Klassen und Schichten, zusammen mit demokratischen Weißen, in Aktionen rund um ein Programm zur Sicherung des Übergangs der politischen und ökonomischen Macht an die demokratische Mehrheit des Volkes vereinigt. Sie wird von dem Ziel geleitet, unser Land in ein demokratisches, nicht-rassistisches und einheitliches Südafrika zu wandeln; sie akzeptiert die Führung der arbeitenden Massen im Kampf um totale Befreiung; sie sieht die afrikanische Mehrheit als Hauptkraft des Kampfes und ihre Befreiung ... als Grundlage für die Schaffung von Demokratie in Südafrika."
Weiterhin "erkennt die MDM den ANC als Führer im nationalen demokratischen Kampf an; sie hat Zusammenschlüsse wie die UDF und COSATU (die ein strategisches Bündnis bilden) organisiert; hat Zugang zu den Massen (sie schließt die Massen aktiv, zielgerichtet und ausdauernd in den Kampf ein); sie hat offensichtlich eine verantwortliche Führung und engagiert sich in Bündnissen und Kampagnen auf der Grundlage von Aktionseinheit und geeinter Massenaktion nach einem gemeinsamen Programm."
Morobe erklärte, daß die MDM in den letzten 5 Jahren "dramatisch" gewachsen ist. UDF und COSATU als ihr "strategischer Kern" sind zu einem Kampfbündnis verschmolzen, das durch feste Prinzipien charakterisiert ist: eine dynamische Strategie und flexible Taktiken. Zur MDM zählen auch der Südafrikanische Jugendkongreß (SAYCO), der auf dem Höhepunkt des 2. Ausnahmezustandes gegründet wurde, einige Kirchen, das Forum der 5 Freiheiten, der Südafrikanische Schriftstellerkongreß (Congress of South-African-Writers= COSAW) und der Kongreß der Südafrikanischen Sozialarbeiter (South-African-Workers'Congress = SAHWCO).

Health-

/5

Gossner Mission

Die organisatorische Hauptaufgabe besteht heute darin, "die Strukturen wiederaufzubauen, die zerstört worden sind, jene zu festigen, die unter dem Ausnahmezustand entstanden sind, und diejenigen zu stärken, die geschwächt worden sind. Dieser Prozeß kann nicht außerhalb der aktuellen politischen Kampagnen stattfinden, die von den gegenwärtigen Bedingungen gestaltet und ihnen kreativ angepaßt werden."
Diese Aufgabe beinhaltet auch "die Überwindung beginnender Abgrenzungen durch Absonderung, unterschiedliche kulturelle Hintergründe und ethnische Besonderheiten, ... um eine wirklich nichtrassistische politische Kultur zu erreichen."
Auch "müssen wir garantieren, daß die Verfassungsrichtlinien (des ANC) gründlich diskutiert und von den Massen unserer Menschen verstanden werden", sagte Morobe. Er beschrieb die entworfenen Richtlinien als "einen wichtigen Schritt in unserem Kampf für eine demokratische Verfassung, die von den Menschen selbst gestaltet und erfüllt wird: Sie muß die spezifischen Bedürfnisse einer jeden Gemeinde und die demokratischen Interessen des ganzen Volkes widerspiegeln. Jede Gemeinde muß ihren Teil zur Gestaltung der demokratischen Verfassung beitragen. Wir müssen heute beginnen, die Zukunft zu bauen.
Unsere erste Aufgabe ist die Bildung einer breiten Koalition von Anti-Apartheid-Kräften auf der Grundlage eines Minimums an Forderungen und einer Aktionseinheit. Diese Koalition muß zur maximalen Einheit gegen das Regime führen, es isolieren und eine Plattform liefern, wo der strategische Kern der MDM, zusammen mit anderen veränderungswilligen Kräften, sowohl das Feld als auch die Bedingungen des Kampfes bestimmen kann."
Auf die Möglichkeit von Verhandlungen eingehend sagte Morobe, die MDM habe die Aufgabe zu sichern, daß ihre Menschen die politischen und ökonomischen Faktoren, die heutzutage auf diese Frage Einfluß haben, voll verstehen.
Dies müßte auf eine Art geschehen, die "unser strategisches Ziel klarstellt". Er empfahl, im Zusammenhang des Kampfes ein klares Verhandlungskonzept zum Übergang der Macht auf das Volk aufzustellen; die Ansichten in Übereinstimmung zu bringen; die Perspektive einer Massenoffensive und der internationalen Isolierung des Regimes zu fördern; das Regime zu zwingen, ein für Verhandlungen günstiges Klima zu schaffen, was freie politische Betätigung einschließt und "zu sichern, daß die Mechanismen und Parameter dieses Prozesses nicht von außen festgelegt werden". Nachdem all dies gesagt und getan ist, behauptete Morobe, "kann es nur 2 Parteien am Verhandlungstisch geben - die Führer der gegenwärtigen Minderheitsregierung, die Nationale Partei, und jene der demokratischen Mehrheit, geführt vom ANC".

(Weekly Mail, 4.8.89)

4. Verhaftungen / Hinrichtungen

Appell aus Pretorias Todeszellen

Mitstreiter, Kameraden, Freunde,
(...) Mr. FW de Kleerk hat allen Südafrikanern Gerechtigkeit versprochen. Die große Zahl Inhaftierter und jene, die täglich neu dazukommen, spotten jeglicher Erklärung der Nationalen Partei. Wir sind der festen Überzeugung, daß die NP an der Apartheidpolitik festhält, so daß weiterhin mehr und mehr Südafrikaner in die Todeszellen geworfen werden.

Gossner Mission

Kameraden, der Gedanke, daß uns der Henker erwartet, lastet schwer auf uns. Viel unerträglicher jedoch ist für uns das Trauma, dem unsere Mütter, Brüder, Schwestern, Frauen, Geliebten ausgesetzt sind. Wir haben gelernt, zwischen den Zeilen von den Sorgen und Qualen der Mütter zu lesen. Obwohl unsere Väter, Frauen und Geliebten während ihrer Besuche mit uns lachen, sehen wir doch hinter diesem Lachen das Leiden und die Tränen. ... Das Spektrum für Todesstrafen kennt keine Grenzen, Wer hätte vor 10 Jahren, als Solomon Mahlangu hingerichtet wurde, gewußt, daß wir es heute sind? Viele Mitstreiter sind ihm gefolgt, wer kann sagen, daß sie die letzten waren? So wie es uns heute ergeht, kann es morgen jeden Südafrikaner treffen. Deswegen ist es von größter Bedeutung, daß die Todesstrafe für politische Gefangene verboten wird! Die Gerechtigkeit unserer Sache und Eure Unterstützung für uns und unsere Familien gibt uns die Kraft, unter diesen extremen Bedingungen einem neuen Tag entgegen zu sehen.
Kameraden, wir betonen erneut, daß wir keine Mörder sind. Wir taten das, was jeder freiheitsliebende Mensch unter Umständen getan hätte. Wir sind traurig darüber, daß Aktionen notwendig wurden, die wir in einer von rassistischer Herrschaft und Ausbeutung freien Gesellschaft bewußt vermieden hätten. Wir sind keine Sklaven der Kriegsgöttin! ... Wir bitten die internationale Öffentlichkeit, Protestbriefe nach Pretoria zu senden, um die Forderung nach unverzüglichem Ende der Justizmorde an politischen Gefangenen in Südafrika zu unterstützen.

A luta continua!

Die politischen Gefangenen auf der Todesliste
10.Okt. 1989

7. Kirchen

Ruf nach verstärkten Sanktionen durch die Kirchen und Arbeiterführer in Südafrika - Oktober 1989

Wir, die Unterzeichner, unterstützen nach intensiven Konsultationen und Überlegungen den Ruf nach Sanktionen,der von dem Südafrikanischen Kirchenrat SACC, dem Kongreß der südafrikanischen Gewerkschaften COSATU, dem Nationalrat der Gewerkschaften NACTU und den Massenorganisationen ergangen ist.
Der Wechsel, in der Führung des Apartheidregimes kann nicht als eine Veränderung in der Politik betrachtet werden. Die Stützen der Apartheit sind weiterhin intakt: das Landgesetz, das Group Areas Act, das Registrierungsgesetz etc. Diese werden noch verstärkt durch eine Vielzahl diskriminierender Erlasse und Verordnungen des Ausnahmezustands. Der Ausnahmezustand ermöglicht es dem Staat, mit Erlassen zu reagieren. Die harte Zensur der Medien schafft ein falsches Bild von Stabilität. Seitdem De Klerk an die Macht gelangt ist, wurden mehr als 200 Apartheidgegner ohne Prozeß verhaftet, viele leben unter Hausarrest, sechs wurden in Pretoria hingerichtet, und die Restriktionen für 33 Organisationen - einschließlich COSATU, UDF, AZAPO - sind immer noch in Kraft.
Auf Rassenunterschied basierende Wahlen, so wie sie am 6. September stattgefunden haben, können die Krise in Südafrika nicht beheben, weil der Mehrheit der Südafrikaner das Recht zu wählen verweigert wird. Diese Wahlen haben keine Legitimation, und die aus den Wahlen hervorgegangene Regierung herrscht ohne das Mandat der Mehrheit der Bevölkerung.
De Klerks Rede von Verhandlungen fällt weit zurück hinter die Forderungen der Mehrheit der Südafrikaner. Seine Reformvorschläge basieren auf der Bewahrung der Gruppenrechte und dem Schutz der weißen Vorherr-

/7

Gossner Mission

schaff innerhalb der Apartheidstrukturen. Um die leeren Reformversprechen der Regierung zu enthüllen, haben wir die Kampagne zum zivilen Ungehorsam und die Kampagne "Stehen für die Wahrheit" ins Leben gerufen. Die De Klerk-Regierung mußte den friedlichen Protesten des Volkes nachgeben, indem sie eine Reihe von Friedensmärschen in den letzten Wochen zulassen mußte, die Ausdruck des Protestes gegen die Apartheid und nicht etwa Ausdruck eines Gesinnungswandels der Menschen sind.
Wir sind davon überzeugt, daß das Apartheidregime niemals mit den legitimierten Führern des Volkes in Verhandlungen getreten wäre, wenn es nicht dazu gezwungen worden wäre. Verhandlungen in Südafrika sind das Ergebnis des erhöhten Druckes und nicht etwa sein Ersatz. An dieser Stelle auf den Druck zu verzichten würde ein historischer und strategischer Fehler sein, eine Tragödie für unser Land.
Wir wiederholen unseren Aufruf an alle ausländischen Regierungen, umfassende Sanktionen durch die Vereinten Nationen durchzusetzen.
Wir sind davon überzeugt, daß Sanktionen solange intensiviert werden müssen, bis die Abschaffung der Apartheid unumkehrbar geworden ist.
In Übereinstimmung mit den OAU-Richtlinien für Verhandlungen mit Südafrika brauchen wir die verstärkten Sanktionen solange, bis folgendes erreicht ist:

- die bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen
- die Aufhebung der Restriktionen für Organisationen und Personen
- der Abzug der Truppen aus den Townships
- die Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Ausnahmegesetzgebung
- die Einstellung aller politischen Prozesse und Hinrichtungen
- die Erarbeitung und Annahme einer neuen Verfassung durch eine rechtmäßige verfassungsgebende Versammlung.

Rev. Dr. Frank Chikane, Generalsekretär des SACC
Rev. Desmond Tutu, Anglikan. Erzbischof von Kapstadt
Rev. Dr. Stanley Mogoba, Präsident der Method. Kirche Südafr.
Rev. Dr. Allan Boesak, Präsident der Reform. Kirche
Jay Naidoo, Generalsekretär COSATU
Phiroshaw Camay, Generalsekretär NACTU
Dr. Beyers Naudé, ehem. Gen Sekretär des SACC
Fr. Smangaliso Mkhatshwa, Generalsekretär des Instituts für Kontextuelle Theologie

Gossner Mission

Gesetz für die Verfassungsgebende Versammlung

Windhoek, 9.11.89 - gg - Reichlich spät haben sich der AG[1] und der UNSR[2] sich geeinigt und die Proklamation für die Verfassungsgebende Versammlung (VV) vorgelegt. Die Parteien sollten am 3.11. unterschreiben, nicht alle haben es sofort getan. Die VV umfaßt 72 Sitze, die nach der Wahl entsprechend dem Wahlergebnis besetzt werden.

Die Verfassungsgebende Versammlung hat vier Hauptaufgaben:
1. eine Verfassung für SWA/Namibia auszuarbeiten;
2. diese dann mit einer 2/3-Mehrheit dann anzunehmen;
3. SWA/Namibia für unabhängig zu erklären und den Termin dafür festzulegen;
4. eine Regierung für den unabhängigen Staat zu bilden.

Neu ist in dem zehnseitigen Dokument, daß Beschlüsse in der VV mit einfacher Mehrheit gefaßt werden können, nur die Annahme und Inkraftsetzung der gesamten Verfassung muß mit einer 2/3-Mehrheit geschehen. Entscheidend ist: die Versammlung ist unabhängig. § 14 regelt: bei den Verhandlungen der VV darf es "keinerlei Einmischung und Beeinflussung durch irgendwelche Machthaber, Körperschaften, Einrichtungen oder Personen geben". Und: die Anrufung von Gerichten oder die Einschaltung von Gesetzen ist für die VV ausgeschlossen (§ 15). Das bedeutet, daß Südafrika keine direkten Einflüsse mehr auf die neue Verfassung und Regierungsbildung hat.
Das neue Gremium tritt eine Woche nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses zusammen. Das Gesetz zur Verfassungsgebenden Versammlung war zuvor von der UNO in NewYork ratifiziert worden.

(Gerhard Gerike, VEM Wuppertal, z.Zt. in Namibia)

Endgültiges Wahlergebnis vom 14. November

Winhoek, 14.11.89 - ncc - Die Straßen in Namibias Hauptstadt Windhoek waren heute abend erfüllt mit Rufen 'Viva SWAPO' und anhaltendem Auto-Gehupe, als das endgültige Wahlergebnis von Südafrikas obersten Wahlbeamten, Herrn Visser, über den Lokalrundfunk vertreitet würde.

Vor dem SWAPO-Hauptquartier hielt der Generalsekretär der SWAPO, Andimba Toivo ya Toivo, eine kurze Ansprache: "Wir sind die siegreiche Partei, und in ein paar Monaten werden wir die Regierung von Namibia stellen", rief er den feiernden Unterstützern zu. Er warnte sie, daß es möglicherweise Provokationen von seiten der Anhänger der unterlegenen Parteien geben können, und forderte sie auf, bei Einbruch der Dunkelheit nach Hause zu gehen.
Die von Südafrika unterstützte DTA gratulierte der SWAPO, betonte aber, daß diese doch nicht die Mehrheit (dh die 2/3 Mehrheit, d. Red.) gewonnen habe. "Das kann verhindern, daß die stärkste Partei willkürlich handelt." Das war ein Hinweis auf das Gesetz, durch das ein Drittel der Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung die Annahme einer endgültigen Unabhängigkeitsverfassung ablocken kann.

Die 72 Mitglieder zählende Versammlung muß bis zum nächsten Mittwoch, dem 22. November, einberufen werden. Es scheint, daß die SWAPO mit Mitgliedern anderer Parteien zusammenarbeiten muß, wenn sie eine

1) Generaladministrator Südafrikas, Pienasu,
2) UN-Sonderbeauftragter, Aktissari,

/2

Gossner Mission

endgültige Verfassung durch eine 2/3-Mehrheit beschließen lassen will, und somit eine neue Regierung an die Macht bringen und das Datum für die Unabhängigkeit festsetzen will.

(Namibia Kommunikations-Zentrum, London)

Partei	Stimmen	in %	Sitze
ANC	23.728	3,53	3
CDA	2.495	0,37	0
DTA	191.532	28,55	21
FCN	10.452	1,55	1
NNDP	984	0,14	0
NNF	5.344	0,79	1
NPF	10.693	1,59	1
SWAPO-D	3.161	0,47	0
SWAPO	384.567	57,37	41
UDF	37.874	5,64	4
Gesamt	670.830	100,00	72

Die Wahlbeteiligung lag nach offiziellen Angaben bei 95,55 %.

Lutherischer Bischof plädiert für Verstärkung des Rechts - Direktor des Namibia-Kommunikations-Zentrums sieht die Tätigkeit organisierter Vigilanten als erwiesen an

Mit Bezug auf einen Bericht von Pfarrer John Evenson über weitere Gewaltakte von Vigilanten nach der Wahl, sagte Bischof Kleopas Dumeni am 17. November, die Situation im Norden sei äußerst spannungsreich und explosiv, nirgendwo würden Recht und Ordnung eingehalten. "Menschen werden durch DTA-Anhänger mit Sjamboks geschlagen und verwundet."
Bischof Dumeni von der Evangelischen-Lutherischen Kirche in Namibia (ELCIN), die ihre Basis im bevölkerungsreichen Norden hat, rief den Generaladministrator Südafrikas, Mr. Louis Pienaar, auf, "zu tun, was immer ihm möglich ist, um Recht und Ordnung zu gewährleisten". Er rief die politischen Parteien Namibias, besonders die DTA, auf, ihre Anhänger von Gewalttätigkeiten abzuhalten.
Nach ihrer Flucht zogen Pfr. John Evenson, der Direktor des Namibia Kommunikations-Zentrums, und Dr. Karin Behl, eine deutsche freiwillige Mitarbeiterin der Gossner-Mission in der DDR, die beide im Rahmen des Informations- und Beobachtungsdienstes der Kirchen in Namibia tätig sind, den folgenden Schluß: "Die Leute, die uns gejagt haben, sind gut organisiert, sie haben neue Autos, benutzen Funkverbindungen, und sie sind höchst gewalttätig. Welche Organisation steht hinter diesen Leuten?"
Beide berichteten, daß sie schwarze Vigilanten beobachteten, die in drei Geländewagen eine Gruppe junger Zivilisten jagten, die ganz offensichtlich voller Angst waren. Die Autos hatten die Straße ca. 20 km nördlich von Ondangu in Richtung auf ein Dorf verlassen. Die Autos, "Bakkie" genannt, fuhren ohne Kennzeichen und hatten lange Funkantennen. Zwei der Autos "starteten in Richtung auf uns. Wir zogen unsere Kameras." Die Vigilanten schrien und drohten und jag-

-/3

Gossner Mission

ten Pfr. Evenson und Dr. Behl bis zum nächsten UNTAG-Stützpunkt in Ondangwa. "Ein hellbrauner Bakkie mit mehreren Mann Besatzung kam nach, ein Mann stieg aus und sagte, ihm sei diese Autonummer über Funk durchgegeben worden, und er wolle mit uns reden". Nach und nach kamen sechs Bakkies zum Eingang des UNTAG-Stützpunktes, alle voll besetzt, die Leute sprangen heraus und versuchten, sich uns hinter dem Tor des Stützpunktes zu nähern. Sie schimpften auf uns und die UNTAG-Soldaten und forderten unsere Herausgabe zum Zwecke einer Befragung. Die 20 bis 25 Männer schrien und drohten, auf uns zu schießen. Einige schrieen in Englisch, sie hätten Waffen und forderten die australischen Soldaten auf, auf sie zu schießen.
Drei Männer richteten wiederholt ihre Pistolen auf Pfr. Evenson und Dr. Behl.
Schließlich, nachdem UNTAG-Verstärkung ankam, verschwanden die Vigilanten. Aber sie fotografierten zunächst das Auto-Kennzeichen von Pfr. Evenson und Dr. Behl.
Die beiden Entflohenen gaben gegenüber der UNTAG und der örtlichen Polizei Erklärungen ab. "Um die Polizeistation herum hielten sich eine Menge Leute auf, in der Dunkelheit waren wir uns nicht sicher, ob darunter nicht auch einige von denen waren, die uns bedroht hatten".
Drei Frauen und ein Mann wurden in die Station gebracht, während sie warteten. "Eine Frau verließ den Raum mit einem Polizisten, die drei Zurückgebliebenen waren geschlagen worden und sahen erbärmlich aus." Dr. Behl untersuchte eine Frau, die kurz vor dem Zusammenbruch stand und kam zu dem Ergebnis, daß eine Gehirnverletzung vorliegen müsse. Nach einigen Aufforderungen brachte schließlich ein weißer Polizist die drei Verwundeten in ein Hospital.
Als Pfr. Evenson und Dr. Behl in Oniipa, im Hauptquartier der Kirche von Dumeni, ankamen, "hielten drei casspirs in der Nähe der Häuser, und der ganzen Gegend wurde mit Hilfe eines Lautsprechers mitgeteilt, daß Bischof Dumeni, Dekan Matti Amadhila und der SWAPO-Veteran Mzee Kaukungua von der Polizei visitiert würden."
Von Oniipa aus erklärten Pfr. Evenson und Dr. Behl: "Es gibt jede Nacht Berichte über mehr und mehr Gewaltakte. Wir haben mit vielen Leuten hier im Norden gesprochen, die sich äußerst bedroht fühlen und der Polizei nicht zutrauen, daß sie sie beschützen kann." Ein Vertreter der örtlichen Polizei bestätigte, daß die Funk-Bakkie-Einheiten" einen weißen Mann beschäftigen, der einmal pro Woche kommt, und dann werden die schwarzen Männer beschäftigt, und sie üben ihre Gewaltakte aus."
Während sie ihren Bericht vervollständigten, sagten Pfr. Evenson und Dr. Behl, daß "Leute mit Pistolen im Hauptquartier der Kirche gesehen worden sind, die unser Auto sehr sorgfältig überprüften."

(Mitteilung des Namibia-Kommunikations-Zentrums, London)

Gossner Mission

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 183

1180 Berlin, im August 1989
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58

S Ü D A F R I K A A K T U E L L 18

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC herausgegebenen "News briefing" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalkongresses oder die unsere.

2. Gewerkschaften

Kampf um Erhöhung der Mindestlöhne durch NUM

Die Nationale Bergarbeitergewerkschaft (NUM) erklärte gestern, unmittelbar nach ihrem sechsten nationalen Kongreß, daß sie für ihre fast 200.000 Mitglieder, die in den Kohlen- und Goldminen der Bergwerkskammer beschäftigt sind, eine durchschnittliche Erhöhung des Mindestlohnes um 100 % fordern wolle. Als er diese Entscheidung bekanntgab, erklärte der NUM-Generalsekretär, Mr. Cyril Ramaphosa, daß die Gewerkschaft in diesem Jahr einen Mindestlohn von 600 Rand pro Monat für Untertagearbeiter und von 543 Rand für das Personal über Tage fordern würde.

Die Forderungen der Gewerkschaft, die der Kammer diese Woche unterbreitet werden, befassen sich mit den Restlöhnen, nicht - wie in vorhergehenden Jahren - mit prozentualen Steigerungen. Die Lohnforderungen schließen Leistungen wie Essen, Unterkunft und medizinische Betreuung nicht mit ein. "Wir beschlossen, daß die Unterschiede in der Bezahlung für die verschiedenen Kategorien drastisch reduziert werden sollen", erklärte Mr. Ramaphosa und fügte hinzu, daß NUM zwar um den niedrigen Goldpreis wisse, die Verhandlungen mit der Kammer jedoch mit dem Ziel eines "Lohnes zum Leben" ("living wage") für alle Mitglieder beginne ... Die NUM beschloß außerdem in Zusammenarbeit mit anderen Anti-Apartheid-Gruppen und Gewerkschaften, eine Diskussion über neue Verfassungsdispositionen zu eröffnen, bei der die Verfassungsvorschläge des Afrikanischen Nationalkongresses im Mittelpunkt stehen sollen.

(Star, 18.4.89)

Längster Streik im südafrikanischen Bergbau

Der längste Streik in der Geschichte des südafrikanischen Bergbaus erlebte gestern seinen 50. Tag, wobei beide Seiten sich unnachgiebig zeigen. Die Rustenburger Platin-Raffinerie ist der Ort eines erbitterten Kampfes zwischen den Arbeitern und dem JCL-Management. Die Arbeiter befinden sich den größten Teil des Jahres im Streik. Sie fordern Lohnerhöhung, Anerkennung der für sie wichtigen Feiertage und Mütterurlaub. Das Management weigert sich hartnäckig, den Forderungen der in der NUM organisierten Arbeiter nachzugeben.

Gossner Mission

Während Gewerkschaften, die die Facharbeiter vertreten, das Angebot des Managements von einer Lohnerhöhung um 14,5 % bereits zu einem früheren Zeitpunkt des Streiks angenommen hatten, besteht die NUM, die die Mehrheit der Arbeiter repräsentiert, auf einer generellen Lohnerhöhung von 22 %. NUM fordert auch die Anerkennung des Soweto-Tages, des 16. Juni und des 21. März (Sharpeville-Tag) als bezahlte Urlaubstage ...

Nach Angaben von Bruce Theoeng, Vorsitzender der NUM-Gewerkschaft in Rustenburg, sind noch 547 Arbeiter im Streik. Das Management bezweifelt diese Zahl und gibt die Anzahl der streikenden Arbeiter mit weniger als 500 an. ... Der Streik war für die Arbeiter mit großen Entbehrungen verbunden. Sie organisierten ein sleep-in (Schlafen am Platz) unter freiem Himmel in der Fabrik, um ihre Entschlossenheit zu demonstrieren. Die Arbeiter erklärten, ihnen sei der Zugang zu Nahrungsmitteln abgeschnitten worden und sie hätten einige Tage ohne Essen verbringen müssen. ...
"Das Management versucht, die Gewerkschaft zu brechen", sagte Theoeng. Während der Konflikt fortbesteht, melden sich die NUM-Arbeiter weiterhin in der Fabrik, in der sie beschäftigt sind. Allerdings rühren sie ihr Werkzeug nicht an und arbeiten nicht.

(Weekly Mail, 21.4.89)

COSATU- und UDF-Friedensvorschlag für Natal abgelehnt

Die Versuche, den blutigen Konflikt im Gebiet von Pietermaritzburg zu beenden, sind für wenigstens weitere 3 Monate gescheitert, nachdem Inkatha-Präsident Gatsha Buthelezi die jüngsten Friedensverhandlungen einstellte. Seit Beginn dieses Jahres sind im Gebiet von Pietermaritzburg mehr als 150 Menschen getötet worden, und die Morde und Vergeltungsmorde in den vom Krieg gezeichneten Townships von Natal halten an. Der letzte Versuch, die sich bekämpfenden Seiten zusammenzuführen, wurde auf Eis gelegt, nachdem Buthelezi die Notwendigkeit einer Friedenskonferenz auf hoher Ebene in Frage stellte. ...

(South, 20.4.89)

Während er (Buthelezi) Aspekte der von UDF und COSATU vorgeschlagenen Friedenskonferenz scharf kritisierte, deutete er an, daß er bereit sei, einen Kompromiß zwischen seinem Plan und dem von UDF/COSATU zu finden. Buthelezis Plan erschien in einem Brief an Erzbischof Hurley, der diese Woche veröffentlicht wurde. Man nimmt an, daß die Bemühungen zur Aufrechterhaltung der Friedensinitiativen hinter den Kulissen weitergehen. Unter allen Beteiligten herrscht wachsende Übereinstimmung darüber, daß ein Weg zur Beendigung der Gewalt gefunden werden muß. UDF und COSATU haben darauf hingewiesen, daß sie ein Mandat zur Teilnahme an der von ihnen vorgeschlagenen Friedenskonferenz haben. Gleichzeitig hat der ANC in dieser Woche eine Erklärung veröffentlicht, in der er dem Plan seine Unterstützung gibt. Nelson Mandela hat ebenfalls seine Position klar dargelegt. In einem Brief an Buthelezi hat er dringend dazu aufgerufen, daß alle daran arbeiten sollten, das Töten zu beenden ...

(Weekly Mail, 21.4.89)

3. Landesweiter Widerstand

Mietproteste

Der Stadtrat von Soweto und die Delegation des Volkes von Soweto (Soweto People's Delegation - SPD) einigten sich in dieser Woche, alle Mietrückstände aus dem dreijährigen Mietboykott zu erlassen und

Gossner Mission

alle Häuser, die gegenwärtig der Regierung gehören, an die Bewohner der Townships zu übergeben. ...
"Jetzt ist es das Volk, welches das Tempo der Veränderung bestimmt", sagte Frank Chikane auf einer Pressekonferenz nach dem Treffen am Mittwoch. "Und wenn der Stadtrat sein Versprechen nicht hält, wird das Volk entscheiden, was zu tun ist", sagte er.
Trotzdem bleibt es unklar, wie der Stadtrat seine 700 Millionen Rand Schulden (200 Millionen Rand davon sind Mietschulden) zurückzahlen kann, ohne die Menschen von Soweto zur Kasse zu bitten, wie es am Mittwoch vereinbart wurde. ...
Auf dem Treffen in dieser Woche hatten sich Stadtrat und SPD auch darüber geeinigt, daß für Soweto und Johannesburg eine einheitliche Besteuerung eingeführt wird. ...
Der Stadtrat stimmte auch der Forderung der SPD nach Verbesserung des Elektrizitätsnetzes, der Wasserversorgung, der Straßenverhältnisse und des Kanalisationssystems zu. Die Zahlungen der Einwohner für diese Leistungen sollen auf ein vernünftiges Maß herabgesetzt werden. Die SPD stellte diese Forderungen in einem im März veröffentlichten kritischen Bericht über die Mietkrise ... in dem sie zum ersten Mal dokumentierte, in welchem Maße die Einwohner von Soweto die Steuerzahler von Johannesburg mit ihren Steuern für ihre Arbeit und ihre Einkäufe in den zentralen Geschäftsvierteln von Johannesburg subventionieren ...
Dennoch halten es Beobachter für höchst unwahrscheinlich, daß der Stadtrat die Provinzverwaltung Transvaals, das örtliche Joint Management Centre (vgl. Südafrika Aktuell 13, S.8) und die örtlichen Dienstleistungsverwaltungen davon überzeugen kann, das Gesetz über verbesserte Dienstleistungen zu finanzieren oder den Stadtrat von Johannesburg davon zu überzeugen, überhaupt über eine solche Vereinheitlichung nachzudenken ...

(Weekly Mail, 21.4.89)

4. Verhaftungen und Urteile

Rettet Robert McBride

UNO-Generalsekretär Dr. Javier Perez de Cuellar hat sich persönlich für den ANC-Kämpfer Robert McBride eingesetzt, der auf der Todesliste steht und seine Hinrichtung erwartet... Er sprach vor kurzem mit Staatspräsident P.W.Botha, um das Leben des 26jährigen McBride zu retten. Innerhalb und außerhalb Südafrikas hat sich eine gemeinsame Kampagne zur Rettung von McBride, der seit 2 Jahren auf der Todesliste steht, entwickelt: Mitglieder der Gemeinde Wentworth gründeten vor kurzem das Vereinigte Komitee zur Rettung Robert McBride's (Save Robert McBride Concerned Committee), um einen örtlichen Ruf nach Begnadigung zu erwirken. Auf internationaler Ebene reiste seine Mutter Doris McBride im vergangenen Jahr durch Europa und gewann die Unterstützung verschiedener europäischer Regierungen und Oppositionsparteien...

(New Nation, 5.4.89)

Hinrichtungen

Gestern abend wurden in Pretoria zwei politische Gefangene gehenkt, nachdem Bemühungen ihrer Rechtsanwälte und Aufschiebung der Hinrichtungen gescheitert waren. Die Mitglieder des Adlo-Jugend-Kongresses Nalumiso Siphenuka und Mackezwana Menze wurden des Mordes an zwei

Gossner Mission

Weißen im Jahre 1986 für schuldig befunden, der eine Antwort auf die schwere Unterdrückung in ihrem Gebiet gewesen war. Die britische Regierung weigerte sich, in diesem Fall einzugreifen ...

(Morning Star (UK), 21.4.89)

Angehörige von Siphenuka und Menze, die die beiden am Mittwoch dieser Woche zum letzten Mal sahen, erklärten, die beiden Männer hätten ihnen die folgende Botschaft mitgegeben: "Weint nicht um uns, weint um euch selbst. Wir wissen, Gott ist auf unserer Seite und eines Tages werden sich die Dinge in Südafrika ändern. Wir rufen unsere Genossen dazu auf, sich zu vereinigen und den Kampf weiterzuführen." ...

(Weekly Mail, 21.4.89)

Hungerstreikende im Krankenhaus angekettet

Die sich vom Hungerstreik erholenden Gefangenen werden im Krankenhaus von Johannesburg an ihre Krankenbetten angekettet. Diese Tatsache ruft Empörung unter den Ärzten hervor. Die Nationale Vereinigung der Ärzte und Zahnärzte hat erklärt, die Ankettung der Patienten wäre "unvereinbar mit einer ordnungsgemäßen medizinischen Behandlung". Sie hat die Ärzte dazu aufgerufen, die Behandlung angeketteter Patienten zu verweigern. Das medizinische Personal des Krankenhauses versammelte sich gestern abend, um die Angelegenheit zu diskutieren. Sheena Duncan von der Menschenrechtskommission erklärte: "Es ist unsagbar, daß dies in Krankenhäusern Südafrikas geschehen kann."
Weekly Mail besuchte gestern das Krankenhaus und fand wenigstens drei Patienten, die am Knöchel an den Rahmen ihres Bettes angeheftet waren, obwohl sie noch unter den Folgen ihres langen Hungerstreiks litten und außerdem von wenigstens einem Dutzend Polizisten rund um die Uhr bewacht wurden. Wenigstens einer von ihnen ist ohne Anklage eingekerkert.
Den Häftlingen, die nach dem Gesetz für die innere Sicherheit oder oder den Ausnahmebestimmungen gefangen gehalten werden, wird fast überhaupt keine Bewegungsfreiheit gewährt. Da die Fußeisen am Fußende des Bettes befestigt sind, kann sich der Patient zwar aufsetzen, aber nicht die Beine anheben. Sie können auch nicht zur Behandlung gehen oder zu Bewegungsübungen aufstehen - letzteres ist eines der wenigen Rechte, das Gefangenen laut Gesetz zusteht.
Die Drei waren seit Dienstag an Ketten. Den einzigen Moment relative Freiheit erhalten sie, wenn sie darum bitten, austreten zu dürfen. Dann werden ihnen die Ketten abgenommen, und sie werden zur Toilette eskortiert. Die Gefangenen sagten, daß die Ketten einmal am Tag abgenommen würden - nur um gleich darauf am anderen Knöchel wieder angelegt zu werden.

(Weekly Mail, 21.4.89)

11. Hungerstreiker geht den Schritt in die Freiheit

Mr. Tebogo Mngomezulu, ein früheres Mitglied der Black Students' Society (Gesellschaft schwarzer Studenten) ist der 11. aus dem Krankenhaus geflüchtete Ausnahmezustand-Gefangene ...
Der 25jährige Studentenführer, jetzt ein freier Mann, sagte gestern in einem Interview: "Ich bin ein nervliches Wrack und werde einen Psychotherapeuten aufsuchen."
Der am 12. August vergangenen Jahres verhaftete Mr. Mngomezulu sagte, daß er, nachdem er einen Monat und 18 Tage auf Grund eines Hungerstreiks im Krankenhaus lag, nicht mehr geglaubt hat, daß der Justiz-

Gossner Mission

minister Mr. Adriaan Vlok beabsichtige, ihn freizulassen. "Ein Besuch der Sicherheitspolizei während meines Krankenhausaufenthaltes war der letzte Anlaß. Ich beschloß, daß ich mir meine Freiheit nehmen mußte", sagte der junge Mann. "So verließ ich am vergangenen Samstag das Johannesburger Krankenhaus, nachdem ich meiner Wache gesagt hatte, ich würde etwas holen gehen."
Am Mittwoch suchte er Zuflucht im Britischen Konsulat. "Nach 5 Stunden erhielt ich das Versprechen, daß ich nicht verhaftet und keine Beschränkungen auferlegt bekommen würde. Dies hatten meine Rechtsanwälte in monatelangen Verhandlungen mit der Regierung nicht erreichen können. Das zeigt, was ein geringer internationaler Druck erreichen kann", sagte Mr. Mngomezulu. Beobachtungsgruppen im ganzen Land schätzen, daß sich nach etwa 35 Gefangene im Hungerstreik befinden ...

(Star, 8.4.89)

5. Schüler- und Studentenbewegung

Mord an Thandazani Ntuli

Ein ehemaliger Gefangener und Jugendführer aus der Township Ntuzuma in Natal wurde nur zehn Tage nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis ermordet, gab sein Anwalt in Durban bekannt.
Mr. Thandazani Ntuli, 30 J., Organisator des Jugendkongresses von Natal, wurde am Freitag getötet, als er von der Polizeistation Inanda nach Hause zurückkehren wollte. Dort mußte er sich laut der ihm nach seiner Entlassung aus der Haft auferlegten Beschränkungen zweimal am Tag melden. ...

(Soweto, 18.4.89)

8. Namibia

UNO unter Feuer

Massenorganisationen in Namibia kritisierten die UNO wegen ihrer Behandlung des Konflikts im Norden des Landes und beschuldigten sie der Zusammenarbeit mit der Republik Südafrika, die den Unabhängigkeitsprozeß umzukehren versucht. Die Nationale Gewerkschaft namibischer Arbeiter (National Union of Namibian Workers = NUNW) und die Nationale Namibische Studentenorganisation (Namibian National Student's Organisation = NANSO) haben den UNO-Sonderbeauftragten, Martti Ahtisaari, für seine Entscheidung, den südafrikanischen Streitkräften das Verlassen ihrer Stützpunkte zu erlauben, kritisiert.

Die SWAPO klagte Südafrika a n, den UN-Plan für die Unabhängigkeit Namibias zu verletzen... Sie erstellen eine Liste der bewaffneten Zusammenstöße im Norden, der Polizeiangriffe auf die friedlichen Demonstrationen am 1. April und der Angriffe auf SWAPO-Anhänger an Orten wie Tsumeb, Rundu, Onandjokwe und Ohalushu als Beispiele für Südafrikas "bewußte Handlungen in böser Absicht".

"Wir sind sehr beunruhigt über die vollständige Abwesenheit der UNTAG bei ... diesen Ereignissen", sagten NUNW und NANSO. "Wir rufen die UNO auf, die Situation durch die unverzügliche Aufstellung aller UNTAG-Truppen wirksam zu verbessern." Die zwei Organisationen waren ebenfalls über Ahtisaaris Entscheidung schockiert, die Wiederaufstellung südafrikanischer Truppen zu erlauben. "Die Menschen von Namibia

Gossner Mission

fordern dafür eine Erklärung vom UNO-Generalsekretär. Nach der Resolution 435 müssen die von Südafrika geführten Streitkräfte demobilisiert und ihre Anwesenheit auf spezielle Lager beschränkt werden", fügten sie hinzu.

Der Namibische Kirchenrat (Council of Churches in Namibia = CCN), der nach den Kämpfen am Samstag eine Untersuchungsdelegation in den Norden sandte, sagte: "Hubschrauberstaffeln haben Zivilisten angegriffen, und der namibische Erdboden blutet jetzt, wo er sich doch freuen sollte."
Durch seine Untersuchungsmission und das Gespräch mit Namibiern fand der CCN folgende Versäumnisse der UNTAG:

- ungenügende Truppenstärke, um die Vereinbarung zur Beilegung des Konflikts durchzusetzen. Nach dieser Vereinbarung werden 500 Mann UNTAG-Polizei erwartet, um die Aktivitäten der örtlichen Polizei zu beobachten, aber bis jetzt sind erst 9 Offiziere beim UN-Polizeikontingent angekommen.
- Verbindung mit den Südafrikanern.
- Versäumte Antwort auf eine Einladung der SWAPO, über die Demobilisierung und Begrenzung der Truppen auf ihre Stützpunkte zu diskutieren, was die offensichtliche Verwirrung hätte verhindern können.

Währenddessen wurden durch die Kämpfe im Norden Namibias vielen Bewohnern ihre Häuser und Ernten zerstört, die nun sagen, daß sie das Vertrauen in die UNO-Friedenstruppen verloren haben. Quellen aus dem Norden berichten, daß sich nicht ein Mitglied der UNTAG am Versuch zur Wiederherstellung der Ordnung in dem Gebiet beteiligt habe, seitdem am Samstag die Kämpfe begannen - eine Aufgabe, die den Südafrikanern überla ssen wurde.

Ein früherer Angestellter der Ovambo-Verwaltung, Oswald.Shiwute, sagte, die Bewohner der nördlichen Städte seien entsetzt über Ahtisaari's Entscheidung, den Mitgliedern des Bataillons 101 das Verlassen ihrer Stützpunkte in Ondangwa zu erlauben. Er erklärte auch, daß die an den Kämpfen beteiligten Polizisten Koevoet-Mitglieder waren, obwohl Koevoet angeblich vor einigen Wochen als "ein Akt guten Willens" von Südafrika aufgelöst worden war.
Die Soldaten des Bataillons 101 wurden wie Koevoet-Mitglieder ausgebildet, um SWAPO-Guerillas zu töten.

(New Nation, 5.4.89)

9. Südafrika vor den Wahlen

Wahlvorbereitungen durch die Demokratische Partei

Die Demokratische Partei hat beteuert, daß sie Kräfte sammeln will und die bisher ehrgeizigste Spendenaktion der Opposition veranstalten will: 20 Millionen Rand für ihre Herausforderung der Nationalisten bei der allgemeinen Wahl im September. Die Partei wurde in Hollywood-Athmosphäre gegründet, als die Progessive Federal Party (Fortschrittliche Föderative Partei), die Independent Party (Unabhängige Partei) und die National Democratic Movement (Nationale Demokratische Bewegung) sich zusammenschlossen, um die erste vereinigte linke Opposition seit 1959 zu formieren ...

(Sunday Star, 9.4.89)

/7

Gossner Mission

Der Erfolg der neugegründeten Demokratischen Partei (DP) als relevante Kraft in der politischen Arena Südafrikas wird in den nächsten Monaten davon bestimmt werden, wie sich die Partei auf die allgemeine Wahl vorbereitet und gleichzeitig die breite demokratische Bewegung erreicht... Die Forderungen an die junge Partei sind zahlreich. An erster Stelle steht die Herausforderung, an der richtigen Stelle zwischen parlamentarischen und außerparlamentarischen politischen Aktivitäten zu entscheiden. Es ist die erklärte Aussicht von Sprechern aus der demokratischen Massenbewegung, daß die Verbindung der DP mit außerparlamentarischen Kräften "in Aktionen gegen die Apartheid gipfeln" wird.
Obwohl der von der DP verkündete Weg weg von Apartheid und Verhaftungen hin zur Errichtung eines nichtrassistischen und demokratischen Südafrika begrüßt wurde, werden die Handlungen der Partei in den folgenden Monaten kritisch beurteilt werden. UDF- und COSATU-Angehörige stellten die "Forderungen" an die DP auf, eine anerkannte Bewegung in der außerparlamentarischen Politik zu werden. Wenn sich die DP an einer Lösung beteiligen will, darf sie nicht nur Aufrufe erlassen, sondern muß für die Erreichung folgender Ziele arbeiten: Ende des Ausnahmezustandes, Ende der willkürlichen Verhaftungen, Abzug der Truppen aus den Townships, bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen, Wiederzulassung des ANC und anderer gebannter Organisationen, bedingungslose Rückkehr aller Exilanten mit Garantien für ihre Sicherheit, Ende aller Formen der Apartheid und freie politische Aktivitäten mit dem Recht auf Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, Bewegungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit für alle Südafrikaner...
Gegenwärtig bekleidet die DP 19 Sitze im Weißen Haus of Assembly und zwei im Haus of Representatives. Eine offizielle Parteilinie für die Beteiligung im Haus of Representatives und im Haus of Delegates muß noch formuliert werden ...

(South, 13.4.89)

Gossner Mission

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches AFrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 183

1180 Berlin, im Juni 1989
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58

SÜDAFRIKA AKTUELL 17

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC herausgegebenen "Newsbriefing" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalekongresses oder die unsere.

0. Leid durch Verhaftungen

Südafrikas nationaler Ausnahmezustand wurde in dieser Woche 1000 Tage alt. Für viele Verhaftete und ihre Familien sind dies 1000 Tage des Schmerzes gewesen.
Seit dem 12. Juni 1986 wurden unter den Ausnahmebestimmungen schätzungsweise 32.000 Menschen verhaftet, unter ihnen 22 Häftlinge, die seit dem allerersten Tag im Gefängnis sitzen. Fünfhundertfünfzig Menschen, die im Juni 1986 verhaftet wurden, werden immer noch festgehalten - Opfer des ungerechten Systems der Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren ...

(South, 7.3.89)

4000 Tote seit 1984

Nach den neuesten, vom Indicator Project, South Africa, Natal veröffentlichten Zahlen sind über 4000 Menschen in politischen Konflikten umgekommen, seitdem vor fünf Jahren die Unruhen begannen ...

(Star, 3.3.89)

1. ANC-Aktivitäten

Gespräche ANC - Kirche

In Südafrika ist die Kirche immer an den politischen Problemen des Landes beteiligt gewesen, entweder in Unterstützung des Regimes oder im Widerstand dagegen, sagte gestern in Harare ein Priester und Mitglied des ANC, Rather Michael Lapsley. Fr. Lapsley erklärte vor dem Symposium über "Erziehung gegen Apartheid", daß die Niederländisch-Reformierte Kirche (Dutch Reformed Church = DRC) Apartheid immer unterstützt habe, während andere Kirchen dem System Widerstand geleistet hätten. Es gäbe einige Kirchen, die Apartheid zwar verbal verurteilen, aber trotzdem praktizierten, sagte er.
Er antwortete damit auf eine Anfrage von Mr. Micah Bhebhe nach dem Einfluß des Oekumenischen Rates der Kirchen auf die DRC. Fr. Lapsley erklärte auch, daß einige Kirchen das Problem der Gewalt auf selektiver Basis behandelten. Während sie keine Probleme damit hätten, Geistliche für die Armee zu stellen oder diese zu segnen, hätten die

/2

Gossner Mission

gleichen Kirchen Probleme mit der "antwortenden" Gewalt der Befreiungsbewegung. "Wir möchten die gläubigen Menschen auffordern, daß sie nicht nur zu Gott um Gerechtigkeit und Versöhnung beten, sondern auch in ihren Parlamenten darum kämpfen", sagte Fr. Lapsley...

(Citizen, 4.3.89)

Pretorias Kommentare zum ANC

Gespräche zwischen der Südafrikanischen Regierung und dem ANC würden heute nicht annähernd so schockierend oder unvorstellbar für die weiße Bevölkerung sein wie noch vor einem Jahr. Eine grundlegende Meinungsänderung über den ANC ist in den letzten Wochen von einer offensichtlich neuen Dringlichkeit seitens der Regierung und der regierungsfreundlichen Presse begleitet, die Idee solcher Gespräche zu verkaufen. Chris Heunis, der amtierende Präsident bis zu P.W. Bothas Rückkehr am Mittwoch, machte gestern auf einer Rede die versöhnlichsten Feststellungen über den ANC, die je von einem Kabinettsminister zu hören waren.
Der ANC, normalerweise von der Regierung als "kommunistisch" und "terroristisch" beschrieben, wurde nach Mr. Heunis Worten in eine "nationalistische Bewegung" verwandelt. Die Pro-Nationalistische Afrikaaner Presse hat ebenfalls in regelmäßiger Wiederkehr die Idee verbreitet, mit dem ANC Gespräche zu führen.
Ein Mitglied der National Party (NP) und Angehöriger des Kabinetts bemerkte gestern, daß es "eine radikale Änderung der Auffassungen im letzten Jahr gegeben hat". Ein ausschlaggebender Faktor dieses Wandels war, sagte er, daß Südafrika sich zu Verhandlungen mit Angola und Kuba über Namibia herabgelassen und tatsächlich ein Übereinkommen erzielt habe. Warum, fragen wir uns, sprechen wir dann nicht mit unseren eigenen Leuten, dem ANC?
David Welsh, ein liberal-politischer Professor der Naturwissenschaften, der die NP ständig genau beobachtete, sagte, er sei überzeugt, daß die Regierung in ihrem Streben nach Gesprächen aufrichtig sei. Abgesehen von ein paar "Neandertalern" haben die Nationalisten die geschichtliche Unabänderlichkeit von Gesprächen mit dem ANC eingesehen.

(Independent, 18.3.89)

2. Gewerkschaftsbewegung

Boykotte in Charletonville und Boksburg

Die "Charletonville Park-Besetzung" geht dieses Wochenende weiter, gab Elijah Barayi, der COSATU-Präsident, bekannt, als ein Versuch, sich der kleinen Apartheid zu widersetzen. Die Besetzung war am Samstag in letzter Minute ausgerufen worden. Barayi sagte, er sei bereit, eine Truppe von 50 Protestierenden anzuführen, um sich in dem Park "nur für Weiße" direkt vor dem Charletonville Bürgerzentrum zu erholen. "Wir wissen ja, daß wir eine Verhaftung riskieren, und wir sind vorbereitet, die Konsequenzen auf uns zu nehmen", sagte er. "Sie müssen das Sonderstatusgesetz verschrotten. Die weißen Wähler in Charletonville können den Rat des Amtes entheben."
Es gibt annähernd 87.000 afrikanische Bergarbeiter, die in den 9 Bergwerken um Charletonville arbeiten, und jeder Teil der Nationalen Bergarbeitergewerkschaft hat Freiwillige zur Besetzung geschickt.

/3

Gossner Mission

Inzwischen haben 3 Unternehmen geschlossen, weil Schwarze weiterhin die weißen Läden boykottieren.

(South, 22.3.89)

3. Landesweiter Widerstand

Zum Mietboykott in Soweto

Die Delegation von Anti-Apartheid-Führern, die im vergangenen Jahr durch Gespräche über Mieten mit dem Soweto-Stadtrat Neuland betreten hat, plant eine neue Kampagne in der Mietenfrage - außerhalb der township-Bezirke. Sie schlagen vor, außerhalb Sowetos Seminare, öffentliche Versammlungen und Beratungen über ihre Forderung nach einer einheitlichen 'Steuerbasis für Johannesburg und Soweto abzuhalten. Die Delegation besteht aus dem Erzbischof von Kapstadt, Desmond Tutu, dem Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, Frank Chikane, die eingeschränkt tätige UDF-Vizepräsidentin Albertina Sisulu, der Schwester Bernard Ncube vom Institut für Kontextuelle Theologie, Sowetos Bürgervorsitzende Ellen Khuzwayo und Cyril Ramaphosa, Generalsekretär der Nationalen Bergarbeitergewerkschaft.

Die Delegation brach das Schweigen zwischen der Gemeinde Soweto und dem Stadtrat Soweto , als sie Ende letzten Jahres mit dem Rat über den 2-Jahre-Mietenboykott im Township sprachen. In einem Statement ... sagt das Komitee: "Der Miet- Boykott war die wütende Stimme des Volkes, die "genug ist genug" sagt. Dieser Schrei ertönt seit 2 Jahren."
Die Gruppe schlägt vor, daß die Mietschuld von 701 Millionen Rand auf die Entwicklungsbank überschrieben wird, weil Soweto nicht die wirtschaftliche Grundlage hat, sie zurückzuzahlen.
Das Komitee rief zu einem Ende der gesonderten Verwaltung der "Apartheidstadt Soweto" auf und forderte, daß Johannesburg und Soweto die gleiche Steuerbasis haben sollten. Sie wies darauf hin, daß die Mehrzahl der Einwohner Sowetos ihr Einkommen in Johannesburg ausgeben und daß Soweto nicht genug Kapital erzeugt, um als Stadt zu existieren.

(Weekly Mail, 17.3.89)

Minister für Gesetz und Ordnung über den Terrorismus

Minister Adriaan Vlok veröffentlichte kürzlich folgende Angaben über Unruhen in Südafrika:
- 1988 gab es 5208 Fälle von Unruhe und Gewalt außerhalb der Homelands im Vergleich zu 4994 im Jahre 1987,
- 281 Terrorakte 1988 im Vergleich zu 1987: 235
  1986: 231
  1985: 136
  1984: 45,
- in der Zeit vom 1. Nov. 1988 bis 12. Februar 1989 sind bei 64 Terrorakten 14 Menschen ums Leben gekommen.
  Im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres kamen bei 48 Terrorakten 5 Menschen um.

(Weekly Mail, 23.3.89)

/4

Gossner Mission

4. Verhaftungen / Hinrichtungen

Die Kampagne zur Abschaffung der Todesstrafe nimmt zu

Der nationale Direktor der Organisation "Rechtsanwälte für Menschenrechte", Brian Currin, sieht einen Zusammenhang zwischen der Anzahl der Hinrichtungen und den 23 Begnadigungen und der Kampagne zur Abschaffung der Todesstrafe. ... Die Mehrzahl der zum Tode Verurteilten sind Schwarze. 97 % der in den Jahren 1980 bis 1988 1070 Erhängten sind Schwarze.
Die meisten der Todeskandidaten sind Opfer der Apartheid, denn ihnen wurde von einem Justizsystem der Prozeß gemacht, welches der Voreingenommenheit gegenüber Schwarzen beschuldigt ist.

(City Press, 2.4.89)

In London begann gestern die Kampagne zur Rettung der 60 politischen Gefangenen, die zum Tode verurteilt sind. Der Menschenrechtsanwalt und Vorsitzende der Gesellschaft der Gefangenen im Südlichen Afrika, Geoffrey Bindman, sagte, das südafrikanische System gebrauche die Todesstrafe als ein Mittel der politischen Verfolgung und Bestrafung. Es bestehe der starke Eindruck, daß Großbritannien dagegen zu wenig unternehme.

(Morning Star, 7.4.89)

Die Streitfrage über die in Südafrika festgenommenen ANC-Kämpfer kam in der vergangenen Woche immer mehr ins Licht der Öffentlichkeit. ... Die "Rechtsanwälte gegen Apartheid" zitierten, das Protokoll 1 der Genfer Konvention von 1949. Nach diesem Protokoll hätten die ANC-Guerillas Anspruch auf den Status von Kriegsgefangenen, denn sie stehen in einem bewaffneten Konflikt, in dem Menschen gegen ein rassistisches Regime und für die Ausübung ihrer Selbstbestimmungsrechte kämpfen.

(Weekly Mail, 14.4.89)

Unmenschliche Auflagen nach Freilassung

Sandile Thusi, der am Montag nach 38-tägigem Hungerstreik entlassen wurde, hat sein Krankenhausbett austauschen müssen mit einem Gefängnis ohne Mauern. Für den 26-jährigen Thusi bedeuten die Restriktionen folgendes:
- Er darf ein bestimmtes Township im Süden Durbans nicht verlassen. Von abends um 7 Uhr bis morgens um 6 Uhr hat er Ausgehverbot.
- Er darf in seinem Beruf als Pädagoge nicht arbeiten, obwohl er der einzige Brotverdiener seiner großen Familie ist.
- Er darf gleichzeitig nur 4 Leute treffen.
- Thusi ist frommer Lutheraner, aber er darf nicht zur Kirche gehen und auch keine Veröffentlichungen vorbereiten.
- Obwohl er krank ist, muß sein Rechtsanwalt jedesmal um Erlaubnis bitten, bevor er einen Arzt aufsuchen kann.

(City Press, 9.4.89)

30 politische Gefangene in lebenslänglicher Haft

Justizminister Kobie Coetsee bestätigte am 31.12.88, daß 30 Menschen wegen Gefährdung der Sicherheit des Staates in lebenslanger Haft sich befinden. (BBC, 23.3.89)

/5

Gossner Mission

Nationaler Gefangenentag

Einen nationalen Tag für Gefangene haben einige Hundert Menschen in der Regina-Mundi-Kirche in Soweto abgehalten, die bei Sonnenuntergang durch Reihen von Kerzenlichtern erstrahlte, von den Gottesdienstbesuchern"als ein Symbol der 'Herausforderung' gegen die Dunkelheit der Unterdrückung" angezündet. Der ANC-Führer Mr. Harry Gwala, der im letzten Jahr aus humanitären Gründen aus dem Gefängnis entlassen wurde, reiste von Maritzburg zu dem Gebetsgottesdienst, einem von vielen, die im ganzen Land vom Südafrikanischen Kirchenrat und der Südafrikanischen Katholischen Bischofskonferenz organisiert werden.
Das "Verbrechen" der Gefangenen bestand darin, sagte Mr. Gwala, eine demokratische Gesellschaft zu fordern. Er fügte hinzu: "Wenn das ein Verbrechen ist, laßt uns alle dieses Verbrechens schuldig sein" ...

(Sowetan, 13.3.89)

5. Schüler- und Studentenbewegung

2. Jahrestag der Gründung von SAYCO

Der landesweite größte Jugendkongreß SAYCO begeht diese Woche den zweiten Jahrestag seiner Gründung. SAYCO hat mehr als 600.00 Mitglieder. Die Hälfte der Führerschaft befindet sich unter den Bestimmungen des Ausnahmezustands in Haft. SAYCO ist die größte Mitgliedorganisation von UDF. Beide Organisationen unterliegen Restriktionen. Der frühere SAYCO-Verantwortliche für Bildung und Erziehung, Ephraim Nkoe, der zu den vier in die Bundesdeutsche Botschaft geflüchteten Gefangenen gehört, sagte, der SAYCO-Jahrestag falle in die Nähe des Beginns der Unabhängigkeit Namibias. Die organisierte Jugend Südafrikas wünscht dem Volk des lange kolonisierten Namibias und ihrer Befreiungsbewegung SWAPO erfolgreiche Schritte in die Unabhängigkeit.
SAYCO wurde 1987 von 250 Delegierten in Kapstadt gegründet. Peter Mokaba, ehemaliger Gefangener von Robben Island, wurde damals zum ersten Präsidenten von SAYCO gewählt. Zur Zeit ist er in Haft und wird beschuldigt, die Ziele des ANC unterstützt zu haben. SAYCO hat sich an vielen Kampagnen beteiligt, so auch an der Kampagne : zur Rettung der 32 zum Tode Verurteilten.

(City Press, 2.4.89)

Protesttag in Soweto

Schüler und Lehrer haben den Mittwoch nächster Woche zu einem Tag des friedlichen Protestes gegen das Unterrichtsministerium (DET) und dessen Politik erklärt. Auf einer Pressekonferenz sagten die Repräsentanten des Fortschrittlichen Lehrerkomitees (PTC) und des Soweto-Schüler-Koordinationskomitees (SSCC), daß die Entscheidung in voller Übereinstimmung mit der Gemeinde Soweto angenommen worden ist. Die beiden Organisationen benannten nicht die Art der geplanten Aktion, weil Schüler, Lehrer und Eltern "noch den Typ der Aktion diskutieren". Die Vertreter gaben weiter bekannt, daß sich die Aktion auf Lehrer und Schüler an Grund- und höheren Schulen beschränken und Arbeiter nicht betreffen werde. Das Problem der Überfüllung von schwarzen Schulen,der Lehrermangel und

/6

Gossner Mission

die Weigerung der Abteilung für Erziehung und Ausbildung (DET), Schüler, die ihre Reifeprüfung im vorangegangenen Jahr nicht bestanden haben, ein weiteres Mal zuzulassen, sind die herausragenden Gedanken der auf der Pressekonferenz gegebenen Stellungnahme.

(Weekly Mail, 22.3.89)

Lehrer fürchten Entlassungen

Viele Lehrer könnten zum Ende des ersten Semesters nächste Woche entlassen werden, warnen Pädagogen. Kürzungen des Erziehungsbudgets, einhergehend mit einer entsprechenden "Hexenjagd gegen fortschrittliche Lehrer" könnten zu einer neuen Bildungskrise im westlichen Kap führen, sagten sie, Die Warnungen resultieren daraus, daß Schüler, Lehrer und Eltern aus Soweto in dieser Woche ihrer Unzufriedenheit über die Absage des DET, eine Reihe drückender Probleme wie Lehrermangel, Überfüllung und Ausschluß tausender von Studenten anzusprechen, Ausdruck gaben.

(South, 22.3.89)

6. Militär

Militärbudget

Das offizielle Verteidigungsbudget ist von 4,3 Billionen Rand 1986 auf 8,6 Billionen Rand im letzten Jahr gestiegen. Der Verteidigungsminister Magnus Malan betonte, daß der Friedensplan für Namibia zu keinerlei Kürzungen im Verteidigungshaushalt oder in der Truppenstärke führen würde und warnte davor, "sich von einem falschen Sicherheitsgefühl einschläfern zu lassen", welches im Ergebnis der Friedensbemühungen in Namibia entstehen könnte.

(Weekly Mail, 10.3.89)

7. Kirchen

Beyers Naudé über die Konsultation der Niederländisch-Reformierten Kirchen

Wieder eine Konsultation über Apartheid? Hatten wir nicht schon genug solcher Treffen? Was, wenn überhaupt, war so besonders oder neu an der Konsultation der Familie der Niederländisch-Reformierten Kirchen in 'Vereeniging'? Wenigstens in zweierlei Hinsicht war dies ein besonderes Ereignis. Erstens, weil es das erste Mal in ihrer Geschichte war, daß sich die ganze Familie der Niederländisch-Reformierten Kirchen zu einer Diskussion über die lebenswichtige und kontroverse Problematik der Apartheid traf, und zweitens, weil das Treffen zu einem Zeitpunkt stattfand, zu dem jeder der Delegierten sich der ernsten Krise, in der sich unser Land (und die Kirchen) befindet, und des verzweifelten Bedürfnisses nach einer Lösung, nach einer Richtung, nach Befreiung und Versöhnung bewußt war. ...

Die dramatische Atmosphäre dieser Konferenz entstand gleich am Anfang, als die Niederländisch-Reformierte Kirche (Dutch Reformed Church = DRC) in einer geschlossenen Sitzung um Vergebung bat für die Beteiligung ihrer Kirche an der Entstehung, Aufrechterhaltung und Rechtfertigung der Apartheid. Die schwarzen Kirchen waren ...

/7

Gossner Mission

überrascht, ja tief bewegt, und streckten herzlich die Hand aus zu Vergebung und Gemeinschaft. Man erlebte einen Moment großer Freude. Diese Freude machte jedoch völliger Desillusionierung Platz, als später die weiße DRC ihr Bekenntnis zu vier Punkten erklärte.

Sie schockierte ihre Mitchristen damit, daß sie nur die "diskriminierende Apartheid" ablehnten, die Legitimation der Apartheidideologie innerhalb der Grenzen von "Kirche und Gesellschaft" (Dokument der DRC über soziale Belange von 1986) definierte und darüberhinaus die politischen Rechte der Schwarzen an dem Begriff "Reife" festmachte. Das sorgfältig formulierte Schuldbekenntnis der weißen DRC und die fehlende Bereitschaft zur Befreiung unserer Gesellschaft von Apartheid in allen ihren Formen veranlaßte die schwarzen Kirchen dazu, die Annahme des Bekenntnisses der weißen DRC zurückzuziehen und einen kritischen Antrag über Apartheid, die Einheit der Kirchen und über die Zukunft zu formulieren.

Wegen seiner Wichtigkeit fasse ich den Inhalt dieses Antrages zusammen:
- Apartheid ist nicht reformierbar, sondern muß abgeschafft werden.
- Alle Apartheidgesetze müssen abgeschafft werden, insbesondere das Landgesetz (Land Act) ... und das Gesetz über die Registrierung der Bevölkerung (Population Registration Act).
- Die Konsultation ruft die Regierung auf, den Ausnahmezustand aufzuheben, die Verhaftungen ohne Gerichtsverfahren zu beenden, alle politischen Gefangenen freizulassen, das Verbot aller Anti-Apartheid-Organisationen aufzuheben und mit den wirklichen Führern der Mehrheit der Bevölkerung unseres Landes zu verhandeln.
- Das Versprechen, eine vereinigte, nicht rassistische Reformierte Kirche zu werden.
- Die Feststellung, eine Nation zu sein, und das Bekenntnis zu einer offenen, nicht rassistischen, demokratischen Gesellschaft.

Die weiße DRC hatte ihrerseits eine neue Erklärung vorgelegt, die über die anfängliche Vier-Punkte-Erklärung hinausging. In dieser teilten sie (zusammengefaßt) folgendes mit:
- Ihr Bekenntnis in Demut und Schmerz zur Einführung und Legitimation der Ideologie der Apartheid und das daraus entstandene Leid der Menschen.
- Ihre Ablehnung der Ideologie der Apartheid als einer Sünde.
- Ihre Bitte an die Regierung, den Ausnahmezustand zu dem frühestmöglichen Zeitpunkt aufzuheben.
- Ihre Verpflichtung, gegen alle Ungerechtigkeit und für Gerechtigkeit für alle Menschen in unserem Lande in sozialen, ökonomischen, politischen Angelegenheiten und im Bildungswesen zu kämpfen.
- Ihre Überzeugung, daß die Kirche erklären muß, daß die Gesellschaft das Gebot der Liebe, Gerechtigkeit und Menschenwürde zu verkörpern hat.

Indem sie die sprichwörtliche zweite Meile wanderten, antworteten die Schwarzen damit, daß sie das Bekenntnis der DRC noch einmal annahmen und sich damit einverstanden erklärten, daß die Erklärung der DRC zusammen mit der Resolution der Konsultation über Apartheid, Einheit der Kirche und die Zukunft sowie der Erklärung der schwarzen DRC (NGKA) an alle Mitgliedskirchen versandt wird mit einem eindeutigen Hinweis darauf, daß die Erklärung der weißen DRC deren offiziellen Standpunkt und nicht den der Konsultation reflektiert. Die Konsultation drückte außerdem ihre Überzeugung

/8

Gossner Mission

aus, daß diese Erklärung, wie auch "Kirche und Gesellschaft", bei prinzipiellen Dingen stehenbleibt und diese nicht in praktischer und konkreter Weise umsetzt...

Was ist am Ende nun das Entscheidende an dieser Versammlung? Meiner Meinung nach sind die Konsequenzen dieser Konsultation weitreichend. Die Initiative der dominierenden und bestimmenden "Führerschaft" der weißen DRC wurde abgeschüttelt und die schwarzen Kirchen haben nun die Führung in der aktiven Beteiligung am Prozeß der Befreiung der Kirche und Gesellschaft in Südafrika übernommen. Außerdem haben die schwarzen Niederländisch-Reformierten Kirchen die Uneinigkeit der Rassen durchbrochen und sich verpflichtet, für eine geeinte Reformierte Kirche zu arbeiten...

Ich bete darum, daß die Führung der DRC den Mut haben möge, in Gehorsam zu Gott und seinem Wort mit einem Zeugnis der Unterstützung auf das Leiden dieser Konsultation und den Schrei aus den Herzen der schwarzen christlichen Gemeinschaft zu antworten. Denn der Geist dieser Konsultation ist nicht nur für die Schwarzen heilsam, sondern genauso für die weiße DRC, für die Afrikaaner und die weiße Gemeinschaft. Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß in gewissem Sinne die Zukunft der gesamten Kirche und der ganzen Gesellschaft von Südafrika auf dem Spiel steht.

(Sunday Star, 12.3.89)

Die Gespräche zwischen der Niederländisch-Reformierten Kirche in Afrika (DRCA) und dem ANC im letzten Monat haben die Kirche dazu veranlaßt, die Regierung zu Verhandlungen mit dem ANC ohne Vorbedingungen aufzufordern. Rev. S.P. Buti, Moderator der DRCA, erklärte im Namen der Kommission für Gerechtigkeit, Versöhnung und Frieden, "der ANC sei ein rechtmäßiger Teil der politischen Lösung in Südafrika". Er fügte hinzu: "Die Kommission hat beschlossen, die Regierung dringend zu bedingungslosen Verhandlungen mit dem ANC aufzufordern, um Versöhnung und Frieden in dem politischen Konflikt des Landes zu erreichen und weiteres Blutvergießen und den Verlust von Menschenleben zu verhindern" ...

(Star, 4.3.89)

8. Namibia

Uno-Resolution 435 und die Unabhängigkeit Namibias

1978 hat der UN-Sicherheitsrat die Resolution 435 verabschiedet. Seitdem ist sie Synonym für die Unabhängigkeit Namibias. Bis 1988 wehrte sich Südafrika erfolgreich gegen die Verwirklichung dieser Resolution. Gründe waren z.B. die angeblich fehlende "Unparteilichkeit" der Vereinten Nationen und später die Anwesenheit kubanischer Truppen in Angola. 1988 machten sich dann die Auswirkungen von Waffenembargo und Wirtschaftssanktionen sowie die gewachsene militärische Stärke der SWAPO bemerkbar. So kam es schließlich am 22.12.88 zur Unterzeichnung des Drei-Parteien-Abkommens, und am 16.1.89 gab der Sicherheitsrat bekannt, daß am 1. April 1989 die praktische Umsetzung der Resolution 435 beginnen könne.

Der finnische Diplomat Martti Ahtisaari wurde zum Sonderbeauftragten der UNO für die Zeit der Übergangsperiode in Namibia ernannt. Seine zentrale Aufgabe ist es, die Schaffung von Bedingungen für freie und faire Wahlen zu gewährleisten.

/9

Gossner Mission

Dazu gehört im einzelnen:

- Er muß bestätigen, daß Tausende der von Südafrika bewaffneten und kommandierten Soldaten, Kommandos, Home Guards, Luftwaffen- und Antiterroreinheiten sich an die Vereinbarung halten, ihre Stützpunkte nicht zu verlassen; daß sie entwaffnet und entlassen werden.
- Er muß der Freilassung von politischen Gefangenen beider Seiten, Südafrikas und der SWAPO, zustimmen, ebenso von Menschen, die ohne Anklage inhaftiert worden waren.
- Er muß gewährleisten, daß diskriminierende Gesetze und restriktive Gesetzgebung im Territorium abgeschafft werden.
- Er muß einer neuen Gesetzgebung zustimmen, die die Registrierung von Wählern und Verfahrensweisen für die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung vorschreibt, die eine Verfassung für die neue Nation erarbeiten wird.
  In der Resolution 435 sind bereits einige Vorgaben für die verfassungsgebende Versammlung gemacht worden; dazu gehören ein parlamentarisches Mehrparteiensystem und der Schutz privaten Eigentums. Die Verfassung selbst muß mit einer 2/3-Mehrheit angenommen werden.
- Ahtisaari muß der von Südafrika geführten Polizei bescheinigen, "geeignet zu sein", während der Übergangsperiode Gesetz und Ordnung aufrecht zu erhalten.
- Er muß sicherstellen, daß die zurückkehrenden Flüchtlinge, wahrscheinlich mehr als 60.000, nicht diskriminiert werden.
- Er muß die Zeit des Wahlkampfes überwachen, die Registrierung der Wähler und schließlich die eigentlichen Wahlen.
- Er muß dem Sicherheitsrat gegenüber den rechtmäßigen Verlauf der Wahlen bestätigen und bis zur Einsetzung einer neuen Regierung, möglicherweise am 1. April 1990, in Namibia bleiben.

Bei der Erfüllung dieser Aufgaben kann sich Ahtisaari auf ziviles und militärisches Personal der UNTAG stützen. Teile dieser UN-Friedenstruppen werden die etwas mehr als 50 im ganzen Land verstreuten UN-Büros betreuen.

1978 hatten Militärexperten, der UNO erklärt, daß eine Truppe von 7500 Mann + 3000 zivile Hilfspersonen für die friedensschützende Funktion ausreichend wären. Die Stärke der SADF (südafrikanische Streitkräfte) in Namibia betrug zu der Zeit 60.000 Mann, die der südafrikanischen Polizei etwa 3.000; außerdem gab es noch etwas weniger als 1.000 bewaffnete UNITA-Guerillas.
Heute, 1989, ist Südafrikas Truppenkontingent in Namibia weitaus größer und wesentlich besser ausgerüstet. Außerdem dienen etwa 30.000 Namibianer in der von Südafrika befehligten South West Africa Territorial Force (Südwest-Afrikanische Streitkräfte). Die südafrikanische Polizei ist auf 8.500 Mann angewachsen. Außerdem gibt es eine neue Truppe, die brutale Antiterroreinheit Koevoet (Brechstange) mit mindestens 3.000 Mitgliedern.

Trotzdem bestanden die 5 ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates darauf, daß die Kosten für das ursprünglich festgelegte Militärkontingent zu hoch seien und verlangten vom UNO-Generalsekretär eine Reduzierung der Truppenstärke. Die SWAPO wie auch die Kirchen Namibias widersetzten sich dieser Reduzierung heftig. Die meisten nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates setzten sich, unterstützt durch die Bewegung der blockfreien Staaten und die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU), für die volle und ursprüngliche Größe der Friedenstruppe ein. Letztendlich legte Perez de Cuéllar einen Kompromißplan vor, der 3 verstärkte bewaffnete Infanteriebataillone anstatt der ursprünglich geforderten 7 vorsah und die Zahl der nach Namibia zu entsenden Truppen auf 4.560 Mann festlegte. Das zivile Polizeikontingent wurde vo

/10

Gossner Mission

350 auf 500 Mann erhöht.
Am 15.2. verabschiedete der Sicherheitsrat eine Resolution, die den Kompromiß des Generalsekretärs autorisierte und ihm das Recht einräumte, zusätzliche Truppen zu verlangen, sollte beim Beobachtungsprozeß etwas schiefgehen.

(nach einem Artikel von John A. Euvenson in "der überblick" 1/89)

SWAPO-Dokument zur Wirtschaft

Die SWAPO hat ein 22-seitiges Wirtschaftsdokument über den "zukünftigen wirtschaftlichen Wideraufbau und die Entwicklung Namibias" veröffentlicht. Nach einem Überblick über die momentane Lage der Wirtschaft, die von südafrikanischen und anderen ausländischen multinationalen Interessen dominiert ist, legt das Dokument SWAPOS Wirtschaftspolitik nach der Unabhängigkeit dar. "Hinsichtlich der nationalen Wirtschaft wird es einen staatlichen, kooperativen, privaten und gemischtwirtschaftlichen Sektor geben". Das Dokument führt weiter aus, daß es "in absehbarer Zukunft nicht zu einer massenhaften Verstaatlichung der Minen, des Grundbesitzes und anderer produktiver Bereiche" kommen wird, obgleich ein "notwendiges Maß nationaler Kontrolle über die Ressourcen des Landes" garantiert sein muß. Zur Frage des Grundbesitzes heißt es in dem Dokument, daß südafrikanischen Statistiken zufolge 48% der Farmen in Händen ausländischer Besitzer sind, die sich nicht im Lande aufhalten. Sie seien "offensichtlich Kandidaten für eine Umverteilung des Grundbesitzes". Mit Blick auf die Fischverarbeitende Industrie wird eine 200-Meilen-Hoheitszone vor der ~~xxxxxxxxxxxx~~ namibischen Küste vorgeschlagen.

Weiterhin spricht sich die SWAPO gegen die angeblich hoffnungslose wirtschaftliche Abhängigkeit Namibias von Südafrika aus. Ein unabhängiges Namibia, heißt es, sei beispielsweise in der Lage, alternative Handelspartner und -routen zu finden und seine Waren zu besseren Bedingungen abzugeben als bisher.

(SWAPO-Rundbrief 1/89 aus "Junge Kirche" 4/89)

9. Bericht der Rechtskommission von Südafrika / Pretorias

Regierungskrise

Eine von der südafrikanischen Regierung eingesetzte unparteiische Kommission, der auch Mitarbeiter des Justizministeriums angehören, hat dazu aufgerufen, die Apartheid vollständig abzuschaffen und in die neue Verfassung universelle Bürgerrechte als Teil eines Bill of Rights aufzunehmen. Die historischen Empfehlungen, die letztendlich zu einer schwarzen Mehrheitsherrschaft führen würden, sind in einem Arbeitspapier der Südafrikanischen Rechtskommission enthalten. Sie wurden dem Justizminister Mr. Kobie Coetsee zur Beurteilung vorgelegt und werden möglicherweise im Parlament verhandelt werden ... Mr. Coetsee beauftragte die Kommission unter Richter P.J.J. Oliver vor 2 Jahren, über (Rassen-) Gruppenrechte und erweiterte Rechte des Einzelnen Untersuchungen anzustellen und Empfehlungen zu geben ... Die von den hohen Richtern und Mitarbeitern der Justiz vorgeschlagenen radikalen Reformen würden nicht nur den Schwarzen gleiches Wahlrecht gewähren, sondern auch die letzten juristischen Bastionen der Rassendiskriminierung ... beseitigen ... Die Kommission zog in Erwägung, allen Bürgern im Alter über 18 Jahre ohne Ansehen der Rasse oder Hautfarbe die gleichen Bürgerrechte zuzuerkennen...

(Times / UK, 11.3.89)

Gossner Mission

Gossner-Mission in der DDR
Solidaritätsdienste
Südliches Afrika

1180 Berlin, Juli 1989
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58

N A M I B I A vor den Wahlen - letzte Schritte zur wahren Unabhängigkeit?

1. Der Hintergrund der Entwicklungen

Seit 1966 ist der UNO-Namibia-Rat die einzig rechtmäßige Verwaltungsinstanz Namibias. Südafrika setzte die widerrechtliche Okkupation dieses profitträchtigen Landes jedoch unter Mißachtung aller Normen des Völkerrechts unbeirrt fort. 1988 wurde die Resolution der Vereinten Nationen Nr. 435 zehn Jahre alt, in der die UNO ihre rechtliche Verantwortung bekräftigt "und den Rückzug der widerrechtlichen Verwaltung aus Namibia und die Übertragung der Macht auf das Volk von Namibia mit Unterstützung der Vereinten Nationen" fordert. Am 30. Oktober 1987 nahm die UNO die Resolution 601 an, die den Generalsekretär bevollmächtigte, "einen Waffenstillstand zwischen Südafrika und der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) auszuhandeln, um die notwendigen administrativen und anderen praktischen Schritte für den Einsatz der United Nations Transition Assistance Group (UNTAG) unternehmen zu können".

Resolution 435

Resolution 601

Obwohl diese Resolution mit 14 Stimmen und einer Stimmenthaltung (USA) angenommen wurde, gab es keine Chance für ihre sofortige Realisierung. Der UNO-Generalsekretär hatte zwar erklärt, daß alle technischen Voraussetzungen für die Durchführung der Resolution 435 geschaffen worden waren, doch sowohl Südafrika als auch die USA hielten an ihrer Forderung fest, daß die kubanischen Truppen aus Angola zurückgezogen werden müßten, bevor die Resolution 435 verwirklicht werden könnte.

sog. "cuban linkage"

Am 22.12.1988 wurden bei den Vereinten Nationen in New York zwei Abkommen unterzeichnet. In dem ersten einigten sich Angola, Kuba und Südafrika über die Durchführung der Resolution 435 für Namibia. Der Beginn des Unabhängigkeitsprozesses wurde für den 1. April 1989 festgelegt. In dem zweiten Vertrag, der zwischen Angola und Kuba abgeschlossen wurde, wird der Rückzug der kubanischen Truppen aus Angola geregelt.

Verträge vom 22.12.88

Warum war Südafrika nach einem 23-jährigen blutigen Krieg in in Namibia nun endlich an den Verhandlungstisch gezwungen worden, nachdem es lange Zeit den Anschein hatte, als sei Südafrika mächtig genug, die illegale Okkupation Namibias und den Krieg in Angola ungemindert fortzusetzen?

Während die Resolution 601 von der UNO angenommen wurde, hatte Südafrika großangelegte militärische Operationen im Süden Angolas begonnen. Der Kampf um die angolanische Stadt Cuito Canavale mit ihrem strategisch wichtigen Flughafen sollte zum Eckstein einer - keineswegs freiwilligen - Wende in der Haltung Südafrikas werden. In diesem größten militärischen Konflikt in Afrika seit dem 2. Weltkrieg verlor Südafrika zum ersten Mal seine Luft-

Kämpfe im Süden Angolas

/2

Gossner Mission

hoheit über Angola. Mehrere tausend südafrikanische Soldaten waren von angolanischen und kubanischen Einheiten eingeschlossen worden, eine katastrophale militärische Niederlage stand bevor. Die wachsende Anzahl der Verluste unter den weißen Soldaten veranlaßte sogar die regierungstreue Niederländisch Reformierte Kirche in Südafrika zu der Frage, warum so viele junge weiße Südafrikaner in einem so fernen Land wie Angola sterben müßten.

Anfang Mai 1988 begannen in London Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten, Angola, Südafrika und Kuba. Kuba und Angola waren bereit, den südafrikanischen Truppen einen freien (und ehrenvollen) Rückzug aus Angola zu gewähren, falls sich Südafrika mit der Durchführung der Resolution 435 einverstanden erklärte. Die Anwesenheit kubanischer Truppen in Angola wäre nicht länger erforderlich, wenn die südafrikanischen Soldaten Angola verließen und sich Namibia auf dem Weg zur Unabhängigkeit befände. Im August/September 1988 konnten sich dann die südafrikanischen Truppen aus Angola zurückziehen, was bedeutete, daß nun noch mehr südafrikanische Soldaten in Namibia stationiert waren.

Südafrikas Rückzug aus Angola

An diesem Punkt der Entwicklungen, seine Truppen aus Angola in Sicherheit wissend, hätte Südafrika die Verhandlungen in altbekannter Weise blockieren können. Warum geschah das jedoch nicht?
Die Versuche, eine politische Alternative zur SWAPO in Form von Südafrika genehmen Parteien in Namibia zu schaffen, waren seit Jahren gescheitert. Aber das war nichts Neues. Der Krieg in Namibia und die Aufrechterhaltung der von Südafrika eingesetzten Marionettenverwaltung wär teuer, sehr teuer. Aber diese Kosten trug Südafrika seit Jahren. Entscheidend wichtig war Ende 1988 die kritische Situation der Ökonomie Südafrikas. Die beschränkten Sanktionen der westlichen Industriestaaten begannen sich auszuwirken, Zudem fielen gerade in dieser Zeit die Goldpreise drastisch. Die Devisenreserven der südafrikanischen Wirtschaft erschöpften sich. Den einzigen Ausweg aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten sah die Regierung in Pretoria darin, durch eine politische Entscheidung die Auswirkungen der Sanktionen zu verringern. Eine "vernünftige" Politik bezüglich Namibias sollte die westlichen Länder davon überzeugen, daß Sanktionen nicht länger notwendig seien.

kritische Situation in Südafrikas Wirtschaft

Südafrika wurde also durch eine Kombination mehrerer Faktoren an den Verhandlungstisch gezwungen. Der wachsende politische Widerstand innerhalb Namibias und der militärische und ökonomische Druck führten dazu, daß Südafrika dem Unabhängigkeitsplan für Namibia zustimmte - mit Sicherheit kein freiwilliger Akt des guten Willens gegenüber dem namibischen Volk.

Aus eben diesem Grund aber ist die Situation in Namibia nach wie vor von vielen Unsicherheiten geprägt. Das Interesse Südafrikas besteht nun nach den Worten seines Außenministers Pik Botha darin, "den Frieden zu gewinnen", zu retten, was zu retten ist. Vor allem will Südafrika verhindern, daß die SWAPO in den Wahlen am 1. November 1989 eine 2/3-Mehrheit gewinnt, denn gewählt wird eine Verfassungsgebende Versammlung, und die zukünftige Verfassung Namibias muß mit einer 2/3-Mehrheit angenommen werden.

"den Frieden gewinnen"

Gossner Mission

2. Gefährdungen des Unabhängigkeitsprozesses

2.1. Konsequenzen für Südafrika

Reaktion der Weißen

Eine mögliche Machtübernahme der SWAPO in Namibia ist für die Apartheidregierung in Südafrika ein ernstes internes Problem, und zwar in zweierlei Hinsicht. Zum einen ist man besorgt darüber, wie die südafrikanischen Weißen darauf reagieren werden, wenn die SWAPO aus dem 23-jährigen Krieg nun doch als Sieger hervorgeht. Man befürchtet ein Anwachsen der Unterstützung der politischen Rechten. Es hört sich merkwürdig an, wenn Vertreter der Konservativen Partei der regierenden Nationalen Partei vorwerfen, sie tue zu viel für die Schwarzen.

Auswirkungen auf den schwarzen Widerstand

Noch viel mehr als dies fürchtet die Regierung Botha/de Klerk allerdings die möglichen Auswirkungen eines Sieges der SWAPO in Namibia auf den schwarzen Widerstand in Südafrika. Wenn die "kleine" SWAPO im Kampf gegen das mächtige Südafrika erfolgreich ist - und die SWAPO ist klein, Namibia hat nur 1,5 Millionen Einwohner, verglichen mit 30 Millionen Südafrikanern - warum sollte dann nicht auch der ANC in Südafrika den Befreiungskampf gewinnen? Die Machthaber in Pretoria glauben, gerade eben den seit 1985 erneut anwachsenden Widerstand der Bevölkerungsmehrheit gebrochen zu haben und wissen sehr wohl um die Zusammenhänge zwischender Unabhängigkeit Mocambiques und Angolas im Jahre 1975 und dem Aufstand von Soweto 1976. Deshalb versucht Südafrika, den Einfluß der Vereinten Nationen in Namibia zu verringern und das Ansehen der SWAPO als siegreicher Befreier so stark wie möglich zu untergraben.

2.2. Die Reduzierung der UNTAG-Truppen

zu hohe Kosten

Der ursprüngliche Plan für die Überwachung des Unabhängigkeitsprozesses sah den Einsatz von 7500 UNTAG-Soldaten und 2000 zivilen Verwaltungskräften für den Zeitraum eines Jahres vor. Trotz der Proteste der SWAPO und des Namibischen Kirchenrates wurde wegen zu hoher Kosten die Stärke der UNTAG-Truppen auf 4650 Soldaten reduziert. Nominell bleiben weitere 2850 in Reserve. Die SWAPO und der Namibische Kirchenrat befürchten, daß damit die UNO nicht in der Lage ist, den Unabhängigkeitsprozeß effektiv zu beobachten. Es hat sich bereits gezeigt, daß die UNO in Namibia zu schwach und nicht bereit ist, Südafrika mit der nötigen Konsequenz entgegenzutreten.

Koevoet

Zum Beispiel sieht der Unabhängigkeitsplan vor, daß die berüchtigte 3000 Mann starke Koevoet-Einheit, die für zahllose grausame Menschenrechtsverletzungen im Norden Namibias verantwortlich ist, aufgelöst werden soll. Die UNO brauchte 2 Monate, bis sie Protest dagegen einlegte, daß Südafrika die Koevoet-Einheit zwar formal auflöste, ihre Mitglieder jedoch in die namibische Polizei einschleuste (vergl. Bericht des UNO-Generalsekretärs vom 27.6.89). Und eben diese Polizei ist, entsprechend der Resolution 435, für die Aufrechterhaltung von "Recht und Ordnung" während der Wahlen verantwortlich.

Zum anderen sieht der Unabhängigkeitsplan ebenfalls vor, daß alle rassistischen Gesetze in Namibia am 1. April

/4

Gossner Mission

abgeschafft werden sollten. Dies geschah jedoch erst vier Wochen später, Anfang Juni. Das bedeutete, daß die Rückführung der etwa 45.000 (Anmerk.: Andere Quellen reden von ca. 80.000 SWAPO-Anhängern im Exil.) SWAPO-Angehörigen, die im Exil leben, erst vier Wochen später als vorgesehen beginnen konnte. Nach dem ursprünglichen Plan sollten alle Flüchtlinge bis Anfang Juli ins Land zurückgekehrt sein, nämlich bis zum Beginn der Registrierungskampagne.

Verzögerungstaktik Südafrikas

2.3. Die Registrierung zu den Wahlen

Wichtiger noch als die Wahlen selbst scheint politischen Beobachtern der Prozeß der Registrierung der Wähler. In Namibia existiert keine Einwohnerkartei, folglich auch keine Liste der Wahlberechtigten. Vor den Wahlen muß also eine solche erstellt werden. Am 3. Juli hat die Kampagne zur Registrierung der Wähler begonnen, die bis zum 15. September abgeschlossen sein soll. Die Bestrebungen Südafrikas zur Heraufsetzung des Wahlalters auf 21 Jahre waren glücklicherweise erfolglos. Wahlberechtigt sind: Jeder, der das 18. Lebensjahr vollendet hat, gebürtige Namibier und deren Kinder sowie Personen, die seit mehr als vier Jahren in Namibia leben. Bürger Südafrikas, die seit vier Jahren ohne Unterbrechung in Namibia leben und eine Erklärung unterschreiben, daß sie nach der Unabhängigkeit in Namibia bleiben werden, können ebenfalls wählen.

Wer kann wählen?

Obwohl die SWAPO sich von 80% der Bevölkerung Namibias unterstützt weiß, nützt dies wenig, wenn diese Unterstützung nichtin Wählerstimmen umgesetzt werden kann. Südafrika beherrscht nach wie vor die Verwaltungsstrukturen Namibias. Es ist fraglich, ob die UNO stark genug ist, den schmutzigen Tricks Südafrikas genügend Widerstand entgegenzusetzen, um wirklich freie und faire Wahlen zu garantieren. Schon jetzt haben sich, wie erwähnt, Verzögerungen im Zeitplan der Rückkehr der Flüchtlinge ergeben.

Südafrika kontrolliert noch immer Verwaltung

Die SWAPO hat die Kirchen gebeten, die Verantwortung für das Rückführungsprogramm zu übernehmen, den aus dem Exil heimkehrenden Menschen Unterkunft, Nahrung und medizinische Betreuung zu gewähren und ihnen dabei zu helfen, ihre Familien wiederzufinden und ein neues Leben in Namibia zu beginnen. Viele von ihnen leben seit mehr als 20 Jahren im Exil.

Rückführungsprogramm der Kirchen

Die praktischen Voraussetzungen dafür sind geschaffen, aber die Auffanglager für die Rückkehrer sind überfüllt. Berichten des Namibischen Kirchenrates zufolge terrorisieren Angehörige der Koevoet im Norden Namibias noch immer die Bevölkerung und bedrohen die Familien von SWAPO-Mitgliedern, die aus dem Exil zurückerwartet werden, so daß die Kirchen im Norden davor gewarnt haben, die Menschen aus den Auffanglagern in diese Region zu entlassen. Viele von ihnen sollen aber als Wahlhelfer der SWAPO eingesetzt werden; eine Verzögerung ihrer Rückkehr beeinträchtigt also nicht unwesentlich die Wahlkampagne der Befreiungsorganisation.

Koevoet

Weiterhin besagen Berichte aus Namibia, daß einer großen Anzahl von UNITA-Angehörigen aus Angola namibische Personaldokumente ausgestellt wurden; außerdem gibt es Gerüchte, nach denen Südafrika versucht, 40.000 Hereros aus Botswana (wohin ihre Großväter vor 80 Jahren vor der

Wahlbetrug?

Gossner Mission

deutschen Kolonialmacht flohen) nach Namibia zu bringen in der Hoffnung, daß auch sie gegen die SWAPO stimmen würden. Bei der auf 800.000 (Anmerk.: Südafrika und die UNO rechnen nur mit ca. 500.000 Wahlberechtigten) geschätzten Anzahl der Wahlberechtigtenin Namibia fallen diese Zahlen, besonders im Hinblick auf eine 2/3-Mehrheit, schon ins Gewicht.

Deshalb hat der Namibische Kirchenrat ein Beobachterprogramm für die Wahlen aufgestellt und die Kirchen in aller Welt gebeten, Vertreter nach Namibia zu senden. Gerade wegen der bereits bekannten und noch zu erwartenden Probleme im Prozeß der Registrierung der Wähler macht sich eine schnelle Reaktion der internationalen ökumenischen Gemeinscha ft erforderlich. Südafrika allerdings versucht auch hier, seine Interessen zu schützen und diese unliebsamen ausländischen Beobachter aus dem Lande herauszuhalten. Visa-Anträge werden zwar nicht abgelehnt, doch einfach nicht bearbeitet. Vertreter der Kirchen der Niederlande warten bereits seit zwei Monaten auf die Beantwortung ihrer Visa-Anträge. In einem Zeitraum von 7 Monaten (von April bis November) kann eine Verzögerung von zwei Monaten viel bedeuten.

Beobachterprogramm der Kirchen

3. Südafrikanischer Kolonialismus oder Freiheit für Namibia

All dies gibt Anlaß zu ernster Besorgnis. Eine Schwäche der Resolution 435 besteht darin, daß sie sich sehr vage darüber ausdrückt, wie es nach den Wahlen in Namibia weitergehen soll. Angenommen, die Pläne Südafrikas gehen auf, könnte man sich etwa folgendes Szenarium vorstellen: Nachdem die Wahlen vom 1. November von der UNO für "frei und fair" erklärt worden sind, beginnt die Verfassungsgebende Versammlung die Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Sollte Südafrika mit seinen Bemühungen Erfolg haben und eine 2/3-Mehrheit der SWAPO verhindern, könnte der südafrikanische Generaladministrator erklären, die Ausarbeitung der Verfassung würde einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen und er sei nicht gewillt, Namibia mit seinen diktatorischen Machtbefugnissen länger zu verwalten. Er könnte daher die Stammesregierungen wieder einsetzen, und die südwestafrikanische Polizei, die nicht vom Rückzug der südafrikanischen Truppen aus Namibia betroffen ist, würde die "Verteidigung" Namibias übernehmen, "nachdem die Resolution 435 verwirklicht wurde". Das Resultat wäre ein von Südafrika lang ersehntes Ziel: Die SWAPO ist zurück im Land, abgeschnitten von einem Großteil ihrer internationalen Unterstützung und ihr militärischer Flügel aufgelöst. Sie könnte als eine unter etwa 20 anderen politischen Parteien behandelt werden. Während der Verhandlungen der Verfassungsgebenden Versammlung (oder deren Meinungsverschiedenheiten) hätten die SWAPO keinen Zugang zu politischer Macht, wohingegen verschiedene tribalistische Parteien (Parteien, die sich auf eine bestimmte Stammeszugehörigkeit stützen) erklären könnten, sie würden das Land mit den wiedereingesetzten Stammesregierungen beherrschen. Südafrika könnte versuchen, diese Situation für etwa zwei Jahre aufrechtzuerhalten, um die SWAPO "zahlenmäßig zu reduzieren", so daß sie nicht als der siegreiche

2/3-Mehrheit entscheidend wichtig!

So darf es nicht kommen!

Gossner Mission

Befreier in Erscheinung tritt - besonders bei den Weißen in Südafrika.
Die Untergrabung des Ansehens der SWAPO in dieser Weise könnte Südafrika ermutigen, eine weitere Wahl in Namibia abzuhalten, diesmal für ein namibisches Parlament. Die Resolution 435 enthält natürlich keine Regelung für die Überwachung einer zweiten Wahl. Es gibt in Namibia ein altes Sprichwort, das besagt: "Um einen Bullen zu schlachten, muß man ihn erst im Kraal haben."

Die Kirchen warnen

Die Warnung des Namibischen Kirchenrates an den UNO-Generalsekretär (und durch ihn an die internationale Gemeinschaft) ist nach wie vor aktuell: "... Wir bitten darum, daß der schrecklich hohe Preis, den die Namibier in ihrem Kampf um Befreiung bezahlt haben, Beachtung findet ... Eine billig erreichte Übereinkunft wird dieser Region unweigerlich astronomisch teuer zu stehen kommen ... Letztendlich steht die Wahl: Südafrikanischer Kolonialismus oder Freiheit für Namibia."

-.-.-.-.-

Zusammenstellung: Dr. Karin Behl, Stralsund

aufgrund folgender Materialien:

- Namibia: The last steps to genuine independence? Konferenzdokument, Harare/Zimbabwe, 3.-4. April 1989
- "Unabhängigkeit" - herausgegeben von ÖRK; Programm zur Bekämpfung des Rassismus, Genf 1989
- Nachschrift eines Referates von David de Beer, Niederlande, gehalten am 2.7.1989 in Stralsund

Über die wichtigen Etappen der Verhandlungen bis zum 22. Dezember 1988 informiert das Papier des Ökumenisch Missionarischen Zentrums/Berliner Mission: "Aktuelle Information Namibia", das beim ÖMZ Georgenkirchstr. 70, Berlin 1017, bestellt werden kann.

Gossner Mission

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 183

1180 Berlin, im April 1989
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58

S Ü D A F R I K A A K T U E L L - Sonderausgabe

Liebe Leserinnen und Leser von "SÜDAFRIKA AKTUELL"!

Die Redaktion der Südafrika-Nachrichten hat sich entschlossen, in einem Sonderheft aktuelle Informationen zu zwei Themen zu bringen: a) die Diskussion um den Mandela-Fußball-Club und b) zu den anhaltenden Hungerstreiks, da diese beiden Themen den Rahmen der bisherigen Südafrika-Aktuell-Ausgaben sprengen würden.
Wir halten die umfassendere Berichterstattung zu diesen beiden Themen für sinnvoll und notwendig und hoffen auf Euer Verständnis und Interesse.

Gleichzeitig möchten wir die Gelegenheit nutzen, Euch anzufragen, ob "Südafrika Aktuell" in der bisherigen Form für Euch/Sie eine brauchvare Hilfe ist, oder was verbessert werden sollte. Wir sind für jeden Hinweis dankbar, eine kurze Karte genügt.

a)
New Nation zum Mandela-Fußball-Club

Wir haben uns an der Legende um Winnie Mandela und ihren Fußballclub nicht beteiligt. Wir haben beschlossen, uns nicht mit hysterischen Berichterstattungen über "den Club" abzugeben, weil wir es für notwendig halten zu warten, bis die Aufklärung des Falles seinen Lauf genommen hat. Die Dringlichkeit des Themas und der angebliche Zusammenbruch dieses Aufklärungsprozesse zwingen uns jedoch, jetzt darüber zu sprechen.
Daß der "Mandela Football X 1" in keiner Weise verantwortlich an der Gemeinschaft gehandelt hat, ist zur Quelle großer Unruhe und zum Ärgernis unter den Menschen geworden. Jede Vereinigung, die beansprucht, unsere Führer zu vertreten, muß sich der Disziplin des Volkes unterwerfen. Das Prinzip der Verantwortlichkeit gewährleistet, daß unsere Organisationen und unsere Führer immer innerhalb eines gegebenen Mandates handeln und so jenen Folge leisten, die sie gewählt oder zur Führerschaft ausgesucht haben.
Nelson Mandela verkörpert das nichtrassistische und demokratische Ideal, für das wir kämpfen und die Hoffenung unseres Landes. Aus diesen Gründen können wir es nicht zulassen, daß sein Name in dieser Art und Weise befleckt wird. Obgleich wir nicht über Winnie zu Gericht sitzen wollen, müssen wir doch feststellen, daß kein Einzelner bedeutender als das ganze Volk sein kann. Ihr "Fußballteam" oder ihre "Leibgarde" sollten aufgelöst werden und sich ebenfalls unserer Führung unterordnen. Wir glauben, daß die Zeit gekommen ist, daß die MDM x) sich des Falles annehmen sollte.

(New Nation Editorial, 16.2.89)

---

x) MDM = Demokratische Bewegung

/2

Gossner Mission

Erklärung der Demokratischen Bewegung Südafrikas zu Ereignissen um Winnie Mandela vom 16.02.1989, 12.30 Uhr

Die heutige Pressekonferenz wurde einberufen, nachdem es in Soweto und überall im ganzen Land zu zahlreichen Protestversammlungen der Bevölkerung gekommen war. Die augenblickliche Kontroverse um Mrs. Mandelas "Fußballclub" ist in den Reihen der Demokratischen Bewegung heiß und intensiv diskutiert worden. Zahlreiche Versuche, diese Angelegenheit beizulegen, sind wenig erfolgreich gewesen.
Wir sind jetzt an einem Punkt angelangt, wo uns keine andere Möglichkeit mehr bleibt, als uns in dieser sehr sensiblen und schmerzhaften Angelegenheit öffentlich zu erklären.
Die Familie Mandela hat stets einen sehr besonderen Platz im Herzen unseres Volkes eingenommen. Mrs. Mandela hat den größten Teil ihrer Ehe in schmerzlicher Trennung von ihrem Mann verbringen müssen - zuerst während Nelson Mandela für den verbotenen ANC im Untergrund arbeitete und später während seiner Haft nach dem Rivonia Prozeß.

Zu jeder Zeit mußte sie ihre Kinder allein erziehen, was durch sich über lange Zeit erstreckende Ausgehverbote, Inhaftierungen und die grausame Verbannung nach Brandfort erschwert wurde. Wir erkennen dankbar ihren Beitrag zum Befreiungskampf an.

In den letzten Jahren hat das Verhalten von Mrs. Mandela in zunehmenden Maße dazu geführt, sie mit Teilen der unterdrückten Bevölkerung und mit der Demokratischen Bewegung insgesamt in Konflikt zu bringen. Der letzte Konflikt konzentrierte sich weitgehend auf ihren sogenannten Fußballclub, dessen Verhalten in Soweto allgemein verurteilt wurde. Insbesondere haben die Terroraktionen, mit denen der Club in Verbindung gebracht wird, bei uns Empörung und Entsetzen hervorgerufen. Mrs. Mandela steht mit dem Fußballclub nicht nur in enger Verbindung, sondern sie hat ihn selbst ins Leben gerufen.

Wir sind der Ansicht, daß Mrs. Mandela das Vertrauen, das ihr seit vielen Jahren entgegengebracht wurde, mißbraucht hat. Sie ist keiner der demokratischen Organisationen, weder der UDF (United Democratic Front) noch des COSATU-Gewerkschaftsverbandes als Mitglied beigetreten, und sie hat oft ohne Rücksprache mit der Demokratischen Bewegung gehandelt. Ihr Verhalten hat häufig Geist und Grundsätze der Demokratischen Bewegung schwer verletzt.

Zahlreiche Bemühungen sind unternommen worden, um den Konflikt zwischen Mrs. Mandela und der Bevölkerung beizulegen. Der letzte Versuch war die Bildung eines Krisenkomitees, dem einige unserer fähigsten und geachtetsten Mitglieder angehörten. In jedem einzelnen Fall hat Mrs. Mandela eine Zusammenarbeit verweigert und hat es vorgezogen, Gefühle und Interessen der Bevölkerung zu mißachten.

Die Demokratische Bewegung hat stets kompromißlos gegen jegliche Verletzung der Menschenrechte, von welcher Seite auch immer, gekämpft. Wir sind nicht bereit, angesichts derer zu schweigen, die Menschenrechtsverletzungen begehen und für sich beanspruchen, dies im Namen des Kampfes gegen die Apartheid zu tun.

Wir sind empört über Mrs. Mandelas Mitschuld an den kürzlichen Entführungen und an dem Überfall auf Stompie. Wären Stompie und seine drei Freunde nicht von Mrs. Mandelas Fußballclub entführt worden, wäre Stompie heute noch am Leben.

Die Demokratische Bewegung distanziert sich hiermit von Mrs. Mandela und ihren Aktivitäten.

Wir appellieren an unser Volk, insbesondere an die Bewohner von Soweto, diese Trennung in würdiger Form zu vollziehen.

/3

Gossner Mission

Wir ergreifen die Gelegenheit, um unsere rückhaltlose Unterstützung für Nelson Mandela erneut zu bekräftigen und fordern seine sofortige Freilassung.

Die mit diesem "Fußballclub" und selbst mit Angehörigen seiner Familie in Zusammenhang gebrachten Ereignisse dürfen niemals benutzt werden, um die hohe Achtung zu untergraben, die wir "Comrade Nelson" noch immer entgegenbringen.

Erklärung des Afrikanischen Nationalkongresses vom 18.2.1989

Ernsthafte Entwicklungen, die die Aktivitäten der Gruppe betreffen, die als Mandela-Fußball-Klub bekannt ist, haben tiefe Betroffenheit innerhalb der demokratischen Massenbewegung und der kämpfenden Menschen hervorgerufen.
Der ANC teilt die Betroffenheit der Menschen und versucht, schon seit geraumer Zeit, eine akzeptable Lösung des Problems zu finden. Im Licht der Berichte über seine Aktivitäten der letzten Zeit hat unsere Organisation, in Ergänzung zu den Initiativen der führenden Persönlichkeiten der demokratischen Massenbewegung, versucht, ihren Einfluß geltend zu machen und die Auflösung der Gruppe zu betreiben. Unglücklicherweise hat Genossin Winnie Mandela unseren Rat nicht befolgt. Die Situation hat sich dadurch verkompliziert, daß sie zu keiner Struktur gehört und dadurch auch keinen Nutzen aus der Disziplin, dem Rat und dem Zusammenhalt der demokratischen Massenbewegung zieht.

Unter diesen Umständen blieb sie für die begangenen Fehler, die der Feind ausgenutzt hat, offen und verwundbar. Ein solches Beispiel ist zum Beispiel mit dem sogenannten Mandela-Fußball-Club gegeben. Im Verlaufe der Zeit hat sich der Club unangemessene Aktivitäten erlaubt, die unter der Gemeinschaft Angst verursacht haben. Wir verstehen die Angst der Menschen und ihrer Organisation vor diesem Club vollkommen. Wir haben gute Gründe zu glauben, daß der Club vom Feind infiltriert worden ist und daß ein Großteil seiner Aktivitäten von der Hand des Feindes gesteuert wurden, um Zwietracht innerhalb der Gemeinschaft zu säen und den Namen von Nelson Mandela und der Organisation, deren Führer er ist, zu diskreditieren.
Unsere Menschen sollten dies nicht erlauben. Der ANC ruft die Menschen auf, die Reihen zu schließen und die größtmögliche Wachsamkeit gegenüber den niederträchtigen Machenschaften des Feindes zu üben. Unsere Position ist die, daß das Problem, das durch die Aktivitäten des Mandela-Fußball-Clubs entstanden ist, durch die gesamte demokratische Bewegung selbst, auf der lokalen und nationalen Ebene, gelöst werden kann und gehört werden muß. Das muß in der kürzest möglichen Zeit geschehen.

Um dies zu ermöglichen, ist es notwendig, daß Genossin Winnie Mandela Hilfe erfährt, damit sie ihren Weg in die Strukturen und die Disziplin der demokratischen Massenbewegung findet. Es wird von höchster Wichtigkeit sein, daß sie mit all denen kooperiert, die an der Lösung des Problems beteiligt sind.
Wir vertrauen darauf, daß die demokratische Massenbewegung ihre Türen für sie öffnen wird, im Interesse unserer Menschen und des Kampfes.
Es besteht die Notwendigkeit, ein Klima zu schaffen, in dem alle Probleme, denen sich die Gemeinschaft gegenübersieht, einschließlich des schlimmen Todes von Stompie Mocketsi Scipei (einem engagierten jungen Löwen, der einen großartigen Beitrag zur Mobilisierung unserer Jugend und der Menschen im Kampf geleistet hat) diskutiert werden können, um die Einheit zu fördern anstatt dem Feind zu erlauben,

/4

Gossner Mission

Probleme zu seinen Zwecken zu gebrauchen. Der ANC nutzt diese Gelegenheit, um sein tiefempfundenes Mitgefühl gegenüber den Eltern, den Verwandten und der Gemeinschaft von Stompie Mecketsi Scipei auszudrücken.

Mit einem Gefühl tiefer Trauer sehen wir es als notwendig an, unsere Zurückhaltung gegenüber Winnie Mandelas Beurteilung des Mandela-Fußball-Clubs auszudrücken. Wir sollten freilich nicht vergessen, daß Genossin Winnie Mandela viel durchmachen mußte und einen immensen Beitrag im Befreiungskampf geleistet hat. Sie hat nicht nur den Schmerz der mehr als ein viertel Jahrhundert andauernden Trennung von ihrem Mann erlitten, sondern auch ständig Verfolgung durch die Hände des Regimes wie Verbannung, Verhaftung, Folter und andauernde Belästigung erfahren, und das über einen Zeitraum von mehr als 2 Jahrzehnten. Als jemand, der den Namen Mandela trägt, aber auch als eigenständige Persönlichkeit, ist sie mehr und mehr zu einem der Symbole des Widerstandes gegenüber der rassistischen Tyrannei sowohl im Inland als auch im Ausland geworden.

Wir glauben fest, ohne schon jetzt ein Urteil zu all den Fragen abzugeben, die im Zusammenhang mit dem Problem entstanden sind, daß die Fehler, die gemacht worden sind, einerseits auf dem Hintergrund ihres umfassenden Beitrages gesehen werden sollten und andererseits auf d[illegible] der Aktivitäten des Feindes. In diesem Licht sehen wir es als wichtig an, daß die Bewegung als ganze eine ausgewogene Haltung gegenüber dem entstandenen Problem einnimmt.

Der ANC seinerseits wird weiterhin für die Einheit unseres Volkes arbeiten, und wir haben keinen Zweifel, daß all jene, die sich daran beteiligen, das Problem zu lösen, das im wirklichen Interesse unseres Kampfes tun.

Aus einem Fernseh-Interview mit Winnie Mandela in Radio BBC(London) vom 22.2.89 zu den Ereignissen um den sog. Fußball-Club

Winnie Mandela bedauert die ganze Affäre und sagt: "Ich bin sehr betroffen davon, daß sich Loyalitäten mit einem bloßen Fingerschnipsen verändern können. Ich bin erstaunt darüber, daß politische Loyalitäten nicht eineeinfache Probe bestehen können... daß man sich überhaupt vorstellen kann, daß ich für den Mord an einem Kind verantwortlich sein könnte, nachdem ich mein ganzes Leben gegen diese Ungerechtigkeiten gekämpft habe ..."

Befragt nach ihrem Verhältnis zum ANC antwortet Winnie Mandela: "Ich bin Mitglied des Afrikanischen Nationalkongreß und bin immer Mitglied des Afrikanischen Nationalkongresses gewesen. Ich hatte keine Krise mit dem ANC,und was für Ärger ich auch immer hatte, er richtete sich niemals gegen den Afrikanischen Nationalkongreß. Ich stand niemals im Widerspruch zum Afrikanischen Nationalkongreß. ...
Ich bin mir dessen bewußt, daß die gegenwärtige Situation sehr viele Dimensionen hat. Ich bin mir der Tatsache bewußt, daß möglicherweise die Idee dahintersteckt, auf diese Weise die politische Situation in den schwarzen Gemeinschaften zu destabilisieren ...
Es würde der Regierung nützlich sein, Genossen Mandela in dieser gegenwärtigen politischen Situation freizulassen. ..."

Leitartikel der New Nation

Der Staat hat die gegenwärtigen Spannungen in der schwarzen Gemeinschaft um den sogenannten Mandela-Fußball-Club für harte Angriffe gegen die demokratische Bewegung ausgenutzt und versucht, aus der ganzen Affäre moralischen Gewinn zu ziehen. Der lange vergessene

/5

Gossner Mission

Craig Williamson wurde plötzlich'aus dem Klosett herausgezogen' und verbreitete sich sofort darüber, wie die'Kinder der Gewalt' anfangen, ihre 'Mentoren zu verschlingen'.

Damit wir es nicht vergessen: Die Eltern der Gewalt in diesem Land sind die Apartheidstrukturen. Wie hart auch immer die Agenturen des Staates sich abmühen, sie können die Welt nicht davon überzeugen, daß die Gewalt in unserem Land keine konkrete soziale Basis hat. Die Gewalt, deren Zeugen unsere Menschen werden, ist ein Produkt der Apartheid. Der Versuch, die unglücklichen Umstände um den Club auszunutzen, geht einfach an der eigentlichen Frage vorbei:

Uns ist klar, daß es eifrige Versuche gab , das Feuer um diese Ereignisse zu schüren in der Hoffnung, es möge sich entzünden und eine ähnliche Situation wie in Pietermaritzburg entstehen. Daß dies bisher nicht geschehen ist, ist zu einem großen Teil denjenigen mutigen Demokraten zu verdanken, die versucht haben, eine ehrliche Lösung herbeizuführen. Nachdem dies gesagt ist, laßt uns hinzufügen, daß das Debakel, vor dem wir gegenwärtig stehen, durch nationale, disziplinierte und verantwortliche Aktionen vermeidbar gewesen wäre.

Im Kampf sind wir alle gleich, der gleichen rigorosen Disziplin unterworfen. Davon eine Ausnahme machen zu wollen, käme dem Zusammenbruch unserer gemeinsamen Anstrengungen gleich. Und dies weigern wir uns zu tun.

(New Nation, 23.2.89)

Nelson's Botschaft an Winnie

Nelson Mandela hat seine Frau dringend gebeten, sich den progressiven Organisationen anzuschließen und "das Vertrauen des Volkes durch harte Arbeit zurückzugewinnen". Er hat sie gebeten, keine Erklärungen vor der Presse oder öffentlichen Versammlungen abzugeben, sondern ihre Reputation durch "grassroots"-Arbeit zurückzugewinnen. Mandelas Rat an seine Frau steht im Zusammenhang mit dem Versuch, der demokratischen Bewegung M.M, Winnie in ihren Reihen zu integrieren.

(South, 2.3.89)

X X X X X X X

b)

Der Hungerstreik dehnt sich aus

Der Hungerstreik südafrikanischer Gefangener - er umfaßt jetzt 300 Teilnehmer, 7 von ihnen sind im Krankenhaus - entwickelt sich zu einer Krise für die Regierung ... Ärzte sagten gestern, daß die Streikenden einen Zustand erreichen, in welchem sie bleibende Gesundheitsschäden erleiden könnten. Ebenfalls gestern verkündeten 42 Rechtsanwälte, die die Streikenden repräsentieren, daß sie ein Fasten in Solidarität mit ihren Klienten beginnen. Sie werden 48 Stunden nichts essen. "Wir sind überzeugt, daß unsere berufliche Verantwortung diese Aktion von uns verlangt, und wissen, daß viele unserer Kollegen in allen Branchen des Rechtswesens unser Tun befürworten und unterstützen", sagten die Rechtsanwälte. Einer der 9 ehemaligen Gefangenen, die nach der Teilnahme am Hungerstreik freigelassen wurden, Patrick Mphego, sagte gestern auf einer Pressekonferenz: "Der Hungerstreik wird so lange fortgeführt wie unsere Leute im Gefängnis sitzen" ...

(Weekly Mail, 10.2.89)

/6

Gossner Mission

Befreit alle Gefangenen

Als der Südafrikanische Jugendkongreß (Sayco) bei seiner Gründung im vergangenen Jahr den Slogan "Freiheit oder Tod" annahm, hätten wenige gedacht, daß er so bald und so hart getestet würde ...
Unter den Hungerstreikenden befindet sich fast die gesamte nationale Führerschaft dieser Organisation, die bei ihrer Gründung Anfang 1987 500.000 Mitglieder vereinigte... Einige der Hungerstreikenden sind weit entfernt, "Junge Löwen" zu sein, wie Sayco-Mitglieder oft genannt werden. Viele sind alt, einige sind krank. Ihre Teilnahme am Hungerstreik - in dem Wissen, daß sie ohne Nahrung nicht lange durchhalten werden - kann nicht als eine "von außen gesteuerte Propaganda-Kampagne" angesehen werden. Ihre Beteiligung ist offensichtlich ein Ausdruck der Verzweiflung, um aus dem Gefängnis entlassen zu werden, denn es ist keine Ende des Ausnahmezustandes in Sicht.
"Viele von diesen Menschen sind seit mehr als 2 Jahren in Haft, und jeder legale Weg ist ihnen durch die Regelungen des Ausnahmezustandes verschlossen", sagte Schwester Bernard Ncube, Präsidentin der Föderation der Frauen von Transvaal. In Port Elizabeth betrifft das UDF-Präsident Edgar Ngoyi, 64, Vice-Präsident Henry Fazzie, 67, und die Führerin der Frauenorganisation von Port Elisabeth, Ivy Gcina, 57.

(South, 16.2.89)

Einige Kirchenführer kamen gestern von einem 150-minütigen Treffen mit Adriaan Vlok (Justizminister) zurück und sagten, daß eine "beträchtliche Anzahl" von Gefangenen in den nächsten 14 Tagen freigelassen werden würde. Sie riefen die Hungerstreikenden - die gefordert hatten, entweder angeklagt oder freigelassen zu werden - auf, ihr Fasten für diesen Zeitraum einzustellen. Nach Aussagen der Rechtsanwälte befinden sich 21 Gefangene im Krankenhaus, nach inoffiziellen Berichten sind es 40...

Erzbischof Desmond Tutu, einer der Kirchenvertreter, die den Minister trafen, sagte: "Wir wollen vermeiden, die Sprache des Sieges zu verwenden. Für uns wird der Sieg kommen, wenn alle Gefangenen freigelassen sind." Aber er fügte hinzu: "Eine sehr bedeutende Bewegung ist entstanden durch gewaltlose Aktion"...

Vor 2 Wochen hatten die Langzeitgefangenen - einige von ihnen sind seit 32 Monaten im Gefängnis - kaum Aussicht auf Freilassung. Sie hatten ihre legalen Mittel ausgeschöpft und sahen sich mit der Möglichkeit konfrontiert, so lange im Gefängnis zu sitzen wie der Ausnahmezustand andauert, vielleicht für Jahre. Jetzt scheint es so, daß die meisten der 800 - 1000 Gefangenen des Ausnahmezustandes freigelassen werden, sie werden jedoch wahrscheinlich stark eingeschränkt sein ...

Einzelne Führer wie Dr. Allan Boesak und Gruppen wie die Rechtsanwälte, Black-Sash-Mitglieder, Ärzte unter der Schirmherrschaft der Nationalen Medizinischen und Zahnmedizinischen Vereinigung, die Vereinigung Demokratischer Journalisten und Studenten der Nationalen Vereinigung Südafrikanischer Studenten haben Sympathiestreiks durchgeführt, einige für 48 Stunden, andere für unbestimmte Zeit. Die Kirchenführer sagten: "... Unser Ziel ist die Freilassung aller Gefangenen, und dann werden wir fortfahren, die Strukturen der Apartheid in Südafrika zu verändern." Tutu sagte: "Die Delegation erhob die Rettung des Lebens der Hungerstreikenden zu ihrer wichtigsten Forderung. Unsere zweite Forderung war die Freilassung aller Gefangenen.

/7

Gossner Mission

Wir wiesen darauf hin, daß unsere Ablehnung der Inhaftierungen ohne Gerichtsurteil prinzipieller Natur sei und daß grundsätzlich das ganze Konzept der Apartheid angegriffen wird. Vlok erklärte den Kirchenführern, daß er mit ihnen darin übereinstimme, daß der Tod der Hungerstreikenden Konsequenzen haben würde, die zu entsetzlich seien, um darüber nachzudenken..."

(Weekly Mail, 17.2.89)

Aus einem Brief von Rev. Allan Boesak an den südafrikanischen Justizminister Adriaan Vlok

Herr Minister,
heute morgen habe ich mich an die Seite derer gestellt, die im Gefängnis in den Hungerstreik getreten sind. Unsere Brüder und Schwestern im Hungerstreik wurden in der Stille der Nacht gefangen genommen und ohne Anklage eingekerkert. Die meisten grundlegenden Menschenrechte wurden ihnen genommen. Sie dürften keinen Besuch von Rechtsanwälten, Geistlichen oder ihrer Familie bekommen. Eine Zuflucht zu den Gerichten gibt es nicht, ihre Rechtsanwälte sind machtlos, das Gesetz selbst ist unwirksam geworden, in Wahrheit haben Sie das Gesetz außer Kraft gesetzt. Sie haben entschieden, daß Sie allein das Recht haben, sie schuldig zu sprechen; wegen welcher Verbrechen wissen weder Sie noch wir. Sie haben Ihrer Polizei die Macht gegeben, sie für Monate oder in einigen Fällen jetzt sogar für Jahre in Gefangenschaft zu halten.

Sie und Ihre Regierung und die Menschen, die Sie wählen, haben ein System der systematischen Ausbeutung, Unterdrückung und Erniedrigung geschaffen, dessen einziger Maßstab Ihre eigenen Privilegien sind. Sie sind absichtlich und gleichgültig auf den Rechten und der Würde von Millionen herumgetrampelt, ohne mit der Wimper zu zucken. Sie haben Gesetze erlassen, die die Gesetze Gottes zum Gespött machen. Wenn wir protestieren, haben Sie uns bedroht, gequält, mit Tränengas beschossen, geschlagen, eingesperrt, in Gefangenschaft gehalten und getötet. Sie haben einen Ausnahmezustand ausgerufen, unter dem Sie sich selbst und Ihrem Sicherheitsapparat fast grenzenlose Macht gegeben haben.

Die Reformen sind gescheitert. Die Brutalität des von Ihnen geschaffenen Systems, die Gewalt, die Sie anwenden müssen, um Ihr Regime am Leben zu halten, hat versagt. Und für dieses Versagen machen Sie uns verantwortlich. Darum macht Ihre Regierung die Presse mundtot und verbietet Zeitungen. Darum bricht Ihre Polizei in Gottesdienste ein. Darum verhaften Sie so viele, einschließlich Kinder, ohne Anklage. Und Verhaftung ohne Anklage ist einer der Wege, auf denen Sie ständig versucht haben, uns zur Unterwerfung zu zwingen, unseren gerechten Widerstand zu brechen. Und die ganze Zeit haben Sie versucht, das miserable Versagen zu verstecken, diese düstere menschliche Tragödie, zu der Apartheid geworden ist.

Warum stelle ich mich so an die Seite der Hungerstreikenden? Weil ich auch ein Opfer willkürlicher Verhaftung war. Aus erster Hand kenne ich den Schmerz und die Ungewißheit, den Schrecken der Einzelhaft und die unaussprechliche Herabwürdigung und Angst, die das mit sich bringt. Weil meine Kirche so eindeutig gesprochen hat und ich in den Schreien der Qual, die aus Ihren Gefängnissen kommen, die Stimme Gottes höre, der seine Kirche aufruft, mit Solidarität, Liebe und Zeugnis zu antworten. Weil das Bekenntnis von Belhar sagt, wir sollten stehen, wo Gott steht, nämlich auf der Seite der Stimmlosen, denen Ungerechtigkeit angetan wird. Weil christliches Zeugnis ohne Handeln nichts bedeutet. Weil christliches Zeugnis ohne Gehorsam die Freude wahrhafter christlicher Nachfolge vermissen läßt ...

/8

Gossner Mission

Fasten bis zum Tod ist nicht mein Teil meiner religiösen oder kirchlichen Tradition. Mein Leben absichtlich in Gefahr zu bringen, ist unverantwortlich, dachte ich bis jetzt. Das mag so sein. Aber ich kann nicht tatenlos dabeistehen und denjenigen zusehen, die für Gerechtigkeit in Südafrika kämpfen und sich selbst zu Tode hungern. Niemand von uns möchte sterben. Aber wenn das der Weg ist, den wir gehen müssen, um Ihnen und Ihrer Regierung das Unheil Ihres Weges verständlich zu machen, werden wir ihn gehen. Nicht frühlich, nicht mit Stolz, sondern mit Angst und Zittern.

Es war nicht leicht für mich, zu dieser Entscheidung zu kommen. Aber ich weiß jetzt, was Gott will, das tue ich. Ich kann nur hoffen und beten, daß Sie wissen, was Gott von Ihnen erwartet.

Hochachtungsvoll
Reverend Dr. Allan Boesak
13. Februar 1989

Der Hungerstreik geht weiter

Die Krise um den Hungerstreik geht weiter. Obwohl die große Mehrheit der fast 300 Fastenden ihren Streik beendet hat, taten einige dies nicht, andere begannen neue Streiks, und der Zorn über die geringe Anzahl der Haftentlassungen wächst. Das Klima wurde in dieser Woche durch eine Anzahl neuer Verhaftungen, vor allem in Soweto, angeheizt.
In dieser Woche:

- wurde berichtet, daß vier Gefangene unter den Gesetzen des Ausnahmezustandes im Gefängnis von Modderbee nahe Benani, 18 in Pietersburg und 104 in Pietermaritzburg immer noch nichts essen;
- Der Protest, so wird berichtet, weitet sich auf Gefangene, die nicht unter den Gesetzen des Ausnahmezustandes verhaftet worden waren, aus. 18 Häftlinge, die im John Vorster Square nach Section 29 des Gesetzes über die innere Sicherheit gefangen gehalten werden, nehmen keine Nahrung mehr zu sich;
- Acht verurteilte politische Häftlinge in Umtana begannen ein Fasten und erhoben leidenschaftliche Forderungen nach Verbesserung ihrer Haftbedingungen in dem Gefängnis der Transkei;
- 16 Menschen aus Soweto wurden in dieser Woche verhaftet, darunter sechs Studenten der Madibane-Hochschule. Dagegen ist bisher nur die Entlassung von vier Häftlingen aus Soweto bekanntgeworden.

... Mach Berichten aus London hat der Hungerstreik dort große öffentliche Aufmerksamkeit hervorgerufen. Fünf Exil-Südafrikaner, vier davon ehemalige Häftlinge, demonstrierten letzte Woche vor der südafrikanischen Botschaft mit einem 24-stündigem Fasten. ...
In der westlichen Kapprovinz beginnen ab heute zwölfstündige Fastenaktionen , an denen sich abwechselnd Mitglieder von Arbeiter- und Bürgerorganisationen, religiösen Organisationen, Sport- und Gemeindeorganisationen beteiligen. Die Aktion dauert bis zum 2. März. Eine Anzahl von Gottesdiensten wurde ebenfalls angekündigt, welche heute beginnen und in einem großen Gottesdienst am Dienstag in der St. Georgs-Kathedrale gipfeln werden...

(Weekly Mail, 24.2.89)

/9

Gossner Mission

Gefangene, die sich im Hillbrow Hospital von ihrem Hungerstreik erholen, haben erklärt, daß sie sich allen Versuchen des Ministers für Recht und Ordnung und der südafrikanischen Polizei, sie ins Gefängnis zurückzubringen, widersetzen werden. Dies steht im Zusammenhang mit der Rückführung des Bildungsfunktionärs des Südafrikanischen Jugendkongresses (SAYCO), Ephraim Nkwe, in das Johannesburger Gefängnis am Dienstag - einen Tag bevor am Obersten Gericht ein dringender Antrag auf seine Entlassung gestellt wurde ...

(New Nation, 23.2.89)

Dutzende Gemeindeorganisationen und Gewerkschaften erklärten sich solidarisch mit dem Hungerstreik. Darunter befinden sich ... der Kongreß der Südafrikanischen Gewerkschaften (COSATU), der Südafrikanische Kirchenrat, die Katholische Bischofskonferenz, die Nationale Vereinigung der Ärzte und Zahnärzte, die Nationale Union südafrikanischer Studenten, die Menschenrechtskommission, die Frauenföderation Transvaals, Black Sash und das Forum der Fünf Freiheiten (Five Freedom Forum). Landesweit beteiligten sich hunderte Menschen an einem Solidaritätsstreik.

Allein in Natal starteten zweiunddreißig Organisationen einen Solidaritätsstreik. Etwa 200 Journalisten folgten dem Aufruf der Vereinigung demokratischer Journalisten zu einem Solidaritätsstreik. 'Während dieser Zeit der Prüfung haben die Gefangenen eine feste Einheit gezeigt', sagte der Gemeindeführer und ehemalige Gefangene Murphy Morobe ...

In der ganzen Welt haben Anti-Apartheid-Organisationen Protestaktionen vor südafrikanischen Botschaften durchgeführt.

Der Hungerstreik schlängelte sich durch das Netz der Medienbeschränkungen und hat Südafrika in dramatischer Weise wieder auf die internationale Tagesordnung gesetzt. 'Die ganze Welt beobachtet dies', erklärte Morobe. 'Die Krise ist noch lange nicht vorüber ...'

(New Nation, 23.2.89)

Sandile Thusi: 38 Tage im Hungerstreik

Die Gefahr, daß Sandile Thusi aus Durban innerhalb der nächsten 10 Tage an den Folgen des Hungerstreiks sterben kann, ist nicht ausgeschlossen, warnen die Ärzte. Aber die Art und Weise, in der sich der Minister für Gesetz und Ordnung - Adriaan Vlok - mit den Forderungen der Gefangenen auseinandersetzt, läßt keine Anzeichen von Dringlichkeit erkennen. Sandile Thusi (26 J.) befindet sich in sehr schlechter Verfassung. Er ist von den 650 Gefangenen, die ihre Freilassung fordern, am längsten im Hungerstreik.
Die Menschenrechtskommission warnte, daß der Tod auch nur eines Gefangenen größere Auswirkungen hat als der Tod von Steve Biko.
Vor knapp 10 Tagen sagte Thusi zu einem Besucher, daß 'die Menschen erst aufwachen werden, wenn einer der Hungerstreikenden stirbt'.

(New Nation, 22.3.89)

/10

Gossner Mission

Kampf um Aufhebung der Restriktionen

... Dr. Valli Moosa, ein Exekutivmitglied der UDF, sprach über die Restriktionen, mit denen über 500 der 580 freigelassenen Gefangenen des Hungerstreiks belegt worden sind. Viele der befreiten Gefangenen nach der Hungerstreikwelle im Februar stehen unter Hausarrest, welcher sie daran hindert, arbeiten zu gehen. In vielen Fällen müssen sie sich 2 X täglich bei der Polizei melden, was für jene, die von der Sicherheitspolizei mißhandelt worden sind, eine traumatische Erfahrung darstellt.

Erfolge sind da zu verzeichnen, wo es gelingt, auf nationaler und internationaler Ebene auf diesen Zustand aufmerksam zu machen, um so die Regierung zu zwingen, die Restriktionen für Personen als auch Organisationen aufzuheben.

(Times/UK, 23.3.89)

Gossner Mission

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 183

1180 Berlin, im April 1989
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58

S Ü D A F R I K A - A K T U E L L 16

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC herausgegebenen "Newsbriefing" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalkongresses oder die unsere.

Gesetz über ausländische Geldmittel

In Anti-Apartheid-Kreisen verstärken sich die Befürchtungen, daß der Widerstand gegen das Gesetz über die Offenbarung der Herkunft ausländischer Geldmittel zu spät gekommen ist, um seinen Einzug ins Gesetzbuch zu verhindern. Wenn es in Kraft tritt, läuten damit die Totenglocken für Anti-Apartheid-Organisationen innerhalb des Landes, die von ausländischen Geldern abhängig sind. Das neue Gesetz, das von Rechtsexperten als die 'sanierte' Version seines Vorgängers, des 'Promotion of Orderly Internal Politics Bill' (wörtlich: Gesetz zur Förderung einer ordentlichen Innenpolitik; vgl. Südafrika-aktuell Nr. 12, S. 7, Anm. d. Red.) bezeichnet wird, wurde am letzten Freitag im Parlament verhandelt. Das genannte Gesetz war nach starken Protesten fallengelassen worden. ...

Alles deutet darauf hin, daß die Regierung das Gesetz so schnell wie möglich in Kraft gesetzt sehen will. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger nimmt das neue Gesetz keinen speziellen Bezug auf politische Aktivitäten, die an die Kandare zu nehmen sind. Es ist ganz ungewöhnlich, daß keine Hinweise auf den beabsichtigten Zweck des Gesetzes gegeben werden. Es wird lediglich als ein Mechanismus zur Regulierung des Empfanges ausländischer Gelder beschrieben ...
Indem es die Betonung von der Kontrolle der Gelder auf die Offenbarung ihrer Quellen und Details ihrer Verwendung verlagert, präsentiert sich das neue Gesetz im Vergleich zu dem alten mit einem höflichen Gesicht.

Darin liegt nach Ansicht von Rechtsexperten seine größte Gefahr. Es existieren bereits Gesetze, die ausländische Gelder kontrollieren ... Die unklaren Formulierungen des neuen Gesetzes ermöglichen dem Staat - ausgerüstet mit der Macht zu Nachforschungen, Beschlagnahmungen von Dokumenten und Verhören von Funktionären der Organisationen -, eine Vielzahl vertraulicher Informationen zu sammeln.

(Weekly Mail, 24.2.89)

1. ANC-Aktivitäten

Rechtsanwälte treffen den ANC

Rechtswissenschaftler aus Südafrika und eine Delegation führender Persönlichkeiten des ANC diskutierten in dieser Woche auf einer Konferenz in Harare die Notwendigkeit eines "Bill of Rights" in der

/2

Gossner Mission

Post-Apartheid-Gesellschaft. Desweiteren müssen Rechtsmittel zum Schutz der Menschenrechte während des Kampfes um eine Post-Apartheid-Gesellschaft gefunden werden. Frederick van Zyl Slabbert, Kodirektor des Instituts für eine Demokratische Alternative Südafrikas (Idasa) erklärte, die Konferenz wäre bestimmt gewesen durch die Diskussion von Rechtsmitteln, die von Rechtsanwälten und anderen demokratischen Organisationen angewandt werden können, das Übermaß an Macht der südafrikanischen Regierung während der Übergangsperiode einzuschränken.

Eine entscheidende Frage der Debatte unter den Delegierten bestand darin, wie die "Menschenrechtskultur", die von Anti-Apartheid-Organisationen entwickelt wurde, zur Schaffung eines neuen Systems der Rechtssprechung in Südafrika verwandt werden könnte.

Der letzte Teil der Konferenz wird der Diskussion über die Beziehung all dessen zu den neuen Verfassungsrichtlinien, die der ANC im letzten Jahr angenommen hatte, gewidmet sein. Der Delegation des ANC auf dieser Konferenz, die auf Ersuchen südafrikanischer Rechtswissenschaftler von Idasa organisiert worden war, gehörte Albie Sachs an, Mitglied der Rechtsabteilung des ANC, der im vergangenen Jahr in Maputo einen Mordanschlag überlebte. Weitere Programmpunkte seien die Forderung des ANC nach dem Status von Kriegsgefangenen für seine Kämpfer und die Rolle einer freien Presse bei der Einschränkung der Menschenrechtsverletzungen während des Ausnahmezustandes gewesen, sagte Van Zyl Slabbert.

Weitere Fragen waren die ungleiche Verteilung von Land in Südafrika und Mittel, die Rechtsanwälte anwenden können, um die zu verändern...

(Weekly Mail, 3.2.89)

o

Studenten südafrikanischer Universitäten dürfen bald über die Verfassungsideen des gebannten ANC unterrichtet werden. Ein Jura-Professor der Universität Witwatersrand, Johann van der Vyver, sagte, er beabsichtige, seine Studenten mit den kürzlich vom ANC- publizierten "Verfassungsrichtlinien für ein befreites Südafrika" bekanntzumachen. 'Ich denke, es ist wichtig, daß jeder in Südafrika von der Linie des Denkens des ANC Notiz nehmen sollte, welcher nach meiner Ansicht ein wichtiger Teilnehmer einer endgültigen Übereinkunft sein wird.'

(Guardian/UK, 3.2.89)

o

Dr. Asvat ermordet

Bis jetzt ist kein einziges eindeutiges Motiv für den Mord am Gesundheitssekretär der Azanian People's Organisation (Azapo), Dr. Abubaker Asvat, in der vergangenen Woche aufgetaucht, sagte gestern ein Polizeisprecher...

Dr. Asvat wurde am Freitag Nachmittag in seinem Sprechzimmer von einem unbekannten Schützen, der als Patient verkleidet war, erschossen. Ein zweiter Mann begleitete den Mörder. Bis jetzt wurde niemand verhaftet, sagte Major Hartwell. Frau Albertina Sisulu, die Frau des gefangenen ANC-Führers Walter Sisulu, war zur Zeit des Mordes anwesend. Sie war Dr. Asvats Krankenschwester. Dr. Asvat wurde geradewegs ins Herz getroffen. Zwei frühere Anschläge auf sein Leben hatte er überlebt.

(Star, 30.1.89)

13

Gossner Mission

SWAPO verspricht Unterstützung für den ANC

Der SWAPO-Generalsekretär Andimba Toivo ja Toivo sagte in einem Interview, daß eine SWAPO-Regierung in Namibia dem ANC auf jede ihr mögliche Weise helfen wird, die Apartheid zu zerschlagen.
Aber Mr. Toivo ja Toivo bemerkte, daß die Wirtschaft Namibias mit der von Südafrika verbunden sei und daß eine SWAPO-Regierung mit Südafrika zusammenarbeiten müßte, ob sie es wollte oder nicht.
'Aber ich möchte hier sagen, daß, wenn wir unabhängig werden, wir auch weiterhin unsere Genossen in Südafrika beim Zerschlagen der Apartheid unterstützen werden,' erklärte er in einem von Radio Moskau gesendeten Interview.

(Star, 26.1.89)

2. Gewerkschaften

Lehrer

Lehrer vereinigen sich

Ungeachtet der jüngsten Flut von Bannungen progressiver Lehrer-Organisationen sind die Organisationen der Lehrer dabei, sich zu einer einzigen, einem nicht-rassistischen und demokratischen Südafrika verpflichteten Gewerkschaft zu vereinigen. Nach Angaben der COSATU werden die größten Lehrerorganisationen im nächsten Monat in der Lage sein, einen Zeitplan für die Bildung einer Gewerkschaft vorzulegen. COSATU ist damit beauftragt worden, den Prozeß der Vereinigung der Lehrer zu fördern und zu koordinieren.
Dieser Prozeß hatte im April letzten Jahres auf einem Treffen der Lehrer-Organisationen in Harare begonnen, nachdem die Nationale Gewerkschaft des Bildungswesens von Südafrika (Nensa) gebannt worden war. ...
Damals hatten sich die Organisationen auf 10 Prinzipien geeinigt, u.a.:
- daß eine einzige nationale Lehrer-Organisation notwendig ist,
- daß eine solche Organisation sich einem einheitlichen, nicht-rassistischen, demokratischen Südafrika verpflichtet fühlen muß.
- Sie soll sich zum Ziel setzen, Teil der demokratischen Massenbewegung zu werden. ...
- Die Organisation soll mit keiner der Strukturen des Apartheidsystems zusammenarbeiten.
- Verhandlungen mit den Behörden sollen nur mit dem Mandat der Betroffenen geführt werden.
- Die Organisation setzt sich für die Verwirklichung der Bildung des Volkes ein. ...

(New Nation, 23.2.89)

3. Landesweiter Widerstand

Der Mietboykott

Die Verhaftung einer Schlüsselperson in den Verhandlungen um die Beendigung des Mietboykotts in Soweto, Nat Ramaghopa, in dieser Woche läßt befürchten, daß die Regierung die Gespräche zu sabotieren versucht. Ramagopha steht in dem Ruf, wesentlich an der Initiative beteiligt zu sein, die im letzten Dezember zu dem hochrangigen Treffen zwischen einer Delegation aus Soweto unter Führung von Rev. Frank Chikane und dem Stadtrat von Soweto unter dem neuen Bürgermeister Sam Mkhwanazi führte. ...
Der drei Jahre alte Boykott, der die Regierung über 250 Millionen Rand kostete, ist im Gegensatz zu den Berichten einiger Zeitungen im

/4

Gossner Mission

letzten Jahr, noch nicht beendet. Stadträte von Soweto und Beamte der Provinzadministration Transvaal geben jetzt offiziell an, daß von dem potentiellen monatlichen Gesamtaufkommen von 13 Millionen Rand nur 3 Millionen eingenommen werden konnten. ...

(Weekly Mail, 17.2.89)

Der Stadtrat von Soweto hat versprochen, die Mieten für Kirchengebäude zu streichen und bildete ein 7-köpfiges Komitee, geführt von dem Sowetoer Geschäftsmann David Pooe, um die Mietboykott-Frage zu untersuchen. Nach einem Sprecher des Rates, Mandla Mazibuko, wurde die Entscheidung, die Mieten für Kirchengebäude zu streichen, auf einem Treffen zwischen dem Rat und einer Delegation von Priestern Sowetos getroffen... -Die Kommission prüft auch, ob die Bewohner Sowetos noch v verpflichtet sind, Miete für ihre Häuser zu bezahlen, nachdem sie diese eine bestimmt Zeit bewohnt haben.

(New Nation, 2.2.89)

Demokratische Partei gebildet

Die Führer der drei liberalen weißen politischen Parteien Südafrikas sind übereingekommen, sich zu vereinigen, um die Basis ihrer Unterstützung zu erweitern... Die neue Partei wird Demokratische Partei heißen, und die Führer ihrer 3 Bestandteile-- Dr. Zach de Beer von der Fortschrittlichen Föderativen Partei (Progressive Federal Party), Dr. Denis Worrall von der Unabhängigen Partei (Independent Party) und Wynand Malan von der Nationalen Demokratischen Bewegung (National Democratic Movement) - werden wenigstens für die ersten 6 Monate gemeinsam die Leitung übernehmen. Um ihre Anziehungskraft weiter auszudehnen, hat die Demokratische Partei 4 prominente Akademiker zu Beratern ernannt, die in dem Ruf stehen, unter den Afrikanern politische Anhänger zu haben.

Dr. Zach de Beer, der als ein Direktor der Anglo-Amerikanischen Gesellschaft und der De-Beers-Minen-Gruppe im vergangenen Jahr darauf verzichtete, Führer der PFP zu werden, sagte, daß die Vereinigte Partei einem nichtrassistischen Südafrika verpflichtet sein würde. Die PFP hat 17 gewählte Parlamentssitze, die NDM dagegen drei. Die Unabhängige Partei ist nicht im Parlament vertreten.
Die Führer der Demokratischen Partei hoffen, die Konservative Partei (Conservative Party) in ihrem Status als offizielle Opposition herauszufordern. Die CP hat 23 gewählte Sitze, verglichen mit den 20 der neuen Partei. Aber die meisten Beobachter glauben, daß die CP sich wahrscheinlich schneller vergrößern wird.

(Observer/UK, 5.2.89)

Demokratische Partei gebildet

Dr. de Klerk sagte... In einigen Afrikaner-Kreisen gäbe es ein Schuldgefühl wegen der Ungerechtigkeiten und einen moralischen Protest gegen die weiße "boastap" (Vorherrschaft), gekoppelt mit einer Desillusionierung über Apartheid und ihre Konsequenzen. Diese Menschen identifizieren sich mit Bemühungen, die nach der Apartheid eine Demokratie mit einer repräsentativen Regierung schaffen wollen. Er erklärte, es gäbe jetzt 'wie nie zuvor eine Möglichkeit, liberale Afrikaaner vom Punkt A zum Punkt B zu bewegen'.

(Sunday Star, 29.1.89)

Gossner Mission

De Klerk wird von vielen als widerwilliger Reformer angesehen: einerseits sprach er oft zugunsten des Weges von P.W. Botha "Anpassen oder Sterben", andererseits, als Führer der Transvaal-Partei, ist er die Person, welche erhobenen Hauptes der Konservativen Partei gegenübertreten und mutig den Konsequenzen der Reform durch Wahlen entgegensehen muß. Während seines Wirkens als Minister war er offenkundig rechtsorientiert. Zum Beispiel führte er den Angriff der Regierung auf die Universitäten im vorigen Jahr und war der schärfste Kritiker von Danie Craven, nachdem der Rugby-Chef dieses Jahr mit dem ANC sprach. Als Innenminister warf man ihm vor, die Versuche zur Abschaffung des Unsittlichkeitsgesetzes (Immorality Act) und des Gesetzes zum Verbot gemischtrassiger Ehen (Mixed Marriages Act) untergraben zu haben. Auf der anderen Seite schreiben ihm seine Kollegen einen großen Anteil an der Langzeitplanung der neuen Verfassung zu ...

(Weekly Mail, 3.2.89)

4. Verhaftungen

Für ehemalige Gefangene hat sich nur die Form ihrer Haft geändert. Sie sind jetzt Gefangene anderer Art. 'Einer wachsenden Anzahl derer, die ohne Anklage wieder entlassen wurden, werden Bannbestimmungen auferlegt', berichtete kürzlich die Menschenrechtskommission. 'Solche Bestimmungen machen dem Ex-Gefangenen jegliche politische Betätigung unmöglich. Dieses Vorgehen kann als Ausdehnung der Haft über die Gefängnismauern hinaus bezeichnet werden.'

(Der Gemeindeführer) Murphy Morobe vertrat einen ähnlichen Standpunkt. 'Die Regierung verwandelt die Gemeinde in ein noch größeres Gefängnis', sagte er ... Marobe erklärte, es sei absolut lächerlich für eine Regierung, die den Status der Ersten Welt beanspruchen will, jegliche Kritik zu verbieten ...

(New Nation, 23.2.89)

5. Schüler- und Studentenbewegung

Pretorias Todeskommandos

In dieser Woche starb in einem Krankenhaus von Port Elizabeth der Präsident des Adelaide Jugendkongresses (Ayco), Sawutini Booi, an ausgedehnten Verbrennungen, die er bei einem Bombenanschlag auf sein Haus in der letzten Woche erlitten hatte. Seine Frau befindet sich noch im Krankenhaus, ihr Gesundheitszustand ist kritisch ...

Booi war in der Gemeindepolitik von Adelaide sehr aktiv. Er war von 1985 bis 1986 Präsident des UDF-Gebietskomitees. Im Juni 1986 war Booi unter den Gesetzen des Ausnahmezustandes verhaftet und bis September 1987 im Gefängnis festgehalten worden. Nach seiner Entlassung aus der Haft hatte er seine Arbeit verloren ... Zum Präsident von Ayco wurde er im Februar 1988 gewählt. Booi hinterläßt fünf Kinder im Alter zwischen zwei und 13 Jahren ...

(New Nation, 23.2.89)

Gossner Mission

Morde in Natal

Ein 21-jähriger Jugendlicher aus Kwa Mashu, Dumisani Bhengu, wurde in der letzten Woche von Vigilanten getötet, die ihn beschuldigten, einHaus mit Steinen beworfen zu haben, welches einem von ihnen gehörte. Es hat aber den Anschein, daß die Vigilanten selbst das Haus gesteinigt hatten ... um die Schuld an diesem Vorfall dem Jugendlichen in die Schuhe zu schieben und seine Ermordung zu rechtfertigen... Ein Jugendlicher, der Bhengu nach dem Überfall der Vigilanten zu Hilfe geeilt war, Bhekisisa Mhlongo, wurde getötet, als die Polizei von Kwa Zulu angeblich die Trauernden während der nächtlichen Totenwache für Bhengu überfiel. Die 65 Jahre alte Großmutter Bhengus, Christina Bhengu, gab an, daß die Polizei die Trauernden mit Tränengas überfallen hätte, nachdem sie die Hauptwasserleitung des Hauses abgedreht hatten. 'Die Polizei stürmte herein und schlug mit Peitschen auf die Trauernden ein, darunter auch meine Schwiegertochter...'
Mhlango wurde während des Zusammenstoßes erschossen ...
(New Nation, 23.2.89)

6. Militär

Wehrdienstverweigerung

Ein 27-jähriger Südafrikaner, wahrscheinlich aus Durban, sucht politisches Asyl in Mauritius, weil er - wie er sagt - nicht länger in der südafrikanischen Armee dienen will.

Mr. Richard George Tarr, der Ende Dezember in Port Louis eintraf, sagte, er hätte 2 Jahre in der südafrikanischen Armee gedient, müsse aber noch alle 2 Jahre einen zweimonatigen Reservistendienst leisten. Er sagte, er lehne dies ab. 'Ich will keine Menschen töten, denen die meisten Grundrechte verweigert werden'...
(Star, 21.1.89)

Gossner Mission

LETTER FROM REVEREND ALLAN BOESAK TO THE SOUTH AFRICAN LAW & ORDER MINISTER, ADRIAAN VLOK

Mr Adriaan Vlok, Minister of Law and Order,
House of Parliament, Cape Town

Mr Minister,

As from this morning I have joined those in detention who have embarked upon a hunger strike. Their action is a dramatic one, which could have fateful consequences for all of us in this country, but first of all for themselves. It is in itself an extraordinary indictment of your government and its policies, but most especially your system of detention without trial. That people have to go to such extreme lengths to focus attention on their plight speaks volumes for the crisis your policies have caused for them, and in them for millions of our people.

Our brothers and sisters on hunger strike are right, of course. They have been taken away in the dead of night, imprisoned without charge. They have been denied the most basic human rights. They have been denied visits by lawyers or clergy or family. Recourse to the courts does not exist, their lawyers are powerless, the law itself has been rendered impotent, indeed you have taken the law and set it aside. You have decided that you alone have the right to declare them guilty, of what crimes they do not know nor do we, or you, for that matter. You have given your police the power to hold them incommunicado for months, and in many cases for years now.

You and your government, and the people who vote for you, have created a system of systematic exploitation, oppression and degradation, the only yardstick being your own privileges. You have wilfully and callously trampled upon the rights and dignity of millions without blinking an eye. You have made laws that make a mockery of the laws of God. When we protested, you have threatened, harassed, teargassed, beaten, imprisoned, detained and killed us. You have promulgated a State of Emergency under which you have given yourself and your security apparatus almost limitless powers.

Your grand design of apartheid has failed. The ideological battle for the hearts and minds of our people has failed. Your so-called reforms have been exposed as merely cosmetic, a pathetic attempt to save whatever you can of apartheid for as long as you can. They have failed. The brutality of the system you have created, the violence you must employ to continue the life of your regime, have failed. And for this failure you are blaming us. That is why your government muzzles the press and bans newspapers. That is why your police break up church services. That is why you detain so many, including children, without trial. And detention without trial is just one of the ways in which you have persistently tried to force us into submission, to break our rightful resistance, and all the while you were trying to hide the miserable failure, the dismal human tragedy that apartheid has become. Now this action is once again reminding you and the world of what you have done.

Over the years we have spoken out against this flagrant abuse of the law. Lawyers have denounced it, the churches have petitioned against it. My own church, the NG Sendingkerk, has been very clear in its witness. Time and time again it has condemned detention without trial as against the demands of God's justice, unbiblical and inhuman. Numerous are the times that the NG Sendingkerk, and so many other Christian churches in this land, have called upon you to cease this evil practice. Parents have pleaded with you, spouses have petitioned you. You were never unaware of the pain and misery you are causing through detention without trial. Now, the hunger strike forces you to recognise the dire consequences of the deliberate contempt with which you have treated so many of God's children.

Why am I joining them? Because I too was a victim of arbitrary detention. I know first hand of the pain and uncertainty, of the terror of solitary confinement and the unspeakable indignity and fear it brings. Because my church has spoken so clearly and I hear in the cries of anguish emanating from your prisons now, the very voice of God calling to his church to respond with solidarity, love and witness. Because the Confession of Belhar tells us that we should stand where God stands, namely on the side of those who are voiceless, to whom injustice is being done. Because Christian witness without action means nothing. Christian witness without (painful) obedience misses the joy of true Christian discipleship.

You have heard the detainees: Release or charge us. This is their right. That is the very least you could do. I am joining them in the hope that you will listen. In the hope also that my action will strengthen their plea. I also hope that many others in the Christian community will join me in this. I am aware that you are on record as saying you will not be 'blackmailed'. What an astonishing admission! Is a call for simple justice blackmail?

But of course there is a deeper question. You are the Minister of Law and Order. Your emergency regulations place the fate of all of us in your hands. You can decide whether people live or die. Are you willing to do that? Fasting until death is not part of my religious or ecclesiastical tradition. Deliberately placing my life in danger is irresponsible, I have been taught. That may be so. But I cannot stand idly by and watch those who are struggling for justice in South Africa starve themselves to death. None of us wish to die. But if this is the road we must take to make you and your government understand the evil of your ways, we will take it. Not gladly, not with pride, certainly with fear and trembling. But I know now what God wants me to do. I can only hope and pray that you know what God wants you to do. For more than anything, Mr Minister, I need to be faithful. It was not easy for me to come to this decision. But I now know what God wants me to do. I can only hope and pray that you know what God wants you to do.

Yours faithfully,
Reverend Dr Allan A Boesak (signed)
13th February, 1989

Gossner Mission

Gossner-Mission
in der DDR
Baderseestraße 8
BERLIN
1180

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 183

1180 Berlin, im März 1989
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58

S Ü D A F R I K A - A K T U E L L 15

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC herausgegebenen "New briefings" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalkongresses oder die unsere.

(Zu den Kriterien der Auswahl siehe "Südafrika aktuell 1")

Zum Ausgang der Kommunalwahlen

Weniger als eine halbe Million Afrikaner haben sich an den Wahlen beteiligt. Das sind ca. 10% der schwarzen Bevölkerung. Trotz großangelegter Wahlkampagnen, starker Sicherheitsvorkehrungen am Wahltag selbst und dem Verbot jeglicher Aktionen, die zum Wahlboykott aufriefen, konnten nicht mehr schwarze Wähler zur Stimmabgabe gewonnen werden. Die überwiegende Mehrheit der schwarzen Bevölkerung weigerte sich, an solchen Wahlen teilzunehmen. Sie haben es nicht zugelassen, in zwei Lager aufgeteilt zu werden. Die Wahlen sind ein großer Erfolg gewesen! (Oliver Tambo). In Soweto, dem größten und bedeutendsten township Südafrikas, gingen 11% der registrierten Wähler an die Wahlurnen, das sind 2,8% der Erwachsenen. In Mitchells Plain, dem mit 250.000 Bewohnern größten township von Kapstadt, fanden keine Wahlen statt.

(Weekly Mail, 28.10.88)

Die Wahlen der Weißen ergaben keine wesentlichen Veränderungen im Machtgefüge:
- Die National Party verlor etwas, aber nicht so viel, daß sie die Kontrolle verlieren würde.
- Die Konservative Partei gewann dazu, aber nicht in dem Umfang wie erwartet.
- Die umstrittene Progressive Föderative Party PFP konnte den Kreis der Befürworter stabilisieren.

(Weekly Mail, 28.10.88)

1. ANC-Aktivitäten

ANC in Übersee mehr Vertretungen als südafrikanische Regierung

In dem Prozeß gegen den ANC-Guerilla Ashley Forbs und 14 weitere Gefangene erklärte Prof. Colin Bundy von der Witwaters' University: Der ANC besitzt im Ausland Farmen, wo sie ökonomisch unabhängig sind und Ausbildungszentren unterhalten. Die Exilgemeinschaft bestehe aus ca. 15.000 Personen. Der ANC könne als ein Staat im Exil bezeichnet werden, zumal er in Übersee mehr Vertretungen unterhalte als die südafrikanische Regierung.

(South, 20.10.88)

/2

Gossner Mission

2. Gewerkschaftsbewegung

Zur Situation in den Minen

Am 1. Oktober 1986 legten 600.000 Arbeiter, davon 325.000 Bergarbeiter, die Arbeit nieder, nachdem es zu dem größten Unglück in der Geschichte des Goldbergbaus gekommen war. 177 Bergleute kamen ums Leben, 265 wurden verletzt.
Nach Angaben der nationalen Bergarbeitergewerkschaft NUM werden in jedem Jahr 2.000 Arbeiter getötet. In den Minen sterben allein ca. 800. Ein Drittel der 30.000 Arbeitsunfälle in Südafrika geschehen in den Minen.

(NN, 29.9.88)

COSATU attackiert

Die Sicherheitspolizei hat die Schikanierung von COSATU intensiviert, In Pretoria, Eastern Cape und besonders in kleineren Städten dringen Sicherheitsbeamte willkürlich in unsere Büros ein. Die Mehrzahl dieser "Besuche" zielen auf die Einschüchterung unserer Mitarbeiter ab. Die Polizei weist sich weder aus, noch hat sie Durchsuchungsbefehle oder Anweisung zur Beschlagnahmung von Gewerkschaftsunterlagen.

(NN, 6.10.88)

Lohnentwicklung

Die Lohnschere zwischen schwarzen und weißen Arbeitern hat sich in den letzten 12 Monaten in nahezu jedem Sektor der Industrie vergrößert. Zwischen 1979, wo erstmals gewerkschaftliche Rechte auf schwarze Arbeiter ausgeweitet wurden, und 1985 hat sich die Lohnschere von R 600 auf R 1000 erhöht. 52,2% der schwarzen Bevölkerung leben unter der Mindesteinkommensgrenze, im Vergleich zu 1,6% aller Weißen.

(NN, 10.11.88)

Landesweiter Widerstand

Menschenrechtsverletzungen

Menschenrechtsverletzungen in der Geschichte Südafrikas sind noch nie so eklatant gewesen wie in diesem Jahr, das gleichzeitig das Jahr des 40. Jahrestages der UN-Menschenrechtserklärung ist. In den letzten 3 Jahren sind mehr Menschen verhaftet, gebannt und unter Hausarrest gestellt worden als je zu einem anderen Zeitpunkt in der Geschichte Südafrikas. ... Über 30.000 Menschen wurden ohne Gerichtsverfahren inhaftiert, 21 Organisationen verboten, die Presse- und Versammlungsfreiheit nahezu aufgehoben. Die Menschenrechtskommission HRC hat insgesamt 19 Artikel der Erklärung der Menschenrechte aufgelistet, die in Südafrika verletzt werden.

(NN, 29.9.88)

Konferenz von 30 Hilfsgruppen für Verhaftete

Das nationale Forum für Gefangene NDF traf sich letztes Wochenende zu seiner 1. Tagung. Anwesend waren auch Vertreter des Internationalen RotenKreuzes. Die Konferenz äußerte die Sorge um das Verschwinden von Aktivisten, und die große Zahl Gefangener, darunter u.a. auch 80 bis 100 Kinder. Ein anderes Thema waren die Todesurteile für politische Gefangene.

(Star, 8.11.88)

Gossner Mission

4. Verhaftungen und Prozesse

Wo ist Stanza Bopape?

Der Minister für Gesetz und Ordnung, Mr. Adriaan Vlok, gab die Zustimmung, sich mit dem Vater des vermißten Mamelodi-Aktivisten Stanza Bopape zu treffen. Die Polizei behauptet, daß Bopape zwei Tage nach seiner Verhaftung geflüchtet sei. Seit der angeblichen Flucht hat niemand mehr etwas von ihm gehört.

WM, 9.10.88)

5. Schüler- und Studentenbewegung

Peyco gebannt

Die größte UDF-Organisation in Eastern Cape, der Jugendkongreß von Port Elisabeth, PEYCO, wurde diese Woche gebannt.

(NN, 3.11.88)

6. Militär

Europäer in SD SADF

Europäer machen ein Drittel der südafrikanischen Armee aus. Deshalb soll sollten die Regierungen der EG ihre Bürger auffordern, sich zwischen der weiteren Mitarbeit in der SADF oder dem Verlust ihrer Staatsbürgerschaft zu entscheiden. Diese Botschaft stammt von einem holländischen Mitglied des Europa-Parlaments, Alman Metten. Weiterhin wurde es als Skandal bezeichnet, daß europäische Unternehmen freiwillige Spenden für SADF-Angehörige aussetzen, um deren Verdienste denen des öffentlichen Lebens anzugleichen. Die große Anzahl von Europäern in den Sicherheitskräften Südafrikas widerspreche der Politik der EG, militärische Kooperation mit der südafrikanischen Regierung abzulehnen. Momentan fühle sich keine EG-Regierung dafür verantwortlich, was ihre Bürger in Südafrika machen.

SADF In Namibia

Mit einer Truppenstärke von 100.000 Mann hält Pretoria Namibia besetzt. Auf jeden südafrikanischen Soldaten kommen demzufolge 14 Namibianer. Besonders die namibianischen Kinder leiden unter der Gewaltherrschaft des südafrikanischen Militärs. Von den Besetzern als politische Gefahr betrachtet, sind besonders die Kinder Folterungen und Brutalität ausgesetzt. Nach den Worten eines südafrikanischen Offiziers sind Teenagers als eine Gruppe zu erachten, in der sich Terroristen verbergen könnten. Die Schulen sind geschlossen oder zerstört, Neubauten kommen nicht zustande. Nur 1% der Erwachsenen hat die Oberschule abgeschlossen.

(Morning Star, 31.10.88)

7. Kirchen

Verhaftungen im SACC

Der südafrikanische Kirchenrat erklärt, Pretoria habe seit dem Aufruf des SACC, die Wahlen zu boykottieren, 14 Mitglieder aus dem Stab verhaftet.

(BBC, 11.10.88)

Gossner Mission

Katholiken bauen Demokratie

Der Aufbau demokratischer Strukturen an der Basis der Katholischen Kirche ist eine der Resolutionen einer 110 Teilnehmer umfassenden Konferenz. Dieser Beschluß kann als Meilenstein auf dem Wege der Transformation der katholischen Kirche dargestellt werden. Die Türen der katholischen Kirchen sollen allen Südafrikanern offen stehen. Sie forderten auch eine stärkere kirchliche Beteiligung an jenen säkularen und demokratischen Organisationen, die für ein gerechtes Südafrika kämpfen.

(NN, 27.10.88)

Zur Dutch Reformed Church NGK

90% der Kabinettsmitglieder und die Mehrzahl der Parlamentsmitglieder Südafrikas gehören der NGK an.
Vor 2 Jahren wurde in der NGK ein Papier zu Fragen von "Kirche und Gesellschaft" erarbeitet. Darin wird Apartheid als Fehler und Rassismus als Sünde bezeichnet und erklärt, daß die Kirche nicht länger eine spezielle Politik vorschreiben dürfe. 50 Pfarrer und 30.000 Mitglieder der NGK haben die 953.000 starke NGK verlassen und eine neue rechtsgerichtete Kirche gegründet. Innerhalb der Hauptkirche, die immerhin 38% der 5 Millionen Weißen repräsentiert, war eine konservative Fraktion entstanden, die gegen das Papier "Kirche und Gesellschaft" opponierte. In dem Dokument wird kritisiert, daß die Kirche Jahrhunderte lang die Apartheid biblisch gerechtfertigt und diskriminierende Gesetze unterstützt habe, so z.B. das Verbot gemischter Ehen. Man ist zu der Auffassung gekommen, daß die Bibel keine Vorschriften für ein politisches Modell enthalte.

(Sowetan, 9.11.88)

8. Bantustans und Zwangsumsiedlungen

Die Regierung beabsichtigt, die Zwangsumsiedlung von mehr als 248.000 Menschen aus 73 Gebieten des Landes weiter fortzusetzen. 220.000 von denen, denen die Zwangsumsiedlung noch bevorsteht, leben in der Kap-Provinz.

Killer-TB

Jeden Tag sterben in Südafrika ca. 10 Menschen an der sogenannten Killer-Tuberkulose. Im letzten Jahr wurden 6254 neue Fälle bekannt. Vorallem in Western Cape hat die Krankheit epedemiehafte Ausmaße angenommen. TB ist wie viele andere Infektionskrankheiten Folge von Armut, Unterernährung und überfüllten Slums.

Sowetan, 27.9.88

Gossner Mission

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 183

1180 Berlin, im Februar 1989
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58

S Ü D A F R I K A A K T U E L L 14

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC herausgegebenen "New briefings" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalkongresses oder die unsere.

(Zu den Kriterien der Auswahl siehe "Südafrika aktuell 1)

Antiapartheidkonferenz in Kapstadt

Im folgenden Dokument des Vorbereitungsausschusses für die Antiapartheidkonferenz in Kapstadt werden die Gründe für die Einberufung der Konferenz sowie deren Ziele und Perspektiven dargestellt:

... In unserem Land gibt es heute eine zunehmende Polarisierung zwischen demokratischen Kräften und Apartheidbefürwortern. Der Kampf um eine demokratische Ordnung in Südafrika wird von Tag zu Tag stärker. Es gibt zwei Hauptprotagonisten: die Minderheitenregierung und die demokratische Massenbewegung. Millionen Menschen sind beteiligt an legalen Organisationen, die für ein einiges, demokratisches Südafrika ohne Rassismus kämpfen.
Es gibt auch viele andere Organisationen, die nicht zur demokratischen Massenbewegung (MDM) gehören. Diese umfassen z.B. kleinere Geschäftsleute, Lehrer, Taxigemeinschaften, Sportvereine, spezielle Berufsgruppen etc. Sie haben sich den Antiapartheidkräften angeschlossen, weil sie entweder die Ungerechtigkeit der Apartheid erkannt haben, oder aber weil ihre Gemeinschaften mit vielfachen Problemen konfrontiert sind. Die Regierung sieht in diesen Organisationen einen moderaten Block, den sie für sich zu gewinnen hoffen. MDM muß sich diesen Organisationen zuwenden, und ihnen klare Perspektiven anbieten. Die Hauptaufgabe von MDM besteht in der Verteidigung und Stärkung unserer Strukturen. Wir müssen den Apartheidkräften die Möglichkeit nehmen, in der Mittelklasse weitere Verbündete zu finden.
Die Konferenz soll die breiteste Antiapartheid-Koalition etablieren, die in weiterer Perspektive in der Lage wäre, der Apartheid ein Ende zu setzen. Die Konferenz sollte sich auf zwei Gebiete konzentrieren: Einheit in der Organisation gegen die Unterdrückung sowie 'one man - one vote' in einem demokratischen Südafrika.
Apartheid basiert auf systematischer Gewalt. Dem Staat bleiben nur zwei Wege offen, entweder die Abschaffung der Apartheid sowie 'one man - one vote' oder die Intensivierung von Unterdrückung und Gewalt. Sie hat den Weg autoritärer Brutalität gewählt. Zu den Formen der Unterdrückung zählen:
- das Außerkraftsetzen der MDM durch Bannungen und Restriktionen, die Einengung des öffentlichen Raumes sowie Hochverratsprozesse gegen Aktivisten
- willkürliche Verhaftungen Tausender, einschl. Kinder
- brutale Attäken und Morde an Oppositionellen
- Aktionen der Vigilantes und Todeslager

/2

Gossner Mission

- Zwangsumsiedlungen
- weitere Anwendung der Todesstrafe
- schärfere Zensur der Presse-

... Das neue Arbeitsgesetz zielt darauf, die gewerkschaftlichen Rechte abzubauen und Komplotte von Staat und Arbeitgebern gegen die Gewerkschaften zu legalisieren. Nach dem neuen Gesetz können die Gewerkschaften verklagt werden, für die Verluste während der Streiks aufzukommen. Gewerkschaftsbildung nach dem Prinzip der Rassenzugehörigkeit jedoch wird protegiert. Sympathiestreiks und Verbraucherboykotte sind gebannt und Wiederholungsstreiks für ungesetzlich erklärt.
Die neue Gesetzgebung soll das Bildungssystem der Apartheid schützen und die wachsenden Forderungen der Massenorganisationen reduzieren. ...

Wie aber sieht die Realität angesichts der bevorstehenden Wahlen aus?

1. Im Vorfeld der Wahlen kam es zur Bannung von 18 Organisationen.
2. Die neuen Strukturen sollen die Trennung innerhalb der Gesellschaft vertiefen und konsolidieren.
3. Die Sicherheitsstrategie der Minorität sieht verschiedene Regierungsstrukturen auf lokaler Ebene vor.
4. Die neuen Stadtverwaltungen werden durch Regionalräte zu härterer ökonomischer Politik angehalten: Aufbau einer kleinen wirtschaftlichen Elite, Streichungen in den Sozialausgaben.
5. Die Wahlen sind der Versuch, das größte Problem Südafrikas zu eleminieren: Die Forderung politischer Rechte auf zentraler Regierungsebene.

(New Nation, 22.9.88)

Antiapartheidkonferenz gebannt

Gestern hat die Regierung die Antiapartheidkonferenz, an der Delegierte von über 75 Organisationen teilnehmen sollten, verboten.

(Star, 23.9.89)

Friedensvertrag zwischen COSATU und Inkatha für die Region Pietermaritzburg

Zwischen COSATU und Inkatha wurden Prinzipien ausgehandelt, die zu einer Verhinderung von Gewalt zwischen beiden Organisationen führen sollen. Beide Seiten vereinbarten:

- das Recht jedes Bürgers, sich frei für eine Organisation zu entscheiden
- den Bewohnern von Ashdom, Caluza, Mpumuza und Sweetwaters zu versichern, daß Verfolgung und Attacken auf Anwohner verurteilt würden
- alle politischen Organisationen haben das Recht zu existieren und ihren Standpunkt zu äußern
- daß keine der beiden Seiten den Gebrauch von Gewalt gegen Andersdenkende unterstützt und
- niemand zu Mitgliedschaft in irgendeiner Organisation gezwungen werden kann.

(NN, 8.9.88)

2. Gewerkschaften

Streiktrends

Die Streiks und Arbeitsniederlegungen haben eine größere Anzahl Arbeiter umfaßt als der Monatsdurchschnitt des letzten halben Jahres. Während es bei den größeren Streiks um höhere Löhne ging, wurde in kleineren

Gossner Mission

Aktionen gegen Aussperrung und andere unfaire Praktiken protestiert worden. Die vermehrten Streiks im Industriesektor kommen zu einer Zeit, wo viele Gewerkschaften gegen die neuen Bestimmungen des Gesetzes über Arbeitsverhältnisse kämpfen. Die living-wage-Kampagne spielt momentan nur die zweite Rolle. COSATU's Generalsekretär JAY NAIDOO äußerte, daß im Vergleich zum Vorjahr nicht auf Lohnverbesserungen, sondern auf die Verteidigung der Existenz der Gewerkschaften gerichtet sei. Man will die kollektive Stärke nutzen, um Löhne und Arbeitsverhältnisse zu verbessern.
Der größte Streik für höhere Löhne fand in der Metallindustrie statt. Dieser hatte die Form eines begrenzten strategischen Streiks. Die Streiks im vergangenen Jahr im Rahmen der living-wage-Kampagne ihn müßten als vorläufiger Höhepunkt angesehen werden.

(NN, 1.9.88)

x) der Kampf

Streikstatistik

- Insgesamt 591.421 Arbeiter waren an 1.148 Streiks und Arbeitsniederlegungen im letzten Jahr beteiligt.
- Insgesamt 5,625 Mio Arbeitstage gingen 1987 durch Streiks verloren, das sind 77 % mehr als die Verluste im Jahre 1985.

(Weekly Mail, 23.9.88)

3. Landesweiter Widerstand

Menschenrechtskommission gegründet

Die gestern in Johannesburg gegründete Menschenrechtskommission HRC soll sich mit den Verhaftungen, politischen Prozessen, der Behandlung Gefangener und den Verboten von Organisationen und Versammlungen befassen.
Die Gründung dieser bedeutungsvollen Kommission, in der sich Kirchen, Gesundheitswesen, legale und politische Gruppen mit Menschenrechtsverletzungen befassen, soll zu einer Verbesserung der momentanen Situation beitragen.
Das 5-Mann-Team soll Menschenrechtsfragen hervorheben, die sich insbesondere mit der Sicherheitsgesetzgebung und den Ausnahmezustandsregelungen befassen. Die Kommissionsmitglieder sind Rev. Frank Chikane, Dr. Max Coleman, Prof. Johan Dugard, Shenna Duncan (Black sash) sowie Bruder Smangaliso Mkhatshwa (Generalsekretär des Instituts für kontextuelle Theologie).

(WM, 23.9.88)

Wehrdienstverweigerer David Bruce verurteilt

David Bruce wurde diese Woche zu 6 Jahren Haft verurteilt, weil er sich weigerte, in einer Armee zu dienen, welche 'durch Anwendung von Gewalt das rassistische Regime erhält'. Er ist der erste Kriegsdienstverweigerer, der zur Höchststrafe verurteilt wurde. Als Bruce von zwei uniformierten Polizisten nach der Urteilsverkündung abgeführt wurde, warfen seine Freund Freunde gelbe Blumen auf die Treppe, die hinab zu den Gefängniszellen führt. Schwarze Freunde riefen: Vivat, Bruce!, sangen 'Nkosi sikelele i Africa' und verließen den Gerichtssaal, indem sie den kriegerischen 'toyi-toyi-Tanz' tanzten.

(WM, 29.7.88)

/4

Gossner Mission

Gründe, weshalb Weiße den Wehrdienst ablehnen

...

- Die Mehrheit der Südafrikaner, Namibianer und Bewohner der Nachbarstaaten Südafrikas sehen in der südafrikanischen Armee die Hauptstütze der Apartheid. Sie wird eingesetzt, um town-ship-Widerstand zu unterdrücken, Namibia zu besetzen, in Angola einzufallen, Mocambique, Lesotho, Botswana zu attackieren.
- In Kapstadt verweigerten vergangenes Jahr 23 junge Männer den Wehrdienst. Im März dieses Jahres wurde der Crosroad-Doktor Ivan Toms zu 21 Monaten Haft wegen Wehrdienstverweigerung verurteilt. Vor zwei Wochen erhielt Davic Bruce die Höchststrafe von 6 Jahren.
- Von 143 Verweigerern haben 105 noch nie beim Militär gedient. Auch sie erwartet die Höchststrafe.
- Wo einige das Gefängnis riskieren, protestieren Tausende auf andere Weise. Viele verlassen das Land oder sind ständig in Südafrika unterwegs. Seit 1983 haben 35.000 das Land verlassen, hauptsächlich, um dem Militärdienst zu entgehen.
- Solange Apartheid besteht, werden mehr und mehr Weiße dem Gesetz widerstehen, das sie zwingt, etwas nicht zu Verteidigendes zu verteidigen.

(Auszüge aus einem offenen Brief von Roger Field, Komitee für südafrikanische Wehrdienstverweigerer)

(Independent, 6.8.88)

End Conscription Campain gebannt

Der Minister für Gesetz und Ordnung, Mr. Adrian Vlok, kündigte gestern an, daß ECC gebannt ist. Das bedeutet unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes, daß ECC keinerlei Aktivitäten ausführen darf. ECC wird beschuldigt, Bürger davon abzuhalten, die SADF zu unterstützen und daß damit staatliche Strukturen unterwandert werden.

(Sowetan, 23.8.88)

Zusammen mit den für einen friedlichen Wandel in Südafrika arbeitenden Organisationen, einschließlich COSATU, erklärte der Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit von 'five freedom forum' (FFF), Gale Nake, daß die außerparlamentarischen Bewegungen nach den erfolgten Bannungen ihre Strategie ändern werden und kontinuierlich auf ihr demokratisches Ziel zuarbeiten werden.
'Durch das Bannen von Organisationen werden niemals die Gründe ihrer Existenz beseitigt', warnte Nake. Die letzten Aktionen seitens der Regierung werden den Weißen zeigen, daß gerade auch für sie keine Demokratie in Südafrika existiert.

(NN, 25.9.88)

4. Verhaftungen und Urteile

13jähriges Mädchen 18 Monate in Haft

Thembeka Jacobs, die in dieser Woche nach 18 Monaten Haft für zivilen Ungehorsam freigelassen wurde, findet ein leeres Zuhause ohne Eltern vor. Ihre Mutter, Mrs. Eunice Jacobs, die zusammen mit ihrer Tochter

/5

Gossner Mission

verhaftet wurde, muß eine 5 Jahre lange Haft absitzen. ... Das Alter von Thembeka wurde von der Gefängnisleitung unterschlagen und man behauptete, sie wäre bei ihrer Verhaftung 17 Jahre alt gewesen.

(Sowetan, South, 18.8.88)

Baby im Gefängnis geboren

Eine junge Frau, die im März dieses Jahres verhaftet wurde, brachte im Gefängnis von Pietersburg einen kleinen Jungen zur Welt. Die Mutter ist Mrs. Daizy Matlou, die Verlobte des Präsidenten des südafrikanischen Jugendkongresses SAYCO, Mr. Peter Mokaba, der sich auch in Untersuchungshaft befindet.

(Sowetan, 15.8.88)

7. Kirchen

Appell der Lambeth-Konferenz

Die an der Lambeth-Konferenz teilnehmenden Bischöfe der anglikanischen Kirche haben ihre Kirchen aufgerufen, die Regierungen ihrer Länder dazu zu bringen, maximalen Druck auf die südafrikanischen Regierung auszuüben, um demokratische politischeStrukturen in einem einigen Südafrika zu schaffen. Der volle Text lautet:
Diese Konferenz
- versichert nochmals ihre Überzeugung, daß das Apartheidsystem in Südafrika teuflisch und widerwärtig ist, inbes. durch die grausame Art, ein tyrannisches und rassistisches System im Namen christlichen Glaubens aufrecht zu erhalten;
- verurteilt die grundlose Verhaftung von Kindern;
- unterstützt Sanktionen, die helfen, gerechten Frieden unter allen Bürgern zu etablieren;
- gibt direkte Hilfe an Antiapartheidorganisationen innerhalb Südafrikas, insbes. zur Unterstützung von Arbeitslosen und Verfolgten,
- gibt den frontline states Hilfe für ihr ökonomisches Überleben und zum militärischen Schutz vor südafrikanischen Überfällen;
- fordert die Freilassung Nelson Mandelas und aller anderen politischen Gefangenen in Südafrika, die Aufhebung des Bannes von Organisationen wie dem ANC und PAC, die die Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung repräsentieren;
- gibt direkte humane und moralische Hilfe solchen Organisationen, die nach einer gerechten Ordnung streben, und bittet inständig die Kirchen, mit ihren Finanzen das südafrikanische Regime finanziell nicht zu unterstützen und deshalb ihre Einlagen bei solchen Banken zurückzuziehen, die im Handel mit Südafrika stehen;
- glaubt, die Arbeit für einen gerechten Frieden in Südafrika bedeutet, für die wahre Befreiung aller Menschen dieser Region, Schwarze und Weiße, zu arbeiten.

(Citizen, 8.8.88)

KHOTSO - Haus zerbombt

Das Haus des SACC in Johannesburg ist heute Nacht einem Sprengstoffattentat zum Opfer gefallen. Die Fassade besteht noch, aber das gesamte Innere wurde zerstört. 23 Menschen wurden verletzt und stehen unter Schock. Der Schaden an dem Gebäude und in der Umgebung wird auf 1 Mio Rand geschätzt.

(WM, 2.9.88)

/6

Gossner Mission

Nach der Bombenexplosion im Khotso-Haus sind verschiedene Organisationen heimatlos geworden. Einige der betroffenen Organisationen sind Black sash, The Transvaal rual action committee, The Detainees' Parants Support Committee, Evangelical Lutheran Church of Southafrica, Free the children alliance und andere mehr.

(South, 1.8.88)

Die Explosion steht in Verbindung mit unserem Zeugnis und unserer Mitarbeit in der Opposition gegen Apartheid, insbes. mit den bevorstehenden Bürgermeisterwahlen.(Frank Chikane)

(South, 1.9.88)

Die Oktoberwahlen

Das Bombenattentat auf das Khotso-Haus des SACC steht im Zusammenhang mit dem Aufruf des SACC, die Wahlen zu boykottieren, 27 Kirchenführer, einschl. Erzbischof Desmond Tutu, Rev. Frank Chikane, Dr. Allan Boesak unterzeichneten einen Aufruf an alle Christen, die Wahlen zu boykottieren. Bezüglich des Boykottaufrufs der demokratischen Bewegung sagte Mr. Jan van Eck, daß die Schwarzen in der momentanen Apartheidverfassung nicht wählen werden. Ohne Mitsprache über die Verfassungsstruktur ist eine Wahl sinnlos. Deswegen sagt die demokratische Bewegung in ganz Südafrika: Wählt nicht in den Kommunalwahlen des Apartheidregimes. Durch eure Wahlbeteiligung könnt ihr nicht zur Befreiung eures Volkes beitragen. Ihr werdet nur zum Partner des Apartheidstaates. Denn die Regierung hat nicht nur die Führer des Volkes verhaftet, sondern jeden Protest gegen die Wahlen für illegal erklärt.

(South, 1.9.88)

Robert Mugabe zur Situation im Südlichen Afrika

Die Apartheid hat eine unvorhergesehene Krise im Südlichen Afrika hervorgebracht. Durch die Konflikte in Angola und Mocambique sind 5 Mio Menschen heimatlos geworden und haben ein riesiges Flüchtlingsproblem in den Nachbarstaaten verursacht. R. Mugabe rief auf einer Konferenz der Katholischen Bischöfe des Südlichen Afrika dazu auf, daß die Kirche sich mit denen zusammenschließen soll, die gegen die Apartheid kämpfen. Die Kirche muß das Evangelium der Befreiung predigen! Die Mehrzahl der Flüchtlinge sind Resultat der Destabilisierungspolitik Südafrikas.

(NN., 8.9.88)

8. Sonstiges

Allister Sparks, südafrikanischer Journalist für Weekly Mail, über einen Besuch in der Sowjetunion

... Eine große politische Erneuerung findet statt. Anstelle militärischer wird nach politischen Lösungen dieser regionalen Konflikte gesucht. Erste sichtbare Ergebnisse dieser politischen Revision stellen die Verhandlungen über den Abzug südafrikanischer und kubanischer Truppen aus Angola und die Bemühungen um den Abschluß des Befreiungskampfes in Namibia dar. Auch zu dem Rassenkonflikt innerhalb Südafrikas nimmt Moskau eine pragmatischere Sicht ein. Die langjährige Annahme, daß die weiße Minoritätenregierung in einer klassischen sozialistischen Revolution gestürzt würde, hat man aufgegeben und ist daran interessiert,

Gossner Mission

auf dem Verhandlungswege mit dem Westen eine Lösung darüber zu finden, was in Südafrika zu einem zerstörerischen und tötlichen Bürgerkrieg werden kann. 'Dieses Thema sollte aus der Ost-West-Konfrontation herausgenommen werden. Wir sind bereit, eine bilaterale Politik mit den USA aufzunehmen', sagte Vladien Vasev, Chef der Abteilung Südliches Afrika beim sowj. Außenministerium. 'Die Amerikaner zögern noch, aber es tut sich was.'

Wiederholt wurde ich darauf hingewiesen, daß als Bestandteil dieser Politik der sowj. Rückzug aus Afghanistan, die Angola-Namibia-Verhandlungen, das Engagement für den Friedensprozeß in Mittelamerika und im Nahen Osten, sowie die politische Überprüfung der Situation in Südafrika zu sehen sei. Anstelle die Flammen regionaler Konflikte anzufachen, sei man um friedliche Regelungen bemüht.

Was da geschieht ist beachtenswert, nicht nur im Sinne einer sichereren Welt, sondern auch bezüglich des internationalen Waffenhandels, einschließlich der SU und des westlichen militärisch-industriellen Komplexes, die riesige Gewinne aus diesen Konflikten ziehen. Das betrifft aber auchwestliche Politiker, die sich immer noch von der Angst vor kommunistischer Expansion nähren.

Allan Davidson, der führende sowj. Afrikahistoriker und wichtigster Berater der Regierung in dem Prozeß der Erneuerung der Afrikapolitik äußerte sich folgendermaßen: 'Wir folgen nicht länger einer in Büchern vorgeschriebenen Politik. Man muß die Bücher zur Seite legen und ganz von vorne beginnen, nämlich mit einer vollständigen Neueinschätzung der gesamten Situation. Auf allen Regierungsebenen bekommt man dies zu hören: Die Politik wird entideologisiert! Neben anderen Aspekten der Perestroika sind Pragmatismus und Realitätssinn zu neuen Schlüsselwörtern geworden. Man will über die Anti-Apartheid-Rhetorik der vergangenen Jahre hinauskommen und eine konstruktivere Rolle bei den Verhandlungsgesprächen einnehmen. Den Konflikt in Südafrika betrachte man als besonders gefährlich wegen der regionalen Destabilisierungspolitik Südafrikas und seiner Fähigkeit, Atomwaffen zu produzieren. ...

Als ich in Moskau mit Victor Gintscharow, einem der beiden Direktoren des Instituts für afrikanische Studien, sprach, schien er nicht nur die sich ändernde Parteilinie zu reflektieren, als er davon sprach, daß sich Moskau von dem Schema der Unabwendbarkeit einer Revolution in Südafrika abgehe und pragmatischer über ein neu zu entstehendes politisches System in Südafrika denkt. Ich glaube, es wird eine Art afrikanischer Sozialismus, kein wissenschaftlicher Sozialismus.'

Immer wieder hörte ich politische Berater darüber sprechen, daß die wirtschaftliche Krise Angolas, Mocambiques und Äthiopiens eine ernüchternde Erfahrung für Moskau gewesen sei. In einem Artikel der einflußreichen Literaturnaja Gazeta schrieb Boris Asoyan, Stellvertreter Vladilien Vasevs, mit scharfen Worten über den naiven Glauben der SU während der "euphorischen 60er und 70er Jahre", daß radikale sozialistische Lösungen auf theoretischer Grundlage, losgelöst von dem historischen Kontext, auf die ökonomischen Entwicklungsprobleme der dritten Welt angewendet werden könnten.

'Afrika ist in einer schlimmen Lage', sagte mir ein politischer Berater, 'und wir wollen nicht mit ansehen, daß die größte und erfolgreichste Industrie, nämlich die Südafrikas, zerstört wird.' ...

(Observer, 25.9.88)

Gossner Mission

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 183

1180 Berlin, im Februar 1989
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58

S Ü D A F R I K A - A K T U E L L 13

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC herausgegebenen "New briefings" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalkongresses oder die unsere.

1. ANC-Aktivitäten

Uns zu kennen, bedeutet nicht notwendigerweise, uns zu lieben, bemerkte Thabo Mbeki in einem Interview im ANC-Hauptquartier in Lusaka.
Aber die meisten Leute erkennen, daß wir nicht so schrecklich sind, mit Sicherheit nicht die Schurken und Mörder, als die uns das Regime hinstellt. Für Weiße ist das manchmal so eine große Entdeckung, daß sie zurückgehen und alles in Frage stellen, was sie früher von uns, von Apartheid und den Kampf dagegen glaubten ... Oft kommen sie zu dem Schluß, daß das, was wir für Südafrika wollen - ein Land für alle Menschen, die darin leben, ein demokratisches und gerechtes politisches und ökonomisches System - auch genau das ist, was sie wollen und daß sie deshalb zu uns gehören. Und wenn sie kommen, heißen wir sie willkommen!

(Los Angeles Times / USA, 10.5.88)

Aufruf zum Boykott der Kommunalwahlen

Der ANC hat die Südafrikaner aufgerufen, die Kommunalwahlen im rassistischen Südafrika, die im Oktober dieses Jahres stattfinden, zu boykottieren. In einer in Lusaka veröffentlichten Erklärung ruft die Befreiungsbewegung auch zum Widerstand gegen die neue Arbeitsgesetzgebung auf, mit der das Regime in Pretoria das Streikrecht beschneiden will.

(BBC Monitoring Report / Harare, 20.5.88)

Chris Hani (Kommandeur von Umkhonto we Sizwe) gegenüber Weekly Mail

... Indem wir unsere Leute für den Guerilla-Krieg ausbilden , wollen wir die Volksarmee der Zukunft aufbauen. Sie werden der Kern der Armee nach der Befreiung sein, sagte er. Hanis politische Botschaft befindet sich in Übereinstimmung mit den Ansichten seiner politischen Kollegen in Lusaka und denen der Menschen innerhalb des Landes, die die politischen Ziele des ANC unterstützen, aber seine Kampagne der Gewalt ablehnen.
Wir würden den Kampf gerne zu jeder Zeit beenden, aber es muß ein echtes Übereinkommen geben - das heißt, wenigstens Demokratie, sagte Hani. In dieser Sache ist er zu keinem Kompromiß bereit.
Wir wollen keine Wüste. Wenn aber die Frage steht, ob P.W. Botha das Land in eine Wüste verwandeln will, werden wir nicht sagen: Nein, wir akzeptieren die Sklaverei, weil wir kein verwüstetes Land wollen. Wir sind bereit, eine Wüste hinzunehmen, wenn das der Preis für unsere Freiheit ist. Seine Beschreibung der Methoden für die Erlangung dieser Freiheit

/2

Gossner Mission

ist kühl und einfach. Die Weißen werden sich nicht verändern, bis sie Apartheid als bitter, sehr schmerzhaft und sehr teuer in Bezug auf Menschenleben erfahren.
Ihr Leben ist gut. Sie gehen in ihre Kinos. --- Sie gehen in ihre Fünf-Sterne-Hotels. Deshalb unterstützen sie das System. Es garantiert ihnen ein glückliches Leben, ein süßes Leben. Ein Teil unserer Kampagne ist es, dieses süße Leben zu verhindern, sagte er. ... Hani übernahm bereitwillig die Verantwortung für die jüngste Welle von Bombenanschlägen, darunter auch die, die anscheinend nicht gegen militärische und ökonomische Ziele oder gegen die Polizei gerichtet waren. ...
Die Bomben sollten den Weißen sagen: Wir können uns ganz nahe an euch heranschleichen. Seid auf der Hut, wir entwickeln uns und wir werden in der Lage sein, etwas Großes in euren Gebieten zu tun, sagte er. Das ist bewaffnete Propaganda und für unser Volk eine Demonstration unserer Anwesenheit, für die Weißen aber, daß sie so lange nicht in Sicherheit leben werden, wie Botha regiert ...

(Weekly Mail, 10.6.88)

MK in Aktion

In der Nähe der Vorstadt Mmabatho von Montshiwa explodierte am Sonnabend eine Handgranate, und es war eine Anzahl von Schüssen zu hören, erklärte der Sprecher der Polizei von Bophuthatswana, Colonel David George. Es wurden Teile von Handgranaten und Patronen gefunden, aus denen hervorgeht, daß sie kommunistischen Ursprungs sind.

(Sowetan, 6.6.88)

Ein Eisenbahnwagon wurde am Sonnabend kurz vor Mitternacht schwer beschädigt, als eine Sprengstoffladung explodierte, während der Wagen auf der Eisenbahnstation in der Township Atteridgeville - Saulsville von Pretoria stand.

(Citizen, 6.6.88)

Eine Eisenbahnstrecke nahe der Station Inklanzani, Soweto, wurde in Folge einer Explosion leicht beschädigt, und es traten Zugverspätungen von etwa 30 Minuten auf ... Niemand wurde verwundet ...

(Citizen, 8.6.88)

Präsident Oliver Tambo

... Aber wir akzeptieren, daß einige Leute in Südafrika möchten, daß der ANC die Weißen angreift. Er sagte, daß es im Lande eine breite Unterstützung für bewaffneten Kampf gebe. ... Es mag Besorgnis erregen, wenn eine Bombe an der falschen Stelle explodiert, aber im Allgemeinen ist ein Kampf, der Schaden verursacht, sehr willkommen. Einige mögen sogar denken: Warum verschont ihr die Weißen, wo sie doch diejenigen sind, die uns unterdrücken? Warum beschränkt ihr euch auf die Armee?
Aber wir wollen nicht von unserem Prinzip abweichen, daß wir die Weißen nicht bekämpfen, nur weil sie weiß sind...

(Independent / UK, 14.6.88)

Gespräche ANC - Nactu

Während eines historischen zweitägigen Treffens in Harare diskutierten in der letzten Woche der ANC und der National Council of Trade Unions (Nactu) (=Nationalrat der Gewerkschaften), die Einheit unter allen

Gossner Mission

'demokratischen' Organisationen, die in Südafrika arbeiten. Die fünfköpfige Delegation von Nactu unter der Leitung von Präsident Mr. James Mndaweni und die Mitglieder des Nationalen Executivkomitees des ANC, geführt von Generalsekretär Mr. Alfred Nzo, einigten sich neben anderen weitreichenden Resolutionen darüber, daß die Freiheitscharta keine Vorbedingung für die Einheit ist. ...
Der ANC und Nactu veröffentlichten ein gemeinsames Kommuniqué, in dem beide Organisationen erklärten, daß es ein Gebot der Stunde sei, für die Einheit der Arbeiterbewegung innerhalb des Landes zu kämpfen, mit dem möglichen Ziel eines einzigen Arbeiterverbandes. Beide Organisationen bekräftigten ihre Verpflichtung zum Aufbau eines 'einheitlichen demokratischen Landes, frei von Rassismus'.

(Sowetan, 9.5.88)

NACTU ist nach COSATU die zweitgrößte Arbeiterorganisation in Südafrika. (Anm. der Red.)

... Das Mitglied des Nationalen Exekutivkomitees des ANC, John Nkadimeng,*) erklärte gegenüber Weekly Mail in dieser Woche, daß der ANC der Ansicht sei, daß 'Einheit an der Basis' zwischen den Mitgliedern rivalisierender Arbeiterorganisationen mit der Beteiligung an gemeinsamen Aktionen an den "Graswurzeln" (d.h. an der Basis) aufgebaut werden könne. ...
Manche Leute denken, daß eine Vorbedingung für jedermann, der sich an einer neuen vereinigten Front beteiligen will, die Anerkennung der Freiheitscharta sei. Wir sagen, das ist nicht korrekt. Die Unterstützung der Freiheitscharta ist nicht unbedingt notwendig, um sich an einer solchen Front zu beteiligen, sagte Nkadimeng. Auf die Frage, ob all dies bedeutet, daß der ANC der Ansicht sei, daß Gruppen wie die Azanian People's Organization (Azapo) (= Volksorganisation von Azania) und Nactu, die gegen die Freiheitscharta sind, mit COSATU und der Vereinigten Demokratischen Front (UDF), welche die Freiheitscharta angenommen haben, zusammenarbeiten sollten, sagte Nkadimeng: Genau dafür steht die vereinigte Front. Sie ist dazu da, die Menschen zusammenzubringen, um einem gemeinsamen Feind gegenüberzutreten. Dazu müssen sie nicht 100%ig einer Meinung sein.
Dennoch, so betonte er, würden der ANC und Sactu in COSATU die offizielle Gewerkschaftsorganisation in Südafrika sehen. COSATU ist die wichtigste Organisation, sagte er.

(Weekly Mail, 13.5.88)

2. Gewerkschaftsbewegung

COSATU-Kongreß

Der Kampf des Kongresses der Südafrikanischen Gewerkschaften am letzten Wochenende hat die Möglichkeit der Teilnahme eines weiten Spektrums von Anti-Apartheid-Organisationen, darunter einige, die sich bisher befeindeten, an einer gemeinsamen Kampagne gegen die Niederschlagung von Oppositionsgruppen durch die Regierung erörtert. Die Delegierten beschlossen nach einer regen Debatte, eine 'Konferenz eines breiten Spektrums von Anti-Apartheid-Organisationen einzuberufen, um gemeinsam gegen die Unterdrückung durch die Apartheid vorzugehen'. Eine andere wichtige Resolution ruft zu einem dreitägigen 'nationalen friedlichen Protest' gegen die kürzliche Bannung von 17 Organisationen und die einschneiden-

*) J.N. ist außerdem Generalsekretär des Sactu-South African Congress of Trade Unions im Exil)

Gossner Mission

den Beschränkungen der politischen Aktivitäten von COSATU auf. Als Datum dafür wurden der 6., 7. und 8. Juni gewählt. Die Delegierten beschlossen auch, an jedem Dienstag in organisierten Betrieben Demonstrationen gegen das Labour Relations Amendment Bill ("Gesetz zur Verbesserung der Arbeitsbeziehungen") zu halten. ...
Die vor uns liegenden Aufgaben werden davon abhängen, ob wir ein Programm entwickeln können, welches uns befähigt, unsere Kräfte neu zu formieren und verschiedene andere Teile der Bevölkerung, die noch unentschieden sind, in den Kampf gegen den gemeinsamen Feind einzubeziehen, erklärte Elijah Barayi, Präsident von COSATU, in seiner Eröffnungsansprache. Dennoch, so erklärte Barayi, sollten COSATU's Bemühungen um eine breite Anti-Apartheid-Front auf den Prinzipien der Freiheitscharta beruhen. ...
Nach den Worten von Delegierten war das Treffen durch eine offene Debatte und den Willen zur Anerkennung gegensätzlicher Positionen gekennzeichnet - im Kontrast zu den erbitterten Kämpfen innerhalb von COSATU, die auf dem letzten Kongreß stattgefunden hatten.

(Weekly Mail, 20.-26. Mai 1988)

Die Vorbereitung des Kongresses von COSATU an diesem Wochenende war gekennzeichnet durch einen beispiellosen Grad an Offenheit in der Diskussion der Stärken und Schwächen der Arbeiterföderation. Die Diskussion wurde im wesentlichen durch einen Bericht der COSATU-Leitung angeregt, ... der eine Reihe entscheidender Schwächen der Föderation hervorhob. Kritik an den Organisationsaktionen - besonders von gestandenen Mitgliedern - ist unumgänglich, um die Militanz und die Dynamik unserer Organisation zu sichern, schreibt der Bericht.
Einige der Probleme, die darin aufgezeigt werden, sind:
- Schwächen in der Struktur einiger Gewerkschaften innerhalb von COSATU und kraftraubende interne Konflikte in anderen;
- Mangelnde Kontrolle über hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre durch die Arbeiter in einigen Fällen;
- Die Unfähigkeit des Zentralen Exekutivkomitees, die volle Beteiligung aller Gewerkschaften an den COSATU-Kampagnen zu sichern; u.a.

(Weekly Mail, 13.5.88)

Das "Labour Relations Amendment Bill", welches derzeit in Vorbereitung ist, enthält im einzelnen unter anderem folgende Bestimmungen:
- Das Verbot, wegen der gleichen oder einer ähnlichen Sache innerhalb von 12 Monaten wiederholt zu streiken;
- Die Gewerkschaften können vom Arbeitgeber für die Verluste während eines illegalen Streiks verantwortlich gemacht werden.
- Stayaways (Wegbleiben von der Arbeit) werden für illegal erklärt und die Gewerkschaften können angeklagt werden, wenn sie zu solchen Aktionen aufrufen.
- Es ermöglicht den Arbeitgebern, mit Minderheitsgewerkschaften zu verhandeln und untergräbt das Prinzip, nach dem Gewerkschaften mit einer Mehrheit von 50% plus eins für die gesamte Belegschaft eines Betriebes sprechen.
- Arbeitgeber können Arbeiter leichter entlassen.
- Es gibt dem Arbeitsminister das Recht, jeden, den er auswählt, für das Arbeitsgericht zu nominieren. Gegenwärtig können nur Arbeitsrechtsexperten Präsident oder stellvertretender Präsident des Arbeitsgerichtes werden.

(Weekly Mail, 20.5.88)

/5

Gossner Mission

Streik-Statistik

Durch Streiks gingen in den ersten drei Monaten dieses Jahres insgesamt 243.000 Arbeitstage verloren.

(Citizen, 13.5.88)

Drei Millionen Nägel für den Sarg der Apartheid

... Der Stayaway (Wegbleiben von der Arbeit) von zwei bis drei Millionen Arbeitern, der die Form eines Streiks annahm und der Industrie einige 500 Millionen Rand Verluste einbrachte, war der größte in der Geschichte Südafrikas. Allein die Größe des Streiks ist auch der offensichtliche Grund für die Andeutung des Ministers für Arbeitskräfte, Pietie du Plessis, daß er zu Gesprächen mit dem Kongreß der Südafrikanischen Gewerkschaften (COSATU) bereit sei und in Erwägung ziehe, einige der Bestimmungen in dem Labour Relations Amendment Bill zurückzunehmen. Diese Entwicklungen haben offensichtlich nicht nur die Regierung und führende Geschäftsleute verblüfft, die vor der Protestaktion anscheinend davon überzeugt waren, daß die Arbeiterbewegung nicht in der Lage sei, eine solche Aktion durchzuführen, sondern auch die meisten Gewerkschaftsführer, die niemals eine so große Ausdauer von den Arbeitern erwartet hatten, die den Lohn dreier Tage opferten, um zu Hause zu bleiben. ... Der Stayaway wird wahrscheinlich auch die Drohungen einiger Arbeitgeber abschwächen, Arbeiter zu entlassen, die zu Hause blieben und die Gewerkschaften für die Schäden durch den Streik verantwortlich zu machen. ... Ungeachtet der schweren Debatten innerhalb von COSATU auf dem vor kurzem stattgefundenen Kongreß, auf dem die Einzelgewerkschaften Pläne zum Widerstand gegen das Gesetz diskutiert hatten, setzten auch die dem Protestplan skeptisch gegenüberstehenden Gewerkschaften ihr ganzes Gewicht hinter die endgültige Entscheidung der Föderation.
Eine noch nie dagewesene Koordination von Nactu und COSATU während des Protestes stärkte ebenfalls den Aufruf der Gewerkschaften.

(Weekly Mail, 10.6.88)

3. Landesweiter Widerstand

Mietboykott

Die Regierung hat den Soweto-Rat (Soweto-Council) zum letzten Mal verwarnt: Laßt die Leute Miete zahlen oder ihr kommt unter den Hammer! - Dieses Ultimatum gilt auch für die örtlichen Verwaltungen im ganzen Land. Es wurde ihnen bis Ende Juni Zeit gegeben, die Sache in Ordnung zu bringen.
Von den Verwaltungen wird erwartet, daß sie jeden Cent, der ihnen geschuldet wird, bis zum nächsten Monat eingesammelt haben. In Anbetracht dessen benutzen die Behörden jede nur denkbare Möglichkeit, die durch den Mietboykott seit September 1984 verursachten Schulden von schätzungsweise 400 Millionen Rand zusammenzubringen.

(City Press, 15.5.88)

4. Verhaftungen und Prozesse

Verhaftungen unter dem Ausnahmezustand

Nach einem aktuellen Bericht über Menschenrechte wurden unter den Ausnahmebestimmungen zwischen dem 11. Juni 1987, als der Ausnahmezustand verlängert wurde, und April 1988 etwa 5.000 Menschen verhaftet. ... Wenigstens 30.000 Menschen wurden seit dem 12. Juni 1986 nach den Bestimmungen des Ausnahmezustandes verhaftet und etwa 1.000 Menschen waren

Gospel Mission

während der gesamten 11 Monate des gegenwärtigen Ausnahmezustandes oder noch länger in Haft. ... Vom wenigstens 205 Menschen ist bekannt, daß sie unter den südafrikanischen Sicherheitsbestimmungen in Haft sind.

(Weekly Mail, 20.5.88)

Etwa 2.000 bis 2.500 Menschen sind derzeit unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes in Haft, darunter wenigstens 200 im Alter unter 18 Jahren. Mit Auslaufen des alten Ausnahmezustandes muß die Polizei diese Häftlinge freilassen, jedoch wurden im vorigen Jahr fast alle von ihnen wieder verhaftet, noch bevor sie die Gefängnisse verlassen konnten. Am 9.6.88 hat P.W. Botha einen weiteren Ausnahmezustand von 12 Monaten bekanntgegeben.

(nach Weekly Mail, 10.6.88)

Gefangengenommene ANC-Guerillas beschreiben sich selbst immer häufiger als Soldaten, die ein Anrecht darauf haben, entweder als Kriegsgefangene behandelt zu werden oder wenigstens einen höheren Status als einfache Kriminelle zu erhalten. Der sechsmonatige Messina-Prozeß, der damit endete, daß der Richter Mthetheli Mncube und Mzondedeli Nondula mehrfach zum Tode verurteilt, ruft dies wieder in Erinnerung. Beide, Mncube (27) und Nondula (24) betrachten sich als Soldaten der ANC-Untergrundarmee Umkhonto we Sizwe. Der Richter, Mr. J.P.O. de Villiers verurteilte sie jedoch wegen Mordes und Terrorismus zum Tode und wies damit ihre Selbstdarstellung als Kämpfer in einem Krieg zurück. ... Aber der Fall ist noch nicht abgeschlossen. Der Richter gestattete ihnen, Berufung einzulegen. Das Argument, daß sie Soldaten in einem Krieg, den sie - und ein Großteil der Welt - für gerecht halten, wird vor dem Berufungsgericht geklärt werden. ...
Der ANC ... hat eine Deklaration des Internationalen Roten Kreuzes unterschrieben, worin er sich verpflichtet, 'wo immer es praktisch möglich ist', die Genfer Konvention über das Führen von Kriegen einzuhalten. Der ANC ging diese Verpflichtung 1980 ein, drei Jahre nachdem der Genfer Konvention von 1949 neue Protokolle hinzugefügt wurden, die diese von Kriegen zwischen Staaten auf 'bewaffnete Konflikte, in denen Völker in Ausübung ihres Rechtes auf Selbstbestimmung, gegen koloniale Herrschaft und ausländische Besetzung sowie gegen rassistische Regime kämpfen', ausdehnten.

(Star, 7.5.88)

Kinder im Gefängnis

Etwa 10.000 Kinder sind seit dem Beginn des Ausnahmezustandes verhaftet worden.

(Independent / UK, 9.6.88)

Warum haben die Machthaber in Südafrika diese Welle des Terrors gegen die wehrloseste Gruppe (die Kinder) der schwarzen Bevölkerung gerichtet? Rev. Paul Veoryn, ein methodistischer Pfarrer, sagte dazu: Sie werden ausgewählt, weil sie eine wirkliche Bedrohung des Botha-Regimes darstellen. Sie haben Enthusiasmus und Schwung, und sie sind organisiert. Sie sind auch schwach. In einigen Fällen sind sie sicher der Brandstiftung und des Steinewerfens schuldig, aber nicht die meisten von ihnen. Was die Regierung tut, unterdrückt ihre Opposition nicht, sondern verstärkt sie nur.

(Daily Telegraph / UK, 9.6.88)

/7

Gossner Mission

Todesurteile

Während der letzten 10 Jahre wurden 1218 Menschen in Südafrika durch den Strang hingerichtet, wobei die Zahl von 121 im Jahre 1986 auf 164 im Jahre 1987 stieg.

(Sowetan, 7.6.88)

Nach Weekly Mail (10.6.88) befinden sich gegenwärtig 53 Menschen in den Todeszellen des Apartheidregimes.

5. Schüler- und Studentenbewegung

Es ist unvermeidlich, Vergleiche anzustellen zwischen der Krise im Bildungssystem im westlichen Kap in diesem Jahr und den langanhaltenden Konfrontationen und Boykottaktionen von 1985, welche eine nie dagewesene Eskalation militanter Aktionen in den Straßen Kapstadts hervorbrachten, schreibt ein Lokalkorrespondent. Aber Analytiker und Erzieher erklären, daß die Situation von 1988 sich qualitativ sehr unterscheidet von den oft undisziplinierten und spontanen militanten Aktionen im Jahre 1985.
Die Beschwerden sind vielfach die gleichen, aber jetzt halten die Lehrer zu ihren Schülern und stehen vielfach in der ersten Reihe bei den militanten Aktionen. Und auch ein wesentlich höheres Niveau des Verständnisses von Taktik und Strategie hat sich gezeigt. Der hohe Grad von Disziplin kann zu einem Teil auf ein ausgedehntes "Zellen-System" zurückgeführt werden, welches zur Diskussion von Aktionen und zur Entwicklung von Strategien an den Schulen und in den Gemeinden entwickelt wurde. ...
Eine auffallende Entwicklung ist in diesem Jahr das Abrücken von der Taktik langanhaltender Schulboykotts, in deren Folge viele Schüler ein Jahr wiederholen mußten oder sich auf dem überfüllten Arbeitsmarkt bezwungen wurden. Statt dessen wird der Boykott jetzt als eine begrenzte Taktik angewandt.
Viel Wert wurde auf die Durchführung alternativer "Volksbildungsprogramme" mit alternativen Lehrplänen, politischer Erziehung und Ausbildung zur Entscheidungsfindung in strategischen Fragen gelegt. In einer wachsenden Anzahl von Schulen werden diese Programme entweder unter Anleitung der Lehrer oder mit ihrer vollen Unterstützung und Billigung durchgeführt. ...

(Southsean / Großbritannien, 4.5.88)

Fähigkeit zur Untergrundarbeit erforderlich

Ein Mitglied der Exekutive der UDF erklärte ..., daß die demokratische Massenbewegung die Fähigkeit der geheimen Untergrundarbeit erwerben müsse. Titus Mafolo sagte, daß die demokratische Bewegung die Kommunalwahlen im Oktober boykottieren werde, den Weg für weiße Demokraten jedoch offenhalte, damit sie diese Wahlen benutzen könnten. ...

(Weekly Mail, 10.6.88)

Kriegsdienstverweigerung

David Bruce ... ist der erste Südafrikaner, dem für seine Weigerung, den zweijährigen Grundwehrdienst anzutreten, eine sechsjährige Gefängnisstrafe droht. Andere sind verurteilt worden, weil sie weitere Einberufungen nach Ableistung ihres zweijährigen Dienstes verweigert hatten ...
Wenn er im nächsten Monat für schuldig befunden wird, muß Bruce sofort, wie er sagte, damit beginnen, die besten Tage seines Lebens mit gewöhnlichen Kriminellen zu verbringen. Ich bin bereit zu kämpfen für die Verteidigung des Volkes von Südafrika!
Ins Gefängnis zu gehen, ist dasselbe wie sich zum Wehrdienst stellen ...
Die südafrikanischen Sicherheitskräfte halten das rassistische System der Apartheid aufrecht.

(Weekly Mail, 10.6.88)

/8

Gossner Mission

7. Kirchen

Joe Slovo zitiert

In einer Rede vor dem Präsidentschaftsrat von Südafrika hat Adriaan Vlok (Minister der südafrikanischen Regierung, Anm. d. Red.) neben verschiedenen Anti-Apartheid-Organisationen auch die Kirchen angegriffen: Die Kirchen und kirchlichen Organisationen würden ebenfalls mißbraucht. Er zitierte den Führer der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP), Joe Slovo: Wir müssen das Evangelium verkünden, wie es die Kirche in letzter Zeit sehr wirksam getan hat - das Evangelium der Verweigerung, des Widerstandes, der Rebellion - wo immer die Menschen zusammen kommen, in den Wohnheimen, in den Bergwerken, den Parks, den Schulen, den Kirchen, überall , wo sie sich treffem.

(Weekly Mail, 10.6.88)

8. Pretorias Strategie

"Die man wat weet" ist das Pseudonym eines Jemand, der sich in der Nähe des Herzens der Staatsmachtstrukturen befindet. Kürzlich bestätigte "Die man" in "Die Suid-Afrikaan", daß die reale Macht im Staate nahezu vollständig durch "Die groot krokodil" (P.W.Botha)und sein 'inneres Kabel', den Nationalen Staatssicherheitsdienst, kontrolliert würde. ... Hat dieses 'Kabel' eine Strategie? Die Antwort findet sich in einer Broschüre, die von Mitgliedern des Staatssicherheitsrates an führende Politiker und Staatsfunktionäre verteilt wurde. Der Titel lautet: "Die Kunst der konterrevolutionären Kriegsführung". ...
Coetzee und sein Protegé Wiliamson argumentierten so, daß die UDF, Protestaktionen auf niedrigem Niveau, Gewerkschaften und andere Township-Organisationen weiterhin erlaubt, jedoch durch Infiltration, ausgewählte Bannungen und Verhaftungen kontrolliert werden sollten. In der Zwischenzeit sollten große Reformpläne, legale Gewerkschaften und erweiterte Demokratie (Drei-Kammer-Parlament) Staat und Regierung schrittweise legitimieren. Ständiger Widerstand machte diese Strategie bald unmöglich und eine neue wurde gebraucht. Aber dieses Mal, so sagten die Generale dem "groot krokodil", werden es große Reformen von oben nicht schaffen, sondern die sorgfältige Umgestaltung und Reorganisierung der Gemeinschaften von unten. ...
Ein effektives Sicherheitssystem ist unentbehrlich. ... Alle diese Strategien werden durch das komplexe Netzwerk des Joint-Management Centres (JMC) ausgeführt und koordiniert. ...
In Orten wie Alexandra, New Brighton, Mamelodi und Bonteheuwel - vier gut bekannte 'Ölflecke' - (so werden Orte, in denen der Widerstand besonders stark ist, genannt. Anm. d. Red.) gibt das JMC große Summen für Projekte zur Verbesserung der Lebensbedingungen aus. Es werden neue Körperschaften für Sport, Kultur, Kirche und Politik ins Leben gerufen und die Politik der Regierung wird propagiert. ... Unter Verwendung großer großer öffentlicher und privater Mittel koordiniert das JMC:

- Massenverhaftungen und Schauprozesse
- die 'Normalisierung' der Kommunalverwaltung, indem Miet- und Wahlboykotte gebrochen werden,
- Gründung von Gegen-Organisationen - neuer Sportvereine, Kulturgruppen und politischer Organisationen.
- Bürger-Bildungs-Programme zur Zusammenarbeit mit den neuen örtlichen Führern und Verwaltungsbeamten,
- Aufstellung von 'Selbstschutzeinheiten', Vigilantes und Kommunalpolizei
- Sicherheitssystem
- Ortsverteidigung durch militärische Beteiligung an öffentlichen Arbeitsprogrammen.

(Weekly Mail, 20.5.88)

Gossner Mission

Die südafrikanischen Sicherheitskräfte haben 14 zeitweilige Militärbasen in oder nahe den Unruhegebieten in schwarzen Townships errichtet. Das ko kostet 5,7 Millionen Rand. Dieses eröffnete der Verteidigungsminister Magnus Malan in dieser Woche dem Parlament.

(Weekly Mai, 10.6.88)

Eine neue Township für 4.500 schwarze Familien mittleren Einkommens wird für etwa 150 Millionen Rand in Mfulemi (am Kap, Anm. d. Red.) gebaut. Das Projekt wird vom privaten Sektor finanziert. ...

(City Press, 5.6.88)

Südafrika unterstützt UNITA

Südafrika hat beschlossen, die UNITA zu unterstützen, um zu verhindern, daß sie durch kommunistische Stellvertreterkräfte und die angolanische Armee zerschlagen würde. Wenn Südafrika dies nicht getan hätte, wäre der Weg für die kommunistischen ANC- und SWAPO-Kräfte nach Süd-West-Afrika frei gewesen und ihre Gewalttätigkeit und ihr Terror hätten auf Botswana und andere Nachbarstaaten Südafrikas übergegriffen. Es ist nicht die Politik Südafrikas, sich in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen.
Aber wenn wir gebeten werden, die afrikanische Freiheit gegen die Tyrannei ausländischer Unterdrücker zu verteidigen, müssen wir handeln! (General Magnus Malan) ...

(Citizen, 18.5.88)

Das angolanische Staatssekretariat für Soziale Angelegenheiten (SEAS) bemüht sich derzeit um 36.421 Menschen, die durch den Krieg im Süden der Provinz Cunene obdachlos geworden sind. ...
Josephina Pandengue, Vorsitzende der SEAS-Abteilung in Cunene ... erklärte, daß unter den Obdachlosen 2.454 Waisen, 546 körperlich Behinderte und 4.463 alte Menschen seien.

(BBC Monitoring Report /Angop, 9.5.88)

Namibischer Kirchenführer sagt vor US-Unterkomitee aus

Ein namibischer Kirchenführer berichtete amerikanischen Kongreßabgeordneten, daß seine Landsleute die 'unheilige Alliance' zwischen ihrer Regierung und Südafrika ablehnten.
Wieviele Namibier müssen noch sterben, bis die internationale Öffentlichkeit erkennt, daß Apartheid in Namibia ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist? fragt Rev. Zedekia Mnjoro. ... Die südafrikanische Herrschaft hat den Namibiern nichts als Tod, Folter und Unterdrückung gebracht. Deshalb sei es Zeitvergeudung, über die Gegenwart der Kubaner in Angola zu diskutieren.

(Namibian Communication Centre, 31.3.1988)

Neue Ausnahmebestimmungen

Die Südafrikanische Regierung wird in Zukunft noch strenger gegen abweichende politische Meinungen und gegen die Medien vorgehen, indem für den erneut um 12 Monate verlängerten Ausnahmezustand noch zusätzliche Restriktionen eingeführt werden. Die strengeren Bestimmungen beinhalten eine weiter gefaßte Definition der Leute, die nicht zitiert werden dürfen, das Verbot von Aufrufen zum Boykott der Kommunalwahlen, Beschränkungen

Gossner Mission

für örtliche Nachrichtenagenturen und ein vereinfachtes Verfahren zum Verbot unliebsamer Publikationen ...

(Financial Times /UK, 11.6.88)

Ausländische Firmen in Südafrika

Etwa 1.267 Firmen aus 20 westlichen Ländern machen weiterhin Geschäfte in Südafrika, aber 188 Firmen aus sieben Ländern haben sich zurückgezogen, so ein Bericht der Internationalen Vereinigung freier Gewerkschaften. Großbritannien ist mit 374 Firmen, die noch immer in Südafrika arbeiten, führend. Der Generalsekretär der Vereinigung, Mr. John Vanderveken, sagte, der Bericht sei ein klarer Beweis des Triumpfes der Gewinnsucht über die Moral. ... Was sie nach Südafrika führt, sind die billigen Arbeitskräfte, nicht der Wunsch, soziale Gerechtigkeit herzustellen. -

Nach Großbritannien sind die Länder, die noch die meisten Firmen in Südafrika haben: Bundesrepublik mit 333, Vereinigte Staaten mit 64, Japan mit 103, Frankreich mit 90 und die Schweiz mit 54. Außerdem arbeiten hier die Niederlande mit 29, Österreich mit 28, Australien mit 19, Kanada und Belgien mit je 18, Schweden und Dänemark mit je 10, Italien mit 7, Finland und Irland mit je 2 und Spanien, Norwegen, Portugal und Griechenland mit je einer Firma.
Die USA haben 134 Firmen zurückgezogen, gefolgt von Großbritannien mit 26, Kanada mit 20, den Niederlanden mit 4 und Frankreich mit 2 sowie Italien und Australien mit je einer Firma.

(Star, 30.5.88)

Gossner Mission

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 183

1180 Berlin, im Juli 1988
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58

S Ü D A F R I K A - A K T U E L L 12

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC herausgegebenen "New briefings" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Aufrikanischen Nationalkongresses oder die unsere.

(Zu den Kriterien der Auswahl siehe "Südafrika aktuell 1")

ANC-Aktivitäten

Kommentar zu Umkhonto we Sizwe

Ein Zusammenstoß zwischen vermutlichen Mitgliedern von MK, dem bewaffneten Flügel des ANC, und der Polizei am 13. April in der Nähe von Durban hatte den Tod von vier Menschen zur Folge. Aber heutzutage ist so etwas in Südafrika kaum noch eine besondere Neuigkeit. Im letzten Jahr kam es zu vielen solcher Zusammenstöße. Ein Bericht über diese Zusammenstöße zeigt, daß der ANC es immer noch schafft, Südafrika zu infiltrieren und Waffen und Personal in's Land zu bringen ....
Im ersten Viertel dieses Jahres wurde die südafrikanische Polizei direkt von ANC-Mitgliedern angegriffen. Die meisten der Zwischenfälle dieses Jahres richteten sich gegen Spezialeinheiten oder die Städtische Polizei in schwarzen Townships. Wenigstens sechs Polizisten wurden getötet und eine große Anzahl von ihnen verletzt.
Einen Angriff auf die Städtische Polizei von Soweto am 8. März, bei dem neun Polizisten verwundet wurden, führt die Polizei auf eine "ANC-Gang" zurück, die seit Dezember in Soweto operiert hat. Bei einem früheren Zwischenfall in Atteridgeville bei Pretoria starben zwei Polizisten an Schüssen aus AK-47-Gewehren. Auch dieser wird auf eine "ANC-Gang" zurückgeführt. Es ist bemerkenswert, daß die getöteten "Terroristen" gesichts- und namenlose Statistik bleiben,und es ist schwierig, über sie irgendwelche Einzelheiten zu erfahren.

(South 28.4.88)

Nach den Worten von Professor Peter Vale, Direktor des Instituts für soziale und ökonomische Forschung, hat der Staat derzeit einen Heimvorteil, aber die Zunahme der Bombenanschläge zeigt, daß der Krieg weitergeht. Sein Tempo beschleunigt sich stärker, als wir es wahrnehmen wollen, meinte er und fügte hinzu, es sei schwer, Bombenanschläge unter Kontrolle zu bringen. Dr. Lodge sagte, die jüngsten Bombenexplosionen in Kapstadt, Pretoria und Johannesburg zeigten einen Grad der Koordination, der darauf hinweist, daß die meisten Organisationsstrukturen des ANC immer noch intakt sind.
Die wahrscheinlichste Erklärung ist, daß der ANC lebt und arbeitet und die Tatsache, daß die Bombenexplosionen alle in großen Zentren stattfanden, läßt es möglich erscheinen, daß sie koordiniert waren. Er glaubt,

/2

Gossner Mission

daß der ANC immer noch an seiner Politik, keine zivilen Ziele anzugreifen, festhält.
Wenn Zivile Ziele angegriffen werden, was selten geschieht, ist dies meiner Meinung nach das Werk Einzelner, die am Ort ausgebildet wurden und sich nicht so streng an die ANC-Politik halten, wie es jemand, der außerhalb des Landes ausgebildet wurde und der nicht von den örtlichen Umständen beeinflußt ist, tun würde.

Grundzüge eines Post-Apartheid-Südafrika

Der ANC wird in den nächsten Wochen eine detailierte Zusammenstellung der Richtlinien für eine Verfassung eines Südafrikas nach der Apartheid veröffentlichen. Das Dokument - Resultat zweijähriger intensiver Arbeit und voraussichtlich der wichtigste politische Entwurf des ANC seit Jahrzehnten - wird die Verpflichtung der Organisation zu einer gemischten Ökonomie, einer freien Gesetzgebung, einer Mehr-Parteien-Regierung und einem einheitlichen Staat konstatieren. Es wird die Freiheit der Religion und der Presse akzeptieren und die Rechte der Frauen, das Recht der Arbeiter zur Organisation unabhängiger Gewerkschaften und das Streikrecht garantieren. ...
Es wird in Form der vorgeschlagenen Richtlinien die Art der Verfassung, die die Organisation für ein Südafrika nach der Apartheid auf der Basis der Prinzipien der Freiheitscharta anstrebt, erklären. ...
Das neue Dokument ist als eine Studie zur pragmatischen Durchführung der Prinzipien der Charta zu verstehen. ... Das Dokument rief breite Diskussion hervor. ... Es wird die Idee einer gemischten Ökonomie aufnehmen, bestehend aus einem Nebeneinander von staatlichem, privatem und kooperativem Unternehmertum, wird aber wahrscheinlich, wie die Charta, nicht genau ausführen, welche Industrien nationalisiert würden. Es wird die Vorstellung der Charta, daß Aktionen zur gleichberechtigten Verteilung des Reichtums erforderlich sind, anerkennen, aber nur wenige Einzelheiten darüber enthalten, wie dies geschehen soll.

(Weekly Mail 29.4.88)

2. Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaftsbewegung - Feierlichkeiten zum 1. Mai

Etwa 2000 Menschen versammelten sich in der überfüllten Aula der Universität des Westlichen Kap zu einer Mai-Kundgebung, auf der der Generalsekretär der COSATU, Jay Naido, sprach. Über der Bühne verkündete ein großes COSATU-Banner: 'Ein Unrecht gegen einen ist Unrecht gegen alle', während auf einem Transparent der Chemiearbeitergewerkschaft zu lesen war: 'Eine vereinte Arbeiterklasse kann niemals geschlagen werden!' Man sah hunderte verschiedener T-shirts, bedruckt mit Losungen und Botschaften von Kampforganisationen nicht nur innerhalb Südafrikas, sondern auch aus so weiter Ferne wie Kuba oder Nikaragua. Theater, Tanz und spontane Vorführungen des traditionellen Toyi-toyi waren zwischen die Reden eingestreut. Die Stimmung war Ausdruck von Einheit und Kraft im Angesicht der Not.
Die T-shirts erzählten ihre Geschichte: 'Vereinigt euch und kämpft für einen Lohn zum Leben', 'Kämpft gegen Armut und Unterdrückung' und 'Organisiert oder hungert' waren einige der Slogans. ...

Zu Beginn der Kundgebung marschierte eine toyi-toyi-Gruppe mit einer hocherhobenen ANC-Flagge außen um die Aula. Später sprangen sechs vermummte Jugendliche auf die Tribüne und entfalteten die ANC-Fahne.

Gossner Mission

Freiheit oder Tod! Der Sieg ist gewiß! riefen sie, als die Masse aufsprang und ANC-Lieder sang. Zu ihnen gesellte sich eine Frau, die in den Farben Schwarz, Grün und Gelb gekleidet war. T-shirts besangen den Ruhm von Ashley Kriel und Govan Mbeki. Männliche und weibliche COSATU-Funktionäre, mit roten Bergarbeiterhelmen und Sprechfunkgeräten ausgerüstet, achteten auf strenge Kontrolle der Versammlung. Sie hatten auch ein wachsames Auge auf die Polizei, die in relativ geringer Anzahl außerhalb des Kampus anwesend war...

(South 4.5.88)

Das Thema der Mai-Demonstrationenvon COSATU war der Widerstand gegen das sog. Gesetz zur Verbesserung der Arbeitsbeziehungen und andere existierende diskriminierende Gesetze. Die Mai-Kundgebungen von COSATU beschäftigten sich auch mit der akuten Arbeitslosigkeit, der 40-Stunden-Woche, der Abschaffung von Überstundenarbeit, so daß Arbeitslose wieder eingestellt werden können, und der Rolle der Agenten der Apartheid bei der Bildung von Vigilante-Gruppen.

(South 4.5.88)

Die steigende Tendenz in der Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder hat auch 1987 angehalten, wenn auch mit langsamer Geschwindigkeit, schrieb der Generalsekretär für Arbeitskräfte Dr. P.J. Van der Merwe in seinem Jahresbericht. Die größte Zunahme war bei schwarzen Mitgliedern zu verzeichnen. Insgesamt gehören 1.879.400 Beschäftigte zu registrierten Gewerkschaften und etwa 240.600 zu nichtregistrierten Gewerkschaften. Ende 1987 gab es 205 registrierte Gewerkschaften und schätzungsweise 88 nicht geristrierte.

(BBC Monitoring Report - Sapa - 30.4.88)

COSATU-Präsident Elijah Barayi warnte die Regierung und die Arbeitgeber, daß die Einführung des Gesetzes zur Verbesserung der Arbeitsbeziehungen (Labour Relations Amendment Bill) zu Chaos und Konflikten führen würde.: Die Bosse haben dieses Gesetz unterstützt. Es greift unser Recht auf Streik an. Es erlaubt den Arbeitgebern, über die Köpfe der Mehrheit, die ihre eigenen Gewerkschaften demokratisch gewählt haben, mit Minderheitsgewerkschaften zu verhandeln. Es wird den Managern die Macht geben, die Gewerkschaften für den Produktionsausfall während der Streiks verantwortlich zu machen. Es wird den Gewerkschaften verbieten, die gleiche Angelegenheit innerhalb von 15 Monaten zum Gegenstand einer Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern zu machen.

(South 4.5.88)

B. Landesweiter Widerstand

Schulboykott

... In den letzten vier Wochen kam es zu einer dramatischen Zunahme des Widerstandes und der Proteste an Schulen in und um Kapstadt. Erzürnte Schüler und Lehrer protestieren gegen die Entlassung und Beurlaubung progressiver Lehrer, die Aktionen der Sicherheitskräfte, die Verfolgung und Verhaftung von Schülern und Lehrern und gegen die Weigerung, hunderte von Schülern zur Schule zuzulassen.

/4

Gossner Mission

In den Vorstädten und in Athlone, Bonteheuwel, Elsies River, Mitchell's Plain und Manenberg sind Zwischenfälle vorgekommen, aber S o u t h kann darüber wegen der Ausnahmeregelungen nicht berichten. In den Schulen sind Schüler verhaftet und verhört w orden und einige erschienen vor Gericht und wurden der öffentlichen Gewalt angeklagt...

W ecs c o (Western Cape Student's Congress) berief eine Versammlung ein, in der 56 Schulen einem dreitägigen Aktionsprogramm zustimmten. Das Programm begann am 25. April. Die folgende Woche war bestimmt durch brennende Barrikaden und massives Fernbleiben der Schüler von den Schulen ... Die "Stunden der Volksbildung", die von W ecs c o angeregt wurden, werden oft mit der vollen Unterstützung der Lehrer gehalten, in einigen Fällen übernahmen die Lehrer selbst diese Stunden. Ihr Programm ist darauf ausgerichtet, die Schüler von der 'normalen' Schulbildung zu befreien. ... Ein Sprecher sagte, es gäbe starke Parallelen zu den Schülerunruhen von 1985. Die Schüler protestieren immer noch gegen allen Mangel an Lehrbüchern, die Gegenwart der Sicherheitskräfte und die Beurlaubung von Lehrern. Nur jetzt nehmen auch die Lehrer an den Protesten und Aktionen teil. ... Der Protest dringt aus den Schultoren auf die Straßen.

(South 4.5.88)

Forum der fünf Freiheiten (FFF) (siehe SüdafrikaAktuell4Nr. 4)

... In den letzten zwei Jahren hat die Regierung massive Einschränkungen grundlegender Freiheiten vorgenommen - Freiheiten, ohne die keine demokratische Gesellschaft funktionieren kann. Das Forum der fünf Freiheiten hält es für eine wichtige Aufgabe, die weißen Südafrikaner über das Fehlen dieser grundlegenden Freiheiten zu unterrichten und fühlt sich verpflichtet, die Frage der Menschenrechte anzusprechen und das Niveau des politischen Bewußtseins unter ihren südafrikanischen Mitbürgern zu heben. ... Das FFF hat verschiedene Aktivitäten entwickelt... deren letzte gestern gestartet wurde. Diese Kampagne - 101 Wege, Apartheid zu beenden - hat das Ziel, unter weißen Südafrikanern das Bewußtsein zu verbreiten, daß es möglich ist, sich der Apartheid zu widersetzen, ohne das Gesetz zu brechen, sogar unter den Bedingungen des gegenwärtigen Klimas. Die Menschen werden aufgerufen, Ideen zu entwickeln, wie man positive Schritte zur Beendigung der Apartheid unternehmen kann. Es wird eine Broschüre herausgegeben werden, in der 101 konstruktive Wege aufgezeigt werden, auf denen jeder Mensch auf ein freies und gerechtes Südafrika hinarbeiten kann.

(Star 3.5.88)

4. Verhaftungen und Prozesse

Der Fall der Sechs von Sharpeville hat die Aufmerksamkeit erneut auf die Todesstrafe gelenkt. Nach statistischen Angaben hat sich die Anzahl der Hinrichtungen in alarmierender Weise erhöht. In den letzten 10 Jahren wurden in Südafrika 1218 Menschen erhängt und die Anzahl der Begnadigungen war im letzten Jahr verhältnismäßig niedriger als in den vorausgehenden neun Jahren.

(Citizen 29.4.88)

Gossner Mission

Die 25 vom Upington

Den 25 Einwohnern einer kleinen schwarzen Township im nördlichen Kap steht möglicherweise der Galgen bevor, nachdem sie des Mordes an einem städtischen Polizisten im Jahre 1985 für schuldig befunden worden sind. Ihre Verurteilung stützt sich auf ein gesetzliches Prinzip, das auch in dem kontroversen Urteil gegen die Sechs von Sharpeville angewandt wurde - das der gemeinsamen Absicht. ... Indem er die Doktrin der gemeinsamen Absicht in Anwendung brachte, befand der Richter, daß der Fakt, daß die Angeklagten sich in der Menschenmenge befanden, die Steine auf das Haus des Polizisten geworfen hatte, für ihn ausreiche, zu der Annahme zu gelangen, daß sie die Absicht hatten, ihn zu töten, obwohl sie nicht unbedingt direkt an der Tötung des Polizisten beteiligt gewesen sein müssen.

(Weekly Mail 5.5.88)

Robert McBride und Gordon Webster

Robert McBride hatte vor zwei Jahren den verwundeten ANC-Kämpfer Gordon Webster in einer Aufsehen erregenden Aktion praktisch unter den Augen der Polizei aus einem Krankenhaus in Edendale entführt. Robert McBride wurde jetzt nach Angaben von South (4.5.88) dreimal zum Tode verurteilt für eine ihm zur Last gelegte Bombenexplosion, in der drei Menschen starben.
Gordon Webster wurde des Mordes, des versuchten Mordes und verschiedener Akte des Terrorismus für schuldig befunden. Es gelang jedoch, ihn vor dem Galgen zu retten, und er wurde wegen "mildernder Umstände" zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt.

(Angaben nach Weekly Mail 5.5.88)

Auf Fragen der Verteidigung antwortend erklärte Webster, er sei beeindruckt gewesen von den Unterweisungen, die er im Militärlager des ANC erhalten hätte, denn es sei ihm wichtig gewesen, keinen Menschen zu töten oder Menschen einer Gefahr auszusetzen.
Es ist nicht die Politik des ANC, jemanden umzubringen. Darüber war ich sehr froh, sagte er. Auf die Haltung des ANC zu weißen Menschen eingehend, sagte Webster, daß sie immer als gebürtige Südafrikaner angesehen würden. Der Kampf richte sich gegen das System der Regierung.

(Sowetan 28.4.88)

Vor dem Obersten Gericht in Kapstadt wurden 15 Studenten der University of Western Cape verschiedener Vergehen gegen das Gesetz zur Inneren Sicherheit angeklagt. Ihre Weigerung, sich vor Gericht zu verteidigen, begründete einer von ihnen, Ashley Forbes, in der folgenden Erklärung:

1. Das bestehende politische System der Rassendiskriminierung, d.h. Apartheid, hat die Mehrheit des Volkes von Südafrika daran gehindert, an der Erstellung der Gesetze mitzuwirken, die jetzt gegen mich in Anwendung gebracht werden.
2. Die gegen mich vorgebrachten Anklagen besagen, daß ich angeblich Aktionen zur Abschaffung des Apartheidssystems unternommen hätte, so daß die Mehrheit der Südafrikaner an der Erstellung der Gesetze dieses Landes beteiligt sein könnte.

Gossner Mission

3. Die Internationale Gemeinschaft hat durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen und den Sicherheitsrat Apartheid wiederholt als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt und die Legitimität des Kampfes der unterdrückten Menschen von Südafrika in Ausübung ihrer Menschen- und politischen Rechte, wie sie in der Charta der UN und der Deklaration der Menschenrechte ausgeführt sind, anerkannt.

4. Der Internationale Gerichtshof hat entschieden, daß Rassendiskriminierung eine Verletzung der Verpflichtungen eines jeden Landes gegenüber der internationalen Gemeinschaft darstellt und daß Apartheid nicht übereinstimmt mit den Verpflichtungen, die Südafrika unter der Charta der Vereinten Nationen übernommen hat.

5. Kirchen und Führer der internationalen und nationalen religiösen Gemeinschaft haben erklärt, daß Apartheid Häresie ist.

6. Deshalb ist es mir unmöglich, mich gegen Anklagen zu verteidigen, die mich zum Terroristen abstempeln, weil ich Widerstand gegen Apartheid geleistet habe,und ich betrachte dieses Gerichtsverfahren als solches als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. ...

(South 28.4.88)

Ein Staatsanwalt lehnte es ab, Anklage gegen Polizisten zu erheben, obwohl ein Gericht befunden hatte, daß die Offiziere für den Tod von drei Menschen verantwortlich wurden, als sie in eine Menge schossen. ... Drei Männer im Alter von 21, 16 und 11 Jahren waren am 15. Oktober 1985 bei der Schießerei in Athlone getötet worden ...

(Financial Times (UK) 4.5.88)

5. "Apartheid aktuell"

Pressebeschränkungen

Das Erscheinen der Zeitung "South" ist am 10.5.88 (zunächst bis zum 10.6.88) verboten worden.

(nach Citizen 10.5.88)

In einer in Pretoria herausgegebenen Regierungszeitung warnte der Minister für Innere Angelegenheiten, Mr. Stoffel Botha, die Herausgeber von "Weekly Mail", daß der Inhalt und die Art ihrer Publikationen eine 'Bedrohung der öffentlichen Ordnung' darstellen. Dies ist die dritte derartige Warnung innerhalb von zwei Wochen.

(nach Star 27.4.88)

Hunger inmitten von Überfluß

Nach Angaben von Operation Hunger starben in jedem Jahr in Südafrika 5.000 Kinder an Unterernährung,und dieser Winter würde der 'bisher schlimmste' sein. Nach einer Untersuchung der Regierung litt im letzten Jahr ein Drittel aller schwarzen Kinder an Eiweißmangel.

(Sowetan 24.4.88)

Gossner Mission

Neues Gesetz über die Squatter

Wenn das Gesetz über die Squatter (Squatter = Siedler; Menschen, die sich ohne Aufenthaltsgenehmigung in der Nähe der sog. weißen südafrikanischen Städten ansiedeln) während dieser Parlamentsperiode ergänzt werden sollte, drohen Südafrikas heimatlosen Menschen schwere Strafen. Nach dem vorgeschlagenen Gesetz wird sich die Strafe bei Vergehen gegen das Gesetz zur Verhinderung illegaler Ansiedlung auf 10.000 Rand erhöhen. Die Siedler können auch zu 5 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt werden.

(City Press 1.5.88)

Nach einer neuen Gesetzgebung (Orderly Internal Politics Bill; wörtlich: Gesetz über ordentliche Innenpolitik) wird ein 'Register über registrierte Organisationen und Personen' nun von Fall zu Fall entscheiden, ob diese Gelder oder auch materiellen Güter aus dem Ausland erhalten dürfen oder nicht.
Die vorgeschlagenen Zusatzbestimmungen zu diesem Gesetz würden es jeder Person oder Organisation unmöglich machen, Geld oder materielle Güter aus dem Ausland zu erhalten, wenn nicht vorher eine Genehmigung dazu eingeholt wurde. Mit anderen Worten: Es kann ein kriminelles Vergehen sein, ein Geburtstagsgeschenk zu erhalten. Wenn man dieses Verbrechen begeht, hat man entweder eine Strafe von bis zu 20.000 Rand zu zahlen oder erhält eine Gefängnisstrafe von bis zu 10 Jahren oder beides.

(Nach South 14.4.88)

Gossner Mission

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 183

1180 Berlin, im Juli 1988
Badersaestr. 8
Tel. 681 45 58

S Ü D A F R I K A - A K T U E L L 11

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC herausgegebenen "New briefings" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalkongresses oder die unsere.

(Zu den Kriterien der Auswahl siehe "Südafrika aktuell 1")

1. ANC-Aktivitäten

Gespräche mit dem ANC

Die Teilnehmer der zweitätigen Gespräche zwischen weißen südafrikanischen Apartheidgegnern und dem ANC glauben, daß diese Gespräche nützlich waren. Die Vertreter der NDM (National Democratic Movement - Nationale Demokratische Bewegung) und des ANC stimmten in ihrer Vision eines zukünftigen nichtrassistischen Südafrika überein, nicht jedoch mit der Strategie des ANC, die Gewalt und Sanktionen mit einschließt. Weitere Gespräche sind vorgesehen. Am zweiten Tag beteiligte sich Dr. Frederik Van Zyl Slabbert, der ehemalige Führer der PFP und Koordinator des Instituts für eine demokratische Alternative, für Südafrika an informellen Diskussionen. Dr. Slabbert sagte danach, daß kein konkretes Abkommen erreicht worden sei. Er hätte nicht versucht, den ANC davon zu überzeugen, seine Strategie zu ändern ...

(Sunday star, 29.5.88)

Die Gespräche zwischen weißen Südafrikanern und dem ANC in der letzten Woche könnten eine Hilfe gewesen sein bei der Zerstörung des von der Regierung aufgebauten Mythos, daß es möglich wäre, die Probleme des Landes zu lösen, ohne mit der verbotenen Bewegung zu sprechen, sagte der Geschäftsmann Christo Nel, der an dem Treffen als Beobachter teilnahm. "Dieses war ein informatorisches Treffen, um Mittel und Wege zu finden, die schwierige Situation in Südafrika zu beenden. Das Prinzip der parlamentarischen Beteiligung wurde diskutiert, aber es war sicherlich nicht Sache der NDM, den ANC mit dem Hut in der Hand zu fragen, ob das in Ordnung sei."

(Star, 30.5.88)

Pretorias Anti-ANC-Fälschungskampagne

Südafrika hat eine neue Propagandakampagne zur Diskreditierung des ANC im Ausland mit gefälschten Dokumenten gestartet. ANC-Sprecher Tom Sebina sagte, daß diese Kampagne unlängst entdeckt wurde, als gefälschte Dokumente erhalten wurden, die angeblich von der Christlichen Vereinigung junger Frauen (YWCA) und der Christlichen Vereinigung junger

/2

Gossner Mission

Männer (YMCA) in Genf geschrieben worden waren. In einem der gefälschten Dokumente rief das Rassistenregime die Jugend der Welt zur Unterschrift von Petitionen auf, die den ANC verurteilten.

(Daily Mail, 1.6.88)

Wir grüßen unsere Führer!

Das Nationale Exekutivkomitee des ANC hat fünf prominenten Gefangenen den höchsten Preis verliehen, den die südafrikanische Befreiungsbewegung vergeben kann in Anerkennung deren aktiven Beitrags im Kampf gegen Apartheid.
In der Erklärung des ANC heißt es, die Organisation habe entschieden, diesen fünf zu lebenslänglicher Haft Verurteilten den Preis zu verleihen, um den 25. Jahrestag der Verhaftung prominenter ANC-Führer zu markieren. Die Preisverleihung an Nelson Mandela, Raymond Mhlaba, Ahmed Kathrada, Elias Motsoaledi und Andrew Mlangeni steht außerdem im Zeichen des 70. Geburtstages Mandelas am 18. Juli 1988.

(Sowetan, 14.7.88)

Pretoria bannt alle Mandela-Feiern

Der Justizminister hat ein Konzert anläßlich Mandelas Geburtstag gebannt. Es sollte am Sonntag in Johannesburg stattfinden. Für das Verbot wurden keinerlei Gründe genannt.

(Citizen, 14.7.88)

Tausende Afrikaner finden sich am Wochenende in Kapstadt ein, um den 70. Geburtstag des ANC-Führers Nelson Mandela zu feiern. Eine 3-tägige Feier wird trotz Verhaftungen und Verboten stattfinden. "Der Mandela-Geburtstag wird nicht untergehen. Wir werden feiern," sagte Dr. Allan Boessak. Boessak erklärte, daß, auch wenn Geburtstagsfeierlichkeiten verboten würden, sie trotzdem gefeiert werden in Kirchen und zuhause. Zu den Festivitäten werden in Kapstadt am Sonnabend 10.000 Gäste erwartet.

(Weekly Mail, 15.7.88)

2. Gewerkschaftsbewegung

Ramaphosas Aufruf: Das Monster der Apartheid bekämpfen!

Auf einer Konferenz mit 150 Wirtschaftsführern in Johannesburg äußerte Mr. Cyril Ramaphosa, Generalsekretär der Nationalen Minenarbeitergewerkschaft, daß das Monster der Apartheid angegriffen werden müsse, anstelle sich Gedanken über eine 'Vision für die Zukunft' zu machen. Er war gebeten worden, über seine 'Vision für morgen' zu sprechen. "Ich habe keine persönliche Vision über ein mögliches Morgen. Weder ich noch die anderen haben ein Heute. Wir müssen uns mit der Realität der Situation befassen. Das Monster der Apartheid muß ausgerottet werden, das unser Volk verschlingt. Das Regime hat das Bildungssystem, das Gesundheitswesen, Wohlfahrtseinrichtungen zerstört und verwüstet. Die Townships sind angefüllt mit heimatlosen, verzweifelten Menschen. Für Jung und Alt ist das Leben auf dem Lande noch schwerer geworden, fünf Mio. Schwarze sind arbeitslos", sagte er.

(Star, 27.5.88)

Gossner Mission

Anti-Sanktionen-Strategie

Eine Million Südafrikaner, in der Mehrzahl Schwarze, werden gebeten, eine Petition gegen Sanktionen und Disinvestment zu unterschreiben. Die Petition wurde organisiert von der "National Christian Development Fund of Southern Africa", eine neue Antiapartheid-Kirchenallianz.

(Citizen, 20.7.88

3. Landesweiter Widerstand

Freiheitscharta-Konferenz

Das Institut für eine demokratische Alternative für Südafrika hatte in Kapstadt eine Konferenz veranstaltet, die hauptsächlich Weiße zur Diskussion der Freiheitscharta einlud. Zwei Tage lang hörten sie Führer der Gewerkschaftsbewegung, Kirchenleute, Erziehungsspezialisten, kommunale Führer. Nach jeder Sitzung fand eine Debatte statt, in der die Ängste und Sorgen bezüglich der Verteilung des Landes, Nationalisierung der Industrie, bewaffneter Kampf und Religionsfreiheit zum Ausdruck kamen. Man war besorgt, daß Lebens- und Ausbildungsstandards sinken würden. Schwarze Teilnehmer sagten bezüglich dieser Einwände, daß die von den Weißen genossenen Standards viel zu hoch seien - das Absinken wäre eine zeitweilige Nebenerscheinung, nicht jedoch erklärtes Ziel der Freiheitscharta. "Wir sind hier zusammen, um für eine bessere Zukunft ein gemeinsames Risiko auf uns zu nehmen."

(Weekly Mail, 22.7.88)

Five Freedoms Forum

FFF hat in dieser Woche alle Sympathisanten aufgerufen, an den im Oktober stattfindenden Bürgermeisterwahlen teilzunehmen - eine deutliche Abweichung von der Boykotttradition der außerparlamentarischen Opposition. Auf einer Johannesburger Pressekonferenz sagte FFF-Führer Mike Oliver, das Forum würde die weißen Wähler ermutigen, für diejenigen Kandidaten zu stimmen, die einen klaren Antiapartheidsstandpunkt einnehmen.

(WM, 15.7.88)

Mietboykott

Der Stadtrat von Tembisa hat eine neue Maßnahme ergriffen, um den 4-jährigen Mietboykott der Einwohner zu brechen. In den letzten drei Wochen hat der Stadtrat die Strom- und Wasserversorgung des städtischen Krankenhauses sperren lassen.

(Sowetan, 5.7.88)

Auch Soweto droht die vollständige Stromabsperrung

Wenn nicht innerhalb der nächsten 2 Monate ausstehende Rechnungen beglichen werden, wird der größten schwarzen Stadt südlich des Aquators die Stromversorgung abgeschnitten. Aber die Bewohner haben beschlossen, nicht zu bezahlen. 80 % der Familien haben in den letzten Jahren nicht gezahlt. Damit ist der Stadtrat mit 92 Mio. Rand in den roten Zahlen. Letztendlich ist es jedoch egal, ob man gezahlt hat oder nicht, denn die Abschaltungen werden en Block vorgenommen.

(Sunday star, 10.7.88)

Gossner Mission

David Bruce - Kriegsdienstverweigerer

David Robert Bruce (24), Absolvent der Witwatersrand Universität, wurde gestern angeklagt, das Verteidigungsgesetz verletzt zu haben, indem er sich weigert, in der südafrikanischen Armee zu dienen. "Ich bin kein Pazifist. Ich würde in einer Armee dienen, die für alle Menschen dieses Landes kämpfen würde. Die südafrikanische Armee ist keine neutrale, friedenserhaltende Kraft. Sie erhält und verteidigt ein rassistisches politisches System," sagte er. "Schon in der Grundschule erkannte ich, daß ich in einer absolut rassistischen Gesellschaft lebe, und war gegen das momentane politische System." Seine jüdische Mutter hatte an ihrer Familie in Nazi-Deutschland die Judenverfolgung erlebt, das schärfte Bruce's Bewußtsein von dem Verbrechen des Rassismus. Trotzdem macht er keinen Gebrauch von den Sonderbestimmungen für religiös motivierte Verweigerer. "Meine Verweigerung basiert auf dem Bewußtsein für die Situation in diesem Land."

(Citizen, 21.7.88)

4. Verhaftungen und Prozesse

Die Upington 25

Die Rechtsanwälte, die um das Leben von 25 Einwohnern Upingtons kämpfen, die des Mordes an einem Polizisten für schuldig befunden worden waren, werden in den nächsten neun Monaten damit befaßt sein, Beweise für mildernde Umstände und Urteilsmilderung zu erbringen. Sie gewannen diese Atempause mit der Genehmigung zur Vertagung des Verfahrens bis zum Februar nächsten Jahres durch Richter J. Basson.

(Weekly Mail, 3.6.88)

Verfahren gegen die 11 aus Kapstadt - Protest - Hungerstreik

Aus Protest gegen Rassendiskriminierung in der Behandlung Gefangener begannen 11 Aktivisten im Pollsmoore-Gefängnis, gestern den dritten Tag ihres Hungerstreiks. Die neun schwarzen und zwei weißen Gefangenen stehen in einem Hochverratsprozeß vor Gericht und sind angeklagt, die Ziele des ANC zu fördern. Auf einer Pressekonferenz in Kapstadt sagte der Vater von Lesli Yengeni, einem der Angeklagten, die 11 würden das Essen verweigern und fordern, auf nichtrassistischer Grundlage im Gefängnis untergebracht zu werden. Leslies Bruder Norman verbüßt bereits eine 10-jährige Haftstrafe auf Robben-Island für die Unterstützung des Kampfes des ANC.

(Morning Star, 3.6.88)

Freilassung Harry Gwalas abgelehnt

Die Regierung lehnte es ab, den schwerkranken ANC-Veteran Harry Gwala aus lebenslänglicher Haft zu entlassen. Antwortend auf eine Petition von Gwalas Rechtsanwalt um Freilassung aus humanitären Gründen sagte der Justizminister, daß dem nicht zugestimmt werden können

(City Press, 17.7.88)

Oscar Mpetha lehnt Freilassungsangebot ab

Oscar Mpetha (78), südafrikanischer Gewerkschafter, derzeit eine fünfjährige Haftstrafe absitzend, hat ein Freilassungsangebot abgelehnt,

/5

Gossner Mission

da es mit unakzeptablen Bedingungen verknüpft war. Mr. Mpethas Sohn, Temba, sagte gestern, seinem Vater habe man gestern die Freiheit angeboten, wenn er sich vom gewaltsamen Widerstand lossage, politische Treffen nicht besuche, in einem festgelegten Stadtteil von Kapstadt wohne und keine Journalisten empfange. Dieses Angebot wurde seinem Vater vergangene Woche gemacht; er weigert sich aber, diese Bedingungen zu akzeptieren.

(Independent, 14.7.88)

6. Militär

Militärausgaben

Das südafrikanische Verteidigungsbudget stieg von 44 Mio Rand (1960) auf 8.190 Mio Rand (1988). Im letzten Jahr stieg das Verteidigungsbudget um 22,6 %, das Polizeibudget um 17,3 % und das Budget für Gefängnisse um 28.8 %.

(WM, 21.7.88)

Südafrika - eine Bedrohung für den Weltfrieden

Südafrika hat Kernwaffen und ein strategisches Motiv für ihren Gebrauch, erklärte Präsident Mugabe von Zimbabwe. Die einzig möglichen Ziele für diese Waffen sind Schwarze, ein Volk, das das Rassistenregime in Pretoria historisch als Untermenschen behandelt hat, sagte er zur Sondersitzung der Vereinten Nationen für Abrüstung ...

(Citizen, 2.6.88)

7. Kirchen

Aufruf der Kirchen zu verstärktem Widerstand

Mit einem Gottesdienst, in dem sie zu verstärktem Widerstand aufriefen, beendeten Geistliche eine außerordentliche Konferenz ...
Die zweitägige Versammlung war die größte ihrer Art mit der breitesten Basis, an der 30 kirchliche Gruppen durch über 200 religiöse Führer und 1200 weitere Vertreter beteiligt waren. Der Präsident des Reformierten Weltbundes, Rev. Allan Boesak, erklärte: "Die Kirche Jesu Christi hat keine andere Wahl in diesem Land, als für die Armen, Unterdrückten und Schwachen aufzustehen. Schwierige Tage liegen vor uns." Verschiedene Workshops diskutierten eine Reihe von Anti-Apartheid-Taktiken wie die Verweigerung der Kooperation und der Zusammenarbeit mit der Regierung. Die Organisatoren erklärten, die politischen Bedingungen im Lande hätten sich verschlechtert, seitdem führende Geistliche Anfang Februar die Einberufung der Versammlung beschlossen hätten ...

(Daily Dispach, 1.6.88)

Die Kirchen haben ihre vorbehaltlose Unterstützung für die nationale Protestaktion nächste Woche, zu der die Gewerkschaften aufgerufen haben, erklärt. Ihre Entscheidung wurde vor dem Hintergrund des fortdauernden Ausnahmezustandes und der drohenden neuen Arbeitsgesetzgebung gefällt. Die Ankündigung, es sei zu erwarten, daß sich die Gottesdienstbesucher hinter die Entscheidung der Gewerkschaften stellten, wurde gestern auf einem ökumenischen Gottesdienst gemacht,

/6

Gossner Mission

der den Abschluß einer zweitägigen Versammlung von über 200 Kirchenführern der protestantischen und katholischen Kirchen und einiger unabhängiger schwarzer Kirchen in Soweto bildete.
Die Versammlung war speziell zu dem Zweck einberufen worden, Strategien des gewaltlosen Widerstandes gegen Apartheid zu planen. Der Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, Rev. Frank Chikane, erklärte, daß ein nationales Komitee zur Entwicklung eines Programms, genannt "Einstehen für die Wahrheit", gebildet worden sei, welches die soziale Analyse in die pastorale Arbeit einführen soll. In einem Gottesdienst, der die gesamte Gemeinde sich erheben ließ, erklärte der anglikanische Erzbischof Desmond Tutu: "Wir als Kirche haben uns entschlossen, daß wir Gott mehr gehorchen wollen als den Menschen - um welchen Preis auch immer." Indem er die 40 Jahre der Herrschaft der Nationalen Partei mit den 40 Jahren, die Israel in der Wüste verbrachte, bevor es das gelobte Land erreichte, verglich, sagte Tutu: "Wir sind auf dem Weg ... Wir werden den Jordan überqueren und in ein neues Südafrika gelangen, ein nichtrassistisches Südafrika." Er warnte diejenigen, die sich dem Marsch in die Freiheit in den Weg stellen: "Wir sind nicht auf der Suche nach Feinden. Wir wollen nicht die Weißen ins Meer treiben. Wir hoffen, daß unsere weißen Brüder und Schwestern uns hören. Wir wollen ein nichtrassistisches Südafrika, in dem Schwarze und Weiße zusammen leben können."
(Star, 1.6.88)

Die außerordentliche Versammlung der Kirchenführer in dieser Woche war ein positiver Schritt, und wenn die stärker politisch motivierten Delegierten von ihrem Ausgang enttäuscht waren, so, weil ihre Erwartungen 'unrealistisch' waren. Dies war die Meinung verschiedener Kirchenführer, die an der vom Südafrikanischen Kirchenrat organisierten Zusammenkunft in Johannesburg teilgenommen hatten. Sie antworteten damit auf Berichte, nach denen es Uneinstimmigkeiten unter den Delegierten und Unzufriedenheit über den Ausgang des Treffens gegeben habe. An der Versammlung nahmen 250 Menschen teil, Vertreter der Christen, Hindus, Moslems und Juden ... Nach den Worten von Father S'Mangaliso Mkhatshwa, dem ehemaligen Generalsekretär der Südafrikanischen Katholischen Bischofskonferenz und jetziger Vorsitzender des Institutes für kontextuelle Theologie, war die Versammlung kein Fehlschlag. 'Die Mühlen der Kirche mahlen langsam', erklärte er gegenüber Weekly Mail. Die Ankündigung der Versammlung rief großes Interesse und leider auch unrealistische Erwartungen hervor. Die Menschen, die im Kampf am meisten erleiden, erwarten ausgehend von ihren Erfahrungen, daß die Versammlung etwas Substantielles und Dramatisches erbringe. Nach Mkhatshwa waren viele 'progressive Menschen' enttäuscht, weil es kein wirklich definitives Aktionsprogramm gegeben hatte. Man beendet die ungerechte Herrschaft nicht mit Reden: Etwas Praktisches muß getan werden, deshalb erfüllte die Versammlung nicht die Erwartungen. Es ist das 'WIE', das den Führern Sorge macht. Dennoch, meinte er, könnten die Langzeitergebnisse positiv sein, wenn das auf dem Treffen gebildete Komitee, in das auch er gewählt wurde, in der Durchführung von Aktionsplänen erfolgreich sei. ... Dr. Beyers Naude, der ehemalige Generalsekretär des SACC, erklärte: 'Während einer kurzen Zeitspanne waren wir in der Lage, unser Ziel zu erreichen, nämlich die Einigung auf eine Strategie für Aktionen ... und die Bildung von Strukturen zur weiteren Entwicklung dieser Dinge. Mehr konnte nicht erwartet werden, sagte er und fügte hinzu, er sei erfreut darüber, daß auf die Gewerkschaften und die Gefangenen Bezug genommen wurde. ... 'Die Kirche ist vorwärts gekommen - es gab nur Meinungsverschiedenheiten über die speziellen

/7

Gossner Mission

Wege, auf denen wir schreiten sollten.' Diese Meinungsverschiedenheiten - besonders über die Antwort auf die Tage des Protests in der nächsten Woche - hatten den Präsidenten des Reformierten Weltbundes der Kirchen, Dr. Allan Boessak, veranlaßt, seine Enttäuschung über die 'Stärke des Engagements' einiger Kirchenführer auszudrücken. Er meinte, daß nach den Bannbestimmungen gegen extraparlamentäre Gruppen im Februar jetzt die Reihe an den Kirchenführern sei, eine klare politische Führung zu übernehmen. Das kirchliche Aktionskomitee wird sich unter anderem mit folgenden Problemen beschäftigen: Gebet, Seelsorge für die Opfer der Apartheid, Möglichkeiten der Verweigerung der Zusammenarbeit mit der Regierung wie das 'Group Area Act' (Gesetz über getrennte Wohngebiete für Menschen verschiedener Rassen) und den Militärdienst, Einmischungsstrategien mit nationalen Aktionen während des Ausnahmezustandes, theologische Prinzipien für effektive Aktionen im Widerstand gegen Apartheid und internationale Beziehungen. Es werden regionale Komitees gebildet werden, um die 'Beteiligung aller Schichten, besonders der Jugend, zu stimulieren'.

(Weekly Mail, 3.6.88)

Handgranate bei Frank Chikanes Mutter

Eine Handgranate wurde gestern im Briefkasten von Frank Chikanes Mutter gefunden. Sie entdeckte das in Plaste eingewickelte Päckchen um 11 Uhr. Die Polizei erschien gegen 14 Uhr und entschärfte die Bombe. "Wer auch immer die Handgranate deponiert hat, mußte wissen, daß meine Mutter diejenige ist, die mit größter Wahrscheinlichkeitdie Post holt. Es ist klar, daß sie verletzt oder getöt werden sollte", sagte F. Chikane.

(Weekly Mail, 22.7.88)

Frank Chikane, Generalsekretär des SACC, äußerte sich auf einer Tagung des Katholischen Instituts für internationale Beziehungen über das heute dominierende Thema der südafrikanischen Christenheit: Die Einsicht der Mehrheit seiner Führer in die Notwendigkeit von Aktionen, d.h. nicht nur und ausschließlich zu predigen. Kirchenführer, so Chikane, haben die Verantwortung - ungeachtet der Konsequenzen - für das Königreich Gottes zu handeln. Diese Aktion sollte natürlich gewaltfrei sein. Kirchen sind beteiligt an gewaltfreien, effektiven Massenaktionen. Aber nichtkirchlich gebundene Mitglieder der Befreiungsbewegung werden gezwungen, auf Gewalt als einzig mögliche Option zurückzugreifen, 'Es ist die Frage, auf wessen Seite man steht.' Alle gewaltfreien Möglichkeiten, so Rev. Allan Boessak, sind für illegal erklärt worden. Die politischen Gruppen, die gewaltfrei arbeiteten, wurden gebannt. Wenn Boessak zum Beispiel zum Consumer-Boykott aufruft, schreitet die Polizei ein. Wenn er einen ökumenischen Solidaritätsgottesdienst für die Verhafteten, Gefolterten und Verschleppten hält, wirft die Polizei Tränengas in die Kirche. Somit ist die Debatte über Gewalt bzw. Gewaltlosigkeit aus dem Bereich des Theoretischen herausgetreten. Wenn Menschen sehen, wie ihre Freunde sterben, sie selber gefoltert werden, dann braucht es nicht zu überraschen, daß sie vom gewaltlosen Widerstand genug haben und zur Waffe greifen.

(Guardian, 19.7.88)

Gossner Mission

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 183

1180 Berlin, im März 1988
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58

S Ü D A F R I K A - A K T U E L L 10

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC herausgegebenen "New briefings" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalkongreß oder die unsere.

(Zu den Kriterien der Auswahl siehe "Südafrika aktuell 1")

1. ANC-Aktivitäten

ANC-Erklärung zum 76. Jahrestag

Der ANC erklärte 1988 zum Jahre der vereinten Aktionen für die Erringung der Volksmacht. In einer am Freitag in Lusaka veröffentlichten Erklärung anläßlich des 76. Jahrestages der Gründung des ANC rief Präsident Oliver Tambo alle Mitglieder auf, die vor ihnen liegenden Aufgaben mit Energie, Bestimmtheit und Mut auszuführen. Tambo sagte, Pretoria terrorisiere das Volk, da der ANC gemeinsam mit den Völkern des südlichen Afrikas dem Sieg immer näher rücke...
Der ANC unterstütze weiterhin die Perspektive einer politischen Lösung in Südafrika.

(BBC, 11.1.88)

ANC-Erklärung zum Besuch F.J. Strauß im südlichen Afrika

Dem ANC sowie der übrigen demokratischen Massenbewegung in Südafrika hat dieser Besuch deutlich gemacht, daß F.J. Strauß niemals als ehrlicher Makler im Konflikt im südlichen Afrika gelten kann. Seine im Verlauf seiner jüngsten Reise durch diese Region getanen Äußerungen sowie seine Aktivitäten unterstreichen lediglich seine beharrliche Stellungnahme als fester Verbündeter und unnachlässiger Helfer des rassistischen Afrikas und sind daher in sich selber den Zielen der Völker des südlichen Afrika gegenüber feindlich. Strauß' ausdrückliche Sympathie für das rassistische Pretoria-Regime und sein tiefes Bedauern über die konzentrierten Bemühungen der internationalen Gemeinschaft haben dessen Terrorregime über das Volk bestärkt und seine Aggressivität gegen Angola und Mocambique gesteigert und demonstrieren so nicht nur seine grobe Empfindungslosigkeit gegenüber dem Leid von Millionen Menschen, sondern lassen überdies den Schluß zu, daß er ein Mitverschwörer dieser vom Apartheidsregime begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist. Sein freundschaftlicher Umgang mit den Bantustan-Marionetten wie auch seine leidenschaftlichen Bitten um

/2

Gossner Mission

Anerkennung dieser verfassungsmäßigen Monströsitäten, welche die Bantustans sind, durch die internationale Gemeinschaft machen ihn nicht nur mitschuldig an der Zerstückelung unseres Landes, sondern bringen ihn in direkten Widerspruch zu den Beschlüssen der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU), der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, der UN-Vollversammlung und des UN-Sicherheitsrats, in denen wieder und wieder eine Mehrheitsregierung in einem demokratischen und einheitlichen Südafrika auf der Basis eines einheitlichen Stimmrechts gefordert wird.
Sein Gelage mit dem Banditenführer Jonas Sayimbi streut nicht nur Salz in die Wunden von Tausenden, die unter den Barbareien der UNITA und ähnlicher Terroristen zu leiden haben, sondern wirft von neuem die Frage nach seiner eigentlichen Komplizenschaft bei derartigen Terrorakten auf.
Was seine Forderungen nach einer internationalen Südafrika-Konferenz betrifft, so sei daran erinnert, daß bereits im Juni 1986 die Gruppe herausragender Persönlichkeiten des Commenwealth in ihrem Bericht unmißverständlich erklärt hat: Es gibt gegenwärtig keine Aussicht auf einen Dialogprozeß, der zur Errichtung einer nichtrassischen und repräsentativen Regierung führen würde. Seither haben die jüngste OAU-Gipfelkonferenz sowie der Commonwealth-Gipfel von Vancouver und die UN-Vollversammlung unterstrichen, daß sich die Situation in Südafrika erheblich verschlechtert hat und die Anwendung umfassender und bindender Sanktionen gegen das Pretoria-Regime fordert.
Jetzt bleibt die Frage, warum Strauß mit dieser Forderung zum jetzigen Zeitpunkt auftritt.
Ist es ein Zufall, daß sein Besuch zu der Zeit stattfand, da sich in Arusha die Außenminister der Frontstaaten mit ihren skandinavischen Kollegen trafen, um sich mit der Frage verstärkter Aktivität gegen die Apartheid zu befassen?
Ist es gleichfalls Zufall, daß sein Besuch kurz vor dem Treffen des Commonwealth-Außenministerkomitees zum südlichen Afrika in Lusaka stattfindet, auf dem beraten werden soll, was das Commonwealth zur Förderung der in Vancouver vereinbarten Ziele tun kann?
Die Schlußfolgerung ist unausweichlich, daß der Strauß-Besuch im südlichen Afrika und insbesondere seine Forderung nach einer internationalen Konferenz durchsichtige und vergebliche Manöver darstellen, das Regime vor dem Schlag verschärfter Sanktionen zu bewahren.

Der Strauß-Besuch hat die Weltgemeinschaft und namentlich die Bevölkerung der BRD vor eine neue Herausforderung gestellt. Wir gehen nicht einen Augenblick lang davon aus, daß die von Strauß geäußerten Absichten von der Mehrheit der BRD-Bevölkerung geteilt werden. Es ist daher an den Parlamentariern, den politischen Parteien, Gewerkschaften und Solidaritätsgruppen der BRD, durch ihr Handeln zu demonstrieren, daß Strauß nicht für das von ihnen geteilte Freiheitsideal steht. Damit würden sie im selben Geist handeln wie die Bevölkerung der Vereinigten Staaten, die sich gegen Reagans Freundschafts- und Bündnispolitik mit Pretoria wandte.
Auf der ANC-Konferenz in Arusha wurde betont:
"Sanktionen gegen das Apartheidsregime bleiben das einzigste friedliche Mittel der Lösung des Konflikts im südlichen Afrika. Aus diesem Grund richtet sich das Augenmerk der Völker des südlichen Afrikas auf das anstehende Treffen des Außenministerausschusses des Commonwealth zum südlichen Afrika.
Der ANC seinerseits gelobt, seinen Kampf für die Volksmacht gemeinsam mit der demokratischen Massenbewegung in Südafrika zu verstärken."
J. Makatini
ANC, Abteilung für Internationales
Lusaka, 29.1.88

/3

Gossner Mission

Govan Mbeki wird trotz allem gehört werden, denn er wird ein Verfahren gegen die Regierung anstrengen. ...
Mbeki's Name erscheint auf einer "festen Liste", was bedeutet, daß er in der Öffentlichkeit sprechen darf, jedoch von den Medien nicht ohne Genehmigung der Regierung zitiert werden darf. ...
Die Genehmigung für eine Kundgebung in New Brighton war erteilt worden, aber kurz bevor etwa 100.000 Menschen Mr. Mbeki hören konnten, erschien die Polizei mit dem Befehl zur Verbot des Meetings. Seitdem sind weitere Meetings, auf den Mr. Mbeki reden sollte, verboten worden.

(Sunday Star, 20.12.87)

Die Beschränkungen, die die Regierung Govan Mbeki auferlegt hat, sind ein deutlicher Hinweis darauf, daß man nicht die Absicht hat, anerkannte Führer an der Lösung des Problems des Landes zu beteiligen. Der Generalsekretär des Südafrikanischen Rates der Kirchen, Rev. Frank Chikane, sagte in seiner Weihnachtsbotschaft, daß der einzige Schluß, der daraus gezogen werden könnte, der sei, daß die Regierung möchte, daß Mr. Mbeki sich innerhalb des Apartheidssystems in den Ruhestand begibt, ohne es in Frage zu stellen.

(Daily Dispatch, 23.12.87)

Umkhonto in Aktion

Südafrikas Sicherheitskräfte gaben selber Auskunft, daß die Aktivität des militärischen ANC-Flügels Umkhonto we Sizwe zugenommen hat. In den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres zählte man seitens der Sicherheitspolizei 195 Guerilla-Aktionen. 43% der Attacken hatten den Sicherheitskräften selber gegolten: 36% der Polizei und 6% der Armee.

ANC-Büro Bonn, Febr. '88)

2. Gewerkschaftsbewegung

Gesetz zur Zerschlagung der Gewerkschaften

Das Jahr 1988 könnte einen wichtigen Wendepunkt in der Geschichte des Arbeitskampfes in Südafrika markieren, wenn die Regierung ihren Plan durchsetzt, stärkere Kontrolle auf die schnell wachsende und zunehmend militanter werdende schwarze Arbeiterbewegung auszuüben. Eine zentrale Stellung dazu nimmt das "Gesetz zur Verbesserung der Arbeitsbeziehungen" ein, welches ein Verbot von Sympathiestreiks und Verbraucherboykotts im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen in der Industrie beinhaltet. Es versucht auch, das Prinzip der "mehrheitlichen Übereinkunft" abzuschaffen und die Gewerkschaften und ihre Vertreter für den Schaden im Falle eines illegalen Streiks verantwortlich zu machen.
Die Möglichkeit der Arbeitgeber, gesetzlich gegen die Gewerkschaften vorzugehen, würde nach den Worten des Ministers für Arbeitskräfte, Mr. du Plessis, "Wie ein Schwert über dem Kopf der Gewerkschaften hängen und einen disziplinierenden Effekt haben".

(Star, 17.12.87)

COSATU

Neben der weitergehenden "living-wage-campaign" werden in diesem Jahr Mitgliedsgewerkschaften der COSATU ungelöste Konflikte des Jahres 1987

Gossner Mission

weiter verhandeln müssen. So sind 40.000 Minenarbeiter, die während des 21-Tage-Streiks entlassen worden waren, nicht wieder eingestellt worden. 3.000 Mitglieder der Postgewerkschaft, die während des längsten Poststreiks Südafrikas gefeuert worden sind, sind weiterhin arbeitslos.
Die Arbeitslosenzahl beläuft sich momentan auf ca. 6 Mio.

(New Nation, 7.1.88)

Ohne absehbares Ende des inzwischen 18-monatigen Ausnahmezustandes werden die Beziehungen zwischen schwarzen Gewerkschaften, den Arbeitgebern und der Regierung das Testfeld für schwarze Oppositions- und Widerstandsstrategien sein.
Die Anzahl der Streiks und Arbeitsniederlegungen seit der Zulassung schwarzer unabhängiger Gewerkschaften 1979 erhöhte sich von 101 (1979) auf 793 (1986).
Obwohl es bei den meisten Streiks nicht gelang, den Arbeitgebern bessere Angebote abzuringen, ist die durchschnittlich erreichte Lohnerhöhung von 18% unter der Schirmherrschaft von COSATU relativ hoch und bedeutet, daß sich nur die COSATU-Mitglieder oberhalb der 16-bis 17%igen Inflationsrate bewegen.
Trotz der mächtigen Position schwarzer Gewerkschaften gibt es Faktoren, die ihren Kampf schwächen:
- innere Spaltungen, die den politischen und ideologischen Riß innerhalb der schwarzen Gemeinschaft widerspiegeln,
- staatliche Repressionen (4.000 Gewerkschafter wurden in den vergangenen beiden Jahren verhaftet),
- Arbeitslosigkeit unter der schwarzen Bevölkerung zwischen 25 und 30 %.

Laut Regierungsangaben sind 2,2 Mio, d.h. 22 % der gesamten Arbeitnehmerzahl in Gewerkschaften organisiert.
COSATU hat heute 712.000 Mitglieder. Die Haupterfolge unter Generalsekretär Jay Naidoo bestehen in der Fusion einzelner Gewerkschaften zu Industriegewerkschaften für die Hauptindustriezweige.

(Times, 5.1.88)

Lebensbedingungen der Arbeiterklasse

Zwischen 60 und 80 % der Lohnerhöhungen, die im vergangenen Jahr in bitteren Kämpfen von der Arbeiterklasse erreicht wurden, werden im April diesen Jahres kompensiert durch die Erhöhung der Lebensmittelpreise. Es wird erwartet, daß die Lebensmittelpreise in den ersten vier Monaten des Jahres zwischen 10 und 12 % steigen werden.

(NN, 14.1.88)

3. Landesweiter Widerstand

Externe und interne Destabilisierung

Die seit September '87 erfolgten Aktivitäten der südafrikanischen Armee (SADF) im südlichen Angola wurden vom Verteidigungsminister Malan als "begrenzte Unterstützung für UNITA" bezeichnet. Südafrikas Invasion in Angola lenkte das internationale Interesse auf die Rolle Südafrikas bei der Destabilisierung des Subkontinents. Obwohl die

Gossner Mission

Destabilisierung der Nachbarstaaten hauptsächlich als regionale Offensive der südafrikanischen Regierung zur Kenntnis genommen wird, versteht man jedoch kaum, daß die gleiche Strategie auch innerhalb des Landes wirksam wird. Die Parallelen werden deutlich, beobachtet man die Entwicklung der Unterdrückung in den letzten beiden Jahren.

- Mittels Verhaftungen werden die Organisationen zerstört, die sich außerhalb der von der Regierung sanktionierten Aktivitäten bewegen. Während des Ausnahmezustandes sind ca. 30.000 verhaftet worden, 1.000 davon sind immer noch in Haft.

Aber auch andere Strategien sind zu erkennen:
- UNITA in Angola, RENAMO in Mocambique werden unterstützt (zeitweilige aktive Beteiligung der südafrikanischen Streitkräfte). Sie spielen eine wichtige Rolle, um Regierungen, die dem südafrikanischen Staat mißfallen, auf die Knie zu zwingen.
- In den Townships kommt dem Vigilante-Terror gegen einzelne Personen oder Organisationen wesentliche Bedeutung zu.
- Seit 1986 wurden in Schnellkursen Mannschaften für die lokale Bereitschaftspolizei ausgebildet, die von dem Department für Recht und Ordnung kontrolliert werden.
  Seit 1982 gibt es die Township-Polizei, die den schwarzen Lokalautoritäten untersteht.
- Interne Destabilisierung wurde auf den Gipfel getrieben in der Zerstörung von Siedlungen und Wohnungen von 70.000 Cape-Town-Bewohnern durch die Vigilante-Gruppe "witdoeke", die sich hauptsächlich gegen Siedlungen wandten, deren Führer als politische Sympathisanten der comrades gelten. Das Cross-roads-Inferno, bei dem mehr als 100 Menschen starben, war das dramatischste Beispiel interner Destabilisierung.
- Inzwischen ist es schon eine weitläufige Erscheinigung, daß politische Aktivisten innerhalb und außerhalb des Landes schlichtweg zu Tode gehetzt werden. UDF verlor allein in den letzten Jahren 11 Führer, die einfach verschwanden oder ermordet aufgefunden wurden.

Es ist äußerst schwer, die Wurzeln eskalierender Gewalt vollständig freizulegen, wie der Bürgerkrieg in Pietermaritzburg zeigt. Einige Ereignisse des Jahres 1987 machen auf einen neuen Trend aufmerksam: externe und interne Destabilisierung greifen ineinander über. So wurden z.B. zwischen Januar und Oktober 1987 12 ANC-Angehörige in Swaziland ermordet, mehrere gekidnaped und in Südafrika verurteilt.

(City Press, 10.1.88)

Neujahrsbotschaft der UDF

Die Neujahrsbotschaft der UDF an die Südafrikaner enthielt die eindringliche Bitte, die eskalierende Gewalt in dem Gebiet Pietermaritzburg zu beenden, welche bisher über 200 Menschenleben gekostet habe. Trotz der Fehden zwischen UDF und Inkatha ist UDF immer bereit gewesen, über eine dauernde Regelung des Konflikts zu reden. Um diese Regelung zu erreichen, müssen zumindest die 4 Grundprinzipien der Demokratie gewahrt werden: Meinungs- und Bewegungsfreiheit sowie die Freiheit, sich zusammenzuschließen und organisieren zu können.
UDF richtete gleichzeitig an die Medien die Bitte, ausgewogen und wahrheitsgemäß über die Situation zu berichten, um damit zu helfen, der Gewalt ein Ende zu setzen.

(City Press, 10.1.88)

/6

Gossner Mission

Inkatha spielt das Spiel Pretorias

Sibusiso Bengu, heute tätig in der Genfer Leitung des Lutherischen Weltbundes, war der erste Generalsekretär der Inkatha-Organisation. 1978 verließ er sie im Streit mit Gatsha Buthelezi. "Es kam dann so, daß (vom März 1975 an, als ich zum Generalsekretär und Buthelezi zum Präsidenten gewählt worden waren) ich dreieinhalb Jahre mit ihm Streit hatte, weil die Jugend und ich ein Aktionsprogramm forderten. Für einige Mitglieder bedeutete Aktion nichts anderes als Gewalt.
Wie wir heute sehen, ist Inkatha sogar gegen Konsumboykotte, sie ist überhaupt gegen Aktion. Ich glaube, daß es Buthelezi selber ist, der diese Strategie bestimmt." ...
Die Gewalt, die heute von Inkatha ausgeht, rührt daher, daß eine Reihe Inkatha-Jugendlicher diese verließen, um sich UDF anzuschließen. Das brachte Inkatha dazu, nicht nur diejenigen zur Rückkehr zu zwingen, die sich abgesetzt hatten, sondern allgemein die Leute in Natal zur Unterstützung von Inkatha zu zwingen. 1986 gingen wieder einige Gruppen Jugendlicher, noch zu Beginn dieses Jahres (1987) gab es solche Austritte, und das erklärt, warum die Gewalttätigkeit der Inkatha zugenommen hat. Dort sieht man nicht mehr nur Kwa Zulu als Buthelezis Basis an. Auf Grund des Kwa-Zulu - Natal - Konföderationsplanes mit dem Namen INDABA glaubt Buthelezi, jeder, der in Natal lebt, müsse sich ihm nun auch unterwerfen, wenn er der Führer dieses neuen "nichtrassischen homelands" sein will. ...
Buthelezi hat sich Pretoria zugewandt, seine Sicherheitskräfte wurden zunächst in Pretoria ausgebildet, und jetzt sind in deren Reihen sogar weiße Sicherheitsexperten. Er besitzt gute Verbindungen zur Heritage Foundation in den USA (der rechtsextremen "Denkfabrik", die erheblichen Einfluß auf die Präsidentschaft Reagans hat - d. Red.)
Die UDF hat erklärt, daß sie, wenn es zu Gesprächen mit Inkatha kommen soll, zunächst zugestanden bekommen muß, offen operieren zu können, ganz so, wie Inkatha selber. Genau das ist es, was Inkatha nicht akzeptiert, weil sie fraglos der UDF gegenüber die zweite Geige spielen würde, wenn es zu einem offenen Wettbewerb kommen würde. Wenn dieses Morden endet, werden wir erleben, wie Inkatha eingeht.

(ANC-Büro Bonn, Febr. '88)

Inkatha-Delegierte zogen sich aus den Pietermaritzburg-Friedensverhandlungen zurück und unterstützten damit den Rückfall zu verschärfter Gewalt in den Townships. Polizeiangaben zur Folge sind seit Weihnachten mehr als 50 Personen ums Leben gekommen. Inoffiziell wird geschätzt, daß 287 Menschen in den Auseinandersetzungen starben.

(Financial Mail, 8.1.88)

4. Verhaftungen und Prozesse

Trends in politischen Prozessen 1987

Folgende Trends wurden in den politischen Prozessen 1987 deutlich:
- Die Anklagen in den Hochverratsprozessen betrafen nicht mehr große konspirative Theorien - alltägliche politische Aktivitäten waren ausreichend für eine Anklage wegen Hochverrats.
- Es wurde eine neue Verfahrensweise entwickelt, indem verschiedene "Terroristenprozesse" an den Orten durchgeführt wurden, in denen die angeblichen Verbrechen stattgefunden haben.
- Vor dem Hintergrund von Massenverhaftungen und verbotenen Versammlungen wurden die Gerichtsverhandlungen zu einer der wenigen

Gossner Mission

öffentlichen Plattformen, auf denen politische Aktivisten ihre Ansichten ausdrücken konnten.
Ganz allgemein wird 1987 in die Rechtsgeschichte Südafrikas als das Jahr, in dem die Interessen der Sicherheit des Staates über die Rechte des Einzelnen triumphierten.

(Weekly Mail, 24.12.88)

Verhaftungen unter Ausnahmezustand

Das Komitee zur Unterstützung der Eltern Gefangener (DPSC) schätzt, daß seit Verhängung des Ausnahmezustandes im Juni 1987 etwa um 30.000 Menschen verhaftet worden sind. ... Der Minister für Gesetze und Ordnung braucht erst nach 30-tägiger Haftzeit den Grund der Inhaftierung abzugeben, und auch dann nur, wenn ein Rechtsanwalt ausdrücklich darum nachsucht. Auch dann ist die Zahl der Gründe, die für ausreichend erachtet werden, erschreckend. ... Viele der Gründe sind allgemeiner Natur. Es werden Brandstiftung, Steinewerfen, Aggressivität oder anderes vorgeworfen. ... Viele Anklagen beziehen sich auf die Förderung alternativer Strukturen, Mietboykotte, Stay-aways (Wegbleiben von der Arbeit) oder Mitgliedschaft im Jugendkongreß. Es erhebt sich die Frage, warum diese Leute nicht unter dem Gesetz zur Verfolgung von Kriminalität angeklagt werden. "Ich werde ihnen sagen, warum. Weil die Polizei Aktivisten isolieren und außer Kraft setzen will," sagt ein Sprecher des DPSC. ...

(Financial Mail, 11.12.88)

5. Schüler- und Studentenbewegung

Demonstration verboten

Die Demonstration von SAYCO am 8. Januar zu Ehren des 76. Jahrestages der Gründung des ANC und der Freilassung Govan Mbekis ist vom Staat gebannt worden. SAYCO sagte, man rechne mit weiteren Angriffen, seitdem die wachsende Aufmerksamkeit staatlicher Organe der Jugendbewegung gilt. In den vergangenen Monaten sind eine Vielzahl von Publikationen und Veranstaltungen von SAYCO gebannt und viele Führer verhaftet worden. In Kwa Ndebele wurden SAYCO-Mitglieder brutal von Vigilantes und Polizei verfolgt. Zu den Kämpfen in Pietermaritzburg erklärte SAYCO Inkatha für schuldig, die Menschen spalten zu wollen: "Es ist klar, daß Inkatha einen Krieg führt und es ihnen mit Friedensgesprächen in der Region nicht Ernst ist. SAYCO appelliert für den Frieden, insbesondere unter dem Hinweis, daß der Kampf gegen die Apartheid gerichtet werden müsse.

(NN, 14.1.88)

Young Christian Students (YCS)

Der neue Vorstand von YCS stellt sich die Aufgabe, religiöse Traditionen und Rituale wiederzubeleben, um aus der Kirche wieder eine Kirche des Volkes zu machen.
Auf der geheimen Nationalversammlung betonte YCS als Mitgliedsorganisation von UDF die Notwendigkeit, Christen im Kampf gegen Unterdrückung zu organisieren. Gleichzeitig müsse das Entstehen reaktionärer, rechtsgerichteter "religiöser" Gruppen verhindert werden. YCS-Mitglieder

/ 8

Gossner Mission

kommen aus kirchlichen Jugendgruppen, einschließlich der afrikanischen Unabhängigen Kirchen, sowie Jugend- und Studentenorganisationen aus dem ganzen Land.

(NN, 14.1.88)

Aktionsplan von YCS für 1988

- Stärkung der nationalen Strukturen
- Popularisierung der Freiheitscharta
- Verteidigung des Kairos-Dokuments gegen die staatliche Verleumdungskampagne
- Bloßstellen der reaktionären Strukturen des Staates
- Mitarbeit in der UDF-und COSATU-Kampagne zur Rettung des Lebens der zum Tode Verurteilten
- Organisieren des "Middle ground" in den Universitäten, Colleges und weißen Gebieten in Unterstützung des UDF-Aufrufes an alle Weißen, sich dem Befreiungskampf anzuschließen.

MCS ist überzeugt, daß "unsere Freiheit auf der Einheit beruht". YCS stellt sich die Frage: Wie können Christen eine Theologie des Friedens und der Versöhnung predigen, ohne die Legitimation des Apartheidssystems in Frage zu stellen?

(NN, 14.1.88)

Erhöhte Schulgelder

300.000 Schüler, die in dieser Woche zur Schule kamen, müssen jetzt 10 bis 15 Rand mehr Schulgeld bezahlen. Bisher betrug das Schulgeld 50 Rand. Damit sollen die Reparaturkosten der bei den Schülerunruhen zerstörten Schulen beglichen werden.

(City Press, 17.1.88)

6. Militär - Südafrika und Frontlinestaaten

Verkehr nach Maputu nahezu lahmgelegt

Regierungsmitglieder Mocambiques sind überzeugt, daß Südafrikas Militär versucht, alle Straßen und Schienenwege nach Maputu abzuschneiden und die Hauptstadt so faktisch unter Belagerung zu setzen. In den vergangenen 4 Monaten ist jede Straßen- und Verkehrsverbindung dorthin von Banden der MNR angegriffen worden, die von Südafrika Unterstützung erhalten. Die Zahl der zivilen Opfer liegt bei über 450. Der wirtschaftliche Schaden ist ebenfalls enorm: Allein dadurch, daß die Schienenwege nicht mehr genutzt und im Hafen nicht mehr be- und entladen werden kann, was früher über die Bahn transportiert wurde, entfallen Transporteinnahmen und Liegegebühren im Hafen.

(ANC-Büro Bonn, Febr. '88)

Gossner Mission

7. Kirchen und Apartheid

"ANC und SWAPO sind Freiheitskämpfer"

Die Befreiungsbewegungen stünden beim Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit im südlichen Afrika im Mittelpunkt. Dies erklärte der tansanische Bischof Sebastian Kolowa, der dem Exekutiv-Komitee des Lutherischen Weltbundes in Genf angehört, ausdrücklich im Namen seiner Organisation nach einem Treffen mit afrikanischen Politikern sowie den Präsidenten von SWAPO und ANC, Sam Nujoma und Oliver Tambo.

Die Apartheid sei die schlimmste Form rassischer Tyrannei seit dem Nationalsozialismus und könne nicht reformiert werden, da sie das wesentliche Werkzeug für die wirtschaftliche und soziale Ausbeutung der Bevölkerungsmehrheit in der Region bilde. Kolowa nannte es beschämend, daß westliche Staaten mit christlich geprägten Verfassungen von dieser Ausbeutung profitierten.
Eine Lösung des Problems könne es nach seiner Ansicht nur unter Einbeziehung der Befreiungsbewegungen geben, so Kolowa. Die Kirchen müßten eindeutig für jene Stellung beziehen, die für ihre Befreiung kämpfen und künftig "Strukturen der Konsultation" mit ANC und SWAPO entwickeln. Das schließe ein, daß sich die Kirchen in allen Ländern für eine korrekte Bezeichnung beider Organisationen einsetzen. Sie seien Freiheitskämpfer und keine Terroristen, Kriegsgefangene und keine Kriminellen!

(ANC-Büro, Febr. '88)

Gossner Mission

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 183

1180 Berlin, im März 1988
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58

S Ü D A F R I K A - A K T U E L L 9

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC herausgegebenen "News briefings" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalkongreß oder die unsere.

(Zu den Kriterien der Auswahl siehe "Südafrika aktuell 1")

1. ANC-Aktivitäten

Die Arusha-Konferenz (1.-4. Dezember '87)

"... Die viertägige Konferenz in Arusha (Tanzania) - die erste dieser Art, die der ANC organisierte - gewann bereits zu Beginn deutlich daran, daß der legendäre ehemalige Präsident von Tansania, Julius Nyerere, sich voll hinter die Organisation stellte. Er erklärte, daß der bewaffnete Kampf gegen die südafrikanische Regierung weitergehen müsse ...
Mehr als 400 Delegierte aus aller Welt nehmen an der Konferenz teil, um eine neue Strategie zur Isolation Pretorias auszuarbeiten. Das Vorgehen der Konferenz basiert auf der Annahme, daß Verhandlungen mit Pretoria im Moment außer Frage stehen ... Nyerere sagte, daß am Ende Diskussionen und Verhandlungen mit den Vertretern der Apartheid stattfinden müßten. In der Zwischenzeit, sagte er, wäre die Aufgabe des ANC, den bewaffneten Kampf fortzusetzen, und die Aufgabe der Gegner des Rassismus in der ganzen Welt, ihn in diesem Kampf zu unterstützen."

(Weekly Mail 4.12.87)

Das Aktionsprogramm, welches von der Arusha-Konferenz angenommen wurde, stellt die dringende Forderung nach umfassenden und bindenden Sanktionen gegen das Apartheidregime und befaßt sich mit Fragen der Durchführung und Kontrolle von Sanktionen. Es ruft dazu auf, Südafrika 1988 aus der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) auszuschließen. Der Sicherheitsrat der Vereihten Nationen wird aufgefordert, die Einhaltung eines Öl-Embargos gegen Südafrika zu überwachen. Demokratische Organisationen in der ganzen Welt sollen zu "Sanktionen des Volkes" aufrufen. Diese Aktionen an der Basis seien lebenswichtiger Bestandteil der Kampagne gegen die uneinsichtigen Gegner von Sanktionen und könnten sie dazu bringen, ihre Position zu verändern.

(aus dem Aktionsprogramm von Arusha, zusammengestellt von der Redaktion)

Gossner Mission

3. Landesweiter Widerstand

Ausnahmezustand kann Widerstand nicht brechen

"Die südafrikanische Regierung führt unter dem 18 Monate alten Ausnahmezustand eine drastische Verschärfung der Sicherheitsgesetzgebung durch, weil sie erkannt hat, daß die schwarzen nationalistischen Gegner sich der Situation angepaßt haben und Lücken in der Gesetzgebung ausnutzen. Mr. Adriaan Vlok, Minister für Recht und Ordnung, sagte, ... , daß die gegenwärtige Gesetzgebung für die Sicherheitskräfte nicht ausreiche, das 'revolutionäre Klima' zu dämpfen.

Als im September 1984 Unruhen in den schwarzen Vorstädten ausbrachen, war es leicht, damit umzugehen, denn es war ein physisches Phänomen, das sich vor allem im Werfen von Steinen und Benzinbomben äußerte. Aber jetzt hat der Streit eine eher komplexe Phase erreicht, die heimtückisch ist, und es ist deshalb schwieriger, ihr zu begegnen, sagte er. Unsere Gegner haben die Situation analysiert und erkannt, was wir ausrichten können, deshalb versuchen sie es jetzt mit mehr Hinterlist ..."

(Times 3.12.87)

Mietboykott geht weiter

Innerhalb der nächsten drei Monate wird der "Rent"-Boykott der Vorstädte die südafrikanische Regierung schätzungsweise 1 Billion Rand gekostet haben. Angesichts dieser Entwicklung scheint der Staat seine Anstrengungen zur Niederschlagung des Boykotts zu erneuern. In Soweto hat die Regierung in den letzten Wochen:

- Miter ausgewiesen
- die Energieversorgung für Teile der Vorstadt unterbrochen...
- die Besucher mitten in der Nacht geweckt, um sie aufzufordern, bei verschiedenen Gemeindebehörden vorzusprechen oder ihnen in einigen Fällen Ausweisungsbescheide zuzustellen.

Weekly Mail sprach in dieser Woche mit einigen Einwohnern, die vom Stadtrat von Soweto ausgewiesen worden waren, es jedoch schafften, in ihre Häuser zurückzukehren! Sie bewohnen weiterhin ihre Wohnungen, bezahlen aber keine Miete, sagte ein Einwohner. 'Comrades' brachten unsere Habseligkeiten zurück. Wir sitzen hier eben und bezahlen keine Miete. Die Leute haben diese Entscheidung getroffen. Warum sollten wir dagegen handeln? Die 'Comrades' beaufsichtigen weiterhin den Boykott... Wir sind der Meinung, daß die Mieten zu hoch sind und daß wir die Kosten für den Bau unserer Wohnungen bereits abgezahlt haben.

(Weekly Mail 3.12.87)

Vereinigte Demokratische Front

"Ein politisches Weihnachten"

Die UDF führt ihre Weihnachtskampagne in diesem Jahr um das Thema der Verhafteten und politischen Gefangenen in den Gefängnissen der Apartheid. Sie ruft dazu auf, alle kulturellen, religiösen und sportlichen Veranstaltungen zwischen dem 10. und 25. Dezember den Opfern der Apartheid zu widmen ...
Zu diesem Weihnachtsfest, so eine Erklärung der UDF, können die Menschen mit Stolz auf einige Siege von 1987 zurückblicken. Dazu gehört:

- Das Überleben und Anwachsen von Organisationen wie Straßenkomitees und die Entstehung starker neuer Organisationen wie Sayco (Südafrikanischer Jugendkongreß; Anmerk. d. Red.)

Gossner Mission

- Die Einheit, die sich um die Freiheitscharta entwickelt, die als politisches Programm von Cosatu und der UDF angenommen wurde.

(New Nation 3.12.87)

Anm. d. Red.: Sofort nach Erscheinen der "gelben Blätter", auf denen die UDF-Weihnachtskampagne erklärt wurde, setzte eine Welle der Verfolgung durch die südafrikanischen Sicherheitskräfte ein. Das geht aus verschiedenen Zeitungsmeldungen hervor.

Umkhonto we Sizwe

Hunderte Polizisten von Soweto entgingen knapp dem Tode, als drei Minen-Explosionen die Polizeistation von Dube erschütterten ... und teilweise zerstörten.

(Sowetan 1.12.87)

Zwei Minen explodierten am Sonnabend im Gemeindebüro von Soweto, zerstörten die Toilette und richteten schwere Schäden an Wänden und Mobiliar an. Durch die Explosion wurde niemand getötet oder verletzt...

(Citizen 23.11.87)

Eine Doppeldeckermine wurde von der Polizei auf dem Feldweg einer Farm in der Nähe von Piet Retief an der Grenze zu Swaziland gefunden... Mr. Steve Tshwete, politischer Beauftragter des militärischen Flügels des ANC, Umkhonto we Sizwe, wurde in der USA-Zeitung Baltimore Sun zitiert... Er sagte, militärische Führer des ANC hätten Südafrika in den letzten Monaten infiltriert, um die internen militärischen Strukturen des ANC zu reorganisieren und eine 'andauernde militärische Offensive' zu starten.

(Citizen 27.11.87)

2. Gewerkschaften

Interview mit dem Generalsekretär von COSATU, Jay Naidoo:

Was würden Sie als die wichtigsten Errungenschaften der Föderation, sowohl organisatorisch wie auch politisch, in den letzten zwei Jahren bezeichnen?

Wir haben unser Ziel einer Gewerkschaft für einen Industriezweig in jedem Sektor, mit Ausnahme des Transportwesens, erreicht. Dies hat uns in die Lage versetzt, die Macht der Monopol-Industrie effektiv herauszufordern. Wir konnten die Entstehung von COSATU-Abteilungen in den meisten Städten und Zentren beobachten. Unsere Mitgliederschaft ist von etwa 450.000 im November 1985 auf etwa 1 Million angewachsen.
Wir haben auch die Interessen der Arbeiterklasse fest auf die Tagungsordnung gesetzt. Arbeiter beteiligen sich an Gemeindeorganisationen und haben den Aufbau demokratischer Strukturen mitgetragen ...
COSATU bemüht sich auch darum, ein Verständnis der Freiheitscharta aus der Sicht der Arbeiterklasse zu entwickeln und die Diskussion um Demokratie und Sozialismus sowohl in unseren Reihen als auch unter allen progressiven Kräften zu ermutigen.

Gossner Mission

Worin würden Sie den Hauptgrund für die verschärfte Unterdrückung von COSATU-Aktionen durch die Arbeitgeber und den Staat sehen und wie will die Organisation dieser Situation im nächsten Jahr begegnen?

Unsere Kampagnen und unsere Standpunkte werfen fundamentale Fragen auf, bis hin zur Lebensfähigkeit von Apartheid und Kapitalismus in Südafrika. Wir haben bereits gesagt, daß das Ziel unseres Kampfes nicht darin besteht, ein paar schwarze Gesichter ins Parlament zu setzen, sondern eine Gesellschaft aufzubauen, die frei von Ausbeutung und Unterdrückung ist. Wir haben uns auch geweigert, den gleichen Charakter wie orthodoxe Gewerkschaften in den entwickelten Ländern anzunehmen - wie die Regierung und das Kapital gehofft hatten - deren wichtigste Beschäftigung kollektive Teilhaberschaft ist. Statt dessen haben wir uns orientiert an den Arbeiterbewegungen in den Entwicklungsländern - Nigeria, Ghana, den Philippinen und Brasilien - und unsere Kampagnen sind durch den Kampf gegen Rassismus, Imperialsimus und ökonomische Ausbeutung geformt worden. Deshalb auch nehmen die Gewerkschaften in den Entwicklungsländern eine zentrale Rolle im Kampf für Demokratie ein ...

Welche Fortschritte wurden beim Aufbau einer Einheitsfront erreicht? Es gab einige Unklarheiten darüber, welche Form die Einheitsfront haben wird und was die Rolle verschiedener Organisationen, einschließlich der UDF, sein sollte. Wie sieht COSATU diese Fragen?

Der Widerstand der Massen gegen Apartheid und Kapitalismus hat zur Konsolidierung nationaler Massenorganisationen unter der Jugend, den Studenten, den Frauen und anderen demokratischen Kräften geführt, die mit Arbeiterorganisationen in COSATU zusammenarbeiten. COSATU arbeitet am Aufbau eines Bündnisses mit nationalen, nicht-rassistischen, demokratischen Organisationen in diesen Bereichen, um zu erreichen, daß alle Arbeiter eine aktive und führende Rolle im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung spielen.
Deshalb schlagen wir eine Einheitsfront mit jenen nationalen Massenorganisationen der verschiedenen Bereiche vor, mit dem Ziel, permanente Strukturen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene aufzubauen. Dies ist bereits in verschiedenen Gegenden geschehen. Jugendliche, Arbeiter, Frauen und Arbeitslose vereinigen sich zur Verteidigung der Organisation. Diese Strukturen sind nicht ein Versuch, die existierenden Organisationen in der demokratischen Massenbewegung zu untergraben, sondern sollen ein Forum für gewählte Vertreter verschiedener Massenorganisationen darstellen, in dem sie einen fortlaufenden Meinungsaustausch pflegen und eine gemeinsame Strategie entwickeln können ... Angesichts der Angriffe auf COSATU und die breite demokratische Bewegung ist die Bildung einer solchen Einheitsfront dringender denn je.

COSATU hat die Freiheitscharta angenommen. Wie will die Föderation die Ziele, die in ihr enthalten sind, erreichen?

Wir haben Kampagnen um diese Forderungen gestartet. Die Forderungen nach einem Mindestlohn und das Recht der Familie, in der Nähe des Arbeitsplatzes zu wohnen, sind Teil dieser Kampagne. Die Forderung nach einer 40-Stunden-Arbeitswoche und einer Mindestarbeitslosenunterstützung sind direkt verbunden mit der Forderung der Charta nach 'Wohnung, Sicherheit und Zufriedenheit'. Wir kämpfen auch um das Recht für eine Bildung und Berufsausbildung, die unsere Möglichkeiten als Menschen entwickelt, statt uns zu Arbeitssklaven zu machen. Dies ist die Verwirklichung der Forderung der Charta, daß die Türen zu Bildung und Kultur für alle geöffnet sein sollen.
Wir haben diese Kampagne mit anderen Bereichen in der Demokratischen Front verbunden und uns der Forderung nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht in einem einheitlichen Südafrika angeschlossen.

(New Nation 3.12.87)

Gossner Mission

Multis bieten Arbeitern Scheinbeteiligung

Die größte Bergbau- und Industriegruppe von Südafrika, die gigantische Anglo-American-corporation, überging gestern die Führer der Gewerkschaften, indem sie den Arbeitern freie Aktion in dem Unternehmen anbot ... Dies ist ein klarer Versuch, den Kapitalismu für die schwarze Arbeiterschaft annehmbar zu machen ...

(Daily Telegraph 27.11.87)

Die Bosse werden so lange kein Faktor in der Bestimmung der Strukturen der Post-Apartheid-Gesellschaft sein, wie sie nicht die Forderungen der Arbeiter nach einem Mindestlohn erfüllen ... Arbeiter sagen dazu, es sei ganz klar, daß Anglo dem Beispiel der britischen Premierministerin Thatcher folge in dem Versuch, 'jeden Arbeiter zu einem Kapitalisten zu machen'. Sie hat die Wahlen gewonnen, weil sie den Arbeitern eine Aktie im System gegeben hat - aber das funktioniert nicht in Südafrika - warnen sie.
In diesem Zusammenhang muß auch die Zurückweisung des Planes durch die NUM (Nationale Bergarbeitergewerkschaft, Anm. d. Red.) als ökonomische Erpressung gesehen werden ...

(New Nation 3.12.87)

7. Kirchen

Die Anglikanische Kirche von Südafrika erklärte gestern, sie akzeptiere die Anwendung von Gewalt als eines von verschiedenen Mitteln, die weiße Vorherrschaft in Südafrika zu beenden. Die höchste Exekutive, das Provincial Standing Committee, erklärte, es 'verstehe die Bedrängnis, die die Befreiungsbewegungen dazu geführt haben, auf Gewalt mit Gewalt zu antworten'. Aber die Kirche, so sagte sie, 'ist immer nach dem friedlichen Wandel verpflichtet und ruft die Mitglieder auf, die Möglichkeiten, mit denen sie den gewaltlosen Weg Jesu demonstrieren können, voll auszuschöpfen'.

(Guardian (UK) 25.11.87)

Gossner Mission

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 183

1180 Berlin, im Februar 1988
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58

S Ü D A F R I K A - A K T U E L L 8

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC herausgegebenen "News briefings" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalkongresses oder die unsere.

(Zu den Kriterien der Auswahl siehe "Südafrika aktuell 1")

1. ANC-Aktivitäten

Freilassung von Govan Mbeki

Mit der kürzlichen Freilassung von Govan Mbeki sind jetzt noch 8 Gefangene des Rivonia-Prozesses in Haft. Neben Nelson Mandela und Walter Sisulu sind es Achmed Kathrada, Elias Motsoaledi, Andew Mlangeni, Raymond Mhlaba und Milton Mkwayi. Sie alle wurden 1964 verurteilt. Der ANC hat wie viele andere Regierungen der Welt die UN-Konvention unterzeichnet, die Freiheitskämpfern einen Kriegsgefangenenstatus einräumt. Die südafrikanische Regierung weigerte sich, diese Erklärung zu unterzeichnene.

(NN 12.2.87)

Ehrendoktor für Nelson Mandela

Der seit über 25 Jahren inhaftierte ANC-Führer Nelson Mandela erhielt vergangene Woche von der Philosophischen Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig den Ehrendoktor. ANC-Präsident Oliver Tambo nahm stellvertretend die Doktorwürde entgegen.

Stern der Völkerfreundschaft für Oliver Tambo

Oliver Tambo wurde von Erich Honecker mit der höchsten Ehrung der DDR, dem Stern der Völkerfreundschaft, anläßlich seines 70. Geburtstages ausgezeichnet.

(Citizen 2.2.87)

ANC-Journal zu religiösen Angelegenheiten

"Sound Faith, Love and Endurance" ist der Name eines voraussichtlich aller 2 Monate erscheinenden Journals des ANC zu religiösen Fragen.

(epd 10/87)

/2

Gossner Mission

2. Gewerkschaften - Sanktionen

COSATU's Bildungskampagne

COSATU's Generalsekretär Jay Naidoo sagte, daß Bildung innerhalb des COSATU unter Kontrolle der Arbeiter ist. Er sprach zu 250 Delegierten der ersten COSATU-Bildungskonferenz.
Auf der Konferenz wurden wichtige Prinzipien für die Volksbildung beschlossen. Die 5 Hauptthemen waren:
- Volksbildung, die die Führung der Arbeiterklasse stärkt
- Rolle des COSATU im Kampf für eine alternative, demokratische Volksbildung
- Rolle der Kultur der Arbeiterklasse im Kampf
- Rolle der Medien, die Nichtorganisierten zu erreichen und die Politik der COSATU zu popularisieren
- Erfolge bei der Organisierung der Frauen innerhalb der Gewerkschaften

(Weekly Mail 29.10.87)

Arbeitslosen-Koordinierungskomitee NUWCC attakiert

Mehrere Organisatoren des NUWCC sind verhaftet worden. Unter der Schirmherrschaft von COSATU stehend hat das NUWCC seine Aktivitäten unter den Arbeitslosen verstärkt, insbes. mit der Forderung nach Mindestlöhnen (living-wage-campaign). Bei den letzten großen Streiks wurden Tausende von Flugblättern verteilt, die die Arbeitslosen aufforderten, nicht als Streikbrecher zu fungieren.
Bei der Aktion für Mindestlöhne waren mehr als 700.000 Arbeiter am Streik beteiligt, ca. 100.000 wurden in diesem Zusammenhang gefeuert. Die Entlassungen fanden statt vor dem Hintergrund eines 6 Mio. zählenden Arbeitslosenheeres. Daher war es bisher für die Unternehmensleitungen sehr einfach, aus dem Arbeitslosenheer Streikbrecher zu rekrutieren.

(NN 22.10.87)

Sanktionen:

Frank Chikane fordert Sanktionen

Ich möchte die Positionen der Mehrheit der Bevölkerung in Südafrika bezüglich Sanktionen noch einmal deutlich klarstellen.
Zwecks Informationen trafen wir uns mit den Hauptgewerkschaftsverbänden Südafrikas. Auch befragten wir die verschiedensten politischen Organisationen und Kirchen in Südafrika.
Es gibt eine große Übereinstimmung in Fragen Sanktionen:
Die Mehrheit der Menschen in Südafrika fordert von der Weltöffentlichkeit, dem Apartheidssystem die internationale politische und wirtschaftliche Unterstützung zu entziehen und umfassende Sanktionen herbeizuführen. Nur damit kann die Regierung gezwungen werden, die Apartheid abzuschaffen und eine vereinte, demokratische und nichtrassistische Regierung zuzulassen. Auch die Kirchen unterstützen die Forderungen nach umfassenden Sanktionen.
Wir fordern die internationale Gemeinschaft, insbes. die USA, BRD, England, Frankreich, Japan und die Schweiz auf, keine weiteren Kredite zuzulassen und wirksame Sanktionen einzusetzen. Wir fordern, Südafrikas Wirtschaft vom Weltmarkt zu suspendieren. Wir glauben, das ist

/3

Gossner Mission

der einzige Weg, mit einem Minimum an Gewaltaufwendung Veränderungen in diesem Land zu erreichen.

(City Press 11.10.87)

Starnberger Studie

Durch die effektive Anwendung eines vergleichsweise kleinen Paketes von Sanktionen könnten die sechs führenden Industrienationen Südafrika von dem internationalen Wirtschaftssystem ausschließen und einen Zusammenbruch des Apartheidregimes hervorrufen. Dies ist das Ergebnis einer Studie des Starnberger Institutes. Die Studie bestätigt, daß in erster Linie die Weißen - und nicht etwa die Schwarzen - am deutlichsten die Sanktionen zu spüren bekämen. In der Studie heißt es weiter, daß besonders die Weißen eine deutliche Verschlechterung des Lebensstandards hinnehmen müßten.

(Morning Star 14.10.87)

3. Landesweiter Widerstand

Drei Teilnehmer am Dakartreffen mit dem ANC, führende Mitglieder der PFP, legten gestern Abend ihre Ämter in der PFP nieder und gründeten die Nationale Demokratische Bewegung (NDM).

(Star 8.10.87)

FFF

"Einheit" war das Schlagwort auf der historischen Konferenz von Five Freedom's Forum (FFF) über die Rolle der Weißen in einem sich ändernden Südafrika. Viele der Delegierten waren der Überzeugung, daß eine landesweite anti-nationalistische Initiative notwendig sei, um die Regierung herauszufordern und denjenigen ein politisches Zuhause zu geben, die von der Apartheidspolitik desillusioniert worden sind.

(NN 1.9.87)

Streiks

Die 7 größten Streiks in Südafrika kosteten die Wirtschaft Südafrikas ca. 600 Mio. Rand. Die realen Verluste der Wirtschaft müßten aber weitaus höher liegen, zumal es 1987 mehr als 330 Streiks gegeben hat.

(NN 1.9.87)

Mercedes-Benz-Streik

Der 9 Wochen dauernde Streik bei Mercedes Benz brachte der Firma einen Verlust von ca. 330 Mio. Rand. Ein Mindestlohn von 4,5 R pro Stunde und die bedingungslose Wiedereinstellung der gesamten Belegschaft konnte erreicht werden.
Als jedoch die Arbeiter am Montag in die Fabrik zurückkehrten, wurden ihnen Arbeitsverträge vorgelegt, die die gerade getroffenen Vereinbarungen zwischen Gewerkschaft und Unternehmensleitung verletzten. Etwa die Hälfte der 2800 Streikenden sind in ihrer Lohngruppe um mehrere Grade zurückgestuft worden. Die Arbeiter weigerten sich, diese

/4

Gossner Mission

Verträge zu unterschreiben, und Verhandlungen wurden wieder aufgenommen. Die Unternehmensleitung mußte alle Verträge wieder zurückziehen.

(Weekly Mail 9.10.87)

4. Apartheidsopfer / Verhaftungen / Urteile

Über 70 Personen, zum Großteil Mitglieder von COSATU, sind im vergangenen Monat bei Ausschreitungen gegen die Gewerkschaften in dem Gebiet von Pietermaritzburg ums Leben gekommen.

(NN 15.10.87)

5. Schüler- und Studentenbewegung

SAYCO

Als im Oktober 1977 schwarze außerparlamentarische Gruppen und Organisationen verboten wurden, dachte die Regierung, dem von der Jugend inspirierten militanten Widerstand ein Ende zu setzen. Diese Rechnung ging nicht auf. Wenn überhaupt, dann hat sich die Komponente des Widerstandes aus den Reihen der Jugendlichen am dramatischsten verstärkt. Heute ist die Jugend nicht nur in den Schulen und Universitäten organisiert, sondern durch SAYCO hat eine große Zahl aktiver Jugendlicher ein organisatorisches Zuhause gefunden. SAYCO ist das größte Mitglied der UDF.
Politisch gesehen im starken Gegensatz zur Politik der black-consciousness-Ära der 70-er Jahre haben die wichtigsten Organisationen die Freiheitscharta angenommen.
Obwohl SAYCO unter erheblichem Druck von Seiten des Staates steht und nur auf halboffizieller Ebene arbeiten kann, haben SAYCO und die ihm nahestehenden Organisationen wie der Nationale Studentenkongreß Südafrikas (NANSCO) und das Nationale Koordinationskomitee der Schüler Südafrikas (NASCOC) beachtliche Anstrengungen unternommen, Verbündete unter den Gewerkschaftern, Lehrern und Eltern zu finden. Die "Straßenpolitik", die für die Aktivitäten der Jugend vor Verhängung des Ausnahmezustandes kennzeichnend war, ist heute nicht mehr aktuell. Dem Ausnahmezustand entsprechend ist die momentane Strategie den veränderten Bedingungen angepaßt. Der gegenwärtige Stand des organisierten Widerstandes der Jugend ist Ergebnis eines zehnjährigen Prozesses, wo Fehler und harte Lehren gemacht wurden.

Die Welle des Widerstandes seit 1984 ist inzwischen von weit größerer Bedeutung als die von 1976. In Hunderten von Organisationen operieren Kinder und Jugendliche in ihren Schulen und Stadtvierteln. Auch die Eltern dieser Jugendlichen mußten den Beitrag der Jugend am Widerstand zur Kenntnis nehmen. Trotzdem, mit zunehmender Verschlechterung der Situation in den Townships wuchs auch die Brutalität.
Der am 12. Juni 1986 verhängte Ausnahmezustand - der bisher umfassendste in der Geschichte Südafrikas - erforderte eine Neuorientierung des Widerstandes. Tausende Aktivisten wurden verhaftet, 40 % davon waren Kinder unter 18 Jahren, und viele Führer der Jugend mußten in den Untergrund gehen.

Gossner Mission

Der Stand der Jugendbewegung wurde in der sorgfältigen Vorbereitung der Gründung von SAYCO auf die Probe gestellt. Obwohl viele Gruppen durch die Aktionen der Sicherheitspolizei geschwächt waren, konnten sich 500 Delegierte an einem geheimen Ort treffen und die nationale Struktur von SAYCO ins Leben rufen.
Die Affassung, die Jugend sei die Avantgarde im Widerstand und die Befreiung liege in naher Zukunft, mußte weichen zugunsten einer ausdrücklichen Loyalität gegenüber den Gewerkschaften und anderen Volksorganisationen, als auch der Einsicht, daß bis zur Befreiung noch ein langer Weg zurückzulegen ist.
Der Verläßlichkeit und Verantwortlichkeit der Führer der Jugend im Kampf gegen Apartheid kommt eine große Bedeutung zu. Seit seiner Gründung hat SAYCO eine wichtige Rolle in den Kampagnen von COSATU gespielt. Trotz massiven Terrors von Seiten des Systems konnte weder die Militänz der Jugend unterbunden, noch deren organisatorische Infrastruktur zerschlagen werden.

(Weekly Mail 16.10.87)

6. Militär

Verletzung des Waffenembargos

Tränengas- und Elektroschockpistolen sind von der westdeutschen Firma MULTI-TEX an Südafrika verkauft worden. Diese Informationen gab ein MULTI-TEX-Vertreter auf einer Sicherheitskonferenz in London bekannt. Er demonstrierte eine Elektroschockpistole, die einen "Schuß" von 52.000 Volt abgeben kann.

(Star 25.9.87)

7. Kirchen

Antwort der Jugend auf das Kairospapier

Die Jugendabteilung beim SACC wird eine theologische Reaktion auf das Kairosdokument speziell für die kirchliche Jugendarbeit herausgeben. Diese Entscheidung wurde auf einem dreitägigen Jugendworkshop in Soweto gefällt. Ziel ist die verbesserte Teilnahme der Jugendlichen im Prozeß der politischen Wandlung und in den Strukturen der Kirche. Das Dokument soll als theologisches Rüstzeug in der Auseinandersetzung mit der repressiven Umwelt verstanden werden.

(NN 1.10.87)

Tag der Solidarität mit den politischen Gefangenen

In der Zentralen Methodistischen Kirche von Johannesburg fand für die politischen Gefangenen in Südafrika ein Gedenkgottesdienst statt. Ein Sprecher von SAYCO erklärte, Mandela und andere sind ins Gefängnis gekommen, weil sie sich unerschrocken im Kampf gegen Apartheid und Kolonialismus in unserem Land eingesetzt haben. An die Regierung richtete man die massive Forderung, alle politischen Gefangenen freizulassen und die Pläne, 38 junge Frauen und Männer hinzurichten, endlich aufzugeben. Der fünfstündige Gottesdienst wurde von der Polizei observiert.
Aubrey Mokoena, nationaler Koordinator der "release-Mandela-campaign" sagte, Südafrika wäre wie ein riesiges Gefängnis. Nicht nur die Verhafteten und Todeskandidaten sind politische Gefangene, sondern alle unterdrückten Menschen in Südafrika sind politische Gefangene, da ihnen das Recht genommen sei, das eigene Schicksal zu bestimmen. (Weekly Mail 16.10.87)

Gossner Mission

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 183

1180 Berlin, im Februar 1988
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58

S Ü D A F R I K A - A K T U E L L 7

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC herausgegebenen "News briefings" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalkongresses oder die unsere.

(Zu den Kriterien der Auswahl siehe "Südafrika aktuell 1")

Schwarze gedenken Tod Steve Bikos

Zum zehnten Jahrestag seines Todes in Polizeigewahrsam haben südafrikanische Zeitungen am Freitag ausführlich den schwarzen Studentenführer Steve Biko gewürdigt. "Bikos Ideen leben weiter",hieß es in der City Press. Die Weekly Mail berichtete über Biko unter dem Titel "Der Mann, der sich nicht unterkriegen ließ". Beide Zeitungen wenden sich vorallem an den schwarzen Leser. Biko war 1977 während seines Verhörs auf einer Polizeiwache in Port Elisabeth an Kopfverletzungen gestorben. Sein Tod hatte weltweit Proteste ausgelöst und Biko zu einem Märtyrer der Anti-Apartheidbewegung gemacht.
Die Weekly Mail berichtete, fünf der an Bikos Verhör beteiligten Polizisten seien in der Zwischenzeit befördert worden. Ihr ehemaliger Kommandant sei jetzt für eine Lebensversicherung tätig. Eine richterliche Untersuchung von Bikos Tod hatte keine Schuldigen ermittelt. Diese Meldung wurde unter den Bestimmungen des in Südafrika geltenden Ausnahmerechts geschrieben, das die Berichterstattung erheblich einschränkt.

(Reuter 12.9.87)

Neue Presserestriktionen

Innenminister Stoffel Botha erließ neue Pressebestimmungen:
Publikationen folgenden Inhalts sind verboten:
- Förderung von Revolution und Aufstände in Südafrika
- Störung von Ruhe und Ordnung
- Kritik an Repräsentanten der schwarzen Lokalverwaltungen
- Veröffentlichungen über zivilen Ungehorsam und Boykottaufrufe

Der Innenminister hat die Möglichkeit, Publikationen beanstandeter Organe für die Dauer bis zu drei Monaten zu verbieten. Insbesondere betroffen von der neuen Gesetzgebung ist die alternative Presse, wie z.B. die Zeitung New Nation, Weekly Mail und die von Farbigen am Kap herausgegebene Zeitung South.

(NZZ 30.8.87)

/2

Gossner Mission

1. ANC-Aktivitäten

"Forschungen ergaben, daß die Mehrheit der Südafrikaner den ANC unterstützen. Die Weißen in Südafrika haben das zu akzeptieren." - So Dr. van Zyl Slabbert. "Die Nationale Partei will nicht einsehen, daß der ANC weitaus länger existiert als die NP".

(Cape Times 17.8.87)

Rekonstituierung der FEDSAW

Die Föderation Südafrikanischer Frauen FEDSAW rekonstituiert sich wieder. In der politischen Arena der 50-er Jahre spielte die Föderation eine Schlüsselrolle. Nach Transvaal, Natal und Border ist Western Cape die vierte Region, in der FEDSAW existiert.
Wichtige Vorhaben der FEDSAW bestehen u.a. in
- der Verteidigung der Kinder
- der Freilassung der politischen Gefangenen
- der Kampagne für Mindestlöhne, gemeinsam mit COSATU

(NN 3.9.87)

4 Jahre UDF

Die UDF wurde am 20.8.83 als Oppositionsbewegung gegen die Einführung des Dreikammerparlaments gegründet.
Wie hat sich seither das Gesicht der UDF gewandelt?
Die Formierung der Front und die landesweiten Kampagnen beförderten das Bestehen von Organisationen und stärkte das politische Bewußtsein von Millionen von Südafrikanern. Heute existiert die UDF in nahezu jeder Schule, Universität, Fabrik, jedem Stadtteil, jeder Straße und jedem ländlichen Gebiet. Die UDF ist Vertraute der Jugend, Studenten, Arbeiter, Landarbeiter und Angestellten. An der Basis hat die UDF unter den Oppositionsgruppen kein Äquivalent. Sie ist das politische Zuhause derjenigen, die sich für wirkliche Veränderungen einsatzen.

Worin bestehen momentane Hauptziele?
Wir haben es geschafft, das Dreikammerparlament, die schwarzen Lokalverwaltungen und andere Apartheidinstitutionen unglaubwürdig zu machen. Sie haben keine Unterstützung im Volk. Unser jetziges Ziel ist es, Schwarz und Weiß in dem nicht mehr zu stoppenden Kampf um Befreiung zu vereinen. Millionen Südafrikaner sehnen sich nach einem neuen Südafrika.
Aufgabe der UDF ist es, gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften den Weg für ein neues Südafrika zu bereiten.

Wie können diese Ziele erreicht werden?
Apartheid kann nur existieren, solange der Großteil der Bevölkerung sich passiv verhält oder die Apartheid aktiv unterstützt. Andere Organisationen sympathisieren mit der demokratischen Bewegung, sind aber noch nicht an deren Kampf beteiligt. Die UDF muß alle in der demokratischen Bewegung vereinen. Die Tage, wo die Kinder kämpften, derweil die Eltern tatenlos zuhause saßen, sind vorbei. Jetzt ergreifen die Menschen Mittel zur Erlangung ihrer Freiheit. In der UDF sehen sie ihre politische Führung. Wir fungieren als nationales politisches Zentrum, das die Aktivitäten der Menschen koordiniert.

Worin bestehen wesentliche Probleme für die UDF?
Das größte Hindernis für ein demokratisches Südafrika ist die Botha-Regierung mit ihrer Sicherheitsgesetzgebung. Um überleben

/3

Gossner Mission

zu können, müssen wir um eine geeinte demokratische Massenbewegung kämpfen, die die Repressionen und Verhaftungen der politischen Führer überstehen kann.

Welches politisches System wird von der UDF angestrebt?
Wir wollen nicht eine schwarze Mehrheitsregierung. Wir sprechen von einer Mehrheitsregierung in dem Sinne, daß alle Menschen in diesem Land, die durch die Apartheid in rassische Gruppen getrennt worden sind, unter einer neuen Regierung wieder zusammengeführt werden müssen mit der Aussicht auf ein nichtrassistisches Land. Wir wollen behandelt werden als gleichberechtigte Bürger dieses Staates. Wir wollen teilhaben an den Rechten, die jeder Andere in diesem Land genießt. Wir wollen den Reichtum dieses Landes teilen, denn jeder von uns hat zur Entwicklung dieses Landes beigetragen.

(Aus einer Rede Popo Molefes beim UDF-Prozeß in Pretoria.
Sunday Star 23.8.87)

Gründung des Frauenkongresses (WC)

Innerhalb der UDF wurde der Frauenkongreß (Women's Congress) gegründet. Nach jahrelanger Arbeit auf nationaler Ebene konnte eine nationale Frauenbewegung geschaffen werden. Damit soll insbesondere das Problem der Unterdrückung der Frau in der südafrikanischen Gesellschaft in allen UDF-Organisationen stärker zur Diskussion gebracht werden.

(NN 19.8.87)

2. Gewerkschaften - Sanktionen

Auf dem COSATU-Kongreß wurden 2 wichtige Resolutionen angenommen:
1. Absage an die Politik der beschränkten Sanktionen, die von den westlichen Regierungen propagiert werden,
2. begrenzte Sanktionen könnten Ursache sein für schwerwiegende regionale Arbeitslosigkeit und würden damit nicht helfen, gewaltlose Veränderungen in Südafrika zu erreichen. Vielmehr sind umfassende Sanktionen notwendig, um effektiv Druck auf die südafrikanische Regierung auszuüben.

Es wurden weiterhin gefordert:
- Stop der internationalen Darlehen an Südafrika
- diplomatische Isolation
- Stop der Emigration und des Tourismus nach Südafrika
- keine weiteren Regierungsbesuche
- Stop der Investitionen
- Durchsetzung des UN-Waffenembargos

COSATU anerkennt die Freiheitscharta als Minimalforderung der Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung und als Basis für eine von Ausbeutung freie Gesellschaft.

(Daily Dispach 28.7.87)

Bergarbeiterstreik

Nach dem drei Wochen dauernden größten Streik Südafrikas wurden eine 23%-ige Lohnerhöhung sowie verbesserte Urlaubsregelungen und finanzielle Zugeständnisse bei Todesfällen erkämpft. Die ursprüngliche Forderung der NUM bestand in 30% Lohnerhöhung.

(The Times 31.8.87)

Gossner Mission

Nationales Arbeitslosen-Koordinierungskomitee (NUWCC)

NUWCC hat eine Benefiz-Charta für Arbeitslose herausgegeben, um damit die Kampagne für einen Mindestsatz an Arbeitslosengeld zu unterstützen. NUWCC betont die Notwendigkeit der Einheit unter Arbeitenden und Arbeitslosen. Eine weitere Forderung der Charta ist die Einrichtung eines Arbeitslosenfonds für alle Arbeiter.

(NN 10.9.87)

4. Verhaftungen - Hinrichtungen

Weitere 1100 Personen sind laut offizieller Angaben zu längeren Haftstrafen (d.h. zu über 30 Tagen Haft) verurteilt worden. Das erhöht die Zahl der offiziell bestätigten Verhaftungen auf über 16.000. Nicht bekannt gegeben wurde jedoch die Zahl derer, die sich seit weniger als 30 Tagen in Haft befinden, noch die Gesamtzahl der Verhafteten.

(Daily Despach 12.8.87)

Hinrichtungen

Zwischen Januar und September 1987 wurden insgesamt 107 Personen erhängt. Davon waren 101 Schwarze und 6 Weiße.
1985 wurden 137, 1986 121 Personen erhängt.

35 Personen starben in dem Elektrozaun an der Grenze zwischen Südafrika und Mocambique - so Verteidigungsminister Malan im Parlament.

(Weekly Mail 10.9.87)

5. Schüler-und Studentenbewegung

Peter Mokaba, Präsident des SAYCO, und Rapu Molefane, Generalsekretär des SAYCO, nahmen an den Feierlichkeiten anläßlich des vierjährigen Bestehens von UDF teil.
Mokaba sagte in seiner Rede: "SACO ist seit der Gründung am 28.3.1987 rapide gewachsen. Eigentlich identifiziert sich die gesamte Jugend mit SAYCO. SAYCO hat mittlerweile mehr als 700.000 Mitglieder. Überall entstehen Jugendgruppen, die sich SAYCO anschließen."
Eines der großen Probleme sind die Überfälle der Vigilantes.
"Es ist ein politisches Problem und muß als solches mit politischen Mitteln bekämpft werden", sagte Molefane. "In vielen Gebieten gibt es diese Vigilantes-Gruppen. Sie bestehen hauptsächlich aus Arbeitslosen, die angeworben werden. Von daher ist es auch so wichtig, die Arbeitslosen zu organisieren."

(South 9.9.87)

Ausbildung

Die wachsende Arbeitslosigkeit in Südafrika verstärkt das Auftreten von Vigilantes. Insbesondere die Frustrationen unter den Jugendlichen stellen eine Gefahr für die Gemeinschaft dar. Deshalb hat der Youth Congress of Eastern Transvaal (ETYCO) aufgerufen,
- sich im Widerstand gegen die Vigilantes zu vereinen,
- SAYCO zu unterstützen in seiner Kampagne zur Rettung des Lebens von 32 zum Tode Verurteilten
- sich an den Kampagnen von COSATU zu beteiligen.

(NN 23.7.87)

Gossner Mission

6. Militär

Ein neues Sicherheitsfahrzeug wurde gestern vom Minister für Gesetz und Ordnung vorgestellt.
Es ist kleiner und stromlinienförmiger als der Casspir, der bis 1984 insbesondere für den Einsatz im Busch vorgesehen war, dann aber mehr und mehr bei den Sicherheitskräften zum Einsatz kam. "Dieses Fahrzeug", so der Minister, "ist kein aggressives Fahrzeug". Es ist kugelsicher, hat Vierradantrieb und ist mit einem Schiebeschild ausgerüstet, um brennende Autos etc. zu räumen. Das Fahrzeug ist für 9 Personen ausgerüstet.

(Daily Dispach 4.9.87)

7. Kirche

"Ich glaube, daß ich mich nach der Haft gut erholt habe, doch bin ich sicher, daß bestimmte mentale und psychologische Faktoren sich erst noch bemerkbar machen werden", sagte Father Mkatshwa, Generalsekretär der Katholischen Bischofskonferenz des Südlichen Afrika. Bei einer Verhandlung vor Gericht erklärte er, daß er über 30 Stunden lang gefoltert worden ist, entkleidet, mit verbundenen Augen und auf dem Rücken gefesselten Händen. Sechs Männer von der Sicherheitspolizei mußten je 200 R Strafe wegen Körperverletzung zahlen. Trotz seiner traumatischen Erfahrungen ist Mkatschwa fest entschlossen, den Kampf für Gerechtigkeit und Freiheit fortzusetzen.
"Wenn man überzeugt ist, daß das System der Apartheid unmenschlich und diabolisch ist, daß es in eine neue Gesellschaft gewandelt werden muß, dann hat man keine Wahl mehr. Wir müssen weitermachen, müssen die Strategien ändern, zumal unter dem Ausnahmezustand größere Versammlungen, ja sogar Beerdigungen verboten sind."

(South 9.9.87)

Ein Kommunikationszentrum, das von Gewerkschaften, lokalen Organisationen und kirchlichen Gruppen genutzt wurde, ist kurz nach der Einweihung durch Allan Boesak durch einen Bombenanschlag zerstört worden.

(NN 3.9.87)

Reverent Majabe vom Kirchenrat Nördliches Transvaal steht wegen Besitz und Verteilung "subversiver Dokumente" vor Gericht. Laut Chikane zählen zu diesen Dokumenten auch das Kairospapier und andere kirchliche Dokumentationen. Der Prozeß gegen Majabe ist eine direkte Herausforderung an die Kirche. "Wir sind sicher, sollte Rev. Majabe deswegen verurteilt werden, daß genannte kirchliche Dokumente gebannt werden könnten und deren Besitz und Distribution Verfolgungen nach sich ziehen können.

(NN 3.9.87)

/6

Gossner Mission

9. Gesundheit

Mehr als 32.000 Kinder im Alter unter 5 Jahren sterben jährlich in Südafrika. Die höchste Sterberate besteht bei Säuglingen, 1984 allein 73% der Todesfälle bei Kindern.

(Saturday Star 18.8.87)

Ärztemangel

Im staatlichen Gesundheitsdienst von Südafrika herrscht akuter Ärztemangel. Nach einer Untersuchung haben von 180 Ärzten, die an der Witwatersrand-Universität ihren Abschluß machten, 50 das Land verlassen und weitere 50 tragen sich mit dem Gedanken der Emigration. Gründe dazu sind zum einen die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern, niedrige Löhne, zum anderen aber auch die Furcht vor einer etwaigen Musterung zur Armee.

(Cape Times 19.8.87)

Unterernährung

Einem Bericht der Operation Hunger zufolge ist die Unterernährung in ländlichen Gebieten Südafrikas schlechter als in mehreren anderen Ländern der Region, einschließlich Botswana, Zambia, Zimbabwe und Swaziland. Untersuchungen ergaben, daß 48,5 % der Kinder von Transvaal unterentwickelt sind, 57,7 % in Eastern Cape und 80,4 % in Northern Cape.
Dem Bericht zufolge ist Northern Cape mit Abstand die ärmste Region von Südafrika.

(Star, 18.9.87)

Gossner Mission

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 183

1180 Berlin, im Oktober 1987
Baderseestr. 8

S Ü D A F R I K A ' A K T U E L L 6

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC herausgegebenen "News briefings" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalkongresses oder die unsere.

(Zu den Kriterien der Auswahl siehe "Südafrika aktuell 1")

1. ANC-Aktivitäten

- Das Dakar-Treffen Juli 87

Bei den in Dakar stattfindenden Gesprächen zwischen einer ANC-Delegation und 59 von dem Institut für eine demokratische Alternative in Südafrika (IDASA) zusammengestellten Liberalen aus Südafrika über die Zukunft Südafrikas entstand folgende Erklärung:

1) Die Teilnehmer stimmen überein in ihrer Ablehnung der Ideologie und Praxis des Apartheidsystems.
2) In den Augen der Regierung und vieler Weißer Südafrikaner wird die Teilnahme an den Gesprächen mit dem ANC als Verrat angesehen.
3) Folgende politische Fragen wurden diskutiert:
   - Strukturen einer freien Regierung in Südafrika
   - Strukturen einer freien Wirtschaft in Südafrika
   - Probleme und Strategien der Übergangsperiode
   - Probleme der nationalen Einheit
4) Die Diskussion fand in einer herzlichen Atmosphäre statt.
5) Die südafrikanische Gruppe informierte sich über Perspektiven, Ziele und Strategien des ANC. Die Entscheidung des ANC, den bewaffneten Kampf beizubehalten und zu intensivieren, war eines der wichtigsten Diskussionspunkte. Die Gruppe Liberaler akzeptiert die historische Realität des bewaffneten Kampfes, obwohl sie ihn nicht unterstützen können. Alle zeigten sich besorgt über die zunehmende unkontrollierte Gewaltanwendung. Die Ursache der Gewalt ist in der Existenz und Praxis der Rassentrennung zu sehen.
6) Alle Teilnehmer sprachen sich für den Verhandlungsweg aus. Um zu solchen Verhandlungen zu kommen, ist die bedingungslose Freilassung aller politischer Gefangener und die Wiederzulassung aller gebannter Organisationen notwendig.
7) Für ein freies Südafrika müsse jede Möglichkeit des Widerstandes gegen das Apartheidregime von den verschiedenen Gruppen genutzt werden.
8) Beide Seiten halten weitere Kontakte für notwendig.
9) Die Teilnehmer des Treffens danken dem Präsidenten und dem Volk vom Senegal für die herzliche Aufnahme und die Unterstützung.

/2

Gossner Mission

Gleichzeitig dankten sie Frau Danielle Mitterand für ihre Mithilfe beim Zustandekommen der Konferenz.

(Star 13.7.87)

- Auswertung von Dakar durch Pallo Jordan, ANC-Forschungsabteilung

In Dakar führten wir alle nur denkbaren Argumente an, um unsere südafrikanischen Gesprächspartner zu überzeugen, daß
. der ANC sich ununterbrochen für die Ideale des Nicht-Rassismus eingesetzt hat, obwohl es leider im Jahre 1958 die Abspaltung der Afrikanisten gab (PAC).
. Ablehnung der Illusion der Eigenständigkeit der Bantustans und Ablehnung des Chauvinismus vom Buthelezi.

Der reale Erfolg von Dakar wird gemessen werden daran, wie weit wir diese Botschaft in Südafrika verbreiten werden.
In den Diskussionen konnte ein gewisses Maß an Übereinstimmung festgestellt werden. Jeder Teilnehmer bestätigte, daß unser gesamtes Volk, unabhängig von Rasse oder ethnischer Abstammung, das gleiche Anrecht auf unsere gemeinsame Heimat hat, daß Apartheid und das System der Rassenunterdrückung Hauptursache für die Gewalt sind,
. obwohl verschiedenste politische Anti-Apartheidorganisationen mit unterschiedlichen Strategien existieren, diese sich gegenseitig ergänzem müssen,
. daß der außerparlamentarischen, demokratischen Massenbewegung in dem momentanen Umwandlungsprozeß größte Bedeutung zukommt.

Trotzdem müßten starke Abweichungen zur Kenntnis genommen werden, da zwischen den beiden Delegationen Differenzen beständen. Die ANC-Gruppe trat geschlossen auf, führte einstimmig die Gespräche, vertrat alle Bevölkerungsgruppen Südafrikas, d.h. Schwarze, Inder, Farbige und Weiße. Zwei der Mitglieder waren ehemalige Gefangene der KZ-Insel Robben Island. Die Gruppe weißer Liberaler bestand aus einzelnen Persönlichkeiten der südafrikanischen Gesellschaft, die keine speziellen Organisationen vertraten. Abgesehen von 5 Schwarzen waren die Mehrzahl der Gruppe Weiße.

(WM, 17.7.87)

2. Gewerkschaften

- COSATU-Kongreß

Am 19.7.87 beendete der 1 Mio.-starke südafrikanische Gewerkschaftsdach-verband COSATU seinen2. landesweiten Nationalkongreß. Innerhalb von 19 Monaten verdoppelten sich die COSATU-Mitglieder von 450.000 auf über 1 Million. In der nächsten Zeit sollen auch Gewerkschaften unter den Millionen Arbeitslosen und Landarbeitern gegründet werden. Die Arbeitslosengewerkschaft wird insbesondere die Verbindungen zu den Jugendorganisationen stärken, eine der bedeutendsten Aufgaben von COSATU im Kampf um eine demokratische, von den Arbeitern mitbestimmte Gesellschaft. Nachdem der Prozeß der Vereinigung einzelner Gewerkschaften zu jeweils einer Hauptgewerkschaft für jeden Industriezweig nahezu abgeschlossen ist, steht als Aufgabe für die nächsten 2 Jahre, für das gesamte Land eine Gewerkschaftsföderation aufzubauen. "One country - one federation!"
Desgleichen sollen mehr und mehr weiße Arbeiter den Weg zu COSATU finden, so wie jede demokratische Gewerkschaft sich COSATU anschließen kann auf der Grundlage der COSATU-Prinzipien.
Bestandteil der politischen Resolution von COSATU ist die Annahme der Freiheitscharta. Dieses Dokument ist im heutigen Südafrika

/3

Gossner Mission

wahrscheinlich das größte Symbol für Demokratie. In der Resolution wird weiterhin erklärt: "Während wir uns im Kampf um Nationale Befreiung befinden, kann wahre Befreiung nur erreicht werden durch eine ökonomische und soziale Transformation unserer Gesellschaft im Interesse der Arbeiterklasse. Die Arbeiter Südafrikas setzen sich nicht nur für bessere Bedingungen in den Minen, Fabriken, Farmen und Geschäften ein, sondern auch für eine von den Arbeitenden kontrollierte demokratische Gesellschaft . .. Es besteht kein Konflikt zwischen dem Kampf um nationale Befreiung und für Sozialismus.
Die Notwendigkeit, Arbeitslose zu organisieren, wird immer dringender, da die Arbeitgeber die durch Aussperrungen und Verhaftungen freigewordenen Arbeitsplätze jederzeit mit Arbeitslosen auffüllen können. COSATU beabsichtigt, daß organisierte Arbeitslose zum erstenmal einen Beobachterstatus mit Mitspracherecht in allen SOSATU-Strukturen erhalten sollen.

(NN, 23.7.87)

- Südafrika-Schriftstellerkongreß gegründet

Etwa 150 oppositionelle Schriftsteller haben am Sonntag nach dreitägiger Debatte den Südafrikanischen Schriftstellerkongreß gegründet. Ziel des neuen Verbandes ist nach Worten von Nadine Gordimer der Kampf an der Seite der Massenorganisationen, vorallem der schwarzen Gewerkschaften, gegen das Apartheidsregime in Pretoria. Die Kongreß-Teilnehmer, darunter 6 weiße Autoren, fordern eine neue, vollkommen nichtrassistische Kultur. Jegliche Teilnahme an den von der Regierung organisierten kulturellen Veranstaltungen wird kategorisch abgelehnt.

(TA, 7.7.87)

4. Verhaftungen - Verurteilungen

Rettet ihr Leben!

Der 700.000 Mitglieder starke südafrikanische Jugendkongreß SAYCO startete eine weltweite Kampagne zur Rettung des Lebens von 32 südafrikanischen Patrioten, die im Zentralgefängnis von Pretoria hingerichtet werden sollen. Bittgesuche um Intervention gingen u.a. an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sowie an M. Thatcher, R. Reagan und H. Kohl.

(WM, 10.7.87)

Anfang Juli gab ein Sprecher des südafrikanischen Sicherheitsdienstes bekannt, daß derzeit 275 Personen in Südafrika hingerichtet werden sollen. Das Justizministerium meldete 76 Hinrichtungen seit Beginn des Jahres. Im verganenen Jahr waren es 121.

(Sowetan, 9.7.87)

6. Militärische Aspekte

Das Uranium-Anreicherungswerk der Atomenergie-Corporation (AEC) in Valindaba wird Ende des Jahres den Betrieb aufnehmen. Damit ist die Abhängigkeit von ausländischen Anreicherungswerken nicht mehr gegeben.

(FM, 24.7.87)

Gossner Mission

Die Forderungen der südafrikanischen Armee gegenüber den weißen Jugendlichen werden immer höher. Wurde früher noch in einer geheimen Wahl bestimmt, wer zum Wehrdienst gezogen wird, so wird heute jeder Jugendliche gezogen. Gleichzeitig erhöht sich die Dauer von ein auf zwei Jahre. Nach dem Grundwehrdienst haben sie in einem Zeitraum von 12 Jahren noch weitere 720 Tage abzuleisten.

(WM, 3.7.87)

Militärische Übernahme der örtlichen Verwaltungsstrukturen

Auf einer Konferenz in Stellenbosch warnte der PFP-Beauftragte James Selfe, daß die Jahre des Ausnahmezustandes der Regierung den Weg für einen "Stillen Coup" geebnet hätten: die militärische Übernahme der örtlichen Verwaltungsstrukturen durch das sogenannte "National Security Management System" (NSMS). In den Augen vieler Experten wird durch die südafrikanische Armee ein komplexes Kontrollsystem betrieben, das die 400.000 Reservisten sowie große Teile der Zivilbevölkerung im Kriegsfalle überwacht. Südafrika ist de facto bereits von einer Militärdiktatur beherrscht, hinter der zivilen Fassade ist die Macht bereits in die Hände der Militärs übergegangen, die sich die Macht lediglich mit dem Polizeiapparat und dem Sicherheitsdienst teilen.

(WM, 3.7.87)

7. Kirchen

Bischöfe unterstützen COSATU-Politik

"COSATU kämpft für die Menschenrechte aller." - So die Südafrikanische Katholische Bischofskonferenz SACBC in einer Botschaft an COSATU anläßlich der 2. Nationalkonferenz von COSATU.
"Wir sind ermutigt von dem Bemühen COSATU's um ein demokratisches nichtrassistisches Südafrika." Die Solidarität der Kirchen mit der Arbeiterbewegung ist begründet darin, daß die Mehrzahl der Kirchenmitglieder Arbeiter sind und einer Industriegewerkschaft angehören.
Frank Chikane, Generalsekretär des SACC, sagte: "Wir sind uns bewußt, daß die Ausgebeuteten und Gequälten in Südafrika sich für einen Wandel in ihrem Land einsetzen. In diesem Sinne anerkennen wir den Beitrag von COSATU und anderen Organisationen im Kampf um Gerechtigkeit. "Der christlich motivierte Einsatz für Gerechtigkeit kann nicht getrennt gesehen werden von dem Kampf der Arbeiter"- So SACBC und SACC.

(ANC news briefings Nr. 28)

Christen und die Freiheitscharta

Der Direktor des SACC, Wolfram Kistner, erklärte, daß die "christliche" Präambel der südafrikanischen Verfassung einen grundlegenden Widerspruch zum Christentum darstellt, weil damit die Vertreibung der Schwarzen von ihrem Land legetimiert werden soll. Dagegen richtet sich die Freiheitscharta. Christen können die Freiheitscharta annehmen, da sie insistiert, daß alle Menschen an dem Aufbau der politischen und ökonomischen Strukturen des Landes teilnehmen. Südafrika hat genug Land für alle. Das Land gehört den Menschen und Gott will nicht, daß es nur zum Nutzen einiger Weniger da ist.

(WM, 3.7.87)

Gossner Mission

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 183

1180 Berlin, in Sept. 1987
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58 -

S Ü D A F R I K A - A K T U E L L 5

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC herausgegebenen "News briefings" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalkongresses oder die unsere.

(Zu den Kriterien der Auswahl siehe "Südafrika aktuell 1")

In eigener Sache:

In den letzten Monaten hat sich das Spektrum wichtiger Informationsquellen stark erweitert.

Wir erhalten zum Beispiel eine Fülle Materialien, u.a. abgelichtete südafrikanische Zeitungen, wie

- Weekly Mail (WM) "Die Zeitung für ein sich wandelndes Südafrika"
- The New Nation (NN) - Wochenzeitung der Katholischen Bischofskonferenz
- Financial Mail (FM)

Ab und zu bringen wir auch interessante Artikel aus der DDR-Presse und aus Schweizer Tageszeitungen, so dem Tagesanzeiger (TA) und der Neuen Züricher Zeitung (NZZ), sowie Nachrichten des Evangelischen Pressedienstes (epd).

Angaben aus dem Jahresbericht des Südafrikanischen Instituts für Rassenbeziehungen SAIRR) besagen, daß

- in südafrikanischen townships im Durchschnitt 16 Personen in einem "Haus" wohnen
- 50 % südafrikanischer Haushalte weniger als 150 Rand im Monat zur Verfügung stehen
- in einigen schwarzen ländlichen Gebieten die Einwohner den 67-fachen Preis für Trinkwasser bezahlen als die Einwohner in weißen Haushalten
- ein Arzt auf 400 Weiße, dagegen jedoch nur ein Arzt auf 90.000 Schwarze kommt
- seit 1980 Südafrika 10 Überfälle auf die Frontline-states verübt hat
- der Krieg gegen die eigene Bevölkerung sowie Namibia und die Frontline-states täglich 14,6 Mio. Rand kostet. Für 14,6 Mio Rand könnte täglich ein Krankenhaus gebaut werden

/2

Gossner Mission

Zum Wahlausgang - Verhärtung der Fronten in Südafrika:

Der Sieger in den Wahlen zum Parlament der weißen Südafrikaner stand von Anfang an fest: P.W. Bothas seit 1948 regierende Nationale Partei NP. Trotzdem hat sich bei den Wahlen eine wichtige Verschiebung ergeben. Stärkste Oppositionspartei wird in Zukunft nicht mehr die liberale, vorwiegend von englisch-sprachigen Bürgern getragene Progressive Federal Party (PFP) sein, sondern die vor 5 Jahren von der NP abgespaltene Conservative Party CP. Im absoluten Stimmenverhältnis ist der Anteil der PFP von 20 auf unter 15 % gefallen, während die CP auf rund 25 % kam. Der "Reformpräsident" Botha hat zwar aus wirtschaftlicher Notwendigkeit punktuell das enge System der Apartheid aufgebrochen, ohne jedoch weitere Schritte zu deren gänzlichen Abschaffung zu unternehmen. In diesen Wahlen haben diejenigen, die weiter gehen wollen, an Einfluß verloren, und diejenigen, denen Botha schon viel zu weit gegangen ist, an Gewicht gewonnen.

(NZZ 8.5.87)

2. Gewerkschaftsbewegung

- Metall-Industrie: NUMSA gegründet

  Die Nationale Gewerkschaft der Metallarbeiter Südafrikas, NUMSA, wurde vergangenes Wochenende gegründet. Diese Gewerkschaft ist die zweitgrößte in Südafrika und vertritt ca. 30 % der Werktätigen in der Metall-, Motor- und Automobilindustrie. NUMSA ist gleichzeitig Mitglied von Cosatu, dem südafrikanischen Gewerkschaftsdachverband. Der Präsident von NUMSA, Dr. Daniel Dube, erklärte, daß die neue Gewerkschaft die Freiheitscharta angenommen habe als ein Dokument, daß "in den Augen unseres Volkes die Minimalforderungen für eine demokratische Gesellschaft enthält."

  Forderungen der Gewerkschaft sind u.a.
  - Beendigung des Systems der Wanderarbeiter, Verbesserung der Lebensbedingungen in den Arbeiterwohnheimen
  - Berufsausbildung für Jugendliche und Frauen zu deren Gleichberechtigung am Arbeitsplatz
  - Kampf gegen Arbeitslosigkeit
  - 21. März, 16. Juni und 1. Mai als bezahlte Feiertage
  - Verurteilungen der Angriffe auf UDF und Cosatu

  (ANC News briefing)

- Dachgewerkschaft für das Gesundheitswesen

  Am 26.6. schlossen sich drei Mitgliedsorganisationen von Cosatu zusammen, um eine Dachgewerkschaft für das Gesundheitswesen zu gründen. Cosatu verfolgt das Ziel, für jeden Industriezweig eine Gewerkschaft zu haben. Mehrere Einzelgewerkschaften gleicher Industriezweige sind dabei, sich zu vereinigen.

  (NN, 4.7.87)

Gossner Mission

3. Landesweiter Widerstand

- UDF-Konferenz

Auf einer Pressekonferenz sprach der UDF-Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit, Murphy Morobe, über wichtige Themen der dritten Nationalen Zusammenkunft aller UDF-Regionen Südafrikas, die vergangene Woche an einem geheimen Ort in der Nähe von Durban stattfand. "Zwölf Monate lang haben wir dem totalen Angriff seitens der Apartheidregierung gegen die legale demokratische Bewegung und das gesamte Befreiungsbündnis widerstanden. Der Ausnahmezustand konnte unsere Entschlossenheit nicht brechen." Wichtig für die UDF sei es, eine größere Verteidigungsfähigkeit auf allen Ebenen zu entwickeln. Die Konferenz forderte:

- Rückzug der PFP aus dem Parlament und Mitarbeit in dem demokratischen Befreiungsbündnis
- Rücktritt der Farbigen und Inder, die im Drei-Kammer-Parlament der Südafrikanischen Regierung mitarbeiten
- Strikte Richtlinien bezüglich der Annahme ausländischer Gelder. Es sollen keine Gelder angenommen werden, die mißbraucht werden könnten, um Einfluß auf die Widerstandsbewegung zu nehmen
- Start einer Kampagne zur Verbreitung der Freiheits-Charta
- Unterstützung des internationalen Kampfes um nukleare Abrüstung
- Internationale Hilfeleistungen für die Frontline-states
- Kritik an Malawi, Lesotho und Swaziland bzgl. ihrer engen Kooperation mit der Südafrikanischen Regierung.
- Unterstützung der Cosatu-Campagnen: "Hände weg von Cosatu!" und "Arbeit für alle!"
- Bestärkung der Auffassung, daß "die Arbeiterklasse und Gewerkschaftsbewegung eine führende Rolle in der Befreiungsbewegung hat
- Aufforderung zur aktiven Mitgliedschaft in den Volksorganisationen

(WN, 5.6.87)

- Mietboykott

Der Verlust der Regierung an Kontrolle in den schwarzen Siedlungsgebieten wird deutlich an dem Vorhaben, ausstehende (boykottierte) Mieten über den Arbeitgeber einzutreiben. Minister Chris Heunis hat jetzt einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der beinhaltet, daß die lokalen Behörden berechtigt sind, die Mieten über den jeweiligen Arbeitgeber abzukassieren. Infolge des 9-monatigen Mietboykotts beträgt die Summe ausstehender Mieten inzwischen 271 Mio. Rand.

(WM, 12.6.87)

4. Gefängnis / Verhaftungen

Cleopatra Happy Molefe war gerade 13 Jahre alt, als sie von südafrikanischer Polizei verhaftet wurde. Neun Monate lang wurde sie ohne Anklage festgehalten, bevor man sie vergangenen Monat freiließ. Ihre Eltern beobachteten große Veränderungen an ihrem Kind. Ihre Erfahrungen haben sie politisiert, sie bewußter werden lassen. Wenn sie einmal groß ist, möchte sie Richter werden, um Kinder aus

/4

Gossner Mission

Gefängnissen befreien zu können. In der Gefängniszelle schrieb sie ein Gedicht, das beginnt mit den Worten: Ich möchte ein Vogel sein, der hoch über den Tränengaswolken fliegt ...
Der Schluß des Gedichtes lautet: Forward to peoples power!

(ANC news briefing)

5. Jugendbewegung

In der Zeit des Ausnahmezustandes ist die Jugendbewegung Ziel massiver Angriffe und Verfolgungen. Ca. 10.000 Kinder und Jugendliche - 18 Jahre und jünger - wurden in den ersten neun Monaten des Ausnahmezustandes verhaftet. Die landesweiten Proteste der Schüler und Studenten in den Jahren 1976/77 konnten zwar unterdrückt werden, heute jedoch ist die Jugendbewegung stärker als je zuvor. Der South African Youth Congress Sayco, die größte UDF-Mitgliedsorganisation, hat 0,7 Mio. Mitglieder. Eine wichtige Entwicklung der letzten zwei Jahre besteht darin, daß der in den 70er Jahren von der Jugend angeführte Widerstand heute von Erwachsenen und Arbeitern geleitet wird. UDF-Generalsekretär Mohammed Vally bestätigt, daß Sayco heute in ganz Südafrika präsent ist. "Unsere Jugend hat die Notwendigkeit erkannt, mit anderen Organisationen bei der Entwicklung gemeinsamer Strategien zusammenzuarbeiten. Die Gründung von Sayco ist eine wesentliche Quelle der Inspiration, nicht nur für unsere Kinder und Jugendlichen, sondern auch für die gesamte Bewegung der UdF.

(NN, 11.6.87)

6. Südafrika und die Frontstaaten

Frontstaaten von Südafrika wirtschaftlich und politisch destabilisiert und militärisch bedroht

Größtes Problem für die Frontstaaten ist der fehlende Zugang zum Meer. Es gibt keine funktionierende Verbindung zu gut ausgebauten Häfen außerhalb Südafrikas. Botswana, Lesotho und Swaziland sind durch eine Zollunion und die Integration ins Rand-Währungssystem von Südafrika völlig abhängig.
Absolut gravierend ist die Abhängigkeit der Frontstaaten beim Transithandel: 80 - 90 % des Handels wird über Südafrika abgewickelt. Der Hafen von Durban ist der einzige Containerhafen der Region.
Südafrika-Nachbarn sind nicht nur wirtschaftlich abhängig, sondern werden auch militärisch angegriffen. Südafrika-Truppen fallen immer wieder in Angola ein und angolanische Gebiete werden bombardiert. Namibia wird widerrechtlich besetzt gehalten - 100.000 südafrikanische Soldaten stehen in Namibia im Einsatz.
In Mosambique, Angola und Zimbabwe werden Konterrevolutionäre nicht nur finanziell unterstützt, sondern erhalten auch militärische Ausbildung und Rückzugsbasen in Südafrika. In Mosambique, Zimbabwe, Zambia und Lesotho führen südafrikanische Geheimdienstleute Bombenanschläge auf ANC-Quartiere aus und bombardieren diese sogar aus der Luft.
Durch diese militärische Bedrohung werden die Frontstaaten gezwungen, Energie und Finanzen in den Ausbau der militärischen Verteidigung statt in den Ausbau der Wirtschaft zu stecken. Unter der ständigen Bedrohung durch Südafrika läßt sich auf die Dauer nicht leben. Um

/5

Gossner Mission

stärker zu werden, haben sich die Frontstaaten mit Malawi, Lesotho und Swaziland in der Koordinationskonferenz zur Entwicklung des Südlichen Afrikas zusammengeschlossen.

(Afrika-Komitee Basel)

7. Kirchen

Lusaka-Konferenz des ORK

Unter dem Motto: 'Für Gerechtigkeit kämpfen heißt: Für die Freiheit kämpfen!' fand vom 4. bis 8. Mai 1987 in Lusaka eine Konforenz des ORK statt, an der Vertreter afrikanischer, europäischer und amerikanischer Kirchen sich mit Mitgliedern der Befreiungsbewegungen des südlichen Afrikas trafen.
Um was ging es in Lusaka? Zum einen um die Frage, was die Kirchen konkret zur Verwirklichung der Erklärung von Harare 1985 unternommen haben. Zum anderen um die Frage, was zur Bekämpfung der Apartheid weiter unternommen werden müsse. War es bei der Erklärung von Harare vor allem um Sanktionen gegen Südafrika gegangen, so stand in Lusaka die Rolle der Befreiungsbewegungen zur Diskussion.
Die ÖRK-Konferenz hat am 8. Mai eine Erklärung über die Situation im Südlichen Afrika verabschiedet.
In der theologischen Begründung wird die Auffassung geäußert, die staatliche Autorität sei von Gott gesetzt, um dem Wohl des Volkes zu dienen. Gegen diesen Auftrag verstoße das Regime Südafrikas. Es führe Krieg gegen die eigene Bevölkerung und sei deshalb illegetim. So seien in den elf Monaten des Ausnahmezustandes mehr als 20.000 Apartheidsgegner in Südafrika verhaftet worden - darunter viele Kinder. Gleichzeitig habe die gewaltsame Unterdrückung des namibischen Volkes durch Südafrika eskaliert.
Die ÖRK-Konferenz bestätigte das unwiderrufliche Recht der Menschen in Südafrika und Namibia, mit Hilfe der Befreiungsbewegungen Frieden und Gerechtigkeit zu erlangen. Die ORK-Konferenz bekenne sich weiterhin zu einem friedlichen Wandel. Andererseits könne sie nicht die Augen verschließen vor der Tatsache, daß das Südafrika-Regime Krieg gegen seine eigenen Einwohner und seine Nachbarn führe. Es zwingt damit die Befreiungsbewegungen zur Gewaltanwendung als 'einem unter anderen Mitteln', um die Unterdrückung zu beenden.

(epd-Nachrichten Mai 1987)

Ist Gegengewalt in Südafrika unvermeidbar? - Folgerungen aus Lusaka

Die Christen im Südlichen Afrika verstehen die Sendung der Kirche als Kampf gegen das Unheil. Von Heil und Unheil haben sie eine sehr konkrete, geschichtliche und hautnahe Erfahrung. Das allerschlimmste Unheil besteht in der Komplizität von christlichen Kirchen mit der massivsten Form welthaften Unheils, wie es sich im Apartheidssystem strukturiert.
Auch die Führer der Befreiungsbewegungen haben sehr eindeutig klargemacht, daß es über die Rolle der Kirchen keinerlei falsches Problematisieren geben kann, wenn man die Position Jesu im Palästina seiner Zeit sieht.
Präsident Oliver Tambo sagte deutlich, daß er es keineswegs erwarte, daß die Kirchen im Kampf gegen das Apartheidsregime in allem mit

/6

Gossner Mission

den taktischen Positionen des ANC voll übereinstimmen. Aber die Grundhaltung muß in kohärenten und - der tödlichen Gefahr entsprechend- mutigen Aktionen deutlich werden. Unterschwellig herrscht unter den Mitgliedern der Befreiungsbewegungen eine traurige Skepsis gegenüber den Kirchen Europas und Nordamerikas, die "die Katakomben verabscheuen, weil sie an goldene Kälber gebunden sind." (Ein Teilnehmer aus Namibia)
Jugendliche aus den Townships Südafrikas haben den Konferenzteilnehmern in Lusaka ihre kirchliche Skepsis offen ausgedrückt. Sie geben sich nicht mit mutigen Einzelkämpfern wie Boesak, Tutu und Beyers-Naudé zufrieden. Sie vermissen die Kirche als eindeutigen Ort des nicht-kollaborativen Widerstandes.

(IDOC-Analyse)

Frank Chikane: Kirche muß Position beziehen -

(Südafrikanischer Kirchenrat hat neuen Generalsekretär)

Ein ruhiges Leben hat der 37jährige schwarze Pfarrer Frank Chikane nie gehabt, und auf seinem neuen Posten als Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC) wird er noch exponierter sein als je zuvor. "Ich bin berufen, eine schwierige Aufgabe in der schlimmsten Zeit der südafrikanischen Krise zu übernehmen", erklärte er kurz nach seiner Nominierung am 15. April 1987 in Johannesburg. Der SACC, ein Zusammenschluß nichtkatholischer Kirchen, vertritt etwa 12 Millionen Christen. Am 1. Juli hat Chikane die Nachfolge des 71jährigen Beyers Naudé antreten, der zwei Jahre zuvor den heutigen Erzbischof Desmond Tutu abgelöst hatte. Chikanes Berufung ist ein deutliches Zeichen dafür, daß der Kirchenrat sein eindeutiges Eintreten gegen Apartheid und soziale Ungerechtigkeit fortsetzen wird.
Der aus Soweto stammende Frank Chikane steht für die Politik der Vereinigten Demokratischen Front (UDF), dem größten außerparlamentarischen Oppositionsbündnis Südafrikas, das er 1983 mitbegründete und dessen Vizepräsident er in der Provinz Transvaal ist. Gerade seine eindeutige politische Parteinahme, aber auch die Tatsache, daß er als Mitglied der "Apostolic Faith Mission" einer kleinen afrikanischen, unabhängigen und charismatisch geprägten Kirche angehört, die nicht SACC-Mitglied ist, schien jedoch zunächst ebenso gegen seine Wahl zu sprechen wie sein Alter. Auf der anderen Seite ist er einer der profiliertesten kirchlichen Bürgerrechtler Südafrikas, der sowohl von jungen radikalen Schwarzen in Soweto als Redner eingeladen wird als auch zu internationalen Theologenkonferenzen in Europa und den USA.

Die Kirche in Südafrika muß Position beziehen, das steht für Frank Chikane fest, der am "Kairos Dokument" und dem "Evangelikalen Zeugnis" gleichermaßen mitgearbeitet hat. "Es gibt heute keine Möglichkeit mehr, neutral zu sein, dies ist die Stunde der Wahrheit, nicht nur für Südafrika, sondern für die ganze Welt." Position zu beziehen heißt für Frank Chikane, das Risiko einzugehen, verfolgt zu werden und damit der urchristlichen Gemeinde ähnlich zu werden, die die Mächtigen herausforderte und eine Kirche der Armen war. Chikane selbst ist zudem in Konflikt mit seiner eigenen Kirche geraten, die ihn 1980 als "zu politisch" von seinem Dienst als Pfarrer suspendierte. 1981 wurde er Generalsekretär des unabhängigen ökumenischen Instituts für Kontextuelle Theologie (ICT) in Johannesburg. Um einer Verhaftung zu entgehen, lebte er seit Verhängung des Ausnahmezu-

/7

Gossner Mission

standes im Juni letzten Jahres getrennt von seiner Familie im Untergrund. Fünfmal war Frank Chikane zuvor in Haft gewesen, zweimal wurde er schwer gefoltert. "Das Schlimme war, daß der Mann, der meine Folter beaufsichtigte, selbst leitendes Mitglied in meiner Kirche war; Unterdrücker und Unterdrückte sind in Südafrika Mitglieder derselben Kirche und nennen sich Christen, das ist ein großes Problem."

Mit Sorge beobachtet Frank Chikane die zunehmende Radikalisierung junger Leute in den Townships, die bereit sind, Gewalt anzuwenden und im Kampf um die Freiheit zu sterben. Als Christ trete er zwar nach wie vor für Gewaltlosigkeit ein, betont er, trotzdem müsse sich die Kirche auf der Seite der Opfer der Apartheid engagieren. "Wenn diese Menschen morgen die Freiheit erkämpft haben und wir alle mehr Gehalt bekommen und für unsere Kinder besser gesorgt wird, weigern wir uns dann und sagen, wir wollen diese Rechte nicht, weil sie von Nicht-Christen durchgesetzt wurden? Wenn ich nichts tun würde, dann würde ich mich an diesem Tag schuldig fühlen, daß sie für meine Freiheit gestorben sind, und ich war umgekehrt nicht bereit dazu". - Bettina v. Clausewitz (epd) -

(epd-Entwicklungspolitik 9/87)

Gossner Mission

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 183

1180 Berlin, im Mai 1987
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58

S Ü D A F R I K A - A K T U E L L 4

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC herausgegebenen "News briefings" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalkongresses oder die unsere.

(Zu den Kriterien der Auswahl siehe "Südafrika aktuell 1")

Weitere Einschränkungen in Südafrika

Johannesburg. - In Südafrika ist am vergangenen Wochenende unter dem seit zehn Monaten geltenden Ausnahmezustand das Recht auf freie Meinungsäußerung weiter eingeschränkt worden. Polizeichef Johan Coetzee verbot am Samstag jede Handlung, jedes Wort und jede schriftliche Äußerung, die sich für die Freilassung politischer Häftlinge einsetzt. Nach Meinung eines Kritikers der Regierungspolitik betrifft das Verbot sogar öffentliche Gebete für die Gefangenen.

(Tagesanzeiger, 13.4.1987)

Zerfall der Apartheid-Ideologie führt zu politischen Umgruppierungen

"Verhandlungen ja oder nein" - an dieser Frage scheiden sich heute in Südafrika immer heftiger die politischen Geister. Gemeint ist damit die Schicksalsfrage, ob der historische Konflikt zwischen weißem und schwarzem Nationalismus auf dem Verhandlungswege beigelegt werden kann oder nicht.
National party - die Regierungspartei P.W. Bothas - verliert Anhang, und zwar gleichzeitig auf dem linken wie rechten Flügel. Diese Entwicklung ist eine Folge davon, daß die Apartheid als tragende Ideologie des Afrikaner-Nationalismus brüchig geworden ist. Anders als früher sind es nun zwei Wege, die zur "Überlebenssicherung" der weißen Südafrikaner sowie deren Kultur propagiert wird: einerseits Verhandlungen mit den übrigen Volksgruppen des Landes oder andererseits Widerstand bis zur letzten Patrone.

Bewegung auch auf der schwarzen Seite

Noch bis vor kurzer Zeit vertraten der ANC sowie mit diesem verbündete Schwarzenorganisationen die Überzeugung, das Ende des Apartheidsystems und ein Übergang zu demokratischen Verhältnissen in Südafrika könne nur durch eine "Eroberung der politischen Macht" durch die Schwarzen erreicht werden. Dies scheint nicht mehr länger der Fall zu sein. Bei zahllosen Gesprächen in den schwarzen townships sowie mit vielen Vertretern der südafrikanischen Befreiungsbewegung

/2

Gossner Mission

in Zambia, Tanzania, Angola hat der Schreibende den Eindruck gewonnen, daß auch immer mehr Führer der Schwarzen an die Möglichkeit einer Verhandlungslösung zu glauben beginnen.

Druck durch militärische Aktivitäten

Dies bedeutet nicht, daß der ANC den bewaffneten Kampf aufgeben wird, im Gegenteil. Der ANC ist willens, seine militärischen Aktivitäten noch zu verstärken. Hinter diesem Vorgehen steckt allerdings weniger die Hoffnung auf einen militärischen Sieg, als vielmehr die Erwartung, durch Druck die Aussichten auf baldige Verhandlungen zu vergrößern.

Insbesondere der ANC verfügt hinsichtlich Koalitionen über große eigene Erfahrungen. Die Organisation umfaßt selber verschiedene Flügel, die das gemeinsame Interesse eint: nämlich die Beseitigung des Apartheidstaates sowie die Einführung des Wahlrechts für alle. Es gehe nun darum, so meinen viele ANC-Führer, möglichst viele Gruppierungen, welche diese nächsten Ziele teilen, in diese Interessen-Allianz mit einzuschließen. Unterschiede hinsichtlich der langfristigen politisch-wirtschaftlichen Zielvorstellungen für Südafrika sollten ein gemeinsames Vorgehen nicht verhindern. Diese Differenzen könnten später dann im Rahmen des dann etablierten demokratischen Prozesses diskutiert und geregelt werden ...

(von Allister Sparks, Weekly Mail, 28.3.1987)

1. ANC-Aktivitäten

- Treffen zwischen Oliver Tambo und Erzbischof Desmond Tutu

  O. Tambo schlug ein Aktionsprogramm vor, daß die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Inkatha und der Anti-Apartheidbewegung UDF in Natal beenden soll. Der Vorschlag beinhaltet, daß Tutu die UDF- und Inkatha-Führer nicht als Vertreter ihrer Organisationen, sondern als Christen zu einem Friedenstreffen einladen soll. Auf der Basis christlicher Nächstenliebe solle versucht werden, einen Konsens zu finden und zur Verhandlungsebene zurückzukehren.
  In einem Interview für Weekly Mail sagte Tutu, daß er den Vorschlag für ein gutes Angebot halte. Die Synode der Anglikanischen Kirche habe ihm das Mandat erteilt, für die Versöhnung zwischen sich bekämpfenden Schwarzen einzutreten. "Es ist nicht abzusehen, ob wir Erfolg haben werden, aber der Versuch lohnt sich."

  (Weekly Mail, 27.3.1987)

- Tutu bittet ANC um Verzicht auf bewaffneten Kampf

  Tutu unterstrich sein Verständnis dafür, daß die Bedingungen der Apartheid den ANC zum bewaffneten Kampf geführt haben. Er verurteilte nicht den Standpunkt des ANC. Trotzdem könne der Verzicht auf bewaffneten Kampf von Seiten des ANC neuen Druck auf die Regierung ausüben, sich auf Verhandlungen einzulassen. Dazu seien aber wesentliche Veränderungen notwendig. Eine solche dramatische Wende rechtfertige nur radikale Entscheidungen, wie z.B. die Freilassung der ANC-Führer und der politischen Gefangenen. Tutu sagte weiterhin, daß es keine weitere Rechtfertigung des bewaffneten Kampfes geben würde, wenn der Bann der politischen Organisationen aufgehoben werden würde und alle Exilanten nach Südafrika zurückkehren können.

/3

Gossner Mission

Befragt danach, ob es beim ANC Anzeichen dafür gebe, auf den bewaffneten Kampf zu verzichten, sagte er, daß Mr. Tambo angedeutet habe, ihre Einstellung zu überdenken. "Es ist klar, daß sich bis dahin einige Voraussetzungen für den bewaffneten Kampf geändert haben müssen." Tutu betonte, daß es wichtig sei zu verstehen, daß der bewaffnete Kampf des ANC nicht eine Prinzipienfrage sei, verankert in ihrem Statut, sondern es eine Frage von Strategie und Taktik sei. Er erwähnte außerdem neueste Untersuchungsergebnisse, daß in der Zeit zwischen 1974 und 1984 der ANC für 80 Tote verantwortlich sei, die Sicherheitspolizei hingegen in der Zeit von 1984 bis in die Gegenwart für über 2.000 Tote verantwortlich sei.

(SEEK, April 1987)

- Der anglikanische ANC-Kaplan Fumanekile Gqiba sagte in einem Interview, der ANC respektiere Tutus Einsatz für Gewaltlosigkeit, aber er habe sich nur widerstrebend für den bewaffneten Kampf entschieden nach Jahrzehnten des gewaltfreien Widerstandes, der aber keinen Erfolg gehabt habe. Er sagte, Tutu repräsentiere alle Anglikaner, Schwarze und Weiße, deshalb könne man nicht erwarten, daß er sich vollkommen der ANC-Strategie anschließe.

(Ecumenical press service, 87. 03. 97)

3. Landesweiter Widerstand

- Streiks

Im vergangenen Jahr gab es laut Angaben des Ministers für Arbeit 643 Streiks und 150 Arbeitsniederlegungen. Mehr als 323.808 Arbeiter beteiligten sich an Streiks und 100.532 an Arbeitsniederlegungen. 10.471.664 Arbeitsstunden gingen durch Streik verloren. 310.676 der Streikenden waren Afrikaner.

(Weekly Mail, 9.4.87)

- Zwangsumsiedlungen

Die südafrikanische Regierung hat im vergangenen Jahr 64.000 Schwarze umgesiedelt und will in diesem Jahr weitere 22.000 umsiedeln. In einer schriftlichen Antwort auf eine parlamentarische Anfrage teilte der Minister für konstitutionelle Entwicklung und Planung, Chri Heunis, in Kapstadt mit, es gäbe Pläne für die Umsiedlung von sechs Ortschaften in der Provinz Transvaal und für einen Ort in der Kapprovinz. Wohin die Betroffenen ziehen müssen, wurde nicht bekannt gegeben.
Die größte Aktion sei die geplante Umsiedlung von 10.000 Menschen in Oukasie, 50 km westlich von Pretoria, teilte Heunis mit. Als Grund nannte er "schlechte sanitäre Bedingungen" in der Ortschaft. Die Verbesserung der Verhältnisse käme teurer zu stehen als eine Umsiedlung. Heunis rechnet damit, daß nicht alle Einwohner des Ortes freiwillig gehen werden. "Falls dies der Ort sein sollte, wird es zu ihrem Vorteil sein, wenn sie zur Umsiedlung gezwungen werden," schrieb Heunis. Die zweitgrößte Aktion stehe in Uitenhage bevor. Dort seien 7.000 Menschen betroffen. Grund für diese Umsiedlung sei, daß das Land für die Erweiterung einer Siedlung für Farbige gebraucht werde.

(Reuter, 5.3.87)

/4

Gossner Mission

- Apartheidopfer

Bei den Rassenunruhen in Südafrika sind in den letzten zweieinhalb Jahren 2.387 Menschen ums Leben gekommen. Dies teilte das unabhängige Südafrikanische Institut für Rassenbeziehungen am Donnerstag in Johannesburg mit.

(Reuter, 6.3.87)

- 300 Dozenten solidarisch mit Apartheidgegnern

Die Nationale Partei (NP) des südafrikanischen Staatspräsidenten P.W. Botha büßt vor den Wahlen zusehends an Unterstützung bei weißen Intellektuellen ein. Am Samstag haben 300 Dozenten der Universität Stellenbosch eine Solidaritätserklärung für 28 Professoren veröffentlicht, die die Regierung Anfang März zur Abschaffung der Rassentrennung aufgefordert hatten.
Die 300 Unterzeichner wenden sich gegen Versuche in regierungsnahen Zeitungen, die die Forderung der 28 als Außenseitermeinung hinstellen. Für Botha stellt die Erklärung eine persönliche Niederlage dar, denn er ist Kanzler der Universität Stellenbosch. Stellenbosch galt bisher als die intellektuelle Hochburg der NP.

(Reuter, 30.3.87)

Die Akademiker, alle Fakultätsmitglieder an der renomierten Stellenbosch-Universität, der Wiege des burischen Nationalismus, forderten die Abschaffung der gegenwärtigen Verfassung. Gleichzeitig verlangten sie ein neues Grundrecht, das die Schwarzen in ein und dasselbe Parlament einläßt. In einem der wichtigsten Punkte der Erklärung forderten sie die Aufhebung der rechtlichen Definition über Rassengruppen. Dieser Punkt ist der Grundstein in der Apartheid-Politik.

(Tagesanzeiger, 11.3.87)

- Forum der fünf Freiheiten (5 Freedom Forum) gegründet

Mit dem Manifest "Ein Land, ein Volk" haben Apartheidgegner in Johannesburg das "Five Freedom Forum" (5FF) gegründet. Das 5FF wird u.a. von Black sash, der nationalen Gewerkschaft südafrikanischer Studenten, der röm.-katholischen Kommission für Frieden und Gerechtigkeit, dem Elternhilfskomitee für verhaftete Kinder und Jugendliche für soziale Gerechtigkeit unterstützt.

Die 5 Freiheiten besagen:
- Freiheit von Armut
- Freiheit von Angst
- Freiheit von Diskriminierung
- Gewissensfreiheit und
- Versammlungs- und Redefreiheit

Diese Freiheiten betreffen das gesamte Apartheidsystem und den Ausnahmezustand und werden permanent von der Regierung verletzt.

(Financial Mail, 27.3.87)

5. Schüler- und Studentenbewegung

Gründung des Südafrikanischen Jugendkongresses (Sayco)

Unter strengster Geheimhaltung wurde Anfang April der Südafrikanische Jugendkongress in Kapstadt gegründet. Der "Sayco" umfaßt nahezu eine

/5

Gossner Mission

halbe Million Mitglieder. 100 Delegierte trafen sich auf der geheimen Gründungskonferenz unter dem Banner der UDF. Der Sayco ist eine neue Form der politischen Organisation in Südafrika - er verbindet Massenmitgliedschaft mit einer geheimen Form der Organisation.

Der Slogan von Sayco heißt: "Freiheit oder Tod, der Sieg ist gewiß!" Sayco sieht sich in der Tradition der Jugendliga des ANC. Er hat formal die Leitlinien des ANC - die Freiheitscharta - angenommen. Die Mitglieder gehören zu denjenigen Jugendlichen, die in den townships und den ländlichen Gebieten die Straßenkomitees und Selbstverwaltungsorgane gegründet haben. Sie sind "Absolventen" des gebannten Kongresses südafrikanischer Studenten (CoSAS), welcher in den frühen 80er Jahren die Jugendpolitik transformiert hat.
Alle Mitglieder in Sayco sind UDF-Anhänger.

Ziele und Perspektiven von Sayco sind:

- alle Bereiche der Jugend, d.h. die arbeitende Jugend, die Arbeitslosen, Studenten, ungeachtet der Rasse, Farbe, des Geschlechts oder der Religion zu vereinen und politisieren
- die Jugend aufzufordern, in progressive Gewerkschaften einzutreten, die Teile der totalen politischen und ökonomischen Befreiung darstellen
- sich gleichberechtigt mit den Frauen für eine freie, nichtsexistischen und demokratischen Gesellschaft in Südafrika einzusetzen.

(Weekly Mail, 3.4.87)

7. Kirchen

- Katholische Bischofskonferenz des Südlichen Afrikas:

Offener Brief an alle Verhafteten

... Wir verurteilen aufs Schärfste die massive Repression und Verweigerung der grundlegenden Menschenrechte durch die südafrikanische Regierung, die sich eines schweren Machtmißbrauchs schuldig macht. Das kommt besonders in der Anzahl verhafteter Menschen, insbesondere der Kinder zum Ausdruck. Es gibt keine Rechtfertigung für die anhaltende unmenschliche Unterdrückung ...

... Wir versichern allen, die verhaftet sind, unsere Solidarität in ihrem Leiden. In Euerm Kampf um die Befreiung aller Menschen seid ihr bereit, Eure eigene Freiheit zu opfern. Indem wir Gewalt und Unrecht verurteilen, bewundern und unterstützen wir Euch. In Euerm Leiden, besonders derer, die mißhandelt und gefoltert wurden, und die sich in Isolierhaft befinden, sehen wir einen bedeutenden Beitrag im Kampf um die Befreiung aller. Wir werden Euern Kampf fortsetzen, wir werden Eure Freunde und Verwandte weiterhin unterstützen. Unseren Brüdern und Schwestern im Gefängnis versprechen wir jegliche pastorale Hilfe und unser Gebet ...

... Besonders besorgt sind wir um die vielen Kinder in den Gefängnissen ...

(Weekly Mail, 13.3.87)

- Südafrikas Kirchen protestieren

Die Kirchen Südafrikas haben sich am Montag zum Widerstand gegen ein neues Polizeidekret formiert, mit dem am Wochenende das Recht auf freie Meinungsäußerung weiter eingeschränkt worden war. Bei einem

Gossner Mission

Gottesdienst in der St.-Georgs-Kathedrale zu Kapstadt, an dem auch eine Reihe ausländischer Diplomaten teilnahm, rief Bischof Tutu die rund 700 Gläubigen auf, weiter für die Freilassung politischer Häftlinge einzutreten. Tutu setzt sich damit über das jüngste Polizeidekret hinweg, das jede Handlung, jedes Wort und jede schriftliche Äußerung verbietet, die sich für die Freilassung politischer Häftlinge einsetzen.

(Tagesanzeiger, 14.4.87)

- Presseerklärung von Baywers Naudé, Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, zum neuen Polizeidekret über Erwähnung politischer Gefangener

Schritt für Schritt, besonders mit der 2. Verhängung des Ausnahmezustandes, ist das Recht und die Pflicht der Kirche, ihre pastorale Aufgabe zu erfüllen, angegriffen worden.
Ich glaube, daß jetzt der Zeitpunkt erreicht worden ist, wo Kirchen, die ihrem göttlichen Auftrag nachkommen wollen, sagen sollten: Bis hier her und nicht weiter! Dem Vorbild Erzbischofs Tutu soll gefolgt werden, und überall in den Kirchen sollten Gebetsgottesdienste für die Gefangenen und ihre Freilassung gehalten werden. Haben diese Aktionen in Gehorsam gegenüber Gott Bestrafungen und Verhaftungen zur Folge, so muß es geschehen. Es ist für die Kirche weitaus besser, einen solchen Preis zu zahlen, als daß sie ihre moralische Integrität und damit ihren göttlichen Auftrag verrät.

(14.4.87)

Gossner Mission

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 183

1180 Berlin, im April 1987
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58

S Ü D A F R I K A - A K T U E L L 3

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC herausgegebenen "News briefings" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalkongresses oder die unsere.

(Zu den Kriterien der Auswahl siehe "Südafrika aktuell 1")

0. Neue Ausnahmebestimmungen für die Presse:

In einer 10-seitigen Erklärung von P.W. Botha zum Gesetz über die öffentliche Sicherheit wird eine umfassende Definition gegeben, was die neuen Maulkorbgesetze unter einem sogenannten "subversiven statement" verstehen. Betroffen ist die gesamte Berichterstattung über Unruhen oder "unruheähnliche Situationen". Bei Nichtbeachtung der neuen Bestimmungen werden Strafen bis zu 20.000 Rand oder Gefängnis bis zu 10 Jahren verhängt.
Die neuen Bestimmungen betreffen alle Medien, d.h. Radio, Fernsehen, Zeitungen und Magazine. Generelle Infos an die Bevölkerung können nur noch mit weitgehenden Einschränkungen weitergegeben werden, so zum Beispiel Infos über Polizeiaktionen, Boykotte, einschließlich Miet- und Verbraucherboykott, die von der UDF organisiert wurden, Berichte über die Arbeit der Volkstribunale, Straßenkomitees etc. Des weiteren Berichte über Personen, die unter Hausarrest stehen, die aus der Haft entlassen werden, über Haftbedingungen und die Auflagen bei der Entlassung.

(ANC-news briefings Nr. 50/86)

1. ANC-Aktivitäten

- Aus dem Manifest von Umkhonto we sizwe (MK):
  Wir befinden uns auf neuen Wegen zur Befreiung unseres Volkes in diesem Land. Der Regierungspolitik der Macht, Repression und Gewaltanwendung kann nicht länger mit gewaltfreiem Widerstand begegnet werden. Wir haben keine andere Wahl. Die nationalistische Regierung hat jede friedvolle Forderung des Volkes nach Gerechtigkeit und Freiheit mit mehr und mehr Gewalt beantwortet. MK steht an der Spitze der Volksverteidigung. MK versteht sich als kämpfender Flügel gegen die Regierung und ihre Politik der Unterdrückung. MK ist die kämpfende Macht des Volkes für die endgültige Befreiung.

- Aus der "Erklärung des Nationalen Exekutivkomitees des ANC anläßlich des 75. Gründungstages"

  In vielen Teilen unseres Landes sind die Regierungsorgane des Feindes zerstört und Organe der Volksmacht entstanden. Das Apartheidregime hat in vielen Gebieten des Landes die administrative Kon-

/2

Gossner Mission

trolle stellt einen Höhepunkt in der Herausbildung dieser Basen dar.
Der Feind begreift, daß der Kontrollverlust den Untergang des Apartheidregimes einläutet. Deshalb muß es auf militärische Kontrolle zurückgreifen. Die Verhängung eines nationalen Ausnahmezustandes sowie die spätere Erlassbekanntgabe, welche die Presse zu sprachloser Bedeutungslosigkeit verdammte, waren Elemente des Programms, das Volk militärischer Kontrolle zu unterwerfen, per Kriegsrecht zu herrschen.
Dies war Teil des Prozesses, der neben anderem bereits in Etablierung des sogenannten Staatssicherheitsrats, dem Einsatz der Armee auf dem Land, in den schwarzen städtischen Townships sowie in den Schulen und in der Schaffung dessen Ausdruck gefunden hatte, was der Feind "joint management centres" nennt. Es gibt kaum ein Land in der Welt, das in dem Maße unter Militarisierung zu leiden hat, wie sie das Apartheidregime unserer Gesellschaft aufgezwungen hat.
Wir haben einen entscheidenden Augenblick auf unserem langen Marsch zur Freiheit erreicht. Unser Ziel ist in Sicht. Wir müssen nach ihm als eine organisierte, disziplinierte und bewußte Kraft streben. Wir müssen uns millionenfach vereinigen.
Wir müssen alle diese Kräfte, Schwarze wie Weiße, um die demokratischen Perspektiven vereinen, für die so viele Menschen bereits ihr Leben geopfert haben. Von neuem bekräftigen wir, daß im neuen Südafrika das Volk - das gesamte Volk - regieren soll. Zusammen werden wir dieses grundlegende demokratische Prinzip in die Praxis umsetzen, in der jede Person das Recht haben wird, sowohl zu wählen, als auch im neuen vereinten und nichtrassischen Südafrika in jedes Wahlgremium gewählt zu werden.

Von besonderer Bedeutung ist, daß diese Gegebenheiten bestärken und festigen, was wir jetzt im Kampf zuwege bringen: den Aufbau einer Nation von Südafrikanern. Sie müssen unsere Einheit widerspiegeln und zugleich die schreckliche und zerstörerische Vorstellung und Praxis zerbrechen, unser Volk nach Rasse, Hautfarbe und ethnischer Gruppe einzuteilen. Die Revolution wird die individuellen und gleichen Rechte aller Südafrikaner ohne Ansehen irgendeiner dieser Kategorien garantieren.
Von zentraler Bedeutung ist auch die entschiedene Forderung, daß das neue Südafrika den Massen unseres Volkes Freiheit von Hunger, Krankheit, Unwissenheit, Obdachlosigkeit und Armut garantieren muß. Der demokratische Staat wird die Vertretung aller Menschen unseres Landes sein und insbesondere der einfachen arbeitenden Menschen, die weder Land noch Fabriken, weder die Bergwerke noch die Banken besitzen. Daher muß dafür gesorgt werden, daß der Reichtum des Landes wesentlich und beständig wächst und gleich unter alle Menschen aufgeteilt wird, um ihr Wohlergehen und die Verbesserung ihrer materiellen und geistigen Bedingungen zu gewährleisten.
Im Sinne dieses Zieles wird sich die neue demokratische Ordnung notwendigerweise mit der Frage des Eigentums, der Kontrolle und Leitung der Wirtschaft insgesamt befassen müssen, um sicherzustellen, daß weder der staatliche noch der private Sektor als Mittel zur Bereicherung der Wenigen auf Kosten der Mehrheit dienen. Die Machtübertragung auf das Volk muß also begleitet werden von der Demokratisierung der Kontrolle und der Leitung der Wirtschaft, so daß in der Tat das Volk um des gemeinsamen Zieles willen am Reichtum des Landes teilhat ...

(ANC-news briefings, Februar 1987)

/3

Gossner Mission

- Information zu den ANC-Jahrestagen:

8. Jan.	Gründungstag des ANC
5. März	Tag des südafr. Gewerkschaftskongreß
21. März	Internationaler Tag der Eliminierung der Rassendiskriminierung
1. Mai	Internationaler Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse
16. Juni	Südafrikanischer Jugendtag (Soetto 1976)
26. Juni	Südafrikanischer Freiheitstag
9. Aug.	Südafrikanischer Frauentag
11. Okt.	Internationaler Tag der Solidarität mit Südafrikas und Namibias politischen Gefangenen
16. Dez.	Südafrikanischer Heldentag

2. Gewerkschaften

Aktionsprogramm des südafrikanischen Gewerkschaftskongreß COSATU für 1987:

Am 2. April startet der COSATU (ca. 710 000 Mitglieder) die "Living-Wage-Campaigne" (Kampf um Mindestlöhne) mit der Forderung "no taxation without presentation" (keine Besteuerung ohne Vertretung (im Parlament)).

COSATU-Generalsekretär Jay Naidoo kündigte gestern den Beginn der Campagne an: "Wir sind nie wegen der Steuern befragt worden, noch sind wir im Parlament vertreten, das ja schließlich die Steuern erhebt - warum sollten wir da bezahlen?"
Naidoo sagte, daß die Steuern nicht nur zum Ausgleich von Verlusten der Farmer und der Erweiterung der Infrastruktur verwandt werden, sondern bisher 7,5 Billionen Rand für den "illegalen Krieg gegen das unterdrückte Volk" und 2,75 Millionen für das Dreikammerparlament und die sogenannten Verfassungsreformen ausgegeben worden sind.
COSATU-Campagnen haben besonders folgende Forderungen zum Ziel:
- Mindestlohn und Arbeit für alle
- 40-Stunden-Woche bei gleicher Bezahlung und Abschaffung von Überstunden
- 21. März, 1. Mai und 16. Juni als bezahlte Feiertage
- Verbot von Steuerabzügen
- mindestens 6 Monate bezahlten Schwangerschaftsurlaub
- Abschaffung des Wanderarbeitersystems
- Recht auf ein allgemeines, umfassendes Bildungssystem, einschließlich der Annahme des Konzepts einer Volksbildung

Mit dem Zusammenschluß aller Arbeitsloser in einer eigenen Gewerkschaft soll erreicht werden, daß Arbeiter und Arbeitslose nicht gegeneinander ausgespielt werden können. Arbeitslose sollen von den organisierten Arbeitern unterstützt werden. Die Forderungen um Verbesserung der Arbeitsbedingungen verbunden mit der Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen der schwarzen Gemeinschaft gehören maßgeblich zu den Hauptanliegen von COSATU. Besonders notwendig ist die Allianz zwischen Arbeitern, Studenten und der Jugend. "Der stärkste und zuverlässigste Verbündete der Arbeiterklasse ist die Jugend."

/4

Gossner Mission

Weiterhin wird von COSATU vorgesehen:
- gegen die Verhaftung von Gewerkschaftsführern und -mitgliedern zu protestieren,
- die Mitglieder zu "Selbstverteidigungsgruppen" am Arbeitsplatz und in den schwarzen Townships zu formieren,
- die Farmarbeiter zu organisieren,
- um verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen der Frauen zu kämpfen.

(Financial Mail, 20.2.87)

3. Landesweiter Widerstand

- New Brighton unter Belagerungszustand

"Nirgendswo wird die Militarisierung Südafrikas deutlicher als in der von Auseinandersetzungen geschüttelten Ostkap-Stadt Port-Elisabeth, deren townships von der Armee kontrolliert werden. Besonders schlecht ist die Lage in New Brighton - dem ältesten township der Stadt -, wo etwa 500 000 Bewohner seit nahezu 20 Monaten unter einem Belagerungszustand durch die Streitkräfte leben. Beim Betreten New Brightons ist man unvermittelt getroffen von der herrschenden atmosphärischen Spannung. Begrüßt wird man von einem Gewirr von Stacheldraht, der die Bewohner von der Außenwelt abriegelt. Ein riesiger Kontrollposten am Eingang zum township ist besetzt von Soldaten, Polizei, schwarzer Ortspolizei und den jüngst erst geschaffenen "Kit-kops" (Polizisten mit einer Blitz-Ausbildung). An der Straßensperre werden Bewohner und Besucher gründlich durchsucht. Name, Adresse und Fahrzeugkennzeichen werden notiert. Jeder wird nach dem Zweck seines Besuches in dem township befragt. Hat man den Kontrollposten passiert, begegnet man kleinen Gruppen schwarzer Polizisten, die mit R-I-Gewehren bewaffnet zu Fuß die Straßen entlang patrouillieren. Sie sind aus anderen Gebieten rekrutiert. "Hippos" (gepanzerte Mannschaftswagen) fahren Tag und Nacht durch die Straßen, sie spielen Musik ab oder lassen Propaganda ertönen, wonach sie hier sind, um die Lage zu stabilisieren und die Schwarzen zu schützen und ihnen ein besseres Leben zu bescheren.
Viele Schulgebäude sind zerstört. Selbst wenn die 53 von der Regierung geschlossenen Schulen wieder geöffnet werden würden, müßte es Zwei-Schicht-Unterricht geben, um alle Schüler in den Klassenräumen unterzubringen. Es gibt nur ein Postamt für New-Brighton und zwei benachbarte townships. Dasselbe gilt für eine Vielzahl von Geschäften.
Führer des Widerstandes sind schwer aufzufinden. Einer der wenigen, die noch da sind, erklärt: Über 1000 township-Bewohner seien unter den Ausnahmebestimmungen festgenommen und nur sehr wenige freigelassen worden. Dessenungeachtet, sagte er, sei die politische Bewegung im township massiv. Viele neue Führer treten in den Vordergrund. Es ist eine stetige Flut, Welle für Welle. Sie können es nicht stoppen. Je mehr Menschen sie festnehmen, desto mehr verstärkt sich der Kampf."

(Weekly Mail, 15.1.87)

/5

Gossner Mission

- Die Situation der Frauen im Südlichen Afrika -
Bericht von einer Solidaritätskonferenz in London

Apartheid erfahren die etwa 13,5 Mio. Frauen in Südafrika und Namibia gleich als dreifache Unterdrückung: Sie leiden unter der weißen Herrschaft, sie werden als billige Arbeitskräfte ausgebeutet, und sie erleben die besondere Diskriminierung als Frau.

Der Fall von Ida Jimmy ist in dem besetzten Namibia nicht ungewöhnlich. Sieben Jahre hat sie im Gefängnis verbracht, ist gefoltert worden. Sie wurde als Schwangere verhaftet, verlor ihren Sohn und durfte nicht an der Beerdigung teilnehmen. Sie hatte bei vielen Hausbesuchen andere Mütter gegen die Rekrutierungskampagne aufgerufen. Der Krieg in Namibia hat viele Familien entwurzelt, 80.000 Namibianer sind in Nachbarstaaten geflüchtet, 70% der namibianischen Frauen leben im Elend der Bantustans. Von 1000 schwarzen Kindern sterben 165 kurz nach der Geburt.

Auch in Südafrika werden die Frauen Opfer verschärfter Repression. In dem Johannesburger Ghetto Alexandra hatte die Polizei im März 1986 22 Schulkinder erschossen. Eine halbe Stunde später gingen 2000 wütende Frauen auf die Straße. Ihr Protest endete in einem neuen Blutbad. In Südafrika wird täglich entführt, vergewaltigt, gefoltert und gemordet. Vielleicht ist für die schwarzen Frauen am schlimmsten, was mit ihren Kindern passiert: Von den seit Beginn des 2. Ausnahmezustandes im Juni 1986 über 22.000 Verhafteten sind etwa 40% Kinder und Jugendliche im Alter unter 18 Jahren. 4.000 Kinder sind in sogenannten Umerziehungslagern einer "Gehirnwäsche" unterzogen worden. In den townships werden Kinder von weißen Soldaten und schwarzen Killern ermordet. In den Bantustans sterben schwarze Kinder an Unterernährung, jede Stunde 60 Kinder.

Bei den Löhnen sind die schwarzen Frauen ganz unten. 85% der Frauen arbeiten in den typischen Niedriglohnbereichen: Dienstleistung, Handel und Landwirtschaft. Viele von ihnen sind Hausangestellte. Für sie gibt es keine gesetzlichen Mindestlöhne. Die Mehrheit der Frauen in Südafrika muß ihre Familie allein ernähren, weil die Männer Wanderarbeiter sind oder ihre Familien verlassen haben.

1986 jährte sich zum 30. Male die historische Demonstration von 20.000 Frauen gegen die Paßgesetze. Heute sind es in erster Linie Frauen, die den Boykott von weißen Geschäften, den Mietboykott in den townships und den Widerstand gegen die Zwangsumsiedlungen organisieren. 50.000 Hausangestellte haben sich mit ihrer Organisation "Südafrikanische Hausangestelltengewerkschaft" der Gewerkschaft COSATU angeschlossen. "Unser Rhythmus", schreibt die Dichterin Baleka Kgositsile, "hat all die Kraft der Tänze unserer Vorfahren, er bestimmt die Lieder unserer Gegenwart und er gibt uns den Mut, heute das Leben aufs Spiel zu setzen, damit wir morgen wirklich leben."

(Anti-Apartheid-Nachrichten 2/87)

4. Verhaftungen

UDF-Generalsekretär verhaftet

Mohammed Valli, der amtierende Generalsekretär der UDF, der sich wegen des Ausnahmezustandes im Untergrund aufgehalten hatte, ist

Gossner Mission

am 13. Januar verhaftet worden. M. Valli hatte das Amt 1985 übernommen, als der gewählte Generalsekretär Popo Molefe zusammen mit weiteren 21 Anti-Apartheid-Aktivisten verhaftet und unter Anklage gestellt worden war.

5. Schüler und Studentenbewegung

Ende des Unterrichtsboykotts - der Kampf an den Schulen

Malkolonnen sind bemüht, die Namen zu überpinseln, die die schwarze Schülerschaft ihren Schulen gegeben hat - nach Nelson Mandela, Walter Sisulu, Oliver Tambo, Joe Slovo ...

Die Schulboykotte sind beendet, aber der Kampf zwischen dem Erziehungsministerium und "seinen radikalen Gegnern um die Kontrolle der Klassenräume in den townships ist längst nicht vorrüber. Er ist lediglich in eine neue Phase getreten."
Der Kampf geht um das Ziel "Volkserziehung für Volksmacht" anstelle der Boykottlosung "Erst Befreiung, dann Erziehung", er geht um die Gewinnung von Positionen im Schulsystem wie die Selbstbestimmung über die Inhalte und Form der Unterrichtspläne, z.B. zur Geschichte Südafrikas.

Erziehungsminister Viljoen warf beispielsweise dem nationalen Krisenkomitee zum Erziehungswesen vor, das Konzept der "Volkserziehung" sei politisch motiviert, nicht pädagogisch. Eric Molobi, einer der wenigen Sprecher des Krisenkomitees, der noch nicht verhaftet oder untergetaucht ist, erwiderte: "Viljoen hat das Konzept der Volkserziehung richtig verstanden - als eine Bedrohung seiner Regierung."

Der Südafrikanische Studentenverband SANSCO, der sich erst vor kurzem von AZASO umbenannt hat, erklärte: "Wir warnen die Regierung, daß sie selbst die Schuld tragen wird, wenn die Rückkehr in die Schulen bedeuten wird, noch mehr von der kolonialistischen Erziehung zu schlucken, die wir so sehr verabscheuen, und die Schulen dann leer sein werden."

(ANC-news-briefings, Febr. 1987)

7. Kirchen

Nur Rassismus, nicht Apartheid zur "Sünde" erklärt

zur Generalsynode der NGK im Oktober 1986

Mit knapp 1,4 Mio. Mitgliedern ist die NGK die wichtigste weisse Kirche Südafrikas, der insgesamt 40% der Weißen angehören. Die NGK ist die Kirche der Herrschenden Nationalen Partei (NP). In dem verabschiedeten Grundsatzpapier "Kirche und Gesellschaft" heißt es:

- Abschn. 3.14 Bibel und Apartheid

Im Überdenken der Begründung der unter dem Begriff der Apartheid bekannt gewordenen Politik durch die Heilige Schrift ... wuchs schrittweise die Überzeugung heran, daß die erzwungene Abgeschiedenheit und Trennung der Völker nicht aus der Bibel abzuleiten ist. Der Versuch, in der Bibel eine solche Rechtfertigung zu suchen, muß als Fehler anerkannt und zurückgewiesen werden.

/7

Gossner Mission

- Abschn. 3.15 Beschluß zu Apartheid

Die NGK ist überzeugt, daß die Anwendung von Apartheid als politisches und soziales System, das das Volk kränkt und eine Gruppe auf Kosten der anderen begünstigt, auf Grundlage christlicher Ethik nicht annehmbar ist, weil es den Grundgesetzen nachbarlicher Liebe und Gerechtigkeit widerspricht und die menschliche Würde aller herabsetzt.

- Abschn. 3.16 Bekenntnis

Das Leiden der Menschen, die die Kirche begleitet, steht nicht immer mit Apartheid, sondern mit einer Vielzahl von ökonomischen, sozialen und politischen Faktoren in Beziehung, wobei sich die Menschen verschiedener Gruppen gegenseitig nicht akzeptieren. Soweit die Kirche darin vorkommt, bekennt sie dies mit Bedauern.

- Abschn. 3.17 Konstruktives Engagement der NGK

Die NGK erklärt sich bereit zur Zusammenarbeit, um im Geiste Christi nach einer Lösung für die Gesellschaft Südafrikas zu suchen, durch die jede Gemeinschaft das größtmögliche Glück und Lebensfreude erreichen kann.

ÖRK Stellungnahme zur UN- Menschenrechtskommission über Südafrika

Trotz der unmenschlichen Politik und anwachsender Repression ist der Widerstand gegen Apartheid unter den Schwarzen, Farbigen, Indern und einigen Weißen kontinuierlich gewachsen. Die Unterstützung der Befreiungsbewegungen, Gewerkschaften und anderer Organisationen ist sichtbar verstärkt worden. Der Wille der Bevölkerung, sich nicht unter Apartheidbestimmungen regieren zu lassen, hat Südafrika unregierbar gemacht. In den townships entstanden alternative Stadträte und andere Organisationen der Selbstverwaltung.
Die Kirchen in Südafrika stehen in vorderster Front im Widerstand. Die Kirchen sind energisch am Aufbau von nationalen Strukturen beteiligt, die den Opfern der Apartheid und ihren Familien Hilfe und Unterstützung zukommen lassen als sichtbaren Beitrag im Kampf um Befreiung und Gerechtigkeit in Südafrika.

(EPS 87. 02. 142)

Entschuldigung für Bemerkung zur Rolle der Kirchen in der Politik

Der päpstliche Gesandte auf der Katholischen Bischofskonferenz des Südlichen Afrikas entschuldigte sich für die Aufregungen, die seine Bemerkung über die Beteiligung der Kirche an Politik verursacht hatte. Er hatte den Klerus gewarnt vor "aktiver Beteiligung in politischen Angelegenheiten". Auf die Bitte des Erzbischofs Denis Hurley um deutliche Unterscheidung zwischen unverbietbarem sozialen und politischen Handeln und dem Auftrag der Kirche, sich für Frieden und Gerechtigkeit einzusetzen, antwortete der Papst, daß er die Rolle der Bischöfe im Kampf für Gerechtigkeit in Südafrika unterstütze und sie ermutige, ihren Dialog mit der Regierung fortzusetzen.

(EPS 87. 02. 128)

/8

Gossner Mission

Bischof Tutu fordert Wahlboykott

TUTU hat die liberale Opposition im Parlament - die Progressive Federal Party - aufgefordert, sie solle aus dem Parlament ausziehen und eine Teilnahme an künftigen Wahlen verweigern, um zu demonstrieren, daß Südafrika keine Demokratie sei.

Präsident Botha werde voraussichtlich einen Erdrutschsieg erreichen, doch dies sei bedeutungslos, weil die schwarze Mehrheit - 73% der Bevölkerung - nicht wählen dürfe.

(ANC-Info Nr. 2, Febr. - Bonn)

8. Internationales

UNO gegen Südafrika - Sanktionen

Die USA und Großbritannien haben im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am Freitag durch ihr VETO die Verhängung weltweiter Sanktionen gegen Südafrika verhindert. Bei der Abstimmung über die von der Gruppe afrikanischer Länder bei den Vereinten Nationen in New York eingebrachte Resolution votierten nach viertägiger Debatte zehn Mitglieder des Sicherheitsrates für den Antrag. Der Vertreter der BRD stimmte mit den Vertretern der USA und Großbritanniens gegen die Resolution, während sich die Delegierten Frankreichs und Japans der Stimme enthielten.

(Tagesanzeiger, 24.2.1987)

Gossner Mission

300 Abzüge

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 183

1180 Berlin, im Februar 1987
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58

S Ü D A F R I K A - A K T U E L L 2

Nachfolgende Informationen sind den vom ANC herausgegebenen "News briefings" entnommen. Es handelt sich also um Ausschnitte aus der südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalkongresses oder die unsere.

(Zu den Kriterien der Auswahl siehe "Südafrika aktuell 1")

0. Pretorias Ausnahmezustand bedeutet:

- Militär- und Sicherheitskräfte regieren das Land
- Das Parlament ist praktisch aufgehoben durch die Regierung des nationalen Sicherheitsrates
- Streitkräfte schließen, besetzen oder übernehmen die Verwaltung in den townships
- "Vigilantes" (Schlägertruppen) handeln mit Duldung der Sicherheitskräfte.
- Politische Gegner werden verfolgt, öffentliche Versammlungen sind verboten
- 24.000 Verhaftete, ungefähr die Hälfte Kinder
- Errichtung von sogenannten "Jugendtrainingslagern"

(ANC-New briefings No. 46, 16.11.86)

1. ANC-Aktivitäten

25. Jahrestag der Gründung von UMKHONTO WE SIZWE (MK), dem Militärischen Flügel des ANC

Interview mit Chris Hani

In diesem Jahr existiert MK 25 Jahre. Von weitaus größerer Bedeutung ist aber, daß in diesem Jahr (1986) der Kampf des Volkes stark zugenommen hat. Wir haben immer wieder betont, daß der bewaffnete Kampf eine wichtige Rolle spielt bei der Machtergreifung in unserem Land. Die Armee des Volkes (MK) ist auf allen Gebieten des Kampfes beteiligt. 1986 ist gleichfalls ein Jahr der stärkeren und tieferen Beteiligung des Volkes am bewaffneten Kampf. In diesem Jahr konnten wir uns verstärkt den Problemen widmen, innerhalb Südafrikas "comrades" zu gewinnen und auszubilden, so daß MK eine Armee des Volkes wird für den Kampf des Volkes. MK ist eine Armee, die den Feind im ganzen Land konfrontiert. Attakiert werden die südafrikanische Armee und Polizei.

/2

Gossner Mission

Unsere Menschen müssen sehen können, daß durch unsere Aktionen es den Farmern nicht mehr möglich ist, ihr bisheriges Leben fortzuführen. Wir dringen in die Gebiete der Weißen ein, wir reagieren auf die Eskalation der Gewalt von Seiten des Systems. MK soll eine Volksarmee sein, in der die besten Kader der Universitäten, Oberschulen, Hochschulen, der Arbeiterjugend und der Gewerkschaften vereint sind.

(BBC, 19.11.86)

2. Gewerkschaften

Zur Rolle der weißen Demokraten im Befreiungskampf

Die weißen Demokraten müssen diesen Kampf als ihren eigenen Befreiungskampf begreifen lernen, d.h., sie müssen sich uns anschließen, sie müssen das Parlament verlassen, sich dem außerparlamentarischen Kampf anschließen. D.h. Beteiligung an den Aktionen von UDF und COSATU (Verband südafrikanischer Gewerkschaften).
Weiße müssen integrater Bestandteil des Volkskampfes sein, d.h. daß Jugendliche dem MK beitreten und mit uns gemeinsam für den Sturz weißer Vorherrschaft kämpfen. Einige Weiße sind bereits diesen Schritt gegangen. Einigen wurde der Prozeß gemacht, andere stehen unter Anklage. Wir gleuben, daß sie wichtige Vorbilder und Katalysatoren sind. Mehr und mehr Weiße verweigern den Dienst in der Südafrikanischen Armee, darüber sind wir sehr froh. Aber es sollte nicht nur bei passivem Widerstand bleiben. Sie müssen den Weg zu MK, zum ANC finden. Ihre Aufgabe ist es, weiße Arbeiter dahingehend zu mobilisieren, daß sie sich fortschrittlichen u. demokratischen Gewerkschaften anschließen.

(BBC-report, 19.11.86)

3. Landesweiter Widerstand

- Kultur und Volksmacht

Im ganzen Land ist ein Prozeß im Gange, alte und neue Traditionen des Volkes lebendig werden zu lassen. So gibt es z.B. in Alexandra die Nelson-Mandela-Hochschule. Dort, wo vor kurzem noch Baulücken waren, sind mit Hilfe einiger Farbbüchsen, alter Autoreifen für Sitzgelegenheiten und Anpflanzungen sogenannte "Freedom-Parks" entstanden. Auf den Straßen hört man Lieder, die auf die jüngsten Auseinandersetzungen mit der Polizei hin entstanden sind; man trägt die Farben des ANC, europäische Namen werden abgelegt ...
Ausdruck des schwarzen Widerstandes im heutigen Südafrika.
"Alle Menschen sollen das gleiche Recht haben, ihre Sprache zu sprechen und ihre eigenen Volkstraditionen zu entwickeln."
(Auszug aus der Freiheits-Charta)

Die Kultur ist selber zu einem Gebiet des Kampfes geworden. Die kulturelle Freiheit ist nicht länger mehr eines der Ergebnisse des Befreiungskampfes, sondern kulturelle Aktivitäten sind zu Mitteln des Befreiungskampfes geworden.
In souveräner Ablehnung der Prioritäten westlicher Zivilisation hat sich die Kultur des Volkes sowohl ideologisch als auch praktisch mit dem politischen Kampf verbunden.

(Weekly Mail, 27.11.86)

Gossner Mission

- Verbraucher-Boykott

Die Stadtteile von Port Elisabeth sind verlassene, vollkommen stille Orte geworden. Auf Fragen von Journalisten erteilt man die Antwort: "Kein Kommentar" oder "Erwähnen Sie nicht meinen Namen". Joyce Njokwana, Schneiderin und Mutter von 5 Kindern, war bereit zu sprechen. "Ich unterstütze den Boykott, weil ich der Überzeugung bin, daß es die letzte, uns verbleibende Waffe ist, die wir in der gegenwärtigen Krise gebrauchen können."
Obwohl die Regierung die Beschwerden der Schwarzen unbeachtet läßt, zwingt doch der Verbraucher-Boykott die weißen Unternehmer, die Forderungen der Schwarzen an die Regierung zu übermitteln. "Wir wollen solange boykottieren, bis die Regierung auf unsere Forderungen eingeht."

(Weekly Mail, 27.11.86)

4. Verhaftungen

- Der Sekretär der katholischen Bischofskonferenz in Südafrika (SACBC), Patron der UDF, Vater Mkhatshwa, befindet sich seit dem 12.6.1986 in Untersuchungshaft. Ihm wird von der Sicherheitspolizei vorgeworfen, den ANC aktiv unterstützt zu haben und Schwarzen gezeigt zu haben, wie man Benzinbomben baut.

(Sowetan, 18.11.86)

- Die Progressiv Federativ Party (PFP) hat insgesamt 14.000 Namen von Verhafteten im ganzen Land zusammengetragen. Gegenwärtig kann man jedoch davon sprechen, daß es mindestens 24.000 sind. Weiterhin heißt es, daß vielen Kindern; die verhaftet waren, nach ihrer Freilassung der weitere Schulbesuch untersagt ist.

(Weekly Mail, 27.11.86)

- Seit Verhängung des Ausnahmezustandes am 12.6.86 sind bisher 22.000 Menschen verhaftet und ohne Gerichtsverhandlung von der Sicherheitspolizei festgehalten worden. Davon sind 8.800 Kinder, Als Kind wird nach südafrikanischem Gesetz jede Person unter 18 Jahren bezeichnet. Viele dieser Kinder wurden mißhandelt und gefoltert.

(ESCA, 10.12.86)

5. Schüler- und Studentenbewegung

- Rückkehr in die Schulen

Die erste gemeinsame Aktion des neuen Jahres der schwarzen Bevölkerung ist der Appell an die Schüler, zum Unterricht in die Schulen zurückzukehren. Dieser Aufruf wird von der UDF, dem Soweto-Schülerkongreß, dem Elternhilfskomitee und weiteren landesweiten außerparlamentarischen Organisationen unterstützt. In ihm heißt es:
"Wir bitten dringend alle schwarzen Eltern, Lehrer, Pfarrer und Organisationen, sich dafür einzusetzen, daß unsere Kinder im neuen Jahr wieder die Schulen besuchen.
Wir appellieren an die Regierung, das Bantu-Erziehungssystem abzuschaffen, bevor das neue Schuljahr beginnt. Ansonsten befürchten

/4

Gossner Mission

wir eine Wiederholung der Vorgänge in schwarzen Schulen, wie sie 1976 in Soweto begonnen haben."

- Ausgaben im Erziehungs- und Bildungswesen

Pro-Kopf-Ausgaben 1984/85 für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen wie folgt:

Afrikaner	294 Rand
Farbige	708 Rand
Inder	182 Rand
Weiße	926 Rand

(in den Homelands zwischen 135 und 252 Rand)

Nach diesen Angaben sind die Pro-Kopf-Ausgaben für die Ausbildung Weißer 6,22 mal so hoch wie die für Schwarze.

Lehrer-Schüler-Verhältnis:		
	Afrikaner	41,3 : 1
	Farbige	25,4 : 1
	Inder	22,5 : 1
	Weiße	18,7 : 1

(Angaben aus: Jahresbericht 1986 des Instituts für Rassenbeziehungen in Südafrika)

6. Südafrika und Atomwaffen

Mit der Inbetriebnahme des Uran-Anreicherungsbetriebes in Valindaba 1987 verbessert sich die Möglichkeit Südafrikas, eigene Atomwaffen herzustellen. Mit dem auf 3,25 % angereicherten Uran sollen die beiden Atomkraftwerke Südafrikas mit selbstproduzierten Brennstoffen versorgt werden.
Mr. Peter Lomas, Mitarbeiter des Stockholmer Friedensinstituts, spricht von der hohen Wahrscheinlichkeit, daß Südafrika bereits im Besitz von atomaren Nahgefechtswaffen ist. Außerdem befinden sich in Südafrika Unterlagen zur Herstellung der Neutronenbombe.

(Daily Telegraph, 10.11.86)

7. Kirchen

- Synode der Niederländisch-reformierten Missionskirche (NGSK) hat eigenes Glaubensbekenntnis angenommen

Die Synode der NGSK vom 24.9. - 8.10.86 ist ein historischer Wendepunkt in der Geschichte der Kirchen Südafrikas. Mit der Annahme der Belhar-Konfession (das neue Glaubensbekenntnis der NGSK) hat die Tochterkirche der Niederländisch-Reformierten Kirche für Farbige endgültig mit der Apartheid gebrochen. Diese Entscheidung hat weitreichende religiöse und politische Konsequenzen. Das neue Bekenntnis macht Aussagen zu christlicher Einheit, Versöhnung und Gerechtigkeit, d.h.:

- Strukturelle Einheit der Kirche, die Teilung der Kirche entsprechend Rassenzugehörigkeit wird abgelehnt, einzig der Glaube an Jesus Christus ist Bedingung für Mitgliedschaft, nicht die Rasse

Gossner Mission

- Versöhnung soll Haß und Zwietracht überwinden, erzwungene Teilung der Menschen auf Grundlage der Rassenzugehörigkeit verhindert Versöhnung und fördert Haß
- Gerechtigkeit ist der Weg Gottes, Frieden unter den Menschen zu stiften; in einer Welt voll Ungerechtigkeit und Feindschaft ist Gott in ganz besonderer Weise der Gott der Entrechteten, Armen und Unterdrückten, die Kirche habe sich der Ungerechtigkeit zu widersetzen.

Im Sinne der Belhar-Konfession wird die moralische und theologische Rechtfertigung der Apartheid als Sünde und Abgötterei bezeichnet. Neuer Moderator der NGSK wurde Allan Boesak, der als Schirmherr der UDF (der größten legalen Antiapartheidbewegung in Südafrika) und als Präsident des Reformierten Weltbundes bekannt ist für seinen Einsatz für Gerechtigkeit und Befreiung in Kirche und Gesellschaft.

Wichtige Entscheidungen der Synode:

- Die Kirche hat nur Gott Gehorsam zu leisten, wenn die Politik der Regierung sich gegen Gottes Wort richtet
- Ablehnung der Begründung für den Ausnahmezustand und aller seiner Konsequenzen
- Freilassung aller politischer Gefangenen
- Kontaktaufnahme mit dem ANC, PAC und zur Kommunistischen Partei Südafrikas

- <u>Kontakte der Lutheraner mit dem ANC</u>

Delegierte der nördlichen Diözese der Ev.-Lutherischen Kirche in Südafrika (ELCSA) und des ANC trafen sich in Lusaka am 12./13.11.1986, um die Lage im südlichen Afrika zu besprechen. Die Delegationen wurden geleitet von Bischof Serote und Alfred Nzo, Generalsekretäre des ANC.
Man stimmte darin überein, daß die Hauptursache für den Konflikt in der Apartheid begründet ist und die Lösung in einem vereinten, nichtrassistischen, demokratischen Südafrika liegt. Der Konflikt kann nicht durch Reformen gelöst werden, noch kann er unter Ausschluß des ANC erreicht werden, da der ANC von der Mehrheit der Südafrikaner als deren wahrhafte Vertretung anerkannt wird. Der ANC betonte, daß die Kirche in ihrer Gesamtheit eine wichtige Rolle spielt, um die gegenwärtige Krise Südafrikas lösen zu helfen. Weiterhin erklärte der ANC seine politischen Ziele. Beide Seiten betonten die Notwendigkeit, die Einheit aller demokratischen Kräfte zu festigen. (BBC, 18.11.86)

- <u>Katholische Bischofskonferenz Südliches Afrika</u>

Von einem Treffen der SACBC mit Staatspräsident P.W. Botha berichtete der Präsident, Erzbischof Denis Hurley, daß Appelle für eine dringende Reform in Südafrika auf "taube Ohren" gestoßen sind. Die Vertreter der SACBC wiesen darauf hin, daß interne und externe außerparlamentarische Widerstandsorganisationen wie die UDF oder der ANC Vorschläge unterbreitet hätten für Südafrikas Einheit und Demokratie in einem nichtrassistischen Land. Ein ähnliches Papier bzw. ein Entwurf dazu ist von Seiten des Regimes nicht in Aussicht. Es sei Aufgabe der Regierung, einen Verfassungsentwurf vorzulegen, der für alle akzeptabel ist. Politische Grundlage dazu ist: "one man, one vote", d.h. Wahlberechtigung für alle! (BBC, 19.11.86)

Gossner Mission

300 Abzüge

Gossner-Mission
AK Solidaritätsdienste
"Südliches Afrika"
BSK: 6691-16-296
Postscheck: Berlin 7199-58-4408
Code-Nr. 183

1180 Berlin, im Dezember 1986
Baderseestr. 8
Tel. 681 45 58

S U D A F R I K A – A K T U E L L I

"Südafrika – aktuell" informiert über wesentliche Ereignisse und Entwicklungen in Südafrika, das sich in einer tiefen sozio-politischen Krise befindet. Mit Beginn des Ausnahmezustandes am 12. Juni 1986 kam es zu einer massiven Verschärfung der Gesetzgebung und deren äußerst willkürlichen und aggressiven Handhabung. Die Gewaltanwendung durch den Machtapparat (Polizei, Armee, Justiz) bleibt nicht unbeantwortet: in Südafrika herrscht Bürgerkrieg. Schwarze Townships sind belagert von Polizei und Armee, die Zwangsumsiedlungen dauern an, unter den Bestimmungen des Ausnahmezustandes sind bisher über 20.000 Südafrikaner verhaftet worden, darunter mehrere Hundert Kinder und Jugendliche. Infolge der Eskalation der Gewalt wachsen Bitternis und Polarisation, aber auch aktiver und passiver Widerstand unter der Bevölkerung.

Die Kirchen und Christen in Südafrika leben inmitten dieser Auseinandersetzungen. Die von der Apartheid-Politik verursachte Zertrennung der Bevölkerung geht mitten durch die Kirchen, besteht doch das Dilemma in der Beanspruchnahme biblischer und theologischer Rechtfertigung der Apartheid durch die Machthaber.
Trotzdem erkennen immer mehr Christen: das Bekenntnis zu Jesu Christi beinhaltet den Widerstand gegen jegliche Strukturen der Gewalt und des Unrechts. Es gibt aber keinen spezifisch "christlichen" Widerstand, sondern vom Evangelium inspirierte Christen sind beteiligt in den verschiedensten Organisationsformen des Widerstandes (UDF, ANC, Eltern-Hilfskomitee). Auch unter den Theologen zeichnen sich klarere, situationsbezogene Stellungnahmen ab, so das "Kairos"-Dokument und "Evangelikales Zeugnis in Südafrika".

In einem "Aufruf an die Nation" vom April 1985 konstatiert der Afrikanische Nationalkongreß von Südafrika (ANC), daß sich die Ereignisse in Südafrika mit erstaunlicher Geschwindigkeit entwickeln. Die Strategie des ANC besteht darin, die Apartheid undurchführbar, das Land unregierbar zu machen. Der ANC stellt fest, daß der von der Regierung eingesetzte Verwaltungsapparat in den schwarzen Ghettos der städtischen Gebiete lahmgelegt ist. Gut organisierte Streiks lenken die Aufmerksamkeit mehr und mehr auf das große Potential einer organisierten Arbeiterklasse. Alle Versuche, die protestierenden Schüler und Studenten im Zaum zu halten, sind gescheitert, und Schulen und Universitäten werden zu Brennpunkten des Kampfes. "Die fortdauernden Straßenkämpfe mit den bewaffneten Kräften des Gegners zeigen, daß unsere Menschen in großer Anzahl nicht nur eine neue Ordnung wollen, sondern, wenn nötig, auch bereit sind, ihr Leben zu opfern, um sie zu erreichen."

/2

Gossner Mission

Der ANC schätzt in diesem Aufruf ein:
"Wir glauben, daß eine ganz außergewöhnliche Kombination von revolutionären Faktoren vor unseren Augen heranreift ...
Erstens sind das Regime und die herrschende Klasse in einer tiefen ökonomischen und politischen Krise, vielleicht der tiefsten in ihrer Geschichte.
Zweitens ist das Volk in Aufruhr und zeigt, daß es keine Reformen sondern revolutionäre Lösungen will ...
Drittens existiert eine Bewegung mit einer organisierten Anhängerschaft, um den Prozeß bis zum Sieg zu führen."

Die jüngsten Ereignisse in Südafrika zeigen, daß die unterdrückte Mehrheit der Bevölkerung den Aufruf des ANC sehr wohl verstanden hat. Der Kampf hat seitdem weiter an Breite, Organisiertheit und Bewußtheit zugenommen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an die Gründung des Kongresses der Südafrikanischen Gewerkschaften COSATU (Congress of South African Trade Unions) im Dezember 1985. Dieser Gewerkschaftsdachverband, der etwa eine halbe Million Mitglieder umfaßt, ist ein deutlicher Ausdruck der gewachsenen Einheit und Kampfkraft der schwarzen Arbeiterklasse.
Das Apartheidregime kann sich derzeit nur noch mit einer gewaltigen Maschinerie des Terrors und des Schreckens an der Macht halten. Durchschnittlich sterben in Südafrika täglich drei Menschen unter den Schüssen der Polizei.
Der am 12. Juni dieses Jahres erneut verhängte Ausnahmezustand konnte die Lage in keiner Weise beruhigen, sondern führte zu einer weiteren Verschärfung der Krise des Apartheidsystems. Der ANC hat inzwischen dazu aufgerufen, "von der Unregierbarkeit zur Volksmacht" vorwärtszuschreiten.

Unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes ist eine umfassende Berichterstattung nicht mehr möglich. Für die Presse gelten u.a. die folgenden Beschränkungen:

- keine Abbildungen oder Zeichnungen von Unruhen, Streiks oder Boykotts,
- keine Abbildungen oder Zeichnungen vom Vorgehen der Polizei zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung,
- Inhaftierung ohne Haftbefehl für einen Zeitraum von 14 Tagen ist legal. Diese Zeitspanne kann vom Minister für Gesetz und Ordnung verlängert werden.
- Häftlinge können in Einzelhaft gehalten werden.
- Häftlinge können auf Anordnung von Gefängnisbeamten oder eines höheren Beamten Nahrungsbeschränkungen oder Prügelstrafen unterworfen werden.
- Keine Veröffentlichung der Namen der Häftlinge ohne offizielle Erlaubnis,
- der Minister für Gesetz und Ordnung kann Zeitungen mit dem Bann belegen.
- Geldstrafen von 20.000 Rand oder 10 Jahren Gefängnis für Übertretungen der Bestimmungen,
- die Gerichte können keine dieser Bestimmungen anfechten,
- Journalisten können aus jedem Gebiet verbannt werden,
- Nachrichtensendungen über das Vorgehen der Sicherheitskräfte können verboten werden,
- die Verbreitung oder Publikation eines breiten Spektrums von Aktivitäten, die als "subversiv" definiert werden, ist verboten.

(Star, 13.6.86)

/3

x) s. Seite 7

Gossner Mission

Die Zensur des Apartheidregimes ist streng, aber nicht vollkommen. Aus vielen Mosaiksteinchen kann man ein Bild zusammensetzen. Für unsere Solidaritätsarbeit ist es wichtig, über aktuelle Entwicklungen in Südafrika informiert zu sein, Tendenzen zu erkennen, Zusammenhänge herstellen zu können. Dies ist nur möglich, wenn eine gewisse Kontinuität der Information gegeben ist. Wir haben uns deshalb entschlossen, in 8-wöchigen Abständen dieses kurze Informationsblatt herauszugeben, welches sicher keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann. Wesentlich ist uns dabei, solche Informationen schnell weiterzugeben, die in der aktuellen Situation als wichtige Meilensteine erscheinen und die in der Arbeit mit den Gemeinden unmittelbar genutzt werden können.

Es handelt sich um Artikel aus den vom ANC herausgegebenen "News Briefings" - also um Ausschnitte aus der Südafrikanischen Tagespresse, die von einigen Freunden der Gossner-Mission aus dem Englischen übersetzt werden. Die in diesen Artikeln gebrauchte Terminologie ist die der Zeitungen, die Meinung, die darin ausgedrückt wird, nicht notwendigerweise die des Afrikanischen Nationalkongress oder die unsere.

Bei der Auswahl der Informationen stellten wir uns die folgenden Schwerpunkte:

- Der ANC im Spiegel der südafrikanischen Presse.
  Obwohl der ANC seit 1960 gebannt ist, also im Prinzip überhaupt nicht öffentlich zitiert werden darf, ist es längst offensichtlich geworden, daß auch die südafrikanischen Zeitungen ihn nicht totschweigen können.
- Berichte über die UDF (United Democratic Front).
  Die 1983 gegründete Vereinigte Demokratische Front, der etwa 600 Einzelorganisationen angehören, setzt sich für ein nicht rassistisches, demokratisches und einheitliches Südafrika ein. Die UDF versteht den Charakter des politischen Kampfes als einen national-demokratischen, in dem die Arbeiterklasse die führende Rolle übernehmen muß.
- Streiks und andere Aktionen der Gewerkschaften, insbesondere von COSATU
- Entwicklungen in den Kirchen
- Schlaglichter auf den Terror und die immer neuen Repressionsmaßnahmen des Regimes
- Aktionen des Widerstandes der Bevölkerung in ihrer ganzen Breite.

Grundlegende Informationsmaterialien

Südafrika heute - Zahlen, Daten, Argumente

Informationen Südafrika - Arbeitsblätter

/4

Gossner Mission

Informationen - entnommen aus ANC News Briefings, Issue 37/38/39

1. ANC-Aktivitäten

- Interview mit Chris Hani (ANC) über den Volkskampf

Wichtigster Bestandteil sind die Menschen, die so weit gekommen sind, daß sie sich als Opfer verstehen, die sich organisiert dem Befreiungskampf anschließen. Der ANC hat diese Armee geformt, es ist die Armee des ANC: Umkhonte we Sizwe (MK).
Der Erfolg hängt aber daran, daß das ganze Volk seine Rolle spielt gegen solchen Feind ... Diejenigen, die sich MK nicht anschließen können, haben ihre eigene Rolle im Volkskampf. Kämpfen bedeutet nicht immer, eine Waffe in die Hand nehmen. Kämpfen meintz.B. Informationen über den Feind zusammentragen und einen Weg finden, die Informationen einer Organisation im Untergrund weitergeben. Es bedeutet auch, die Kämpfer von MK aufzunehmen, wenn sie an deine Tür klopfen, ihnen zu essen geben, sie mit Kleidung zu versorgen, wenn sie die Kleidung wechseln müssen, und wenn sie einen Führer brauchen, um aus einem gefährlichen Gebiet herauszukommen, so ist das deine Aufgabe.
Wenn du ein Arbeiter bist, ... ist deine Hauptaufgabe, daß du zu einer demokratischen Gewerkschaft gehörst, damit du für die Grundrechte der Arbeiter kämpfen kannst, für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen, und dafür zu sorgen, daß in deinem Betrieb eine tatkräftige Gewerkschaft arbeitet mit Vertrauensmännern, die sehr, sehr gut Bescheid wissen, was die Arbeiter gerade in diesem Betrieb brauchen.
Das ist nicht alles. Es ist auch deine Pflicht, in deinem Betrieb Zellen des ANC zu bilden, Untergrundzellen ... Du kannst auch weitersagen, was der ANC dem Volke zu sagen hat, und die Anweisungen des ANC ausführen. Es kann auch zu deinen Aufgaben gehören, kleine Einheiten für MK heranzubilden, indem du die bewußtesten der Arbeiter heranziehst. Es gibt vieles, was du tun kannst. Der Feind, Kameraden, muß nicht direkt bekämpft werden, denn er hat ja Maschinengewehre, Pistolen, Granaten. Wir müssen erfinderisch sein ...
Die Jugendlichen in unserem Lande haben einen wichtigen Beitrag zum Volkskampf geleistet, sie haben unsere Townships von Kollaborateuren gereinigt, von schwarzen Polizisten und schwarzen Stadträten, diesen Puppen und Agenten des Regimes, die es dem Regime leicht machen, ihre Politik auszuführen ...
Es stimmt nicht, daß wir andere Schwarze bekämpfen, wie sie behaupten. In Wirklichkeit kämpfen wir gegen das System. Aber das System benutzt auch Schwarze; es ist nicht falsch, Kollaborateure zu bekämpfen.
Die Landgebiete ... und Farmen und jede Region muß die Aufmerksamkeit unserer Organisation, der patriotischen Kräfte, haben, damit sie vorbereitet werden auf den Kampf des Volkes und einbezogen werden. (Radio Freedom Addis Abeba, BBC Monit. Rep. 16.9.86)

- Landesweiter Widerstand

Nach Prof. Hough, Direktor am Institut für Strategische Studien an der Univ. Prätoria (Issup), scheint der ANC zu versuchen, durch beständige politische und militärische Eingriffe die Unruhen zu steuern. Verglichen mit früheren Widerstandsperioden, wie die

/5

Gossner Mission

Aufstände 76/77, sind die gegenwärtigen Unruhen, seit Sept. 84, ausgedehnter und ausdauernder, viel intensiver und wohlorganisiert. Sie betreffen auch ein viel größeres Spektrum von Problemen, anders als der Soweto-Aufstand, der sich in der Hauptsache dagegen richtete, daß Afrikaans in 'Schwarzen Schulen' als Medium eingeführt würde. Darüberhinaus sind heute die Unruhen charakterisiert durch eine große Zahl von nationalen und lokalen Bewegungen, z.B. ANC, UDF, COSAS, Azapo, Bürgervereinigungen wie die Vaal-Bürgervereinigung, Inkatha, mit Sicherheitsgruppen und Boykottkomitees.

Prof. Hough meinte, es gäbe einige "besorgniserregende" Trends:
- Das Auftauchen von sogenannten Alternativ-Strukturen, wie Volksgerichte, Straßenkomitees, der Entwurf einer Volkserziehung, machen deutlich, daß die Menschen mehr wollen als nur die Wiederherstellung bestehender Institutionen.
- Die Unruhen und die Appelle von ANC und UDF, das Land unregierbar zu machen, werden von kriminellen Gruppen dazu benutzt, über die eigentlichen Forderungen hinaus die Situation zu verschärfen.

(Star, 3.9.86)

- Prozeß gegen Weiße

Rocklyn William, 26 Jahre, Lehrer und seit 5 Monaten in Haft, erschien am Montag vor dem Johannesberger Gerichtshof. Er ist angeklagt, Mitglied des ANC zu sein und andere für diese gebannte Organisation geworben zu haben. Williams gehört zu den jungen Weißen, denen wegen ANC-Aktivitäten der Prozeß gemacht wird. (Weekly Mail, 2.10.)

2. Gewerkschaften / Streiks

- Bergwerksunglück Kinross

Seit der Jahrhundertwende sind nach offiziellen Schätzungen 48 Tausend Arbeiter in Südafrikas Goldminen gestorben. Durchschnittlich 600 Bergleute sterben jährlich bei Minen-Unfällen. (COSATU, 19.9.86)

Für die meisten Menschen wird das Kinross-Unglück für immer eine Sache der Statistik bleiben: der Tod von 5 Weißen und 177 gesichtslosen und namenlosen Schwarzen. (Weekly Mail, 25.9.86)

Es gibt 1000 Möglichkeiten, unter Tage zu sterben. Die Hauptursache ist, daß man an Plätzen arbeiten muß, die nicht abgesichert sind. Mit Drohungen und Strafen wird in den Minen die Arbeit angetrieben. Wenn die Arbeiter anhalten, weil der Arbeitsplatz nicht sicher ist, können sie verklagt, manchmal auch entlassen werden. Aus Angst vor Bestrafung nehmen die Arbeiter mehr Risiko auf sich, und infolgedessen gibt es mehr Unfälle. (Weekly Mail, 25.9.86)

- Minenarbeiter fordern Schließung der Goldminen

Der Präsident der nationalen Minenarbeitergewerkschaft, Mr. James Motlabe, fordert, daß internationale Sanktionen beim Goldmarkt beginnen müssen, da dieser das Rückgrat der Südafrika-Wirtschaft darstellt. Alle begrenzten Sanktionen helfen uns nicht. Wir wollen, daß die Minen geschlossen werden, weil wir von ihnen nichts bekommen. Wir kennen das Risiko, aber wir sind darauf vorbereitet. (Weekly mails, 2.10.86)

Gossner Mission

3. Widerstand der Schüler und Studenten

- Jugendtrainingslager

Das Roodewal "Reorientierungs"-Zentrum ist eines von mehreren Zentren, in das junge Schwarze, die während des Ausnahmezustandes verhaftet wurden, zu einem Trainingskurs eingeliefert werden, um sie "auf ihre Wiedereingliederung in die Gemeinschaft vorzubereiten", wie die südafrikanische Regierung erklärt. Schwarze Aktivisten-Organisationen behaupten, die Lager seien politische Indoktrinationszentren. Ausgewählten Gefangenen würde gesagt, sie könnten aus der Haft entlassen werden, wenn sie dort an einem 14-tägigen Kurs teilnähmen.

(Observer UK 14.9.86)

Man versucht, unter den Gefangenen Zwietracht zu säen, indem bessere Nahrung und Haftbedingungen, Freilassung nach 14 Tagen versprochen werden - oder aber Haftverlängerung. Ein Vertreter des Erziehungsministeriums erklärte, daß man den Jugendlichen helfen wolle, "verantwortliche Führer" zu werden.
Dieser politische Zynismus wird jedoch total abgelehnt. Die Verhafteten fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Übergabe des Bildungsmonopols in die Hände des Volkes, den Rückzug der Südafrika-Truppen aus den Schwarzen-Townships

(Weekly Mail 2.10.86)

- COSAS kämpft gegen Bann

Der Kongreß südafrikanischer Studenten, der am 28. August letzten Jahres gebannt wurde, kämpft als erste Organisation in der Geschichte Südafrikas gegen die Bannbestimmungen. Obwohl mit friedlichen Mitteln für eine freie und umfassende Bildung gekämpft wird, behauptet der Minister für Recht und Ordnung, Mr. Le Garde, daß COSAS an der Organisation von Boykotts, und gewaltsamen Aktionen, die die öffentliche Sicherheit gefährdeten, beteiligt sei.

(Weekly Mail 2.10.86)

4. Verhaftungen/Gefängnisse

- Nach Angaben des Eltern-Hilfskomitees für Verhaftete sind bisher 16.000 - 20.000 Menschen (darunter viele Kinder und Jugendliche) unter den Bestimmungen des Ausnahmezustandes verhaftet worden.

(Weekly Mail 2.10.86)

- Zustände im Waterval-Gefängnis Durban

Zwei in Einzelhaft befindliche Gefangene müssen aus Toilettenbecken trinken, da die Wasserhähne kaputt sind. Viele Zellen sind überfüllt, mangelnde Ernährung und unsagbar verschmutzte Sanitäranlagen verursachen einen katastrophalen Gesundheitszustand unter den Häftlingen. Die Duschanlagen sind so unhygienisch, daß sich viele Hautkrankheiten zugezogen haben. Während das Wasser für die

/7

Gossner Mission

Männer höchstens lauwarm ist, ist für die Frauen das Wasser zum Waschen viel zu heiß.
Bei den Verhören werden die Verhafteten beleidigt, geschlagen, getreten, mit Elektroschocks gequält oder mit Kopfkissen sozusagen erstickt. Meistens werden die Gefangenen nackig verhört.

(City Press 28.9.86)

5. Zwangsumsiedlungen in Langa dauern an

18 Monate nach dem Überfall auf Langa, der die Aufmerksamkeit der Welt auf diese unscheinbare Hüttenstadt richtete, ist heute von der Stadt kaum noch etwas zu sehen. Als die Polizei 21 Trauernde auf dem Weg zu einer Beerdigung niederschoß, wurde die Zwangsumsiedlung der 50.000 Bewohner von Langa forciert. In den letzten 2 1/2 Monaten sind allein 4.800 Familien umgesiedelt worden.

(Weekly Mail 2.10.86)

6. Polizeistaat Südafrika

Militärische Aspekte

Die Entscheidung, weitere 6.000 Schwarze als Polizisten zu rekrutisieren (sie werden in einem 3-wöchigen Kursus ausgebildet), ist der neueste Schritt der Südafrika-Regierung, um Schwarze gegen andere Schwarze zum Einsatz zu bringen. Diese Polizeitruppen sollen vor allem in den Schwarzen townships die Kontrolle übernehmen. In Soweto sind bereits 900 solcher Polizisten eingesetzt, weitere 300 sollen dazukommen. Gegenwärtig besteht die südafrikanische Polizei aus 48.000 Mann, davon 40 % Schwarze und 10 % Inder und Farbige. Geplant ist, bis 1984 die Stärke der Polizei auf 86.000 Mann zu erhöhen.

(Weekly Mail 2.10.86)

7. Handelsbeziehungen zwischen RSA und dem Südlichen Afrika

Die ökonomische Entwicklung der Frontlinestates ist direkt mit der Wirtschaft Südafrikas verbunden. Rund 250.000 Wanderarbeiter aus 7 Nachbarstaaten arbeiten in Südafrika, die eine Haupteinnahmequelle für ihre Länder darstellen.
Diese Staaten sind in ihren Import-Export-Beziehungen von Südafrika abhängig, da das Transportsystem nahezu vollständig von Südafrika unterhalten wird. So wird der Export von Botswana zu ca. 90 % über Südafrika realisiert.
Südafrika war 1985 nach der SU der zweitgrößte Nahrungsmittellieferant für Mocambique.

(Weekly Mails 2.10.86)

---

*) v. Seite 2:

-Seit dem 11.12.86 ist die Pressezensur durch neue Bestimmungen, die sog. "Maulkorbgesetze", noch weiter verschärft worden.

Gossner Mission

7.12.86

Lieber Bernd!

Tab' Dank für Deine Adventsgrüße. Unsäglich das verwunschene Schloß meiner Träume - womöglich ein paar Tage sollte man Zeit dafür haben...

Inbrünstig versprachen das Vorwort zur 1. Edition von "Südafrika-Aktuell". Bitte lies da Punkt "Bei der Auswahl der Informationen stellen wir uns folgende Schwerpunkte:" besonders kritisch.

Zu Weihnachten wünsche ich Dir eine Tage der Ruhe und Besinnung.

Herzliche Grüße

Deine Karin

Gossner Mission

Gossner Mission